



universität
wien

DIPLOMARBEIT

„Zukunftsvorstellungen für den Nahen Osten“

Planungsstrategie und Realisierungschancen
zentraler Akteure im Nah-Ost-Konflikt

Verfasser

Dkfm. Helmut Walser

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 300

Studienrichtung laut Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Uni.-Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller

Ich erkläre hiermit, an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 21. Jänner 2012

Dkfm. Helmut Walser (e. h.)

Inhalt

1	EINLEITUNG	7
1.1	METHODE, FORSCHUNGSFRAGEN UND HYPOTHESEN.....	8
1.2	GLIEDERUNG DER ARBEIT.....	9
1.3	THEORETISCHE GRUNDLAGEN: KONFLIKTREGELUNG UND FRIEDENSSTRATEGIE.....	9
2	KONFLIKTENTWICKLUNG SEIT DEM ERSTEN WELTKRIEG	15
2.1	KURZER, HISTORISCHER ÜBERBLICK IM 20. JAHRHUNDERT.....	15
2.2	GEGENWÄRTIGE SITUATION SEIT 1993	17
2.2.1	<i>Oslo Prozess</i>	18
2.2.2	<i>Al-Aqsa-Intifada</i>	22
2.2.3	<i>Road Map</i>	25
2.2.4	<i>Genfer Initiative</i>	26
2.3	HAUPTKONFLIKTPARTEIEN IM NAHOSTKONFLIKT	27
2.3.1	<i>Staat Israel</i>	27
2.3.1.1	Politische Situation.....	27
2.3.1.2	Wirtschaftliche Situation.....	31
2.3.1.3	Militärische Situation	33
2.3.1.4	Soziokulturelle Situation.....	36
2.3.2	<i>Palästinensische Autonomiebehörde</i>	37
2.3.2.1	Politisch Situation.....	37
2.3.2.2	Wirtschaftliche Situation.....	39
2.3.2.3	Militärische Situation	43
2.3.2.4	Soziokulturelle Situation.....	45
2.4	NEBENKONFLIKTPARTEIEN	50
2.4.1	<i>Ägypten</i>	50
2.4.2	<i>Syrien</i>	54
2.4.3	<i>Jordanien</i>	57
2.4.4	<i>Libanon</i>	59
2.4.5	<i>Türkei</i>	61

2.4.6	<i>Irak</i>	63
2.4.7	<i>Iran</i>	67
3	KONFLIKTANALYSE	69
3.1	KONFLIKTBESCHREIBUNG	69
3.2	INTERESSEN DIREKT BETEILIGTER AKTEURE UND DEREN PLANUNGSSTRATEGIE	71
3.2.1	<i>Israel</i>	71
3.2.2	<i>Palästina und Arabische Liga</i>	81
3.3	INTERNATIONALE AKTEURE, DEREN INTERESSEN IM NAHOST-FRIEDPROZESS	91
3.3.1	<i>USA</i>	91
3.3.2	<i>EU</i>	96
3.3.3	<i>Russische Föderation</i>	101
3.3.4	<i>UNO</i>	102
4	WIRTSCHAFTLICHER WOHLSTAND: VORAUSSETZUNG FÜR FRIEDEN	104
4.1	POLITISCHE VORAUSSETZUNG: ENDE TERRORISMUS, GRÜNDUNG PALÄSTINA	104
4.2	WIRTSCHAFTLICHE BETRACHTUNG: ARBEITSMARKT, INVESTITIONEN, WASSER	108
4.3	SOZIO-KULTURELLE BETRACHTUNG: DEMOGRAPHIE UND RELIGION	111
4.4	KOOPERATION STATT KONFRONTATION	115
5	SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK	118
5.1	KRITISCHE REFLEXION DER HYPOTHESEN	122
5.2	ZUKUNFTSCHANCEN FÜR DEN NAHEN OSTEN, FORSCHUNGSFRAGEN	123
6	LITERATUR	127
7	ANHANG	134

In der Arbeit wird entsprechend der Gender-Thematik nur dann zwischen Maskulin und Feminin unterschieden, falls es sich als notwendig erweist. Zwecks Lesbarkeit wird auf das Feminin verzichtet, doch sind immer beide Geschlechter gemeint.

*„Ihr müsst nicht für einen von beiden sein,
nur für den Frieden.“
(Amos Oz)¹*

1 Einleitung

Aus der Fülle der Konflikte im Orient, wird das Augenmerk auf den Israel-Palästina-Konflikt gelegt. *„Eine verbindliche wissenschaftliche Übereinkunft darüber, welche Staaten zum Vorderen Orient und welche zum Nahen Osten zu rechnen sind, gibt es nicht.“²*

Beim Israel-Palästina-Konflikt handelt es sich zwar um einen eng begrenzten Raum in Asien, doch sind die negativen Ausstrahlungen weit über den Kriegsherd hinaus zu spüren und von globaler Bedeutung. Die beiden Nationen – Palästinenser und Juden – beanspruchen das gleiche Territorium, wobei den Israelis die Realisierung bereits seit 1948 gelungen ist, während die Palästinenser noch mühsam darum ringen.³ Andererseits würde die Befriedung beider Haupt-Konfliktparteien nicht nur deren Wohlstand und die Lebensqualität ihrer Völker verbessern, sondern sich ebenfalls äußerst positiv auf den Weltfrieden auswirken. Dies erfordert noch jahrelange Verhandlungen, viel Kompromissbereitschaft und realistische Erwartungshaltungen. Aus objektiver Sichtweise muss die Darstellung des ‚diAk‘⁴ übernommen werden:

„Daraus folgt für die Darstellung des israelisch-palästinensischen Konflikts: Der ‚diAk‘ nimmt zur Kenntnis, dass zwei Völker Anspruch auf dasselbe Land erhoben und erheben. Im Konflikt um Israel/Palästina steht nicht Recht gegen Unrecht, sondern Anspruch gegen Anspruch. Wer Anspruch für ein Land erhebt, kann nicht den Eindruck eines anderen anerkennen, ohne die Legitimität seines eigenen Anspruches zu relativieren. Deshalb sieht

¹ Oz, Amos: Israelischer Autor und Philosoph, Mitbegründer der „Schalom achschaw.“ („Peace now“)

² Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 11

³ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 11

⁴ Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für den Frieden im Nahen Osten

der ‚diAk‘ in dem mühsamen Versuch, die beiden einander widersprechenden Ansprüche miteinander zu vermitteln, die einzige Alternative zu einem endlosen Kriegszustand.“⁵

1.1 Methode, Forschungsfragen und Hypothesen

Folgende Methode wurde angewandt: Schon seit 1962 wurde während monatelanger Reisen dieser Konflikt empirisch-analytisch bearbeitet. Unzählige Diskussionen mit palästinensischen Flüchtlingen, führten schon bald zur Überzeugung der Richtigkeit der Zwei-Staaten-Theorie. Im Senioren-Studium wurde das Interesse wieder geweckt und zum Thema der Diplomarbeit. Vorträge und Podiums-Diskussionen sowie die in der Literaturliste angeführte Sekundär-Literatur wurden als Quellenstudium herangezogen. Aber auch der neueste Informations-Stand der Tagesmedien und der Wochen-Magazine floss in die Betrachtungen ein. Von angedachten Experten-Interviews wurde nach Rücksprache mit dem Betreuer abgesehen.

Forschungsfrage 1: *Kann in dieser Konfliktzone nachhaltig Wohlstand in Freiheit und Frieden für beide Bevölkerungsseiten geschaffen werden?*

Forschungsfrage 2: *Welchen Einfluss hat die demographische Entwicklung in Palästina auf den Friedensprozess im Nahen Osten?*

Die beiden Forschungsfragen, die hier gestellt werden, basieren auf der Hoffnung, dass die beiden Konfliktparteien in ihren unabhängigen Ländern in Frieden und bescheidenem Wohlstand nebeneinander leben können. Demographische, aber auch militärstrategische Umstände werden die beiden Konfliktparteien zu ergiebigeren Friedensverhandlungen zwingen als bisher. Der Wechsel an der Spitze im Weißen Haus in Washington, seit Beginn 2009, wird sich positiv auf diesen Friedensprozess auswirken. Noch eine positive Stimme möge erwähnt werden: „Wenn es gelingt, einen Wohlstandsraum vom Mittelmeer bis zum Golf zu schaffen, werden daraus die Konturen einer neuen Region erwachsen, die allein der richtige Rahmen für den Frieden sein kann. Dafür braucht Europa vor allem eines: Politischen Mut.“⁶

Nun werden die vier Hypothesen vorgestellt; nach dem Diskurs wird es interessant sein, diese verifizieren zu können oder sie falsifizieren zu müssen.

⁵ ‚diAk‘ zit. in: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-paläst. Konfliktes, S. 10

⁶ Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors, zit. auf Buchdeckel. Piper, München

Hypothese 1: Wenn der politische Frieden im Nahen Osten nicht innerhalb der nächsten Jahre realisiert werden kann, verschlechtert sich aufgrund der demographischen Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung nicht nur die Chance einer gemeinsamen politischen, sondern auch einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zukunft. Vermehrter Terrorismus wäre die Folge.

Hypothese 2: Wenn es gelingt, den Staat Palästina zu gründen, ist eine grundsätzliche Voraussetzung für den Friedensprozess im Nahen Osten geschaffen.

Hypothese 3: Sobald sich die wirtschaftliche Situation der palästinensischen Bevölkerung verbessert, steigt die Bereitschaft der Palästinenser, jüdisches Leben und den Staat Israel zu akzeptieren und zu respektieren.

Hypothese 4: Wenn in den nächsten Jahren auf beiden Seiten die positiven Aspekte von Synergien (wirtschaftlich, kulturell und soziologisch) erkannt werden, entwickelt sich automatisch der Wunsch nach einer wirtschaftlichen Kooperation, die schlussendlich zu einer Freihandelszone führen kann.

1.2 Gliederung der Arbeit

Zunächst wird der Konflikt aus der Sicht der Hauptakteure und der Nebenkonfliktparteien beschrieben. Berücksichtigung finden hierbei die theoretischen Grundlagen, und jene konkreten Umstände und Bedingungen, welche die Regierungen von Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung drängen. Wenngleich einer von vielen Rückschlägen – wie z. B. im Sommer 2000 in Camp David – nichts auf einen Abschluss von Friedensverhandlungen hindeutet, muss alles unternommen werden, um dieses Ziel zu verwirklichen. Nachhaltig kann der Frieden nur gesichert werden, wenn beide Völker in den Genuss steigenden Wohlstandes gelangen.

1.3 Theoretische Grundlagen: Konfliktregelung und Friedensstrategie

„Anhand des Nahost-Konflikts als allgemeinem Fallbeispiel lassen sich mehrere Verbindungen zu den Grundlagen der internationalen Theorie, insbesondere der Friedensforschung, aber auch des konstruktivistischen Theorieansatzes darstellen.“⁷ Der Verfasser dieser Arbeit ist von der Zwei-Staaten-Theorie überzeugt und sieht die Möglichkeit

⁷ Filzmaier, Peter et. al. (2006): Internationale Politik, S. 176

eines nachhaltigen Friedens nur gegeben, wenn die arabische Bevölkerung in den Genuss eines bescheidenen Wohlstandes gelangt. Um dieses scheinbar utopische Ziel verwirklichen zu können, wird zunächst theoretisch versucht, wie die Konfliktregelung gelingen könnte, und wie eine Friedensstrategie aufgebaut werden müsste. In den konkreten Kapiteln des jahrzehntelangen Konflikts wird fallweise zur gängigen Praxis die theoretische Parallele gesucht werden.

*„Eine anspruchsvollere Definition von Ralf Zoll bezeichnet soziale Konflikte ,als gesellschaftliche Tatbestände, die auf Unterschieden in den sozialen Lagen und/oder in den Interessenskonstellationen der Konfliktparteien beruhen‘.“*⁸ Sobald von einem „manifesten Konflikt“, wie z. B. von einem Krieg die Rede ist, müssen die „*unvereinbar wahrgenommenen Tendenzen*“ erstens den Handelnden bewusst sein, sie zweitens für ihre Handlungen verantwortlich sein und drittens *„eine kritische Spannung im Beziehungszusammenhang bilden.“* Dies ist laut Bertold Meyer die Voraussetzung, dass „aus in sich selbst ruhenden Individuen Konfliktparteien werden.“ Meistens sind an den Konflikten nicht nur Subjekte beteiligt, sondern sie bestehen zumindest aus einem Objekt, dem eigentlichen Konfliktgegenstand.⁹ Hier möge auch Ernst-Otto Czempiel¹⁰ zu Wort kommen, der die klassische Machtpolitik, die „oft genug“ Gewalt anwendet oder androht als „*Beziehungsmacht*“ bezeichnet.¹¹ Die Verschärfung eines Konfliktes heißt Eskalation und wird in der Literatur mit vielen Zwischenschritten beschrieben, wobei *„mit Betreten der jeweils nächsten Eskalationsstufe, das eigene Verhalten und das des Gegners weiter eingeengt (werden), weil bestimmte Handlungsalternativen ausgeschlossen werden.“*¹² Die Begriffe Konfliktmanagement oder Konfliktregelung bemühen sich *„auf die Kanalisierung des Konfliktverlaufs häufig darauf, zu verhindern, dass dieser die Gewaltschwelle überspringt, oder zu versuchen, eine sich schon hochschraubende Gewaltspirale wieder umzukehren.“* Die Nahost-Kriege zwischen 1948 und 2009 haben stattgefunden, doch die Zeiträume dazwischen und vor allem die letzten Jahre sind ständig von diesem Auf- und Ab der Drehung der Gewaltschraube auf hohem Niveau geprägt. Allerdings muss hinterfragt werden, ob die Errichtung der Mauer, *„die jemanden an der Bewegungsfreiheit hindert, nicht ebenfalls Gewalt sein“* kann? Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Friedens- und Konfliktforschung ins Leben gerufen, und zur Zeit des Kalten Krieges wurde der Gegensatz zwischen Krieg und Frieden betont.¹³ Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung

⁸ Zoll, Ralf (1996:167): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrateg., S. 28

⁹ Link, Jochen (1994:100): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstr., S. 29

¹⁰ Czempiel, Ernst-Otto (*1927), deutscher Politikwissenschaftler, Bereich der Friedensforschung

¹¹ Czempiel, Ernst-Otto (1999:94) zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Fried., S. 33

¹² Glasl, Friedrich (2004:234): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstr. S. 37

¹³ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 38

erhöhte diese Gegensätzlichkeit und kreierte den Ausdruck ‚Gewalt und Frieden‘. Von ihm stammt auch der für die Friedensforschung wichtige Satz: *„Frieden ist die Abwesenheit von Gewalt.“* Weiters meinte Galtung, dass Gewalt *„die Ursache für den Unterschied zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen, zwischen dem, was hätte sein können, und dem, was ist“*, sei. Noch dynamischer formulierte er: *„Gewalt ist das, was den Abstand zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen vergrößert oder die Verringerung dieses Abstands erschwert.“*¹⁴ *„Bemühungen, in einem Konflikt eine gewaltsame Eskalation oder gar Krieg zu vermeiden oder eine solche Entwicklung umzukehren, zielen einerseits darauf, Ressourcen der Beteiligten zu sparen. Andererseits sind sie positiv zu bewerten, wenn sie darauf gerichtet sind, menschliches Leid zu verringern.“*¹⁵

Dieser Deeskalation eines Konfliktes steht die Eskalation gegenüber. Im Konflikt zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde werden beide Variationen eingesetzt werden müssen, da sich die Komplexität des Konfliktes über mehrere Konfliktobjekte erstreckt (Landverteilung, Grenzziehung, Siedlungsneubau und Umgang mit bestehenden Siedlungen, Siedlerfrage, Flüchtlingsfrage, Menschenrechte, Sicherheitsaspekte, Ost-Jerusalem als Hauptstadtfrage, Verteilung der Wasser-Ressourcen usw.). Die soeben angeführten Konfliktobjekte, erfordern eine *„konstruktive Konfliktbearbeitung“*, d. h. es muss ständig der Versuch in Richtung zum Erfolg unternommen werden, was zu einer Konfliktregelung führen könnte. Bei der *„Bearbeitung“* wie bei der *„Regelung“* wird der Inhalt des Konfliktes *„transformiert“*. Im ersteren Fall steht der *„Prozess“* im Vordergrund, bei der Regelung mehr das Ergebnis. Die Konfliktparteien müssen ständig bedacht sein, dass die Konfliktaustragung *„in Bahnen verläuft, mit denen sie auf absehbare Zeit leben können, dass also ein ‚modus vivendi‘ gefunden wird.“*¹⁶ Gelingt dieser, dann kommt es zu einem für beide Konfliktparteien erfolgreichen Verhandlungsabschluss, hierzu muss der *„Kuchen“* verhandlungstechnisch *„vergrößert“* werden, *„sodass niemand den Eindruck hat, selbst mehr verloren als erhalten zu haben.“* Häufig versuchen die Konfliktparteien die *„Positions differenzen“* zu verkleinern oder *„auf Zeit zu überbrücken“*. Diese Vorgehensweise gelingt meist durch Einschaltung Dritter, eröffnet aber eine *„Win-Win-Lösung“* für alle Beteiligten.¹⁷ Bei *„Konfliktlösungen“* sowie bei *„Friedensschlüssen“* muss für beide Konfliktparteien der Eindruck entstehen, dass die Vereinbarungen subjektiv gerecht sind. Da jede Vereinbarung auf einem Kompromiss beruht, in dem *„jede Seite etwas geben muss, um etwas anderes zu erhalten, stellt sich für beide das Ergebnis insofern unterschiedlich dar, als*

¹⁴ Galtung, Johan (1971:57ff.): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg.und Friedensstrat., S. 38

¹⁵ Meyer, Berthold (2011) Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 49

¹⁶ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 51

¹⁷ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 59

jeder das, was er gibt, anders bewertet als das, was er erhält.“ Gerecht wird der Kompromiss empfunden, wenn die gegebenen Nachlässe geringer eingestuft werden als die empfangenen Vorteile. Dieses Vertragsergebnis muss *„nicht unbedingt aus der Perspektive eines unbeteiligten Beobachters auch als gerecht erscheinen.“* Erschwert werden die Diskussionen dann, wenn *„die Beteiligten gar keinen gemeinsamen Nutzen für möglich halten oder diesen nur erahnen können.“* Häufig wird während der Verhandlungen versucht, *„das Gegenüber zu täuschen, um einen größeren Vorteil zu erzielen. Eine solche Taktik kann in vermeidbare Sackgassen und damit zu kostspieligen Verzögerungen führen.“*¹⁸ Genau letzteres hat bei den Friedensbemühungen im Nahost-Konflikt immer wieder zu Verhandlungsabbrüchen und zu jahrelangen Verhandlungspausen geführt.

Wie im gegenständlichen Nahost-Konflikt, sind *„asymmetrische Differenzen“* gegeben, d. h. *„eine Seite ist schwächer als die andere.“* Johan Galtung stellt der *„topdog“*¹⁹- die *„underdog“*²⁰-Seite gegenüber.²¹ Hier tritt häufig der Fall ein, *„dass der topdog daran interessiert ist, diese Differenz aufrecht zu erhalten oder zu vergrößern, um wie auch immer geartete Vorteile daraus zu ziehen.“*²² (Bau von neuen Siedlungen in der Westbank). Dies führt zu einem Diktat gegenüber dem Schwächeren und verhindert, dass letzterer seine Position durchbringt (Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge). Allerdings können beide Verhandlungsteams durch Junktime und durch Kompensationen einen Kompromiss anstreben. *„Je ausgeprägter die Asymmetrie, desto größer ist für den topdog, den underdog zu zwingen.“* Allerdings, *„in Auseinandersetzungen, bei denen eine Seite militärische Mittel einsetzt, um ihre Ziele zu erreichen, welche die andere nicht hat, greift diese daher häufig zur Guerillataktik oder zu terroristischen Mittel.“* (Bomben- und Terroranschläge im Kernland Israel durch Palästinenser). Wenn zwei Konfliktparteien nicht in der Lage sind, selbst die Konfliktlösung - den Frieden - zu erarbeiten (*„dyadische Konfliktaustragung“*), dann wird ein Dritter als Vermittler hinzugezogen. (z. B. Nahost-Quartett: USA, EU, Russland und die UNO). Diese *„typische triadische Konstellation liegt vor, wenn die Dritte Partei vermittelt, schlichtet oder richtet.“*²³

*„Frieden schließt man nicht mit seinen Freunden.“*²⁴ Dieser Satz stammt von Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger Jitzhak Rabin. Bereits mit diesem Zitat kann

¹⁸ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 69 f.

¹⁹ topdog: die stärkere Partei

²⁰ underdog: die schwächere Partei

²¹ vgl. Galtung, Johan (1971): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrat. S. 73

²² Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 73

²³ vgl. zu Dyade und Triade ausführlich Aubert, (1972:192 ff.): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 73

²⁴ zit. nach Clinton, (2004:884): zit. in Meyer, Berthold: (2011): Konfliktreg. u. Friedensstr., S. 80

ermessen werden, auf welch „*unsicheres Terrain*“ sich jemand begibt, wenn er Friedenslösungen sucht, obwohl die Verhandlungs-Atmosphäre voll von „*unabschätzbaren Risiken, Spannungen und deren zeitweilig gewaltsamen Entladungen sowie durch ein hohes Maß an wechselseitigen Misstrauen*“ beeinflusst werden. Deshalb sind „*vertrauensbildende Maßnahmen*“ vonnöten, um einen „*Spannungsabbau*“ zu erzielen²⁵. Hierzu muss noch Vertrauen definiert werden. Martin Hartmann und Claus Offe nennen es „*die Grundlage des zwischenmenschlichen Zusammenhalts*.“²⁶ Dieses Vertrauen muss zumindest in einem geringen Ausmaß gegeben sein, damit ein Verhandlungspartner „*das Verhalten*“ des Partners „*vorhersehen kann*“, dass es für ersteren „*selbst möglich ist, sein Verhalten daran zu orientieren. Es funktioniert, wenn dies auch in umgekehrter Richtung gilt. [...] Wir haben es also mit einer wechselseitigen ‚generalisierten Erwartungshaltung‘ zu tun.*“²⁷ „*Vertrauen als generalisierte Erwartungshaltung ist nicht mit Vertrautheit oder gar dem Vertrauensverhältnis zwischen Freunden identisch, sondern kann durchaus zwischen einander Fremden oder sogar Gegnern funktionieren.*“²⁸ Sollte dieses Vertrauen nicht eingeschätzt werden können, dann ist im Falle des Besitzes von entsprechender Bewaffnung höchste Vorsicht geboten, da sich „*Misstrauen und Angst*“ einstellen. Dies führt leicht zu nutzlosen Waffengängen, die unnötig menschliches Leid verursachen.²⁹

Allerdings sollen neben den vertrauensbildenden Maßnahmen zur Reduktion von feindlichen Maßnahmen noch der „*gradualistische Ansatz von Charles Osgood*“ beschrieben werden. Dieser Ansatz zum Spannungsabbau wird vom amerikanischen Psychologen erstmals in seinem Buch (1962) unter dem „*Kürzel GRIT*“³⁰ entwickelt. Osgood beschreibt die Situation „*nachdem in den späten 1950er Jahren erstmals zwei Atommächte einander gegenüberstanden.*“ Die vorgeschlagene Strategie muss so definiert sein, dass sie „*es einer Nation erlauben würde, durch Maßnahmen wechselseitiger Spannungsverminderung die Initiative zu ergreifen und sich dabei dennoch jederzeit innerhalb tragbarer Sicherheitsrisiken zu bewegen.*“ Die beidseitige atomare Aufrüstung ist von so gewaltiger „*Kapazität*“, dass sie bei Fortschritt der Verhandlungen „*mit deren Hilfe schließlich gerade diese Kapazitäten selbst beseitigt werden sollen.*“ Osgood erkannte bei den ersten gescheiterten Abrüstungsverhandlungen, dass die Verhaltensweisen, die den Erfolg verhinderten, die gleichen sind, die ursprünglich den Aufbau der „*Spannungen begründet und das Wettrüsten*

²⁵ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 80

²⁶ Hartmann/Offe (2001) zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrat., S. 80

²⁷ Rotter (1981:23) zitiert nach Luhmann (1973:27): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 80

²⁸ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 81

²⁹ vgl. Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 81

³⁰ GRIT: Graduated Reciprocated Initiatives in Tension-Reduction

geprägt hätten.“ Eine Konfliktseite sieht etwas als gerecht an, gleichzeitig empfindet die andere dies als ungerecht.³¹ Die GRIT-Strategie wurde zwar für die Abrüstung konzipiert, doch hat sie sich bestens bewährt *„bei den Bemühungen um Vertrauensbildung.“*³²

Die kleinen Schritte, die bei den Friedensverhandlungen zu Beginn nur möglich sind, lösen keine großen Risiken aus. Ernst-Otto Czempiels Betonung des *„risikofreien Charakters solcher Induktionen“*³³ kann in Summe etwas bewirken, während Niklas Luhmann dem widerspricht, indem *„Risiken in Kauf genommen würden, wenn es zur riskanten Vorleistung“*³⁴ kommt. *„Vertrauen bleibt ein Wagnis.“*³⁵ Sven Lindskold³⁶ hat diese GRIT-Strategie in zehn *„Strategieelemente mit zehn sozialpsychologischen Prinzipien“* eingeteilt. Er betont hierbei mehrmals die Wichtigkeit des *„Verstärkerprinzips“*. Tabelle Lindskold im Anhang. Berthold Meyer zieht eher den Ausdruck *„Verstärkungseffekt“* vor, *„der zunächst durch Klarheit und Glaubwürdigkeit der Initiative, sodann durch risikobewusstes konsistentes Verhalten auch beim Ausbleiben der erwünschten Antwort zur Wirkung kommen soll, und von dem schließlich langfristig positive Folgen ausgehen sollen, was erfordert, dass derjenige, der die Initiativen gestartet hat, im Falle positiver Reaktionen der anderen Seite auch in der Lage ist, weitere Initiativen zu lancieren, um unter Beweis zu stellen, dass er auf Dauer ein positives Verhältnis zur anderen Seite anstrebt.“*³⁷ Diese GRIT-Strategie nach Lindskold (1978) hat sich bei der Überwindung des Ost-West-Konfliktes bewährt. Wesentlicher Satz auch in der KSZE-Schlussakte von Helsinki sind die *„Vertrauensbildenden Maßnahmen.“*³⁸ Es gibt jedoch auch andere Klassifizierungen der GRIT-Strategie, die alle mehr Transparenz in Bezug auf Information, Inspektion und Kontrolle aller militärischen Vorhaben bringen.³⁹ Die vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) von Helsinki, wurden in einer Madrider Konferenz und vor allem in einer nachfolgenden KSZE-Folgekonferenz in Stockholm verfeinert und zu vertrauensbildenden- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), umfunktioniert. Eine graduelle Aufwertung bekamen sie auch durch die vorgeschriebenen Attribute, dass sie *„militärisch bedeutsam, politisch verbindlich und von angemessener Formen der Verifikation begleitet sind.“*⁴⁰ Diese verfeinerten VSBM wurden später zwischen den USA und der Sowjetunion parallel angewandt, um *„über den Abbau der*

³¹ Osgood, Charles (1962:357): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. u. Friedensstrat., S. 81 f.

³² Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 85

³³ Czempiel, Ernst-Otto (1972: 101 ff.): zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. u. Fried., S. 86

³⁴ Luhmann, N. (1973:24 f.): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstr., S. 86

³⁵ Luhmann, N. (1973:27 f.): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrat., S. 86

³⁶ Lindskold, Sven (1978): Strategieelemente dargestellt in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrategien, Tabelle 2, S. 88 f.

³⁷ Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 88

³⁸ vgl. Auswärtiges Amt (1993:27 ff.): zit. in Meyer, B. (2011): Konfliktreg. u. Friedensstr., S. 89

³⁹ vgl. Schlotter (1999: 222) zit. in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrat., S. 90

⁴⁰ Auswärtiges Amt (1993:91),): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. u. Friedensstrat., S. 90

nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) eine Vereinbarung zu erreichen, die ein Minimum an Transparenz sicherte.“ Gegenseitige Kontrollen der militärischen Weltmächte an den Waffen-Produktionsstätten wurden durch die VSBM erst ermöglicht.⁴¹ Nach Meinung des Verfassers wird diese GRIT-Strategie im Nahost-Friedensprozess eine besonders große Rolle spielen, da die beiden Kontrahenten um das gleiche Territorium streiten, in der Vergangenheit mehrere Kriege gegeneinander führten – und somit der Fokus auf die Zukunft gerichtet sein muss. Dieser schwierige Verhandlungsweg wird zunächst mit VSBM beschritten werden müssen, damit ein anwachsendes Vertrauen in die Partnerschaft auch die Bereitschaft fördert, Kompromisse einzugehen. Eine verhandlungsbedingte wichtige Vorstufe für einen etwaigen Nahost-Friedensvertrag. Siehe Anhang: Meyer S. 385

2 Konfliktentwicklung seit dem Ersten Weltkrieg

Die Probleme zwischen der heutigen israelischen und der palästinensischen Bevölkerung begannen schon vor Jahrtausenden. Trotzdem hat sich die Intensivierung dieses Konfliktes erst während der letzten hundert Jahre dermaßen gesteigert, dass es in den letzten sechs Jahrzehnten zu mehreren kriegesischen Auseinandersetzungen und verheerenden Terroranschlägen gekommen ist. In diesem Kapitel wird auf die historische Entwicklung verzichtet, die Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts in dieser Region gestreift, und die gegenwärtige Situation seit 1993 beschrieben, die über den Oslo Prozess, die Genfer Initiative, die 2000 gescheiterten Camp David Gespräche, die ausbrechende Al-Aqsa-Intifada und über die Road Map zum heutigen Nahost-Quartett führt. Beleuchtet werden in bestimmten Segmenten die Hauptkonfliktpartner Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde. Die Situation der Nebenkonfliktparteien sowie wichtige Länder des Nahen Ostens kommen ausreichend zu Wort. Wenn auch alles im Augenblick dagegen spricht, hält der Verfasser den Friedensprozess für notwendig und auch für möglich.

2.1 Kurzer, historischer Überblick im 20. Jahrhundert

In den Jahren 1920 bis 1948 wurden die Nationalstaaten Irak, Ägypten, Libanon, Jordanien, Syrien und Israel ausgerufen. Da Israel ein Haupt-Konfliktpartner im Nahost-Konflikt ist, muss auf die Staatsgründung näher eingegangen werden. *„Offizieller Beginn der Feindseligkeiten ist das Frühjahr 1948. Am 14. Mai 1948 erklärte David Ben Gurion, Vorsitzender der Jewish Agency, welche die offizielle Vertretung der Juden in Palästina*

⁴¹ Meyer, Berthold (1990:93): zit. in Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. u. Friedensstrat., S.91

war, im Stadtmuseum von Tel Aviv, um 16 Uhr, im Namen des jüdischen Volkes die Unabhängigkeit des Staates Israel.“⁴²

1948 Erster Palästina-Krieg: Am 15. Mai 1948 begann der Erste Palästina-Krieg, den die Juden ‚Melhama Ha'atzma'ut‘ (Unabhängigkeitskrieg), die Araber ‚nakba‘ (große Katastrophe), nennen. Dieser erste Israelisch-Palästinensische Krieg wurde durch vier bilaterale Waffenstillstandsabkommen beendet. Hierbei wurden Demarkationslinien festgeschrieben, die bis zum Sechstagekrieg 1967 halten sollten.⁴³

1956 Suez-Krieg: In diesem Krieg kam es zu einer Militär-Intervention durch die Briten und Franzosen, da Präsident Nasser den Suezkanal verstaatlichte. Durch ein Machtwort Präsident Eisenhower, mussten sie sich aus dem Krieg zurückziehen. Dies gilt als offizielles Ende des Kolonialismus.⁴⁴

1967 Sechstage-Krieg: „Es sollte zwanzig Jahre später die nächste Erniedrigung der arabischen Seite eintreten, als Israel im Juni 1967 binnen sechs Tagen die von ihm kontrollierten Gebiete verdreifachte. Die Israeli eroberten den Sinai, den Gazastreifen, das Westjordanland, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen.“⁴⁵ Resolution 242: Siehe Anhang.

1973 Jom Kippur-Krieg: „Völlig überraschend griffen Ägypten und Syrien am Jom Kippur 1973 (dem Versöhnungstag, dem höchsten jüdischen Feiertag) Israel an.“⁴⁶ Eine Fehleinschätzung des Geheimdienstes brachte den Arabern zunächst Erfolge, doch dann wendete sich das Blatt zu Ungunsten der Palästinenser. Doch der Nimbus der Unbesiegbarkeit war gebrochen. Seit dieser Zeit wird Erdöl auch als „Waffe“ eingesetzt.

1982 Libanonkrieg: 1970 wurde die PLO aus Jordanien vertrieben. Im Süden des Libanon ließen sie sich nieder, um sich nahe der Grenze zu Israel niederzulassen. Die Palästinenser gerieten in Vergessenheit. Durch Bombenangriffe auf nordisraelische Städte, wollten sie ihre Forderungen durchsetzen. Doch die israelischen Truppen hielten sich nicht an die während des Krieges geschlossenen Vereinbarungen und drangen bis Beirut vor. Dennoch misslang die Zerschlagung der PLO, und sie wich unter der Führung Arafats nach Tunis aus.⁴⁷

⁴² Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 54

⁴³ vgl. Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 68

⁴⁴ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 30

⁴⁵ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 54

⁴⁶ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 47

⁴⁷ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 51

2006 Zweiter Libanon Krieg: Israel erhoffte sich nach dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen Ruhe, doch trotz der Verhandlungen mit der Hamas, wurde Israel von dort immer wieder unter Raketen-Beschuss genommen. Im Juni griff die Hamas an, tötete zwei israelische Soldaten und entführte einen. Nach schweren Kämpfen mit vielen Opfern, wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt, der jedoch erst zwei Jahre später wirksam wurde. Weiters griff die libanesische Hisbollah am 12. Juli 2006 Israel an, tötete mehrere Soldaten und entführte zwei. Die libanesische Regierung verhielt sich neutral, sodass die Bevölkerung infolge der vielen israelischen Bombardements mit der Hisbollah sympathisierte. Der Krieg dauerte zwar nur 33 Tage, doch ohne die entsprechende USA-Unterstützung musste Israel zur Kenntnis nehmen, dass die Hamas und die Hisbollah enorm an Schlagkraft gewonnen haben. Die Israelis beklagten 130 tote Soldaten und 30 tote Zivilisten.⁴⁸ UNSR-Resolution 1701, UNIFIL II: Siehe Anhang.

2008/9 Gaza-Krieg: Bei den Nachverhandlungen für eine Änderung des Waffenstillstandes mit der Hamas im Gazastreifen, wurden weitere Forderungen verlangt. Gleichzeitig beschossen sie Israel. Darauf wurde zwei Tage vor Weihnachten von den Israelis das Feuer eröffnet. Die Verluste der Israelis waren gering, doch wurde die Zivilbevölkerung nicht verschont. Olmert wurde kritisiert und musste wegen einer Korruptions-Affäre zurücktreten. Der Krieg wurde im Jänner 2009 beendet, und schon am 10. Februar 2009 gewann die Kadima Partei unter der Führung der Außenministerin Zippi Livni die Wahlen; doch die Regierung bildete Netanjahu mit dem rechtsradikalen Avigdor Lieberman als Außenminister.⁴⁹

2.2 Gegenwärtige Situation seit 1993

„Der bis dato ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt als einer der langwierigsten und komplexesten Konflikte der Gegenwart, besitzt nicht nur eine destabilisierende Wirkung auf die gesamte Region des Nahen- und Mittleren Ostens, sondern stellt auch eine der größten Bedrohungen für die internationale Stabilität und Sicherheit dar.“⁵⁰

Im Umfeld Israels und Palästinas kam es zu den Kriegen im Irak, der Eskalation im Libanon. Innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde spaltete sich die Regierung nach dem Hamas-Putsch in Gaza, in zwei Teilverwaltungen. Eine in Westjordanien unter der Fatah und eine im Gazastreifen durch die Hamas, im Jahre 2007. Präsident Abbas musste den

⁴⁸ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-paläst. Konfliktes, S. 111 ff.

⁴⁹ vgl.: Zimmermann, Moshe (2020): Die Angst vor dem Frieden, S. 52

⁵⁰ DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 65

Notstand ausrufen. Darüber hinaus droht Israel ständig Gefahr durch die junge, aufstrebende Islamische Nation Iran. Aber auch innerhalb der israelischen Regierung birgt die schwerfällige Regierungskoalition großen Sprengstoff. Mit Sicherheit zählt die Lösung des Nahostkonflikts zu den schwierigsten und dringendsten Aufgaben der internationalen Politik.⁵¹

2.2.1 Oslo Prozess

a) Frieden als Prozess: *„Die Osloer Prinzipienerklärung vom 13. September 1993 und der Handschlag zwischen Rabin⁵² und Arafat⁵³ in Washington wurden von der Welt und von der großen Mehrheit der Palästinenser und Israelis als Durchbruch gefeiert.“⁵⁴* Dieses Abkommen veränderte den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung und die Neuierung galt der Zielsetzung, auf Gewalt zu verzichten. Für Rabin, Arafat und Peres⁵⁵ schien der Zeitpunkt gekommen, den Nahost-Konflikt durch bilaterale Verhandlungen zu einem für beide Seiten guten Ende zu bringen.⁵⁶ *„Alle drei wurden am 10. Oktober 1994 für ihre Bemühungen einer Transformation des Militärkonflikts in einen Verhandlungskonflikt mit der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1994 ausgezeichnet.“⁵⁷* Die Osloer Prinzipienerklärung sollte in einem zweistufigen Prozess nach einer Übergangs- oder Interimsphase in ein permanentes Friedensabkommen übergeleitet werden. In der Übergangsphase sollten große Widersprüche ausgeklammert und erst in einer späteren Phase des Prozesses andiskutiert werden.⁵⁸

Die Schreiben von PLO-Vorsitzenden Arafat an Ministerpräsident Rabin und umgekehrt vom 2. September 1993 sind in der deutschen Übersetzung im Anhang abgedruckt.⁵⁹ Der eigentliche Durchbruch besteht einerseits in der Anerkennung des Existenzrechtes Israels durch die PLO und den Verzicht auf Terror und Gewalt, andererseits in der Anerkennung, dass die PLO (ehemals terroristische Organisation) das palästinensische Volk repräsentiert.⁶⁰ Zunächst galt es, die Intifada zu beenden und durch längere Beruhigungszeiten ein gegenseitiges Abflauen von Emotionen zu ermöglichen. Dies würde in der Folge zu einem steigenden Vertrauensverhältnis führen, das abschließend die

⁵¹ vgl.: DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 66

⁵² Jitzchak, Rabin (1922–1995), israelischer Premier und Träger des Friedensnobelpreises

⁵³ Arafat, Jassir (1929–2004), palästinensischer Politiker, Präsident und Friedensnobelpreisträger

⁵⁴ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 90

⁵⁵ Peres, Shimon (*1923), Ministerpräsident und seit 2010 Staatspräsident von Israel

⁵⁶ vgl. Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 90

⁵⁷ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 91

⁵⁸ vgl. Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 91

⁵⁹ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 45 f.

⁶⁰ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 46

schwierigeren Probleme, die aufgeschoben wurden, einer Lösung näher bringen könnte. *„Die Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements, legte zunächst nur die allgemeinen Prinzipien für die Interimsphase fest. Die Details der Umsetzung und Ausführung der Grundsätze wurden erst in zahlreichen später geschlossenen Verträgen, Abkommen und Vereinbarungen festgelegt.“* Nach dem Krieg 1967 wurde die UNO-Resolution 242, die im Anhang zu finden ist. *„Land für Frieden. Im Austausch für Israels Rückzug aus den besetzten Gebieten, sollten die arabischen Staaten den Staat Israel und das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkennen.“* Leider widersprachen sich die Übersetzungen der englischen und der französischen Sprache, sodass spätere Streitthemen vorprogrammiert waren. So könnte man der englischen Version auch entnehmen, *„dass ein israelischer Teilabzug die Forderungen erfüllen würde.“* Der später erfolgte Teilabzug hat dies jedoch auch nicht verhindern können, da dies *„keinesfalls zu einem Ende der palästinensischen Gewalt gegen Israel führte.“*⁶¹

b) Die Interimsphase: Trotz aller Widrigkeiten wurde mit dem Aufbau der palästinensischen Institutionen für eine territoriale, personale und funktionale Selbstverwaltung begonnen. Begleitet wurden diese Schritte durch die Zusammenarbeit der Autonomiebehörde mit Israel zur Bekämpfung des Terrorismus. Tatsächlich haben *„die Sicherheitsdienste der Autonomiebehörde terroristische Gruppen, vor allem den Islamischen Jihad und die Izz-al-Din-al Qassam Brigade, den militärischen Arm der Hamas, in den ersten Jahren des Oslo-Prozesses tatsächlich bekämpft.“* Auch der Passus in der PLO-Charta, der zur Vernichtung Israels aufruft, wurde nur durch mündliche Zusagen Arafats und des Palästinensischen Nationalrates zugesichert, *„eine schriftliche Änderung der Charta wurde erst Ende 1998 formell verabschiedet.“*⁶²

Seit 1993 drehten sich die Verhandlungen im Kreis. Wann wird wo eine Selbstverwaltungsbehörde errichtet? Wann und wo ziehen die Israelis ihre Truppen ab, wann und wo werden Kompetenzen übertragen? Trotzdem hat nach einigen Rückschlägen immer wieder das Verhandlungsklima zu *„einem ersten Meilenstein auf dem Weg der Implementierung der Prinzipienerklärung im sogenannten Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994, auch Oslo I oder - nach dem Ort seiner Unterzeichnung - zum Abkommen von Kairo geführt.“* Es sollte nochmals vieler Verhandlungen bedürfen, bis Oslo II des Interimsabkommens am 28. September 1995 abgeschlossen werden konnte. *„Dort wurden grundlegende Regelungen für den weiteren Abzug und die Umgruppierung der israelischen*

⁶¹ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 90 ff.

⁶² Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 93

*Streitkräfte getroffen. Das Westjordanland wurde zu diesem Zweck in drei Zonen (A, B und C) mit unterschiedlichen Kompetenzverteilungen zwischen beiden Parteien unterteilt.*⁶³ Kurze Zeit später wurde eine neue Regierung unter Netanjahu⁶⁴ gebildet, welche sich zunächst negativ auf die Verhandlungen auswirkte, doch wurde im Jänner 1997 „ein weiterer Fortschritt erzielt.“ Im sogenannten Hebron-Protokoll einigten sich die Parteien auf die Modalitäten für den israelischen Abzug aus Hebron und den Schutz für die verbleibenden jüdischen Siedler in der Stadt. *„Bis zum nächsten Verhandlungserfolg dauerte es dann aber nahezu zwei Jahre: Am 23. Oktober 1998 unterzeichneten Arafat und Netanjahu das sogenannte ‚Wye-River-Abkommen‘⁶⁵, in dem sie sich auf einen (weiteren) israelischen Truppenabzug aus 13 % des Gebietes des Westjordanlandes einigten.“*⁶⁶

Abgeschlossen wurde der Oslo-Prozess durch die Unterzeichnung des Sharm el-Sheikh-Abkommens am 4. September 1999, worin folgende Vereinbarungen festgeschrieben wurden: *„Israel verpflichtet sich zu weiteren Truppenrückzügen, und beide Seiten einigen sich auf die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen.“* *„Für die Grenzübergänge nach Ägypten (Rafah) und Jordanien (Allenby-Brücke), wurde schließlich ein Kompromiss gefunden, der ein- und ausreisenden Palästinensern das Gefühl geben sollte, nicht von israelischen Beamten kontrolliert und in der palästinensischen Wahrnehmung – erniedrigend behandelt zu werden.“* Die Verhandlungen über die Zurverfügungstellung eines Hafens und eines Transitweges für Waren in den Gazastreifen scheiterten, da sich Israel aus Kontrollgründen das Recht ausbedungen hat, die Warenströme nur über israelische Häfen abzuwickeln.⁶⁷

c) Verhandlungen über den endgültigen Status: *„Unabhängig von den Arrangements, die für die Interimsphase getroffen wurden, hatte die Prinzipienerklärung von 1993 vorgesehen, dass die Verhandlungen zu einem abschließenden Friedensvertrag führen würden; ein Ziel, das auch in allen Folgeabkommen betont wurde.“* Folgende Themen waren den Endstatusverhandlungen vorbehalten, Artikel V der Prinzipienerklärung: der Status von Jerusalem, die Ansprüche der palästinensischen Flüchtlinge, die israelischen Siedlungen, Sicherheitsabkommen sowie Grenzen und Außenbeziehungen. Nach spätestens zwei Jahren sollten die Nebenverhandlungen gestartet werden. *„Die Interimsphase sollte also auf keinen Fall länger als fünf Jahre dauern.“* Verhandlungspartner Israels war die PLO.⁶⁸

⁶³ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 93 ff.

⁶⁴ Netanjahu, Benjamin (* 1949), israelischer Politiker und Ministerpräsident (Likud)

⁶⁵ Benannt nach dem Ort der Gespräche im Bundesstaat Maryland, USA

⁶⁶ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 95

⁶⁷ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 95 f.

⁶⁸ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 96 f.

Nach einem wahlbedingten Wechsel an der Spitze der israelischen Regierung von Peres zu Netanjahu, fand das erste offizielle Treffen zwischen letzterem und Arafat im September 1996 statt. *„Ihre Bemühungen scheiterten infolge der sogenannten ‚Tunnelaffäre‘, die sich entspannte, als israelische Behörden einen unter dem Tempelberg verlaufenden Tunnel aus hasmonäischer Zeit für Besucher öffneten.“* 1997 wurden die Verhandlungen neuerlich von der Autonomiebehörde abgelehnt, da die israelischen Vorschläge unzumutbar waren, und einsetzende palästinensische Terroranschläge den Dialog überhaupt verhinderten. Ein neuerlicher Regierungswechsel von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zu Ehud Barak, führte im September 1999 zum ‚Sharm-el-Sheikh-Memorandum‘, das innerhalb eines Jahres zu folgendem Abschluss führen sollte. *„Erst zwei Monate später, am 15. November 1999, einigten sich die Parteien auf eine elf Punkte umfassende Tagesordnung: Grenzen; Jerusalem; Siedlungen; Sicherheitsarrangements; Militärstützpunkte; israelische Siedler, die unter palästinensischer Hoheit wohnen; palästinensische Außenbeziehungen; Flüchtlinge; archäologische Funde; Wasserrechte; Eigentumsrechte an Wasser- und Entsorgungsnetzwerken.“* Am 21. März 2000 begann *„die erste Verhandlungsrunde auf einem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Washington.“*⁶⁹

Im Sommer 2000 wurden die Gespräche in Camp David fortgesetzt. *„Erstmals war Israel in diesen Verhandlungen zu Konzessionen in der Frage des Status von Jerusalem bereit. Letztlich scheiterten die Verhandlungen jedoch an den Fragen der Souveränität über Jerusalem und des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge.“*⁷⁰ Beide Seiten warfen einander die Schuld am Scheitern vor. Geklärt konnte dies nie werden. Trotz des Misserfolges konnte der Status der Stadt Jerusalem vielseitig beleuchtet werden. *„Jerusalem (arabisch: al-Quds) spielt als religiöses Zentrum des Judentums, des Christentums und des Islams seit jeher eine besondere Rolle, nicht nur für die beiden Konfliktparteien, die die Stadt als Hauptstadt beanspruchen, sondern auch für die gesamte internationale Gemeinschaft.“*⁷¹ Der Gipfel von Camp David brachte in den langjährigen Verhandlungen ohne Erfolg einen Durchbruch. *„Erstmals standen alle strittigen Fragen des Endstatus auf höchster Ebene zur Diskussion. Der Gesprächsfaden riss auch nach Camp David nicht ab, und ein halbes Jahr später wurde im ägyptischen Taba auf der Basis eines Vorschlags des aus dem Amt scheidenden US-Präsidenten Clinton erneut verhandelt.“*⁷²

⁶⁹ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 98

⁷⁰ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 98

⁷¹ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 100

⁷² Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 51

Allerdings hat der Ausbruch der Intifada II im Herbst 2000 die Möglichkeit einer Verhandlungslösung in weite Ferne gerückt. Nach einer langen Zeit des Schreckens, wurden nach mühseligen Verhandlungen Direktgespräche in Aussicht gestellt. Erst durch den Beginn der persönlich geführten Gespräche zwischen Premierminister Scharon und dem Ministerpräsidenten Mahmud Abbas⁷³, konnten der Verhandlungsdialog eröffnet werden.⁷⁴ Leider musste zur Kenntnis genommen werden, dass der Oslo-Prozess schlussendlich seine hehren Ziele verfehlt hat. Das endgültige Scheitern des Oslo-Prozesses ermöglichte der Hamas den überwältigenden Erfolg bei den Wahlen im Jänner 2006 über die Fatah.⁷⁵ *„Sieg der Hamas, die Israel nicht anerkennen will, mit absoluter Stimmen- und Mandatsmehrheit, ihr Spitzenkandidat Ismail Haniyeh⁷⁶ wird Premier. Westlicher Finanzierungsstopp. Hamas verdrängt Fatah aus dem Gazastreifen. Abbas bildet im Westjordanland Notstandskabinett der Fatah unter Salam Fayad⁷⁷.“⁷⁸*

2.2.2 Al-Aqsa-Intifada

Die Zweite Intifada heißt auch ‚Al-Aqsa-Intifada‘, da der Besuch von Ariel Scharon auf den Tempelberg die gewaltsamen Unruhen auslöste, die nicht mehr gestoppt werden konnten, *„sodass der politische Prozess, der immerhin die Konturen einer Verhandlungslösung hatte sichtbar werden lassen, einer erneuten Erhebung der Palästinenser, ‚Zweite Intifada‘ oder auch ‚Al-Aqsa-Intifada‘ genannt, zum Opfer fiel.“⁷⁹* Der Name Intifada II hat seine Wurzeln im vermeintlichen Rezept der ersten Intifada, deren Erfolg wiederholt werden sollte. Dies war das erste Mal, dass die Palästinenser, aus ihrer Sicht, Erfolge vorweisen konnten und darum ist es berechtigt, darauf näher einzugehen. Eine Kurzbeschreibung der ersten Intifada: Unter Ministerpräsident Peres wurde ein entscheidender Friedensschritt unter Mithilfe von König Hussein von Jordanien, König Hassan von Marokko und Ägyptens Präsident Mubarak unternommen. Bei diesem Treffen sollte auch über die Gebietsgewinne Israels von 1967 befunden werden. Doch dann folgte 1986 der turnusmäßige Übergang an Ministerpräsident Jitzchak Schamir⁸⁰, der nicht nur die Gesprächsbereitschaft beendete, sondern auch den Siedlungsausbau in der Westbank forcierte.⁸¹

⁷³ Abbas Mahmud, arabisch Abu Mazen, (* 26.März 1935, heute Präsident der PA

⁷⁴ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 91

⁷⁵ vgl.: DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

⁷⁶ Haniyeh, Ismail, (*1962), Ministerpräsident für die Hamas im Gazastreifen

⁷⁷ Fayad, Salam, (*1952), Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde

⁷⁸ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

⁷⁹ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 52

⁸⁰ Schamir, Jitzchak, (*15. Oktober 1915 in Ruschany, heute Belarus, Likud, Israel. Ministerprä.

⁸¹ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-paläst. Konfliktes, S 53

„Die Aussichtslosigkeit ihrer Lage verdeutlichte die arabische Gipfelkonferenz im September 1987 in Amman, auf der die Palästinenserfrage auf der Tagesordnung unter ferner liefen abgehandelt wurde.“ Dementsprechend war die Enttäuschung für die palästinensische Bevölkerung sehr groß, und die Jugendlichen und Kinder äußerten ihren Unmut durch gezielte Steinwürfe auf die israelischen Soldaten. Die israelische Armee war nicht mehr imstande, die Ruhe wieder herzustellen. „besonders berüchtigt: der Befehl von Verteidigungsminister Rabin, Steinewerfern die Knochen zu brechen.“⁸² Das ständige Agieren der palästinensischen Bevölkerung gegen alle Maßnahmen Israels rückte das Palästinenserproblem auch international wieder ins Bewusstsein der Völkerfamilie. Durch die Anerkennung des Staates Israel durch die PLO und deren Absage an Gewaltanschläge und Terrorismus, wurden von Seite der Palästinenser die Grundlagen der UNO-Teilungsresolution 1947 erfüllt. Allerdings fordert die PLO auch die Beendigung der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens, um die Etablierung und Ausrufung des Staates Palästina zu ermöglichen. Dadurch hat sich die PLO zum akzeptierten Gesprächspartner der USA erhöht, und wird ein Player bei der Lösung des Nahost-Konfliktes. Die Situation auf den Straßen in den besetzten Gebieten beruhigte sich, und die israelische Regierung legte den sogenannten ‚Schamir-Plan‘ vor, der Wahlen in Judäa, Samaria und den Gaza-Distrikt vorsah. Diese Initiative verfolgte den Zweck, die Verhandlungsanwesenheit der PLO als nicht notwendig erscheinen zu lassen. So wanderte das Schwergewicht am Verhandlungstisch wieder zu den Israelis zurück.⁸³

Doch nun zur Al-Aqsa-Intifada. Nach dem Scheitern der Gespräche in Camp David, unter der Leitung von Präsident Clinton, erinnerte sich die palästinensische Bevölkerung der Erfolge dieser ersten Intifada. „Die Regierung Barak verlor immer weiter an Rückhalt, sowohl in der Knesset, wo die Regierungsmehrheit verloren gegangen war.“ Barak selbst war es, der Arafat die alleinige Schuld des Scheiterns in Camp David anlastete und dadurch – eher unbeabsichtigt – der israelischen Bevölkerung die Überzeugung vermittelte, dass eine Friedenslösung mit den Palästinensern unmöglich ist. Palästina hat in den USA eine einmalige Chance verstreichen lassen und dachte, „Israel habe sich aus dem Südlibanon wegen des bewaffneten Widerstandes der Hisbollah zurückgezogen und werde nun bei anhaltenden gewalttätigen Widerstand der Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen auch diese Gebiete aufgeben.“ Doch dem war nicht so und Israel setzte die Verhandlung mit Arafat fort. Allerdings fürchteten die Palästinenser, dass die schwache Regierung Barak nur „einen ‚Staat von Israels Gnaden‘ angeboten hätten, der ohne ein

⁸² Böhme, Jörn et. al. (2009): KI. Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 53

⁸³ vgl.: Böhme, Jörn et. al. (2009): KI. Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 53 ff.

zusammenhängendes Staatsgebiet unter der permanenten Kontrolle Israels gestanden wäre, und der ohne eigene Kontrolle über die Ressourcen Land und Wasser kaum überlebensfähig gewesen wäre.“⁸⁴

Nicht nur die Ablehnung einer Rückkehr der Flüchtlinge, sondern auch die Gewissheit, dass es einen eigenen, souveränen Staat Palästina nicht geben wird, führte zu einem Verlust des Vertrauens in die eigenen Institutionen. Allein Arafats Position blieb unangetastet. *„Protest gegen diese politische Entwicklung fand dann mangels anderweitiger Ventile seinen Ausdruck auch in zunehmender Unterstützung für die islamistische Hamas oder bewaffnete Aktionen gegen die Okkupationsmacht.“* Am 28. September 2000, besuchte der israelische Oppositionsführers Ariel Scharon den Tempelberg und brachte den Zorn der palästinensischen Bevölkerung zum Überlaufen. Mit großer Gewalt antwortete das israelische Militär und innerhalb von zwei Wochen wurden *„dann bei den sich ausbreitenden Unruhen in den besetzten Gebieten 91 Palästinenser von den israelischen Sicherheitskräften erschossen. Das rücksichtslose Vorgehen des israelischen Militärs, gewalttätige palästinensische Demonstrationen, die täglich hohen Verluste an Menschenleben; die Gewalt eskalierte scheinbar unaufhaltsam und ließ vergessen, dass die Konfliktparteien nur wenige Wochen zuvor in Camp David so nah wie nie zuvor an einer Friedenslösung waren.“⁸⁵* „Scharon konnte sein Wahlversprechen nicht einlösen. Statt zu enden, militarisierte sich der Aufstand der Palästinenser, der als zivile Massenbewegung begonnen hatte. Vor allem änderte sich mit Scharons Amtsübernahme das Verhältnis von Verhandlungen und Gewalt grundlegend.“⁸⁶

Die Präsidenten der USA, Frankreichs, Ägyptens, aber auch die EU und der König von Jordanien scheiterten in ihrem Bemühen, durch Vermittlungen eine Deeskalation zwischen den Konfliktparteien zu erzielen. Selbst der am 17. Oktober 2000 in Scharm el-Scheich abgehaltene Gipfel konnte die wütende Bevölkerung nicht beruhigen.⁸⁷ Auf lange Zeit waren alle diplomatischen Verhandlungsbemühungen beendet. Eine schrecklich lange Zeit begann, die durch palästinensischen Terror und israelische Gegenschläge gekennzeichnet war. Keiner konnte der Gegenseite vertrauen, keiner fand den Mut, die Verhandlungen wieder zum Leben zu erwecken. Bis 8. Februar 2005 starben laut B'Tselem⁸⁸ während der Intifada II 4401 Menschen. An diesem Tag erfolgte die von Scharon und Abbas gemeinsame Erklärung über das Ende der Al-Aqsa-Intifada. Die Miliz der Palästinenser akzeptierte kurze Zeit später

⁸⁴ Böhme, Jörn et. al. (2009): Kl. Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes. S. 81 f.

⁸⁵ Böhme, Jörn et. al. (2009): Kl. Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes. S. 82 ff.

⁸⁶ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 53

⁸⁷ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 84

⁸⁸ B'Tselem: The Israeli Information Center for Human Rights

ebenfalls die Waffenruhe. Die vom Nahost-Quartett geforderte Entwaffnung musste unterbleiben, da ein Bürgerkrieg befürchtet wurde. Die Sicherheit eines anhaltenden Friedens sollte sich als falsch erweisen.⁸⁹

2.2.3 Road Map

Am 19. November 2003 indossierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Roadmap mit der Resolution 1515.⁹⁰ Die Initiative, die Friedensverhandlungen auf mehrere Akteure zu verteilen, geht von den USA aus. Das Nahost-Quartett wurde auf die EU, die Russische Föderation und die UN ausgeweitet. 2003 wurde die Road Map erstmals den Israelis und den Palästinensern vorgelegt, die Zielsetzung war auf eine Zwei-Staaten-Lösung ausgerichtet.⁹¹ *„Die ‚Road Map‘ ist eine Absichtserklärung, die weder die Autoren noch die Adressaten rechtlich bindet. Ihre reale Bedeutung bezieht sie aus dem politischen Gewicht des Quartetts, einschließlich der Bereitschaft, es auch einzubringen, notfalls gegen den Willen der Kontrahenten.“*⁹² Dieser Plan sah die Bildung von zwei Staaten bis Ende 2005 vor. In drei Schritten sollte er verwirklicht werden. Zunächst Einstellung aller Kriegshandlungen, Abhaltung von Wahlen und die Errichtung palästinensischer Institutionen, Stopp des israelischen Siedlungsbaus und endgültiger Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten der Autonomiebehörde.⁹³

Die palästinensische Seite akzeptierte sofort, doch bei Israel bedurfte es zunächst starken internationalen Nachdrucks sowie die Hilfe der USA, die zunächst 14 israelische Vorbehalte ausräumen musste. Das Nahost-Quartett hat aus dem Scheitern des Oslo-Prozesses die Lehren gezogen, da die vielen Waffenstillstands-Vorschläge keinen Erfolg brachten. Da in den vergangenen Jahren der Beginn von Friedensgesprächen immer wieder durch die ausschließliche Gewaltfrage infrage gestellt wurde, hat sich das Nahost-Quartett zurückgezogen. Diese Israelisch-amerikanische Inaktivität führte zu Ungeduld und förderte palästinensische Terroranschläge. Dies erlaubte es wiederum Israel, alle bilateralen Gespräche einzufrieren. Daher herrscht nun unter den vier Initiatoren die Überzeugung, dass statt der gegenseitigen Schuldzuweisungen nun in der Road Map der Grundsatz der gemeinsamen Zukunftsanstrengungen vorherrschen sollte.⁹⁴

⁸⁹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S 55

⁹⁰ www.usahm.info/Dokumente/Original/Fahrplan.htm

⁹¹ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 12

⁹² Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 142

⁹³ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 91

⁹⁴ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 91

„Der Ansatz der Road Map war im Vergleich zu allen bisherigen Vereinbarungen ein viel umfassender: Parallel und nicht sukzessive sollen z. B. die Sicherheitskooperation und die Lebensbedingungen der Palästinenser verbessert, die Siedlungsaktivitäten eingefroren und die gegenseitige Hetze eingestellt sowie demokratische Reformen in der palästinensischen Gesellschaft vorangetrieben, internationale Konferenzen einberufen, ein ‚Überwachungsmechanismus‘ eingeführt und Endstatusverhandlungen begonnen werden.“⁹⁵

Die zunächst vom Westen geförderte Wahl im Jahr 2006, zeitigte nicht das erhoffte Ergebnis, und der Wahlerfolg der Hamas wurde bis heute nicht entsprechend gewürdigt. Diese undemokratische Vorgangsweise wurde durch die Aussetzung der Finanzhilfe für den von der Hamas regierten Gaza-Streifen verstärkt. Die Hamas war bis heute nicht bereit, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und der Gewalt abzuschwören. Russland ist gegenteiliger Ansicht und führt laufend Gespräche mit der Hamas.⁹⁶

Nach dem Gaza-Krieg fordern immer mehr Politiker direkte Verhandlungen mit der Hamas. Nach Tony Blair, dem Sondergesandten des Nahost-Quartetts, hat sich nun auch Recep Tayyip Erdogan, der türkische Ministerpräsident, für die Respektierung des palästinensischen Volkswillens ausgesprochen. Dies tat er auch schon 2006 nach den Wahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde.⁹⁷ Zusätzlich kritisiert die Türkei Israel wegen des Gaza-Krieges, in dem während der Monate Dezember 2008 und Jänner 2009 mehr als 1300 Todesopfer zu beklagen waren, davon die Mehrheit Zivilbevölkerung

2.2.4 Genfer Initiative

„Der substanziellste und auch international beachtete Vorstoß stellte die ‚Genfer Initiative‘ dar, ein im Anschluss an die Verhandlungen in Taba im Januar 2001 von Jossi Beilin, einem der ‚Architekten‘ des Oslo-Prozesses, und dem ehemaligen palästinensischen Kommunikationsminister Abed Rabbo detailliert ausgearbeiteter Entwurf eines israelisch-palästinensischen Friedensvertrages. Der Genfer Initiative gehören zahlreiche Politiker, Mitglieder des Sicherheits-Establishments, Wissenschaftler und Experten von beiden Konfliktparteien an.“⁹⁸ Entsprechend der Ansichten von „Präsident Clinton und den Verhandlungen von Taba – zum ersten Mal bis ins Detail gehende Regelungsvorschläge für die meisten der zentralen Konfliktpunkte: der Frage der Rückkehr und Kompensation der Flüchtlinge, der Teilung Jerusalems, der Aufgabe vieler Siedlungen und Beibehaltung der

⁹⁵ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 94

⁹⁶ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 12

⁹⁷ vgl.: Goerdeler, Carl D.: „Hamas einbinden“ in: „Die Presse“, 2. Februar 2009, S. 5

⁹⁸ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 99

großen Siedlungsblöcke unter israelischer Souveränität, des Gebietsaustausches etc.“ Die Initiatoren „erschütterten im Vertragsentwurf zwei, unter den Konfliktparteien weit verbreitete Grundannahmen. Erstens: Es gibt keine akzeptablen Kompromisslösungen für die fundamentalen Streitpunkte des Konfliktes und zweitens: Es gibt keinen Partner für ernsthafte Friedensgespräche.“⁹⁹

Viele Experten und viele europäische Regierungen unterstützten die Genfer Initiative, doch vor allem Scharon torpedierte diese mit den Hinweisen, dass die meisten in Genf anwesenden Politiker ‚links‘ seien, und dass dies der größte Fehler seit 1993 - dem Beginn des Oslo-Prozesses - sei. Die USA unter Präsident George Bush stuften die Genfer Initiative zu Privatgesprächen herab, das heißt als politisch nicht sehr relevant und beteuerten, dass sie sich weiterhin der Roadmap verpflichtet fühlten.¹⁰⁰

2.3 Hauptkonfliktparteien im Nahostkonflikt

Die beiden Hauptkonfliktparteien sind Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde. Letztere ist zurzeit nicht durch eine Regierung vertreten, sondern zweigeteilt in die Regierung der Westbank, wo die Fatah die Verantwortung trägt und in die Hamas, welche den Gaza-Streifen alleine verwaltet. Beide Kontrahenten werden in den folgenden Kapiteln ausführlich beschrieben.

2.3.1 Staat Israel

Der Rahmen dieser Arbeit erlaubt nur wenige Schwerpunkte, und daher wird die Entwicklung Israels in groben Zügen politisch, wirtschaftlich, militärisch und soziokulturell beleuchtet.

2.3.1.1 Politische Situation

„Für die israelische Gesellschaft bedeutete der Oslo-Prozess sozialpsychologisch das Gegenteil: Erstmals in der Geschichte der jüdischen Nationalbewegung wurde der Prozess des territorialen Wachstums des jüdischen Gemeinwesens im Land der Väter, Eretz Israel,

⁹⁹ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 100

¹⁰⁰ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 89

umgekehrt; zentrale Stätten der religiösen Tradition wie Hebron¹⁰¹, Bethlehem¹⁰², oder Sichem/ Nablus wurden aus freien Stücken fremder Autonomie unterstellt.¹⁰³

Dies bedeutet erstmals einen freiwilligen Gebietsverzicht nach einem historischen Zeitraum von mehr als 3000 Jahren. Da nun die Regierung das Heft in der Hand hatte, verhielten sich die friedensfördernden Gruppierungen ruhig, und die schweigende Mehrheit der Israelis wartete mit sichtlicher Skepsis. Im Sommer 1995 verstärkten die nationalistisch-religiösen Kreise, allen voran viele radikale Siedler, ihre Agitationen gegenüber der Politik Jitzchak Rabins, sodass dieser am 4. November 1995 dem nationalistisch-religiösen Attentäter Jigael Amir zum Opfer fiel. Sein Nachfolger, Schimon Peres, entschied sich für die Vorverlegung der Wahl und scheiterte in seiner Absicht, ein gewichtiges Mandat der Bevölkerung für die Fortsetzung des durch Oslo II eingeschlagenen Friedensweges zu erhalten. Er führte während des Wahlkampfes eine harte Politik gegenüber den Palästinensern, um dem Vorwurf zu begegnen, dass der Friedensprozess einseitig zu Lasten der Sicherheit der Israelis geht. Aber ein von Peres vorgenommener Militärschlag gegen die libanesische Hisbollah endete kläglich. Sein Gegenkandidat Netanjahu führte den Wahlkampf unter dem Motto ‚Frieden mit Sicherheit‘ und gewann die Wahlen mit 0,9 % Vorsprung. Er führte aufreibende Gespräche als Ministerpräsident, und nur die USA konnten ihn zwingen, den Hebron-Abschluss im Jänner 1997 mit den Palästinensern zu erzielen. Netanjahus Siedlungspolitik und seine Verweigerung, verhandelte Teilrückzüge durchzuführen, verschärften die Situation radikal, blutige Anschläge der Palästinenser waren die Folge. Der Friedensprozess stockte vollends. Trotzdem war die Regierungszeit von Netanjahu von kurzer Dauer, da ihm in der Knesset ultranationalistische Parteien im Dezember 1998 wegen des Wye-Abkommens das Vertrauen entzogen.¹⁰⁴

Die notwendigen Neuwahlen am 17. Mai 1999, gewann Ehud Barak mit 56 % Stimmenanteil. Sein Wahlkampf war durch die Versprechen dominiert, dass er die israelischen Truppen vollständig aus dem Libanon abzieht und innerhalb eines Jahres den Friedensabschluss mit den Palästinensern herbeiführt. Tatsächlich konzentrierte er sich nach dem Regierungsantritt auf Friedensverhandlungen mit Syrien. Die Rückgabe der Golanhöhen war bereits zugesagt, doch man stritt, ob die Grenzen von 1922 oder 1947 herangezogen werden sollten. Letzterer Grenzverlauf hätte Syrien einen kleinen Zutritt zum See Genezareth gebracht, was Israel aus wasserrechtlichen Gründen ablehnte. Bei den Verhandlungen in Genf mit Präsident Clinton,

¹⁰¹ Hebron: Grabstätte der Erzväter

¹⁰² Bethlehem: Heimatstadt König Davids

¹⁰³ Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 69 f.

¹⁰⁴ vgl.: Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 71 ff.

scheiterten die israelisch-syrischen Verhandlungen vollends, niemand weiß bis heute - warum. Am 23. Mai 2000 zog Israel nach achtzehn Jahren seine Truppen aus dem Südlibanon zurück. Das erste Wahlversprechen war eingehalten. Baraks ganze Konzentration galt nun dem zweiten Wahlversprechen, dem Abschluss des Friedensprozesses mit den Palästinensern. Da aber versprochene Verhandlungstermine nicht eingehalten werden konnten, dachte Barak an Camp David von 1979 und versuchte, diesen historischen Erfolg in gleicher Umgebung zu wiederholen. Arafat musste zwar sehr genötigt werden, doch am 11. Juli 2000 begannen unter Vorsitz von Präsident Clinton die Verhandlungen zwischen Barak und Arafat, die aber schon nach kurzer Zeit am 25. Juli scheiterten. Niemand weiß die genauen Gründe, da beachtliche Übereinstimmungen schon erzielt waren. Die Israelis unterbreiteten nie dagewesene Vorschläge, die hier wörtlich wiedergegeben werden sollen:¹⁰⁵ *„Zustimmung zur Gründung eines palästinensischen Staates; Bereitschaft zur Räumung von mehr als 90 % der besetzten Gebiete; Bereitschaft zur Teilkompensation für die nicht geräumten Gebiete durch Abtretung eigenen Territoriums an den Staat Palästina; Bereitschaft zur Räumung der Siedlungen in den geräumten Gebieten; Bereitschaft zur Aufgabe einiger arabischer Viertel in Ostjerusalem; Bereitschaft zur Gewährung von Selbstverwaltungsrechten für andere arabische Viertel Ost-Jerusalems; Bereitschaft, einer begrenzten Zahl von palästinensischen Flüchtlingen als humanitäre Geste (Familienzusammenführung) die Rückkehr nach Israel erlauben; Bereitschaft, an der materiellen Kompensation der restlichen palästinensischen Flüchtlinge mitzuwirken.“*¹⁰⁶

Die palästinensische Seite war bereit, *„der Integration einiger Siedlungsblöcke in das israelische Siedlungsgebiet zuzustimmen; israelische Souveränität über die in Ost-Jerusalem seit 1967 gebauten jüdischen Stadtviertel nicht in Frage zu stellen; einem Gebietstausch grundsätzlich zuzustimmen; nicht auf der tatsächlichen Rückkehrmöglichkeit für alle palästinensischen Flüchtlinge zu bestehen, wenn ihr Recht auf Rückkehr im Prinzip anerkannt würde; Jerusalem als Hauptstadt Israels und Palästinas zu akzeptieren.“*¹⁰⁷ Da von den Verhandlungen keine Protokolle existieren, sind nur die Aussagen der Verhandlungsteilnehmer bekannt, die einander oft widersprechen. Die Anzahl der Siedlungen, der Gebietsaustausch zwischen Israel und Palästina, die Souveränität Ostjerusalems und des Tempelberges für die Palästinenser und das Rückkehrrecht dürften die Knackpunkte gewesen sein, die zum Scheitern der hoffnungsvoll begonnen Gespräche geführt haben. Unpräzise Abstimmung der einzelnen palästinensischen

¹⁰⁵ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kl. Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 73-76

¹⁰⁶ Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 76

¹⁰⁷ Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 78

Verhandlungsteilnehmer und mangelnde Kompromissfähigkeit beider Seiten, haben schließlich das Scheitern der Gespräche in Camp David verursacht.¹⁰⁸

Jahrelang unterbrach der Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada die Verhandlungen. Totaler Stillstand war die Folge. Erst die Road Map setzte die Gespräche fort, und die Zielsetzung war die Errichtung eines Staates Palästina bis Ende 2005. Übliche Rückschläge brachten Verzögerungen im Zeitplan. Das Präsidialamt sah auch für 2008 keine Chance auf Frieden, da vorgezogene Neuwahlen für den 10. Februar 2008 angesetzt wurden. Dieser Meinung schloss sich auch die US-Außenministerin an, da es ihr nicht gelang, für den aus dem Amt scheidenden US-Präsidenten George W. Bush, den Abschluss eines Nahost-Friedens zu realisieren. *„Diese Verhandlungen waren Ende 2007 bei einer Konferenz in Annapolis vereinbart worden. Die Erfolgsaussichten der Gespräche wurden jedoch von Anfang an skeptisch beurteilt, da Bush ein direktes Engagement im Friedensprozess lange vermieden hatte.“*¹⁰⁹ Dies bedeute neuerdings Stillstand, obwohl die israelische Regierung vor der Konferenz zu konstruktiven Konzessionen bereit war. So hat Olmert, trotz heftiger Proteste der Opposition, den Bau einzelner Siedlungen im Westjordanland stoppen lassen und 44 palästinensische Häftlinge freigelassen.¹¹⁰

Bezüglich der israelischen Wahlen im Februar 2008, hat Benjamin ‚Bibi‘ Netanjahu nicht die meisten Stimmen erhalten, obwohl seine Likud-Partei den Wahlkampf dominierte. Obwohl er schon zwischen 1996 und 1999 Regierungschef war, erzielte die Außenministerin Tsipi Livni,¹¹¹ für ihre Mitte-Rechts-Partei Kadima ein Mandat mehr in der Knesset; trotzdem schaffte sie keine Parlamentsmehrheit bei ihren Regierungsbemühungen. Netanyahu bildet mit Avigdor Lieberman, dem ‚Haider Israels‘, die Regierungskoalition unter Einschluss einiger religiöser Kleinparteien.¹¹² Infolge des starken Mandatszuwachses seiner Partei, wird Lieberman zum neuen Außenminister der israelischen Regierung ernannt. Die Arbeitspartei erleidet mit 13 von insgesamt 120 Mandaten eine schwere Niederlage und Ehud Barak verlässt die Partei.¹¹³ Er positioniert seine neue Partei im politischen Spektrum der Mitte und legt Wert auf die zionistische und demokratische Ausrichtung. Er ruft seine Anhänger zu neuem Pioniergeist auf. Barak wird Verteidigungsminister bleiben. Shalom Simchon wird das Handelsministerium leiten, Matan Vilnai wird das Ministeramt für Heimatfront und

¹⁰⁸ vgl. Böhme, Jörn et al. (2009): KI. Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 79 ff.

¹⁰⁹ Nachrichtend.: „USA: 2008 kein Nahost-Friedensabkommen“, in: ORF, www.orf.at 6.11.2008, 1

¹¹⁰ vgl.: DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

¹¹¹ Tsipi Livni, (*1958), israelische Außenministerin (2006-2009), seit 2008 Vorsitzende Kadima

¹¹² vgl.: Hofmann-Ostenhof, Georg: Seltsame Sieger“ in Profil 8, 40. Jahrgang, 16. Febr. 2009

¹¹³ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 21

Minderheiten übernehmen und Frau Orit Noked wird das Ministerium für Landwirtschaft leiten.¹¹⁴

2.3.1.2 Wirtschaftliche Situation

Seit Jahrzehnten bekämpfen einander die Israelis und die Palästinenser, niemand konnte daraus Nutzen ziehen. Hass, Krieg, Intifada, Terror auf der einen Seite, Angst, Hochmut und militärische Härte auf der anderen Seite. Nur ein Wunder könnte die Situation retten, doch es findet nicht statt. Dafür gibt es in Israel trotz Sperranlagen ein Wirtschaftswunder, für das die Israelis selbst verantwortlich sind. Trotz Katjuscha-Raketen und Gewaltwellen, hat sich das kleine Land weit in der Wirtschaftshierarchie vorgeschoben.¹¹⁵ Trotzdem ängstigt sich Premierminister Benjamin Netanjahu und beabsichtigt, an der Grenze zu Ägypten einen Sicherheitszaun zu errichten, damit die Immigration eingeschränkt wird. Zu viele Immigranten stellen, seiner Ansicht nach, eine Gefahr für Israels Wirtschaft dar und gefährden das soziale Klima.¹¹⁶

Trotz der diplomatischen Schwierigkeiten boomt die israelische Wirtschaft weiterhin. Vor der Küste Israels wurde noch zusätzlich im Juni 2009 ein riesiges Erdgasfeldvorkommen, das sogenannte ‚Leviathan‘, entdeckt. Die Schätzungen lauten auf 430 Mio. Kubikmeter. Schon 2008 wurde das ‚Tamar‘ gefunden, doch diese Gasmenge war nur halb so ausgiebig. Experten stufen diese Gasvorkommen als geopolitisch bedeutend ein, da es der doppelten Menge des britischen Gaspotenzials entspricht.¹¹⁷ Durch das Assoziationsabkommen der EU, gelangt Israel in den Genuss einer Liberalisierung des Warenhandels. Dies bezieht sich, laut EU-Kommission, vor allem auf Agrarprodukte und auf Fischereierzeugnisse. Der Vertrag bezieht sich auf ein Treffen vom 30. April 2008 im israelischen Det-Dagan, als die EU-Vertreter zu Besuch waren. Später wurden technische Details in bilateralen Verhandlungen gelöst. Geschätzte 95 % aller verarbeitenden Agrarprodukte werden durch diesen Vertrag liberalisiert. Bezüglich der Industrieerzeugung hat Israel bei der Anzahl der Betriebe, die von der NASDAQ¹¹⁸ verwaltet werden, bereits China überflügelt. 75 Betriebe sind direkt, weitere 30 indirekt bei der NASDAQ registriert. All diese Firmen werden auch bei der OMX, der

¹¹⁴ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 21

¹¹⁵ vgl.: Gaulhofer, Karl: „Ein Wunder im eiligen Land“, in: „Die Presse“, 28. März 2010, S. 17

¹¹⁶ vgl. „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 34

¹¹⁷ vgl. „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 37

¹¹⁸ NASDAQ: Sitz ist der Times Square in New York, größte elektronische Börse der USA

NASDAQ-Börse mit Erfolg gehandelt. Außerhalb der USA ist Israel das Land mit der höchsten NASDAQ-Firmenanzahl.¹¹⁹

Auch wenn wissenschaftliche Leistungen nur bedingt im Kapitel der Wirtschaft Israels erwähnt werden sollen, ist es doch bemerkenswert, drei hervorragende Beispiele, stellvertretend für viele andere anzuführen: So hat die Firma Nephera den ersten Nierenschrittmacher entwickelt, der mittels einer Mini-Pumpe die Nierenfunktion kontinuierlich fünf Jahre aufrecht erhält. Oder Azilect, ein neu auf den Markt gelangtes Parkinson-Präparat, das aufgrund seiner Effizienz die Fachwelt staunen lässt, positive Ergebnisse wurden an 1176 Testpatienten erprobt. Von der Firma Aespironics wurde ein Inhalator entwickelt, der die orale Medikamenteneinnahme ersetzt und die Größe einer Scheckkarte aufweist. Mittels Atemluft wird eine kleine Turbine betrieben, welche die Lunge mit dem Medikament automatisch versorgt.¹²⁰ Besonders in Hinblick auf die Schlussbetrachtungen einer zukünftigen Freihandelszone in dieser Region, sind die wissenschaftlichen Leistungen Israels von großer Bedeutung, die sich auch schlussendlich in wirtschaftlichen Erfolgen niederschlagen und die ökonomischen Kennzahlen verbessern. Siehe Kapitel 5.2.

„Und trotz aller immer noch spürbaren Nachwirkungen der internationalen Finanzkrise blieb die Wirtschaft Israels wachstumsstark, mit einem Zuwachs von 4,4% im ersten Quartal 2009 und 3,4 % im ersten Quartal 2010.“¹²¹ Selbst im Jahr 2009, konnte die israelische Wirtschaft leicht wachsen. Für 2010 wurde eine Steigerung des BIP von 5 % prognostiziert. Israel wurde im Sommer 2009 in die OECD aufgenommen, der Schekel erweist sich als sichere, harte Währung. Neben den vielen NASDAQ-Firmen verfügt Israel über die meisten Start-up-Firmen¹²² der Welt. In der Weltwirtschaft nimmt Israel mit seinem Pro-Kopf-BIP zurzeit den 30. Rang ein. Bis zum Jahre 2030 möchte die Regierung Netanjahu dies auf den zwölften Platz verbessern. Diese rasante Wirtschaftsleistung war nur durch die Wende in den 1990er-Jahren möglich. Die Likudpartei agierte im Wirtschaftsbereich ähnlich wie in der Politik - schnell, radikal, brutal. Viele dem Staat Israel gehörende Betriebe und das Pensionssystem wurden privatisiert. Zusätzlich wurden die Steuersätze gekürzt, und die dadurch verminderten Einkommensteuer-Abgaben ermöglichten erst den erfolgreichen Aufbau eines funktionierenden Finanzmarktes. Die Kaufkraft der durch den Zuzug der zusätzlichen Million Juden, die aus Ost-Europa immigrierten, tat ein Übriges. Unzählige, erfolgreiche Firmen, der

¹¹⁹ vgl. „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2009, S. 27

¹²⁰ vgl. „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2009, S. 27

¹²¹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 37

¹²² Start-Up-Firmen: Junge Firmen mit innovativen Ideen, meist in der Elektronik-Branche oder IT

auch die Dotcom-Krise¹²³ nichts anhaben konnte, genossen das Vertrauen der Risiko-Kapitalgeber. Begleitmaßnahmen, wie die Rahmengesetze und Deregulierungen durch die Regierung, förderten das Klima des aufkeimenden Wirtschaftswunders. Forschungsetats wurden innerhalb weniger Jahre auf 5 % des BIP erhöht, über 20 % der Dienstnehmer besitzen Universitäts-Abschluss. Da in der unmittelbaren Umgebung Israels kaum Exportchancen existieren, versucht Israel seine Produkte weltweit zu vertreiben. Wie alle Waffen erzeugenden Nationen der Welt, wird auch in Israel aus der hoch entwickelten Militär-Technik Nutzen für die Wirtschaft und für den Alltag gezogen. So wurde die Kamera einer Raketen Spitze auf Miniformat einer Tablette, 'PillCam' genannt, reduziert, die es dem Patienten nach oraler Einnahme rasch ermöglicht, Fotos seines Innersten anzufertigen. Im Übrigen ist der USB-Stick ebenfalls eine israelische Erfindung, der im Silicon Wadi, nahe Tel Aviv entwickelt wurde. Dort sind viele Firmen konzentriert, die Mikrochips und alle Arten hochwertiger Spezialprodukte erzeugen. Zuletzt möge noch erwähnt werden, dass der Pharmakonzern Teva um 3.7 Mrd. Euro die deutsche Ratiofarm erstanden hat. Engagierte Kompetenz-Zentren repräsentieren das junge, weltoffene, säkulare Israel.¹²⁴

Dieser wirtschaftliche Aufschwung bedingte auch eine signifikante Reduzierung der Arbeitslosenzahlen in Israel. Allerdings zählen die Araber und die orthodoxen Juden nicht zu den Gewinnern. Besonders der Umstand, dass immer öfters am Sabbat gearbeitet wird, sorgt in den konservativen Kreisen Israels für Unmut.

2.3.1.3 Militärische Situation

Im Mai 2000 wird ein Wahlversprechen von Ehud Barak eingelöst, und die israelische Armee zieht sich aus dem Süd-Libanon zurück. Der Jubel der schiitischen Hisbollah fügte den Israelis eine überaus peinliche PR-Niederlage zu. Für Anhänger des Dschihad und der Hamas wurde der Rückzug Israels zu einem Triumphzug für die Hamas umfunktioniert, da sie die Israelis vertrieben haben.¹²⁵

Nach dem Scheitern in Camp David, brach im September 2000 die Al-Aqsa-Intifada aus. Seit dieser Zeit ist Israel einer globalen Delegitimierungskampagne ausgesetzt. Jeder Militärschlag Israels bewirkt unzählige Gegenangriffe. Vorschläge für den Friedensprozess, werden mit weltweiter Kritik beantwortet. Die internationalen Medien attackieren Israel, selbst mit persönlicher Kritik am Premierminister wird nicht gespart. Der Führung Israels wird

¹²³ Dotcom-Blase: im März 2000 geplatze Spekulationsblase bei der NASDAQ

¹²⁴ vgl.: Gaulhofer, Karl: „Ein Wunder im eiligen Land“, in: „Die Presse“, 28. März 2010, S. 17

¹²⁵ vgl. Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 79 f.

unterstellt, dass sie die grundlegende Pflicht zum Schutz seiner Bürger nicht wahrnimmt.¹²⁶ Israel verfügt über ein gewaltiges Miliz-Heer. Eine notwendige Mobilisierung kann binnen 24 Stunden ein Heer von 621.500 Mann aufstellen. Die Altersbegrenzung für Männer beträgt 49, für Frauen 24 Jahre, und jährlich müssen 30 Tage abgeleistet werden. Dies ist nicht nur für die Reservisten ein Opfer, sondern belastet auch die israelische Volkswirtschaft.¹²⁷ *„Weit größere Beachtung in Israel und Palästina wie auch in der internationalen Politik fanden in der ersten Jahreshälfte 2004 die Auseinandersetzungen um den Bau einer Sperranlage auf palästinensischen Gebiet, neue Initiativen für eine friedliche Regelung des Konflikts von Persönlichkeiten außerhalb der Regierungskreise auf beiden Seiten sowie der unilaterale Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen, den Scharon im Dezember 2003 überraschend entwickelte.“*¹²⁸ Die Errichtung der Sperranlage wird durch die israelische Regierung insofern begründet, da sie verpflichtet ist, die eigene Bevölkerung vor terroristischen Angriffen zu schützen. Der ‚Sicherheitszaun‘, der eine Höhe bis zu acht Metern erreicht, weist eine Länge von 700 Kilometern auf und besteht im freien Gelände aus Metallzäunen, während in dicht besiedelten Gebieten, wie in Jerusalem, die Betonmauer aus Sicherheitsgründen bevorzugt wird.¹²⁹

Die Beziehungen zwischen der Türkei, die auch als Mittler im Konflikt zwischen Israel und Syrien engagiert war, haben sich seit dem Zwischenfall im Mai 2010, rapide verschlechtert. *„Am 31. Mai 2010 fingen Kräfte der IDF (Israelische Verteidigungsstreitkräfte) die Mavi Marmara ab und gingen zur Durchsetzung der Seeblockade des Gazastreifens an Bord. Während des Betretens und der Übernahme des Schiffes, stießen die Kräfte der IDF auf gewaltsamen Widerstand. Während der Kämpfe auf dem Schiff wurden neun Schiffspassagiere getötet und 55 verletzt. Neun Soldaten der Zahal“*¹³⁰ *wurden ebenfalls verwundet.“*¹³¹ Die von der Türkei verlangte Entschuldigung durch die israelische Regierung wurde verweigert. Seit dieser Zeit entzieht der türkische Premierminister Erdogan - langsam aber sicher - Israel seine Sympathien und sucht verstärkt, türkische Interessen in der arabischen und auch in der muslimischen Welt (Persien) zu vertreten. Oder anders ausgedrückt: Die Türkei ergreift nun Partei für den anderen Konfliktpartner im Israelisch-Palästinensischen Nahost-Konflikt.¹³²

¹²⁶ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 687 vom Febr. 2011, S. 27

¹²⁷ vgl. Wolffsohn, Michael (2007): Israel, Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft: S. 194

¹²⁸ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 96

¹²⁹ vgl.: Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte d. israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 96

¹³⁰ Zahal: Israelische Verteidigungsstreitkräfte

¹³¹ Ber. Israelische Regier. 24.1.2011, zit. in: „Die Gemeinde“: IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 23

¹³² vgl.: „Die Gemeinde“: IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 21

Eine der bestehenden Hauptsorgen für den neuen Generalstabschef Israels, Benny Gantz, wird die drohende Gefahr, dass der Iran innerhalb weniger Jahre in den Besitz einer eigenen Atombombe gelangt. Trotz aller diplomatischen Bestrebungen und konzertierten Aktionen der IAEA in Wien, gelingt es nicht, die immer näher rückende Gefahr zu stoppen. *„Der Iran verfolgt zwei Ziele gleichzeitig, beide sind in komfortabler Reichweite. Das erste – die für eine verfügbare Atomwaffe nötigen Fähigkeiten zu erlangen – lässt sich nahezu sicher nicht mehr diplomatisch verhindern.“*¹³³ Daher ist es die erste Absicht Irans, das Atomprogramm rasch voranzutreiben, sodass ein präventiver Gegenschlag nichts mehr verhindern könne, und das Angriffsrisiko als zu riskant eingestuft wird. Somit wäre das zweite Ziel Irans erreicht. Beim Erreichen dieser Ziele spricht die Zeit für den Iran. Dies sollten die Diplomaten der USA und der EU wahrnehmen, wenn sie allzu oft der Glaubwürdigkeit Irans zuviel Glauben schenken.¹³⁴ Ebenfalls hat *„der Start der iranischen Trägerrakete in der israelischen Öffentlichkeit gemischte Reaktionen von Besorgnis bis zum Herunterspielen möglicher Gefahren ausgelöst. Während einige israelische Experten ihre Landsleute vor Angstmache und Panik warnten, ist aus Sicht von Kommentatoren ein weiterer Teil der strategischen Bedrohung Israels durch den Iran sichtbar geworden.“*¹³⁵

Aus Sicherheitsgründen für Israel, hat Verkehrsminister Jaakov Katz, früherer Generalstabschef Israels, vorbeugend die Errichtung einer acht Quadratkilometer großen Insel vor dem Gazastreifen vorgeschlagen, die mit dem Festland durch eine vier Kilometer lange Brücke verbunden wird. Dadurch ließen sich die Warenlieferungen an die Hamas-Regierung leichter kontrollieren, Waffentransporte wären somit ausgeschlossen. Auf der Insel würden ein Flughafen, Hotels und ein Touristenzentrum entstehen.¹³⁶

Wikileaks: Die gegenwärtige Lage wird aus der Sicht amerikanischer Diplomaten als *„trügerisch ruhig und florierend“* beurteilt. *„Das Land bereite sich auf einen breit angelegten Krieg mit Hamas und Hisbollah vor und beurteile selbst den Frieden mit Ägypten und Jordanien als sehr zerbrechlich. Im Falle eines Regimewechsels könnte die Lage schnell kippen, da Israel den Frieden mit den Regierungen – nicht mit den Völkern hat.“*¹³⁷

¹³³ Bolton, John R., US-UNO Botschafter, in „Die Gemeinde“. IKG Wien, Nr. 627, Aug. 2008, S. 15

¹³⁴ vgl.: Bolton, John R., US-UNO Botsch., in „Die Gemeinde“. IKG Wien, Nr. 627, Aug. 2008, S. 15

¹³⁵ Bolton, John R., US-UNO Botsch., in „Die Gemeinde“. IKG Wien, Nr. 627, Aug. 2008, S. 16

¹³⁶ vgl.: Jerusalem/Basta AG: Israel: „Minister will ‚Insel‘ vor Gaza bauen“, in: „Die Presse“, 31. März. 2011, S. 6

¹³⁷ Gerloff, Johannes: „Neues aus Nahost“: in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 22

2.3.1.4 Soziokulturelle Situation

Starke Frauen für den Zionismus: „*Schon in biblischen Zeiten gab es bei den Juden starke Frauen wie Mirjam, die Prophetin, die ältere Schwester von Moses*“, sagt Hava Bugajer¹³⁸, „*doch es geht nicht nur um starke, sondern um alle Frauen, die gleiche Rechte haben sollten*.“¹³⁹ Die von Bugajer geleitete Wiener Hilfsorganisation ist Teil einer internationalen Vereinigung, die schon zu Beginn der zionistischen Bewegung die Auswanderung europäischer Familien nach Palästina förderte. Im Besonderen galt es für die ‚Wizo‘, jüdischen Frauen beim wirtschaftlichen Aufbau zu helfen. Jüdinnen nahmen gleichberechtigt schon am Kongress in Basel teil. Mit Hilfe der Organisation konnte die Kinderbetreuung übernommen werden, sodass die Frauen schon damals einen Beruf ergreifen konnten. Dadurch waren sie gleichwertig in der Gesellschaft Eretz. Wizo ist der größte Partner im Sozialbereich der israelischen Regierung, und diese NGO hat ihren Aufgabenbereich erweitert und fühlt sich heute für alle Probleme der Frauen, Kinder und auch älteren Menschen zuständig. Die Nationalität oder die Religionszugehörigkeit spielen hierbei keine Rolle. In Bezug auf die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Frau in der Gesellschaft, wurde ein hoher Standard erreicht. Ein Vergleich mit der Situation in der palästinensischen Autonomiebehörde darf keineswegs gezogen werden.¹⁴⁰

Abschließend noch ein kurzer Einstieg in das jüdische Religionsleben in Israel. „*Es gibt in Israel ebenso wie in der Diaspora drei große Richtungen bzw. Strömungen innerhalb des Judentums: Die Orthodoxie, das konservative sowie das Reformjudentum*“¹⁴¹. Bisher gelang es den religiösen Parteien nach abgehaltenen Wahlen bei jeder Regierungsbildung, großen Einfluss zu nehmen. Obwohl sie zahlenmäßig die kleinste Gruppe darstellen, sind sie der notwendige Koalitionspartner der linken oder rechten relativen Mehrheit und sind daher die Mehrheitsbeschaffer in der Knesset. Diese Abhängigkeit forderte stets vom größten Koalitionspartner den entsprechenden Tribut. Nicht verwunderlich, dass die politisch konservativen und die reformfreudigen Parteien ihre Zielvorstellungen einschränken müssen. Der kleine Regierungspartner, der für die Mehrheit in der Knesset wichtig, aber doch zu wenig ist, erfährt dadurch überdurchschnittliche Aufwertung.

¹³⁸ Bugajer, Hava, Präsidentin des Österreich-Ablegers der Women's International Zionist Organization (Wizo), nach 1945 in Wien wieder gegründet: Hilfe für Frauen, Kinder, Senioren

¹³⁹ Labudovic, Ida: „Starke Frauen für den Zionismus“ in: „Die Presse“, 9. März 2011, S. 11

¹⁴⁰ vgl.: Labudovic, Ida: „Starke Frauen für den Zionismus“ in: „Die Presse“, 9. März 2011, S. 11

¹⁴¹ Wolffsohn, Michael (2007): Israel: Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft: S. 338

2.3.2 Palästinensische Autonomiebehörde

Die Palästinensische Autonomiebehörde¹⁴² ist eine quasistaatliche Einrichtung, die nominell Regierungsfunktionen in den Palästinensischen Autonomiegebieten, im Westjordanland und im Gaza-Streifen, ausübt.¹⁴³ Diese Gebiete werden von der Palästinensischen Autonomiebehörde Palästinensische Territorien genannt. Die Palästinensische Autonomiebehörde wurde als Teil des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen der PLO und Israel aufgebaut. Sie hat in den städtischen Gebieten (sog. Area A) die Zuständigkeit für Sicherheitsfragen und öffentliche Verwaltung und in den ländlichen Gebieten (sog. Area B) die Zuständigkeit für die öffentliche Verwaltung.¹⁴⁴

2.3.2.1 Politisch Situation

Im Zuge des Oslo-Prozesses gestalteten sich die an die Grundlagenerklärung anschließenden Verhandlungen äußerst schwierig. Ein viel zu gedrängter Zeitplan wurde fixiert, der nicht eingehalten werden konnte, wie der Abzug der Israelis aus Gaza und Jericho ab Dezember 1993 und Wahlen zum Palästinensischen Selbstverwaltungsrat im Juni 1994. Massive Terroranschläge, die das Scheitern des Oslo-Prozesses zum Ziel hatten und Anschläge von israelischen Extremisten verzögerten den Zeitplan. Dadurch konnte das Kairoer Abkommen über die Umsetzung des Prinzipienabkommens erst am 4. Mai 1994 unterzeichnet werden. Nur wenige Tage nach dieser Unterzeichnung zogen die Israelis ihre Soldaten aus dem größten Teil des Gaza-Streifens und aus Jericho ab, um den Einzug der palästinensischen Polizei unter dem Jubel der palästinensischen Bevölkerung zu ermöglichen.¹⁴⁵

Dieser Fortschritt löste einen elementaren Wandel in den Beziehungen Israels zu der arabischen Welt aus. Ein Friedensvertrag mit Jordanien wurde im Oktober 1994 unterzeichnet, und ab Dezember 1994 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Einige arabische Länder eröffneten Beziehungsbüros in Tel Aviv, und nach dem jahrelangen Wirtschaftsboykott gegenüber Israel wurden die Handelsbeziehungen aktiviert. Nur Syrien konnte sich, trotz eindeutig geklärter Verhandlungsziele, nicht zu einem Abschluss mit Israel entscheiden. Weitere Verzögerungen ergaben sich in den Verhandlungen über das Interimsabkommen, auch Oslo II, bezeichnet. Die Israelis übergaben in der Zone A die

¹⁴² Palästinensische Autonomiebehörde: englisch abgekürzt PA

¹⁴³ vgl.: Palästinensische Autonomiebehörde

¹⁴⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiebeh%C3%B6rde spiegel-lexikon

¹⁴⁵ vgl.: <http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensischeAutonomiebeh%C3%B6rde>

¹⁴⁵ vgl. Böhme, Jörn et al.: Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 64

Verwaltungs- und die Polizeikompetenz. Dies betraf die palästinensischen Städte Nablus, Ramallah, Bethlehem, Tulkarem, Dschenin und Qalkilja. In der Zone B (24 %), vorwiegend kleinere Ortschaften, erhielten die Palästinenser das Recht nur für die Verwaltung und die Sorge für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Doch für die Zone C (59 %), die im Wesentlichen alle israelischen Siedlungen, die Verbindungsstraßen, die Naturschutz- und militärischen Übungsgebiete sowie das Jordantal betrafen, behielten sich die Israelis alle Verwaltungs- und Schutzmaßnahmen selbst vor.¹⁴⁶ Die Modalitäten und der Zeitpunkt für die Wahlen zum palästinensischen Selbstverwaltungsrates und dessen Vorsitzenden/Präsidenten wurden gelöst und die Einberufung des Nationalrates zur Änderung der PLO-Charta, schon in Oslo 1 vorgesehen, vereinbart. Dieses Oslo II-Abkommen war seit 1967 für die Palästinenser erstmals ein für die Bevölkerung fühlbarer Erfolg. Die israelische Armee verschwand aus dem täglichen Blickfeld, sie patrouillierten nur noch auf Straßenverbindungen, und die häufigen Ausgangssperren gehörten der Vergangenheit an. Dies wirkte sich auch bei den Wahlen am 20. Jänner 1996 aus, in denen die Bevölkerung Arafat und den eingeschlagenen Friedensprozess stark unterstützten. Arafat wurde mit 88 % zum Vorsitzenden des Rates und der Selbstverwaltungsbehörde gewählt, de facto zum Präsidenten der Palästinenser. Auch die Fatah errang die absolute Mehrheit der Mandate.¹⁴⁷

Das arabische Akronym¹⁴⁸ ‚ Hamas‘ bedeutet Bewegung des islamischen Widerstandes, und wurde kurz nach der ersten Intifada, 1987, von Scheich Ahmed Jassin gegründet, der im März 2004 von den Israelis gezielt ausgeschaltet wurde. Die Hamas ist ein Ableger der in Ägypten damals verbotenen, aber stark verbreiteten Moslembruderschaft. Die Hamas errang diesen großen Wahlsieg, da die Politiker der Palästinensischen Autonomiebehörde sehr korrupt waren.¹⁴⁹

Im Vorfeld der Konferenz von Annapolis, im Dezember 2007, wurden den Palästinensern von Ministerpräsident Olmert zwar einige Zugeständnisse gewährt, doch dies erwies sich als zu wenig. Da Israel nicht bereit ist, den Siedlungsbau im Westjordanland zu stoppen und außerdem nur einen Teil der 9000 Häftlinge freilassen wollte, verhielten sich die Palästinenser vor den Verhandlungen sehr zurückhaltend. Syrien bestand auf die Rückerstattung der Golanhöhen. Nur nach Rückgabe dieses strategischen Höhenzuges ist

¹⁴⁶ vgl. Böhme, Jörn et al.: Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 65

¹⁴⁷ vgl. Böhme, Jörn et al.: Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 66

¹⁴⁸ Akronym: griechisch, Initialwort

¹⁴⁹ vgl. Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 81

ein Friedensvergleich mit Israel möglich.¹⁵⁰ Nach Ansicht der Experten hat sich – wie vorhergesehen – der Erfolg in Richtung einer Annäherung nach der Konferenz von Annapolis nicht eingestellt. Zwar hatten die Israelis einen Baustopp für Neubauten auf zehn Monate angekündigt, doch galt er nicht für die 3000 begonnenen Bauprojekte. Die Frist war rasch abgelaufen, aber die Palästinenser kehrten nicht an den Verhandlungstisch zurück. Sie vertrauten auf den US-Präsidenten Obama, dass er Druck auf Israel ausüben würde, und der Fokus auf die Kernpunkte des Konflikts gerichtet wird – die Grenzfrage, Jerusalem, die palästinensischen Flüchtlinge und die Staatsform eines zukünftigen Staates Palästina. Auf Druck der amerikanischen Regierung, schlug der für den Friedensprozess zuständige US-Sondergesandte, George Mitchell, indirekte Gespräche vor. Endlich im März 2009, gab es von beiden Seiten die Bereitschaft für diese indirekten Gespräche. Mitchell pendelte zwischen Jerusalem und Ramallah; zwischendurch bereiste auch der US-Vizepräsident Joe Biden den Nahen Osten, um den möglichen Durchbruch zu verkünden. Doch knapp vor dieser möglicherweise historischen Rede, bewilligte das Israelische Innenministerium Pläne für 1.600 neue Wohneinheiten in Ramat Shlomo nahe Jerusalem. Dieses Projekt liegt östlich der Grenzlinie von 1967 und somit - nach Ansicht der Weltgemeinschaft - im Westjordanland. Demzufolge verweigerte die palästinensische Führung alle Annäherungsversuche.¹⁵¹

Wieder verstrich ein langer Zeitraum. Nach fast eineinhalb Jahren, wurden wieder Verhandlungen zwischen den Vertretern Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde aufgenommen. Allerdings betonte der israelische Unterhändler nach einem Gespräch mit Mahmud Abbas und dem US-Sondergesandten, dass es sich wieder nur um indirekte Gespräche handeln könne, solange Israel an dem Weiterbau der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten festhalte. Die angestrebte Verhandlungsrunde sollte vier Monate dauern, wobei die Palästinenser vergeblich hofften, sich mit Israel über den Grenzverlauf des künftigen Staates Palästina einigen zu können.¹⁵²

2.3.2.2 Wirtschaftliche Situation

„Von dem 1993 eingeleiteten Friedensprozess hatte sich die palästinensische Bevölkerung zunächst vor allem eine rasche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage versprochen.“¹⁵³ Die erste Intifada hatte in den besetzten Gebieten zu vielen Kündigungen

¹⁵⁰ vgl. DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

¹⁵¹ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 36

¹⁵² vgl.: Knaut, S. „Israel und die Palästinenser reden wieder,“ in: „Die Presse“ 10. 5. 2010, S. 4

¹⁵³ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 151

palästinensischer Arbeiter in den israelischen Betrieben geführt. Zu guter Letzt erlitt die PLO auch einen Finanzbankrott, die wirtschaftliche Lage war katastrophal. Die Hoffnung, internationale Hilfeleistungen lukrieren zu können sowie die Erleichterungen im Warenverkehr sind Antrieb für die Palästinenser, dem Friedensprozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Allerdings wurden die im Zusammenhang mit dem Oslo-Prozess gehegten Hoffnungen enttäuscht. Von 1993 bis 1997 stellte sich weder eine Verbesserung der politischen noch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ein. Im Gegenteil, der Lebensstandard sank, und die Ökonomie der Palästinensischen Autonomiebehörde sprang nur mühselig an, angeregt vor allem durch Finanzmittel aus dem Ausland. Diese Unzufriedenheit senkte nicht nur die Erwartungen und die Unterstützung für den Friedensprozess, sondern schadete auch Arafats Beliebtheit in der palästinensischen Bevölkerung.

Im Gebiet des heutigen Westjordanlandes regierte nach der Gründung Israels bis 1967 Jordanien, im Gaza-Streifen Ägypten. Die Investitionen beider Länder waren gering und der Lebensstandard war bescheiden. Nach der Besetzung der Gebiete durch Israel, sind zwar die Investitionen in palästinensische Betriebe kaum gesteigert worden, doch die wirtschaftliche Lage verbesserte sich deshalb rapide, da die Palästinenser als Dienstnehmer in der israelischen Textilindustrie und im israelischen Bausektor gute Arbeitsbedingungen vorfanden. Zusätzlich arbeiteten die gut Ausgebildeten in den benachbarten arabischen Ländern als Gastarbeiter in der boomenden Ölindustrie. Die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre und vor allem die Unterstützung der Palästinenser für Saddam Hussein im Golfkrieg 1991, bewirkten den Entzug der Finanzmittel für die PLO durch die wohlhabenden Golfstaaten. Allein Kuwait kündigte 300.000 Palästinensern das Dienstverhältnis, deren Einkommen den Familien fehlte. Durch die Oslo-Verträge bekamen die Palästinenser erstmals die Möglichkeit, aktiv in ihr Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Trotzdem verblieben viele Agenden bei Israel, vor allem die Kontrolle über das Wasser. Doch die Autonomiebehörde erhielt die Steuerhoheit in Form von 75 % der Einkommensteuer und die Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge der im Kernland arbeitenden Arbeiter verblieben ebenfalls in der Budgethoheit der Palästinenser.¹⁵⁴

Trotz der Einnahmen, war die Autonomiebehörde auf Zuwendungen angewiesen. In den Jahren 1993 – 1998 wurden allein aus dem Ausland etwa 2,3 Milliarden US\$ in die Autonomiegebiete überwiesen; die 1998 abgehaltene Geberkonferenz brachte weitere 3,3 Milliarden US\$. Die EU allein war für 2 Milliarden verantwortlich. Die ineffiziente Verwaltung,

¹⁵⁴ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 151 f.

unnötige Dienstverhältnisse für Freunde, Investitionen durch Aufnahme von Krediten im öffentlichen Bereich sowie 60 % des Budgets als Lohnkosten für die Staatsbeamten, forderten ihren Preis. Vor allem die hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Bereich, dies entspricht 15 % der Bevölkerung, wirkte sich katastrophal aus und bremste den Investitionseifer der Betriebe in der Privatwirtschaft. Die Handelshemmnisse durch Israel erschwerten jeden Wirtschaftsaufschwung, doch Israel verhält sich diesbezüglich nicht verhandlungsbereit. Alle israelischen Waren sind liberalisiert, doch dieser Vorteil wird selbst den Agrarprodukten der Palästinenser verwehrt, die für den Export bestimmt sind.¹⁵⁵ Da die Grenzübergänge nur erschwert für den Warentransport zur Verfügung stehen, ist die Abwicklung der Warenflüsse im Handelsverkehr (Im- und Export) stark beeinträchtigt. Infolge der Unruhen durch die Intifada II in den Jahren 2000 und 2001, verringerte sich der Anteil der Exporte zum Bruttosozialprodukt von 11 auf 6 % und der Importe von 46 auf 38 %. Die Erschwernisse im täglichen Handelsverkehr, wie z. B. die längst fällige Errichtung eines Flughafens oder eines eigenen Hafens am Mittelmeer sind unübersehbar. Eine weitere Kennziffer veranschaulicht die Schwierigkeiten in der Verteilung des Handelsvolumens: Die Exporte und Importe sind vorwiegend auf den Warenaustausch mit Israel konzentriert; erstere betragen aus Drittländern weniger als 10, letztere weniger als 15 % und spielen keine Rolle. So betrug 1999 das Außenhandelsdefizit mit Israel 1,3 Milliarden US\$, das bedeutet 45 bis 50 % des BIP.¹⁵⁶

Da die Löhne der palästinensischen Arbeiter in Israel von dort überwiesen werden, und viele internationale Hilfsleistungen in Form von Auslandsüberweisungen getätigt werden, wird *„ein großer Teil des Nationaleinkommens im Westjordanland und im Gazastreifen nicht in den Autonomiegebieten selbst erwirtschaftet.“* Nach den Zahlen der Weltbank erhöhte sich das Bruttosozialprodukt in den palästinensischen Autonomiegebieten zwischen 1993 und 1997 zwar um ca. 4,7 %, da aber gleichzeitig das Bevölkerungswachstum 27 % betrug, *„schrumpfte das BSP pro Kopf im gleichen Zeitraum um 17,5 % und betrug 1997 nur noch 1.600 US\$ pro Jahr.“* Diese Entwicklungen können der palästinensischen Jugend keine Perspektiven bieten.¹⁵⁷ In den folgenden Jahren gab es Steigerungen des BSP um 3,1 %, 1999 sogar um 6 %, doch dies reichte bei der starken Bevölkerungszunahme nicht, das BSP pro Kopf zu erhöhen. Nach dem Unruhejahr 2000 stieg die Arbeitslosigkeit von 11 %, d. s. 70.000 Personen auf 30 %, d. s. 260.000 gegen Jahresende 2001. Zwischen 2000 und 2002 verringerte sich das BSP von 4,6 Milliarden US\$ auf 3,0 Milliarden US\$. Im selben Zeitraum sank das BIP pro Einwohner um 26,4 %. Experten schätzten die Gesamtkosten, die durch

¹⁵⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 153 f.

¹⁵⁶ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 155

¹⁵⁷ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 156

die Al-Aqsa-Intifada entstanden sind, so gravierend ein, dass sie mit einem Jahres-BIP der palästinensischen Volkswirtschaft gleichzusetzen sind. Im Westjordanland sind im Dienstleistungssektor ca. 55 % (vorwiegend im öffentlichen Sektor), ca. 14 % in der Landwirtschaft, ca. 17 % in der Industrie und ca. 14 % im Baugewerbe beschäftigt. Im Gazastreifen sind die Kennziffern ähnlich, wenngleich der Anteil der Beschäftigten in der Industrie noch geringer ist. Letzteres wirkt sich in den Arbeitslosenzahlen aus, sodass diese im Gazastreifen meist doppelt so hoch als im Westjordanland sind und in Krisenzeiten mehr als 60 % betragen. Ähnlich hinken die Lohnsteigerungsraten im Gaza-Streifen ebenfalls jenen des Westjordanlandes nach. Für die Definition der Armutsgrenze werden die Versorgung mit Lebensmittel, der Bezug von Kleidung und die Innehabung einer Wohnung berücksichtigt. Diese Armutsgrenze beginnt unter einem Jahreseinkommen von 756 US\$ pro Person – dies bedeutet eine tägliche Ausgabenquote von zwei Dollar. Im Dezember 2002 betraf dies 60 % der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland, 75 % im Gazastreifen.¹⁵⁸

Abschließend muss festgestellt werden, dass einerseits die Führungskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde mit dem Aufbau der ökonomischen Infrastruktur weit überfordert waren, andererseits Israel mit seinen oft notwendigen Absperrungen und Ausgangssperrungen den Wirtschaftsaufschwung negativ beeinflussten. Positiv und zukunftsweisend könnte sich der Umstand auswirken, dass das Unterrichtswesen gute Schulabsolventen hervorbringt, die Gesellschaft über gute private Ersparnisse verfügt und großzügig durch einen Teil der in der Diaspora lebenden 4,5 Millionen Palästinenser unterstützt wird, was dem Aufbau der Wirtschaft zugute kommt.¹⁵⁹

Da der Friedensprozess in den letzten Jahren Rückschläge erleidet, wird das Wirtschaftsklima immer wieder beeinträchtigt. Doch Investoren sind nur zu größeren Engagements bereit, wenn sie einem Wirtschaftsraum genügend Vertrauen schenken. Da dieser Bereich sehr sensibel ist und auch mittel- und langfristigen Betrachtungen standhalten muss, wären endlich Fortschritte in der Friedenspolitik wichtig, erste Voraussetzungen für die notwendige Erholung der Wirtschaft Palästinas. Selbstverständlich müssen Rahmenbedingungen wie eine geeignete Rechtspolitik, eine Ordnung für den geregelten Wettbewerb und die nötigen ordentlichen Schiedsgerichte für Streitfälle erst institutionalisiert werden.

¹⁵⁸ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 157 f.

¹⁵⁹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 162

2.3.2.3 Militärische Situation

Da in der Intifada jugendliche Steinewerfer die jungen israelischen Soldaten provozieren, auch schwer verletzen können, sind diese Aktivitäten als militärische Technik einzustufen. Zusätzlich hat sie bei den Palästinensern, auch bei Arafat selbst, den Traum wieder aufleben lassen, dass Israel vielleicht doch besiegbar sein könnte. Dem Problem der Intifada ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Im Gazastreifen wird die nach der Ersten Intifada gegründete Hamas immer stärker und verübt allein in den Jahren der Al-Aqsa-Intifada 60 Selbstmordanschläge im Kernland. Bis heute stuft der Westen die Hamas als terroristische Organisation ein.¹⁶⁰

„Die seit 2002 gebaute, von Befürwortern ‚Sicherheits-, oder ‚Trennungszaun‘, von Gegnern ‚Trennungs- oder ‚Apartheidsmauer‘ genannte Sperranlage, löste in Israel und international heftige Kritik und Proteste aus, die schließlich im Dezember 2003 neben der Qualifizierung als völkerrechtswidrig zu einem Beschluss der UNO-Vollversammlung führten, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit einer juristischen Begutachtung der Sperranlagen zu beauftragen.“¹⁶¹ „Der IGH in Den Haag erklärte jedoch den Zaun für illegal.“ Israel erklärt den Bau der Sperranlage mit dem Argument, sich vor Selbstmord-Attentäter schützen zu müssen und setzt die Bauarbeiten der 600 Kilometer langen Anlage fort.¹⁶² „Die Gegner wenden ein, dass die ‚Trennungsmauer‘ nicht auf der so genannten Grünen Grenze, der Waffenstillstandslinie von 1949, errichtet wird, sondern fast vollständig auf dem Territorium der Westbank verläuft und an mehreren Punkten tief in die Westbank hineinreicht, um auf diese Weise möglichst viele jüdische Siedlungen an das Staatsgebiet Israels anzuschließen.“ Im Juli 2004, erklärte der IGH in Den Haag den Bau und den Verlauf der Mauer als völkerrechtswidrig.¹⁶³

Am 12. September 2005 verlässt Israel, nach 38 Jahren Besatzung, den Gazastreifen. Symbolisch wurde die israelische Flagge bei der geräumten Siedlung Neue Dekalim eingeholt. Präsident Mahmud Abbas wertet den israelischen Abzug mit den Worten: *„Dies ist ein Tag der Freude, ein Tag, wie ihn die Palästinenser seit einem Jahrhundert nicht gesehen haben.“¹⁶⁴* Doch die Regierung Abbas wird nicht lange im Gazastreifen regieren, da nach den nächsten Wahlen am 25. Jänner 2006, die nach Ansicht internationaler Beobachter sehr demokratisch ablief, die Hamas den Sieg erringt. Der Versuch einer gemeinsamen

¹⁶⁰ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 82 f.

¹⁶¹ Böhme, Jörn et al. (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 96

¹⁶² Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 76

¹⁶³ Böhme, Jörn et al.: (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 96 f.

¹⁶⁴ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 78

Regierung scheitert, sodass in der Palästinensischen Autonomiebehörde zwei verschiedene Regierungen existieren.¹⁶⁵

*„Der gewalttätige Militärputsch der Hamas im Gaza-Streifen gegen etwas, von dem angenommen worden war, es sei der Ort der palästinensischen Legitimität, ist nur eine Wiederholung – unter anderen Bedingungen – der palästinensischen Bandenkriege aus den Jahren 1938 und 1939. Die Tatsache, dass es kein Modell für einen folgenden arabischen, demokratischen Staat gibt, hilft ebenfalls nicht weiter.“*¹⁶⁶ Der damalige palästinensische Aufstand gegen die britische Herrschaft wurde von den Kolonialbehörden brutal niedergeschlagen. Trotzdem starben mehr Palästinenser durch die untereinander rivalisierenden, bewaffneten Milizen als durch Kämpfe gegen die Hagana¹⁶⁷ oder die britische Armee.¹⁶⁸

Auch hier muss der Angriff der Hamas auf Israel erwähnt werden. Nachdem israelische Soldaten getötet und einer entführt wurden, rächte sich die Armee und griff den Gaza-Streifen an. Dieser Krieg währte von Ende Dezember 2008 bis Jänner 2009. Hierbei wurden 1.400 Palästinenser getötet, ein Großteil davon Zivilbevölkerung. Der südafrikanische Richter Richard Goldstone führte den Vorsitz der einberufenen UNO-Kommission und kritisierte das brutale Vorgehen der Armee.¹⁶⁹ Auch in diesem Kapitel muss auf den Wirtschaftsboykott über Mittelmeerhäfen des Gazastreifens hingewiesen werden. Zwar hat der Einsatz der israelischen Armee schon neun Türken das Leben gekostet, als sie versuchten, Hilfsgüter für die Bevölkerung ins Land zu bringen, doch die israelische Regierung ist nicht gewillt, diese Blockade aufzugeben, und das Militär hat strikte Anweisung, mit allen Mitteln die Seeblockade lückenlos einzuhalten, zur Not eben durch Gewalt. Für Juni 2011 werden die nächsten ‚Blockadebrecher‘ erwartet. Besonders die ISM¹⁷⁰ ist hier im Einsatz, um die tägliche Not zu lindern. Dass die Israelische Regierung die Sachlage anders bewertet als das Offizielle Organ der IKG¹⁷¹, versteht sich von selbst.

¹⁶⁵ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 78 ff.

¹⁶⁶ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008, S. 25

¹⁶⁷ Haganah: Vorstaatliche Untergrund-Armee

¹⁶⁸ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008, S. 24

¹⁶⁹ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 14

¹⁷⁰ ISM: International Solidarity Movement

¹⁷¹ Bericht Israel. Reg. 24.1.2011, zit. in: „Die Gemeinde“: IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 23

2.3.2.4 Soziokulturelle Situation

„Ein wichtiger Baustein der palästinensischen Gesellschaft ist traditionell der Clan, der im Arabischen als Hamula bezeichnet wird. Ein Clan umfasst jeweils mehrere Kleinfamilien und Haushalte, deren Anzahl je nach Bedeutung des Clans variiert. Die Hamula spielt auf allen Ebenen der sozialen Organisation eine zentrale Rolle: Innerhalb der Großfamilie trifft das Oberhaupt der Hamula alle wichtigen Entscheidungen und verfügt über den Besitz der Sippe.“¹⁷²

In der Regel stellt das Oberhaupt des wichtigsten Clans einer Ortschaft den Scheich, der auch für die Rechtsprechung verantwortlich ist. Wichtige Clans beeinflussen auch die Landespolitik. Dieser Einfluss der Hamulas¹⁷³ fand auch nach der Nakba eine Fortsetzung in den Flüchtlingslagern. Häufig trafen sie sich als ganze Ortschaften in den Flüchtlingslagern wieder, wo sie alles regierten und beherrschten. Eine vornehme, traditionelle Notabelfamilie übernahm die Führung des Lagers. Während der Zeit der Verwaltung des Westjordanlandes durch Jordanien und des Gazastreifens durch Ägypten, wurde dieses Clanmodell ebenfalls respektiert. Da auch Arafat sich dieser Hierarchien bediente, stammen auch viele Bürgermeister und Funktionäre aus diesen Notabelfamilien. Da Solidarität in diesen Familien etwas Selbstverständliches ist, werden viele Verwandte durch die Oberhäupter in leitende Positionen gehievt, was der Tradition entsprechend, als normal einzustufen ist. Trotz dieses traditionellen Gesellschaftsmodells gibt es aber Brüche zwischen den religiösen Gruppen, zwischen der Land- und der Stadtbevölkerung, zwischen der typischen Lebensform des Nomadentums, den Beduinen und der Sesshaftigkeit. Aber auch die Geschichte Palästinas hat starke Bruchlinien hinterlassen.¹⁷⁴

„So gliedert sich die Bevölkerung von insgesamt 7,8 Millionen in Palästinenser, die in der Diaspora leben (über 4 Millionen), Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft (1,1 Millionen, oder 18 % der israelischen Bevölkerung) sowie Palästinenser in den Autonomiegebieten (etwa 2,25 Millionen) und Ostjerusalem (über 250.000, die derzeit einen besonderen Status genießen: Sie sind weder palästinensische noch israelische Staatsbürger, befinden sich aber im Besitz einer israelischen Identitätskarte).“¹⁷⁵ Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung in der Autonomiebehörde rekrutiert sich aus Flüchtlingen des Krieges 1948/49 und deren Nachkommen. Bis heute lebt die Hälfte der Bevölkerung des Gaza-Streifens und ein Viertel des Westjordanlandes in Flüchtlingslagern. Abseits von

¹⁷² Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 164

¹⁷³ Hamula: arabisch die Großfamilie

¹⁷⁴ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 165 f.

¹⁷⁵ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 167

Städten und Dörfern, lebten sie isoliert und ihr Status war gering. Teilweise wollten die Lagerbewohner aus Protest nicht zum Normalleben zurückkehren, da sie fürchteten, Heimatrechte zu verlieren. Durch den Oslo-Prozess wussten viele, dass nur ein kleiner Teil zurück in die Heimatdörfer könnte, und daher war der Blickwinkel auf ein zukünftiges Leben fokussiert. Der Anteil der Flüchtlingsbewohner während der ersten Intifada und der Al-Aqsa-Intifada war überproportional groß und brachte innerhalb des Gemeinwesens höchstes Ansehen. Nach der Intifada wich die Euphorie der Wirklichkeit und der Friede rückte wieder in weite Ferne.¹⁷⁶ Ein weiter Weg bis zur Realisierung des eigenen selbstständigen Staates Palästina war noch zurückzulegen. Der Lebensstandard verschlechterte sich permanent, und die Perspektiven für die Zukunft der jungen Steinwerfer waren frustrierend. Bedingt durch die Intifada, versäumten viele eine gute Schulausbildung. Profitiert haben die Rückkehrer aus der Diaspora, welche die neu entstandenen Posten in der Autonomiebehörde und im Sicherheitsapparat besetzten. Zusätzlich wirkten sich die israelischen Angriffe und die Belagerung von Arafats Hauptquartier in Ramallah negativ aus und radikalisierte die Gesellschaft.¹⁷⁷

Im Bereich der Religion ist die islamische Welt keine Einheit. *„Der Islam wird das sein, was die Muslime daraus machen.“*¹⁷⁸ Der überwiegende Teil der Bevölkerung sind Sunniten, ergänzt durch Minderheiten wie Juden und islamische Drusen sowie zwischen 5 bis 7 % palästinensische Christen. Wenngleich die freie Religionsausübung gewährleistet und respektiert wird, fehlt die Rechtsgrundlage. Nicht nur die Charta der PLO, sondern auch die palästinensische Verfassung räumt zwar das Recht auf freie Religionsausübung ein, doch ohne staatliche Garantie sind sie ohne rechtliche Gültigkeit. Die PLO beansprucht den Herrschaftsanspruch über alle Palästinenser, und die Fatah sieht sich ähnlich wie eine europäische Nationalbewegung.¹⁷⁹ Arafat selbst musste sich nach dem Scheitern von Camp David eingestehen, dass ihm *„eine Milliarde Muslime den von Clinton vorgeschlagenen Kompromiss nie verziehen hätten.“*¹⁸⁰

Der Waqf¹⁸¹, mit seinem enormen Vermögen, wurde lange von Amman aus verwaltet und selbst nach der Okkupation Ost-Jerusalems, möchte Jordanien auf dieses Recht nicht verzichten. Doch in der Praxis wurde der Waqf längst in die Verwaltung des Ministeriums für

¹⁷⁶ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 167

¹⁷⁷ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 168

¹⁷⁸ Zakariya, Fuad, ägyptischer Politologe in: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 93

¹⁷⁹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 169 f.

¹⁸⁰ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 170

¹⁸¹ Waqf: arabisch, Stiftung islamischen Rechts

Religiöse Angelegenheiten der Palästinensischen Autonomiebehörde übernommen.¹⁸² Die Finanzierung der religiösen Institutionen übernimmt die Autonomiebehörde und sie beansprucht daher auch zahlreiche zu vergebende Ämter. Zusätzlich verfügen aber auch radikal muslimische Organisationen über Netzwerke, die für soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Spitäler verantwortlich sind. Die Dienste werden meist gratis oder für wenig Entgelt angeboten. Allen voran muss hier die Hamas erwähnt werden, die besonders bei armen Familien starken Rückhalt und Zuspruch erfährt.¹⁸³

„Doch steht im Vordergrund der Tätigkeit dieser Organisationen nicht das soziale Engagement, sondern ein radikales, politisches Programm, das mit Gewalt und Terror umgesetzt werden soll. Ziel des Jihad, des ‚heiligen Krieges‘, den sich die fundamentalistische Bewegungen auf die Fahnen geschrieben haben, ist die Befreiung von ungerechter, nichtislamischer Herrschaft und die Errichtung eines Staates, in dem die Bevölkerung streng nach islamischen Regeln lebt.“ Der politische Islam versteht sich als Gegenpol zur PLO, und mit Hilfe des Islamischen Jihad und der Moslembroderschaft konnte er *„seinen Einfluss in den besetzten Gebieten ausweiten.“* Hamas ist ein Anagramm, das in umgekehrter Reihenfolge aus den arabischen Anfangsbuchstaben des Begriffes *„Islamische Befreiungsbewegung“* entstand.¹⁸⁴ Zunächst arbeiteten die PLO und die Hamas zusammen, doch seit dem Oslo-Prozess hat die Hamas Arafat als Verräter angesehen. Hatte Israel die Hamas anfangs noch unterstützt, um die PLO zu schwächen, wurden israelische Gebäude 1989 erstmals angegriffen. Hierauf änderte Israel sein Verhalten und versuchte, die Hamas zu vernichten, die bis heute das Existenzrecht Israels leugnet. Arafat begann sein Doppelspiel: Einerseits verurteilte er die Terroranschläge der Hamas und ließ Rechtsbrecher ohne rechtskonforme Prozesse verurteilen und einkerkern, aber schon bald genossen die Terroristen andererseits wieder ihre Freiheit. Arafat versuchte die Hamas in den politischen Prozess einzubinden und bot ihnen 1996 ungefähr 15 % Parlamentssitze im Palästinensischen Legislativrat an, was ungefähr der Hamas-Anhängerschaft in der Bevölkerung entsprach. Dieses Angebot wurde jedoch nach langwierigen Überlegungen von der Hamas abgelehnt. Eine Zeit lang hatte dieses Doppelspiel Erfolg, doch während der schweren Unruhen in den Jahren 2000 und 2001 radikalisierte sich die Gewalt sowohl bei den Terroranschlägen der Hamas in Israel als auch bei den Gegenschlägen des israelischen Militärs. Schlussendlich fanden die radikal islamistischen Gruppierungen viel Beifall in der

¹⁸² vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 171

¹⁸³ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 170 f.

¹⁸⁴ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 172

Bevölkerung: Daher wird Abbas viel Geschick und Diplomatie benötigen, um das Gewaltmonopol legitim der palästinensischen Regierung zurückzubringen.¹⁸⁵

Die Rolle der Frau in der palästinensischen Gesellschaft muss auch beschrieben werden. Im arabischen Raum kommt der Stellung der muslimischen Frau innerhalb der Gesellschaft eine besondere Rolle zu, *„weil sie in der Öffentlichkeit vor allem als Opfer betrachtet werden.“*¹⁸⁶ Dies gilt auch für Palästina mit seinem traditionell orientalischen Bild. *„Der öffentliche Raum, die Politik und die Wirtschaft werden grundsätzlich als Männerache angesehen. Besonders die Clan- oder Hamula-Struktur, die in ländlichen Gegenden und in Flüchtlingslagern, aber auch in der Politik der Autonomiebehörde eine entscheidende Rolle spielt.“*¹⁸⁷ Der Clan wird ausschließlich von einem Mann angeführt, der seine Familie als Eigentum betrachtet, für sie *„Entscheidungen trifft und auch dafür zuständig ist, die Ehre der Familie zu verteidigen.“* Die Gesamtvereinigung Palästinensischer Frauen wurde 1970 in die PLO korporiert, was schließlich als Beweis angesehen werden kann, *„dass die Leistungen der Frauen auch von der Gesellschaft anerkannt wurden.“*¹⁸⁸

Auf Grund der guten Ausbildung der palästinensischen Jugend, ist das Engagement der Frauen in der Gleichstellungsfrage besonders aktiv. Die Gleichberechtigung wurde schon 1988 in der palästinensischen Unabhängigkeitserklärung niedergeschrieben. Im ersten Verfassungsentwurf des Legislativrates kommt sie zwar nicht vor, im dritten, von Arafat im Mai 2003 unterzeichneten Verfassungsentwurf, findet sich in Artikel 22 und 23 der Rechtsgrundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau. Gleichzeitig werden der Islam zur offiziellen Religion und die Shari'a zur Gesetzgebung bestimmt. Frauen ist es z. B. schon erlaubt, sich ohne Zustimmung des Ehemannes oder anderer männlichen Verwandten, Reisedokumente zu besorgen und die Kinder darin eintragen zu lassen. Ein positives Beispiel sind 1996, bei den Wahlen des Legislativrates, die fünf siegreichen Frauen. Dieses bescheidene Verhältnis ist gegenüber anderen arabischen Ländern als hoch einzustufen.¹⁸⁹

Wenngleich der islamische Feminismus meist in Ländern gefordert und gefördert wird, in denen sich nur eine Minderheit zum Islam bekennt, hat dies doch langfristige Auswirkungen auf die homogenen, arabischen Länder. So versuchen, zum Beispiel in Wien, die islamischen Feministinnen, die islamische Frau aus ihrer Unterdrückung im privaten,

¹⁸⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 173 f.

¹⁸⁶ Nermin, Ismail: „Feminismus nach Art des Islam: Jung, gläubig und emanzipiert“, in: „Die Presse“, 9. März 2011, S. 11

¹⁸⁷ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 177

¹⁸⁸ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 178

¹⁸⁹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, Geschichte, Politik, Kultur, S. 180

sozialen, wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Bereich des Lebens zu befreien. Dies meint Dudu Kücükgöl, seit Jahren eine Projektmanagerin in der österreichischen, muslimischen (Frauen- und) Jugendarbeit: JMÖ. Da immer wieder Koranstellen angeführt werden, welche die Dominanz des Mannes in der Gesellschaft hervorhebt, lautet eine von Kücükgöl angesprochene Stelle im Koran: *„Seht, ich lasse kein Werk der Wirkenden unter euch verloren gehen, sei es von Mann oder Frau, die einen von euch sind von den anderen.“* Daher gilt ihr Kampf auch weiterhin einer zeitgemäßen Rolle der Frau innerhalb der Gesellschaft.¹⁹⁰ Dies trifft in arabisch-muslimischen Ländern in verschiedener Ausprägung meist zu, und es *„scheint die Lage der Frau in vielen gesellschaftlichen Bereichen auf den ersten Blick nach wie vor unverändert. Allerdings gibt es auch hier einige Bewegung. Zahlreiche Organisationen von Frauen wenden sich gegen patriarchale Strukturen, die nicht auf islamischen Prinzipien beruhen, mit dem Ziel, diese zu durchbrechen. Auch bei der Revolution in Ägypten (Jänner, Februar 2011), marschierten Frauen zum Teil an vorderster Front mit“*,¹⁹¹ und es besteht große Hoffnung, dass sich infolge der jetzt in mehreren arabischen Ländern stattfindenden Revolutionen die Stellung der Frauen stark verändern wird, obwohl niemand vorhersagen kann, wie sich die neuen muslimischen Parteien verhalten werden.

„Die palästinensische Gesellschaft erfreut sich trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre und der schwierigen politischen Umstände eines – im Vergleich zu anderen Ländern der Region – hohen Bildungsstandards. Das Bildungsniveau stellt die Basis für das erwartete Wachstumspotential der palästinensischen Wirtschaft dar und gibt Beobachtern Hoffnung, dass die palästinensische Gesellschaft zu einer aktiven und demokratischen Zivilgesellschaft entwickeln kann.“ Bei Übernahme des Bildungswesens durch die PLO wurde die Erziehung der Jugend mit 29.000 Lehrern in 2.400 öffentlichen und privaten Schulen, trotz widriger Umstände gewährleistet.¹⁹² Mit dieser kurzen Darstellung soll das Kapitel Bildung nur gestreift werden. Auch Berichte über Kunst und Literatur würden den Rahmen sprengen. Angemerkt sei nur, dass sich die Künstler beider Kunstrichtungen zu stark in ihrer Wirkung gegen den israelischen Feind engagieren, dadurch bleibt das echt künstlerische Ergebnis bescheiden.

¹⁹⁰ vgl.: Nermin, Ismail: „Feminismus nach Art des Islam“: Jung, gläubig u. emanzipiert, in: „Die Presse“, 9. März 2011, S. 11

¹⁹¹ Nermin, Ismail: „Feminismus nach Art des Islam: Jung, gläubig und emanzipiert“, in: „Die Presse“, 9. März 2011, S. 11

¹⁹² Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank, . Geschichte, Politik, Kultur, S. 175

2.4 Nebenkonfliktparteien

Wenngleich der Nahostkonflikt in erster Linie zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsfront ausgetragen wird, sind doch einige Nachbarländer wie Ägypten, Syrien, Jordanien und der Libanon seit Anbeginn in den Streit involviert und auch schon mehrmals in Kriegen gegen Israel verstrickt worden. Darüber hinaus müssen aber aus strategischen Gründen die Entwicklungen der aufstrebenden Mächte im Nahen Osten, der Türkei und des Iran - sowie bedingt durch den 2003 stattgefundenen Kriegseinsatz der USA - auch der Irak in die Betrachtungen einfließen. Da sich in vielen Ländern der arabischen Welt die Dinge überstürzen, werden bis Sommer 2011 auch politische Artikel aus der Sekundär-Literatur, wie Tageszeitungen, zu Wort kommen.

2.4.1 Ägypten

Im zwanzigsten Jahrhundert war Ägypten mehrmals in Kriege gegen Israel verwickelt, trotzdem war Ägypten schon 1979 bereit, in Camp David Frieden mit Israel zu schließen. Diesen Freundschaftsvertrag nützt die ägyptische Regierung und bietet ihre Vermittlertätigkeit sowohl zwischen den Palästinensern und den Israelis an, doch versucht sie auch die innerpalästinensischen Streithähne Fatah und Hamas zu versöhnen.¹⁹³ Doch nicht nur Mubarak¹⁹⁴, sondern auch König Abdullah von Saudi-Arabien ist als Friedensstifter im Nahost-Konflikt unterwegs.¹⁹⁵ Interessant ist noch die Meinung Mubaraks mit amerikanischen Diplomaten, die durch Wikileaks an die Öffentlichkeit gelangte: *„Irans Einfluss breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür von den Golfstaaten bis Marokko“ und bezeichnet die Iraner als „große, fette Lügner, die ihre Lügen mit höherem Zweck rechtfertigen.“*¹⁹⁶

Im Verlaufe der Jahre hat die Regierung Mubarak oft eine Vermittler-Rolle gespielt und immer wieder versucht, die Friedensgespräche zu beleben. Selbst nach dem Verhängen der See-Blockade über alle Warentransporte in den Gazastreifen, hielt sich Ägypten mit Kritik an Israel zurück. Während der Regierung Bush jun. ist das Verhältnis zwischen Ägypten und den USA abgekühlt. Erst unter der Regierung Obama wurde ein Neubeginn gestartet. Die ägyptische Regierung begann mit dem Bau einer unterirdischen Stahlmauer von elf

¹⁹³ Eine gemeinsame Regierung Fatah und Hamas wurde tatsächlich im November 2011 gebildet

¹⁹⁴ am 11. Febr. 2011 unter Druck der Bevölkerung als Präsident Ägyptens zurückgetreten

¹⁹⁵ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

¹⁹⁶ „Die Gemeinde“: Offizielles n der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 23

Kilometer Länge und achtzehn Meter Tiefe. Diese Investition soll die ungefähr 500 Schmuggeltunnel verschließen.¹⁹⁷ „EU muss beim ‚Neustart‘ helfen“,

Nach dem Ende der Präsidentschaft Mubarak, muss die neue Regierung den Millionen arbeitslosen Jugendlichen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, um ihnen die Zukunftschancen zu wahren. Ganz wichtig bei den Transformationsprozessen wird sein, die zu erwartenden innenpolitischen Rückschläge bei den schwierigen Reformprozessen zu meistern, damit die gute Stimmung der Bevölkerung nicht einer allgemeinen Enttäuschung weicht.¹⁹⁸ Wütende Bürgerproteste, die über drei Wochen anhielten, veranlassten Hosni Mubarak zu guter Letzt, den Vorschlag des ägyptischen Militärrates anzunehmen, die Regierungsgeschäfte niederzulegen. Neben der politischen Zukunft Ägyptens harren unzählige Probleme einer Lösung. Die neue Regierung muss für die Zukunft unter anderem den Freundschaftsvertrag mit Israel und die innerarabische Vormachtstellung sichern. Bemerkenswert ist aber nicht das Schwinden lang regierender Herrscher, sondern die Entstehung eines homogen wirkenden, arabischen Volkes.¹⁹⁹

*„Die Muslimbruderschaft spielt eine immer größere Rolle in der Organisation der Proteste gegen das ägyptische Regime, während sie ihre unabhängige, politische Agenda offenlegt. Rashad al-Bajumi, stellvertretender Leiter der Bewegung, erklärte in einem Interview mit dem japanischen Fernsehen, dass sie sich an einer Übergangsregierung beteiligen würden, um den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel zu annullieren, da er ‚die Würde der Araber beleidigt und die Interessen Ägyptens und anderer arabischer Staaten zerstört‘. Er betonte zudem, dass Ägypten amerikanische Hilfe nicht bräuchte.“*²⁰⁰ Andere Meinungen aus Sicht der Muslimbruderschaft werden hier ebenfalls zitiert. *„Das Jahr 1928 gilt als die Geburtsstunde des politischen Islam, der die Menschheit umfassend mobilisieren kann.“*²⁰¹ In Ismailiya gründete der Volksschullehrer Hassan al-Banna die Muslimbruderschaft. In dieser Stadt war der Sitz der britisch dominierten Suezkanal-Gesellschaft angesiedelt. Im Mittelpunkt dieser religiösen Gruppierung steht die sozial- und bildungspolitische Arbeit, ähnlich agieren die Hisbollah im Libanon und die Fatah in Palästina. Gefördert wurde die Gründung der Muslimbruderschaft, da die Kolonialmächte in den 1920er Jahren ihre Domäne in der arabischen Welt ausbauen wollten, und Kemal Atatürk durch die Schließung des Kalifats in Istanbul (Laizistischer Staat) ein Vakuum in der arabischen Welt hinterließ; das Ende der Herrschaft der Osmanen, wurde durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg

¹⁹⁷ vgl.: Fischer Weltalmanach (2011): Ägypten, S. 48 f.

¹⁹⁸ vgl.: Feichtinger, Walter: „EU muss beim ‚Neustart helfen“, in: „Die Presse“: 24. 2. 2011, S. 31

¹⁹⁹ vgl.: „Die Gemeinde“: IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 10

²⁰⁰ „Die Gemeinde“: IKG Wien, Nr. 687, Febr. 2011, S. 11

²⁰¹ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 108

besiegelt.²⁰² Bis Juni 2011 hat die Muslimbruderschaft für die Parlamentswahlen noch keine eigene politische Partei gegründet.²⁰³

In einem Profil-Interview, das Gunther Müller mit Abdallah Alashaal geführt hat, teilte der Strafrechtsexperte mit, dass er seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl im September 2011 schon angemeldet hat. Seine Partei heißt ‚Freies Ägypten‘. Frei steht in diesem Fall für frei von Armut, frei von Unterdrückung und frei von Korruption. Die Parteipolitik wendet sich an alle Ägypter, das heißt an Muslime, Christen und alle politischen Richtungen. Weiters erwähnte er, dass einige Minister Mubaraks im Gefängnis sitzen, sich manche ins Ausland abgesetzt haben. Alashaal hält es für möglich, dass Mubarak vor Gericht gestellt wird und für den Tod an friedlichen Demonstranten verantwortlich gemacht wird. Im Falle der Verurteilung, würde dies die Hinrichtung Mubaraks bedeuten.²⁰⁴ In der Zwischenzeit sind die Präsidenten-Wahlen öfters verschoben worden, was seit 18. November 2011 wieder zu Demonstrationen gegen den Militärrat führt.

*„Denn die eigentliche Herkulesaufgabe steht erst bevor – der Umbau zu gefestigten Demokratien mit funktionierender Marktwirtschaft. Es ist jedem Beobachter klar, dass die anspruchsvollen Reformen nicht ohne umfassende und intensive internationale Unterstützung zu bewältigen sein werden. Am Meisten ist dabei die EU als Mittelmeeranrainer gefordert.“*²⁰⁵ Die EU wird auch die meisten Migrationsströme zu bewältigen haben. Weiters hat die EU viel Erfahrung mit der Errichtung der neuen Demokratien in den jugoslawischen Nachfolgestaaten gesammelt. Hoffentlich finden sich genügend Akteure mit Weitblick für den Aufbau eines demokratischen Ägypten.²⁰⁶ *„Während der Funke der Revolution von einem arabischen Land auf das nächste überspringt, stellt sich unausweichlich die Frage: Was kommt danach? Wie die erfolgreichen Umstürze in Ägypten und Tunesien zeigen, ist der Sturz des Diktators nicht das Ende, sondern der Anfang eines Umbruchs.“*²⁰⁷

Die Strategie des Militärs orientiert sich nicht auf der Aufarbeitung der Vergangenheit oder gar einer Versöhnung der Streitparteien, sondern ist allein auf die Sicherheit und Stabilität des Landes fokussiert. Dadurch riskiert der Machtapparat der Übergangsregierung, dass die tiefgreifenden Reformen ausbleiben und nötige Schritte nur unter Druck zu schwachen

²⁰² vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 108 f.

²⁰³ Bei den ersten freien Wahlen am 28. Dez. 2011 erreicht die Moslembruderschaft 40 bis 45 %

²⁰⁴ vgl.: Profil-Interview Müller, Gunther mit Abdallah Alashaal in: „Profil“, Nr. 14, 4. April 2011

²⁰⁵ Feichtinger, Walter, Brigadier in: „Die Presse“: 24. Febr. 2011, S. 31

²⁰⁶ vgl.: Feichtinger, Walter, Brigadier in: „Die Presse“: 24. Febr. 2011, S. 31

²⁰⁷ Günay, Dengiz (2011): Transformationen in der arabischen Welt, Kurzanalyse OIIP S. 2

Kompromissen führen. Die Opposition ist im Augenblick noch zu wenig organisiert, um ein echter Partner für die Regierung sein zu können. Nach wie vor ist die ehemalige NDP (National Democratic Party) am Besten organisiert und verfügt über die notwendigen Kontakte im öffentlichen Leben.²⁰⁸ Die Machthaber der arabischen Staaten, so auch Mubarak, waren durch andere Staaten von außen derart anerkannt (z. B. Aufwertung durch Regierung Bush jun. nach 9/11), sodass ihnen die Sorgen und Nöte der eigenen Bevölkerung nicht mehr präsent waren. Zusätzlich hatten diese Herrscher auch Angst vor religiösen Gruppen, die ihre Macht beschränken könnten. Diese Unterdrückung kam dem Westen sehr gelegen, und somit wurden diese Machthaber Verbündete im Kampf gegen den terroristischen Islamismus, dadurch blieben auch die Ambitionen im Kampf für die Freiheit der Palästinenser bescheiden. Diese Inaktivität frustrierte nicht nur die Bevölkerung, sondern die erfolgreiche Revolution war für die Bevölkerung auch die Rückgewinnung der eigenen Würde.²⁰⁹

Vielleicht kommen die Parlamentswahlen im September 2011 zu früh, da ohne neue Verfassungsreform die bestehenden Parteien einen Vorsprung haben, dies gilt vor allem für die Moslembrüder und die alte Regierungspartei. Der Militärrat fühlt sich deshalb zur Eile verpflichtet, da er die Regierungsgewalt so rasch wie möglich in die Hände von Zivilisten übergeben möchte. Ein Konsens wäre notwendig, um sowohl die Errichtung eines Gottesstaates als auch Parteien mit eigener Miliz zu verhindern. Die Scharia wird weiterhin ‚Hauptquelle des Rechts‘ bleiben. Gefordert sind Gleichheit, Solidarität, Aufrichtigkeit und Anstand.²¹⁰ In dem Artikel von Karim el-Gawhary kommt der bekannte Journalist der ägyptischen Opposition, Ibrahim Eissa, zu Wort. *„Alte Regime sind wie Eis, sie brauchen eine Weile, bis sie in der Sonne wegschmelzen.“*²¹¹ Obwohl er diesen Ausspruch schon vor einigen Wochen von sich gab, konnte er nicht vorhersehen, dass Ägypten im April 2011 von einer Hitzewelle heimgesucht wird. Um bei seinem bildlichen Vergleich zu bleiben, hat sich das aufgestaute Eis durch Reformarbeit rasch aufgelöst. Die Vertreter des alten Regimes, vor allem vertreten durch Hosni Mubarak und seine beiden Söhne, werden im Spital von Sharm el-Sheikh und in der Untersuchungshaft verhört und für den Schießbefehl auf dem Tahir-Platz verantwortlich gemacht. Wenig später wurde die alte Regierungspartei NDP (Nationaldemokratische Partei) verboten und aufgelöst. Durch diese Verhaftungen hat sich

²⁰⁸ vgl.: Günay, Dengiz (2011): Transformationen in der arabischen Welt, Kurzanalyse OIIP S. 5

²⁰⁹ vgl.: Günay, Dengiz (2011): Transformationen in der arabischen Welt, Kurzanalyse OIIP S. 7

²¹⁰ vgl.: Ultsch, Christian: Interview mit El-Baradei in: „Die Presse“, 6. April. 2011, S. 6

²¹¹ Gawhary, Karim el: „Zwischenbilanz der Revolution in Ägypten“ in: „Die Presse“, 20. April 2011, S 10

die Militärregierung des Vorwurfes endgültig entledigt, dass sie die alte Regierung schont.²¹² Im Tora-Gefängnis in Kairo sitzt nun die gesamte ehemalige Führungsriege und die Gefängniswärter trauten sich nicht, ihnen die Mobiltelefone abzunehmen. Stattdessen wurde im Gefängnis ein Störsender eingebaut, der jeden Kontakt untereinander unterband. So wurde gehofft, dass die Fortsetzung des Reformprozesses ohne Störungen und eine vorbildliche Entwicklung Ägyptens gesichert sind.²¹³

Am 2. Mai 2011 wurde Osama bin Laden durch einen Spezialtrupp der USA in seiner Villa in Pakistan, 200 Meter neben der wichtigsten pakistanischen Militärakademie, getötet und sein Leichnam im nahe gelegenen Meer bestattet. Sein Tod wird auch den Nahen und den Mittleren Osten beeinflussen. Der aus Ägypten stammende Vizechef der Al-Qaida²¹⁴, Ayman al-Zawahiri, meinte mürrisch, dass sich Mubarak vom Islam abgewandt habe, und dass die Demokratie säkular und daher gottlos sei. Die oberste Instanz Allah wird durch Gesetze von Menschenhand verdrängt. Die jüngste Demokratiebewegung will von einer islamischen Gesellschaft nichts wissen. Am Todestag des berühmtesten Terroristen der Welt (World Trade Center, 9/11'), distanzierte sich die Moslembroderschaft von ihm, obwohl ihre Zielsetzungen ursprünglich ident waren.²¹⁵

2.4.2 Syrien

Karin Kneissl meint, dass die Besetzung der Golanhöhen trotzdem die Möglichkeit offen lässt, sie eines Tages als Tauschpfand gegen einen Friedensvertrag tauschen zu können.²¹⁶ Syrische Forderungen nach Rückerstattung der Golanhöhen, gab es seit 1967 unzählige Male. Bei der Konferenz von Annapolis, im November 2007, war auch Syrien eingeladen und bestand einmal mehr auf eine Agenda mit Rückerstattung der Golanhöhen. Dadurch wäre ein Friedensvertrag erst möglich.²¹⁷ Jahre lang hat auch die Türkei in dieser Angelegenheit zwischen Israel und Syrien vermittelt. Doch der Zwischenfall 2010 mit den Blockadebrechern vor der Küste Gazas, hat neun Türken das Leben gekostet. Seit dieser Zeit wendet sich die Türkei mehr den arabischen Ländern des Nahen Ostens zu – dies umso mehr, da Israel die geforderte Entschuldigung ausschlug. Siehe Kapitel: 2.4.5 Türkei.

²¹² Die Demonstrationen des 18. Nov. 2011 bezichtigen die Regierung neuerdings genau dieses Vorwurfs

²¹³ vgl.: Gawhary, Karim el: „Zwischenbilanz der Revolution in Ägypten“ in: „Die Presse“ 20. April 2011, S 10

²¹⁴ al Qaida (arabisch: das Fundament), Internationales Terrornetzwerk

²¹⁵ vgl.: Gehlen, M.: „Al-Qaida wird nicht so schnell verschwinden“, in: „Die Presse“ 3. Mai 11, S. 7

²¹⁶ vgl. Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 73

²¹⁷ vgl.: DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

Der israelisch-syrische Konflikt ist auch nach den „*enthaltene hydraulischen Aspekten*“²¹⁸ zu analysieren, die weit vor der Staatsgründung Israels beginnen. Schon seit den ersten Siedlern, die von Europa nach Palästina zurückkehrten, haben sie das Land agrarisch genutzt und Weingüter errichtet. Die wesentliche Zunahme des Wasserverbrauchs basierte auf die einsetzenden Alijen. Theodor Herzl besuchte den deutschen Kaiser, der seine guten Kontakte zum Osmanischen Reich verwenden sollte, um den starken Wasserverbrauch der jüdischen Bevölkerung zu legalisieren. Nach dem Ersten Weltkrieg, versuchten die Franzosen im Bereich des heutigen Syrien, sofort die Herrschaft der Osmanen im Sykes-Picot-Abkommen zu übernehmen.²¹⁹ Leider vernachlässigte dieses die Wasserproblematik in der Region gänzlich.²²⁰ In den Versailler Verhandlungen setzte sich vor allem die zionistische Position durch und Chaim Weizmann, ursprünglich britischer Chemiker und Aaron Aaronsohn, Agraringenieur, beanspruchten die Einbindung der syrischen Jordanquellen auf dem Berg Hermon. Daher war der Versuch einer neuen Grenzziehung mit territorialem Gewinn nicht nur auf militärstrategische Überlegungen zurückzuführen. Da die zionistische Bewegung in dieser Anfangszeit noch nicht entsprechend politisch agieren konnte, wurde die Aufteilung der Wasser-Ressourcen nicht legislativ genug begleitet, was sich später als nachteilig auswirkt. Ungefähr 30 Jahre später, brach 1948 infolge der Gründung des Staates Israel, der Arabisch-Israelische Krieg aus, an dem sich auch Syrien beteiligte. Wenn auch die Literatur dem Wasserproblem zu wenig Bedeutung schenkte, hat Israel seit dieser Zeit nicht nur seine Unabhängigkeit bewahren können, sondern auch die Führungsrolle in der Wasserpolitik übernommen.²²¹

Bei den seit März 2011 stattfindenden Unruhen, die bereits über 100 Todesopfer forderten, *„geißelt Assad die ausländische Verschwörung. Der autoritär herrschende Staatschef kündigt einen harten Kurs gegen die Demonstranten an. Bei seinen Reformversprechen nennt er keine Details, den Ausnahmezustand lässt er nicht aufheben.“* Die Unruhen haben bereits weit mehr als 100 Todesopfer gefordert.²²² In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Toten auf über 200 erhöht und die syrische Menschenrechtsorganisation, ‚Damascus Declaration Group‘ fordert ein Eingreifen der Arabischen Liga. Manche Städte wie die Hafenstadt Baniyas werden durch Regierungspanzer belagert, um die Massendemonstrationen zu beenden.²²³ Zwar hat die syrische Regierung tatsächlich den seit

²¹⁸ Dommel, Lutz (2002): Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten, S. 34

²¹⁹ 16. Mai 1916: Frankreich und Großbritannien wollten osman. Gebiet für sich selbst aufteilen

²²⁰ vgl.: Dommel, Lutz (2002): Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten, S. 35 ff.

²²¹ vgl.: Dommel, Lutz (2002): Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten, S. 37 ff.

²²² Agenturbericht Jerusalem/Basta AG: „Assad geißelt ‚ausländische Verschwörung‘“ in: „Die Presse“, 31. März 2011, S. 6

²²³ vgl.: Knaul, Susanne, Korrespondentin: „Israels Angst vor ‚diplomatischen Tsunami‘“, Palästinenser planen Anerkennung durch UN in: „Die Presse“ 13. April 2011, S. 9

über 48 Jahren geltenden Ausnahmezustand aufgehoben, jedoch gibt es genug „reguläre Gesetze, die bei strikter Einhaltung dem aufgehobenen Ausnahmezustand ebenbürtig wären. Gleichzeitig mit dem neuen Demonstrationsverbot wurde den Aufständischen mitgeteilt, dass an einem neuen Demonstrationsgesetz gearbeitet wird. Trotzdem fordern die Demonstrationen die Ablöse von Assads Regime. In der drittgrößten Stadt Homs wurde ein friedlicher Sitzstreik abgehalten, trotzdem befolgten die Polizisten den Schießbefehl und töteten mehrere junge Menschen.“²²⁴ Besonders schlimm war der Befehl des Regimes in Daraa, wo Panzer in die demonstrierende Menge feuerte. Rami Abdel Rahmane, der Chef der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (OSDH), mit Sitz in London, kann genau die Namen und Orte angeben, wo und wann über 450 Menschen getötet wurden. Weiters berichten Oppositionelle, dass verletzten Demonstranten der Zugang in Spitäler verwehrt wurde.²²⁵

Nach mehr als 350 toten Demonstranten wurde ein Memorandum von 100 syrischen Intellektuellen veröffentlicht, das sich scharf gegen die Maßnahmen der syrischen Regierung al Assad wendet und die Gewalt gegen friedliche Demonstranten verurteilt. Die Toten bezeichnen sie als Märtyrer. Nach Angaben in Amman wurde auch die syrisch-jordanische Grenze geschlossen, das österreichische Außenamt stellt die Verschlechterung der Sicherheitslage fest.²²⁶ Die vielen Menschen in Syrien, die täglich auf den syrischen Straßen demonstrieren, fühlen sich verbunden durch ihre Ablehnung von Korruption und Gewalt. Das häufige Schicksal von Arbeitslosigkeit, das vor allem die Jugend betrifft, nährte den Zorn auf das Regime und seinen Präsidenten Assad. Die demokratische Revolte in Syrien hat nach letzten Angaben auch schon über 500²²⁷ Todesopfer gefordert.²²⁸

Wikileaks: „Den Diplomaten ist klar: Die schiitische Hisbollah-Miliz arbeitet heute Hand in Hand mit der libanesischen Armee. Deshalb warnten die Amerikaner Syrien davor, der Hisbollah Scud-Raketen zu geben. Doch die Hisbollah ist – wie die Hamas im Gazastreifen – eine demokratisch gewählte Organisation. Mit ihr zu verhandeln gehört einfach zur Politik im Nahen Osten – meint Syriens Präsident al-Assad.“²²⁹ Die USA und die EU teilen diesen Standpunkt noch nicht.

²²⁴ Gehlen, Martin: „Verliert Assads Regime die Kontrolle?“ in: Die Presse“ 20. April 2011, S. 9

²²⁵ vgl.: Nachrichtendienst: „Syrien: Al-Assad verstärkt Truppen in Daraa“ in: www.orf.at S1

²²⁶ vgl.: Gehlen, M.: „Assad schickt Panzer gegen Demonstranten“, in: „Die Presse“, 26.4.2011, S 1

²²⁷ In den Nachrichten wurde die Anzahl der Toten am 12. Dez. 2011 mit über 4.000 angegeben

²²⁸ vgl.: George, Alan, Publizist im Interview mit Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Der Westen kann nichts unternehmen“, in: „Profil“ 18, Jg. 42, 2. Mai 2011, S. 64 f.

²²⁹ Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 23

2.4.3 Jordanien

Die heutigen Jordanier, die auf einem Teil des ehemaligen Heiligen Landes wohnen, können sich die Frage stellen, wem gehört das Land wirklich? Sie berufen sich gerne auf die Kanaaniter und Philister, die Palästina den Namen gaben, doch das Heilige Land gehört niemanden, „es gehört allen. Allen, die überlebt haben. Allen die dort leben wollen oder dort leben müssen.“²³⁰ Dieses Land war immer ein Durchzugsland und gehört sowohl den Juden als auch den Arabern. Dieses Gebiet war immer multinational, multikonfessionell und multikulturell. Der Wunsch, dieses Land in einen Nationalstaat umzuwandeln ist verständlich, aber unrealistisch. Als König Abdallah 1948 Palästina und Ost-Jerusalem widerrechtlich annektierte, vereinnahmte er parallel auch drei Viertel seiner Einwohner. Zwar wurde aus Palästina 1948 der Staat Jordanien geschaffen, doch langfristig könnte Jordanien wieder Palästina“ werden, mit einer palästinensischen Mehrheit und einer arabisch-jordanischen Minderheit. Der König könnte diesen Transformationsprozess überleben, doch müsste er sich mit den eingeschränkten Rechten einer konstitutionellen Monarchie begnügen.²³¹

Neben Ägypten ist Jordanien das zweite arabische Land, das mit Israel 1994 einen Friedensvertrag abgeschlossen hat, wobei die USA im Hintergrund viel dazu beigetragen hat. Jordanien ist an einer politischen Stabilität im Irak interessiert, damit es von religiösen Konflikten verschont bleibt. Jordanien hat nie aufgehört, gute Beziehungen zum Irak aufrecht zu erhalten und stand auch lange Zeit zu Saddam Hussein. Darüber hinaus ist König Abdullah II.²³² bemüht, innerhalb der innerirakischen Konfliktparteien diplomatische Vermittlungstätigkeit zu leisten, was die Schiiten ablehnen.²³³ In dem bereits erwähnten Friedensvertrag von 1994, wurden auch die zwischen Jordanien und Israel existierenden Wasserprobleme gelöst. Dies war umso leichter, da dieses Abkommen keine Gebietsansprüche von einer Seite bedingte. Dieser Friedensvertrag mit Israel, garantiert für die Wasseraufteilung z. B. eine eigene Verfahrensweise unter dem Kapitel ‚zivile Methoden einer Konfliktbearbeitung.‘ Die beiden Grenzflüsse, Jordan und Yarmuk, sind das Wasser-Reservoir schlechthin und werden im Kapitel 4.2: Wirtschaftliche Situation beschrieben. Die Lösungen werden nicht gewaltsam von einer der beiden Seiten gesucht, sondern erstrecken sich über mehrere Jahrzehnte.²³⁴

²³⁰ Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? S. 287

²³¹ vgl.: Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? S. 287 ff.

²³² Abdullah II. bin al-Hussein, seit 1999 König von Jordanien

²³³ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

²³⁴ vgl.: Dommel, Lutz (2002): Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten, S. 55

Der Österreichische Außenminister reiste im April 2011 in den Nahen Osten, unter anderem auch nach Jordanien. Die Tourismus-Ministerin, Haifa Abu Ghazaleh, bittet die den Minister begleitenden Journalisten um faire Berichterstattung in den österreichischen Medien. Der Fremdenverkehr, der im Jahre 2010 noch 14 % zum BIP beigetragen hat, hat sich im Augenblick um 30 Prozent reduziert. Die Angst der Touristen hat auch vor Jordanien nicht Halt gemacht, obwohl die Demonstrationen vergleichsweise harmlos sind und sich nie gegen den König richten. Abdullah II. hat Anfang Februar das Kabinett Samir Rifai entlassen und gegen jenes unter Marouf Bakhit getauscht. Prinz Hassan bin Talal, ein Onkel des Königs, ist sich des Ernstes der Lage bewusst und fordert die Realisierung der Verfassung aus dem Jahre 1952. ‚Die Graue Eminenz‘ des Landes fordert im Gespräch mit dem österreichischen Außenminister die Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie. Inhaltlich liegt der Prinz auf einer Linie mit dem Anführer Basil al-Hamad, der unter dem Namen ‚24. März‘ eine breite Allianz von 16 Gruppen, unter ihnen auch die Moslembroderschaft, vertritt.²³⁵

Das Anliegen ist ein neues *„proportionales Wahlrecht, ein starkes und wirklich repräsentatives Parlament, eine klare Gewaltenteilung, ein Ende der Korruption, eine Rückverstaatlichung nationaler Unternehmen und eine gerechtere Verteilung der Einkommen.“* Die Moslembroderschaft ist in dieser Gruppe am besten organisiert. König Abdullah muss seinen *„Sturz nicht befürchten“*, doch muss er der aufbegehrenden Jugend mehr als Versprechungen bieten.²³⁶ Im April 2011, hat sich die Situation ein wenig verändert, die Demonstrationen in Jordanien haben sich abgeschwächt. Nach einigen Zugeständnissen von König Abdullah II., hat die Opposition Schwierigkeiten, überhaupt massiv zu demonstrieren. Probleme gibt es zurzeit vor allem mit ‚salafistischen Extremisten‘²³⁷, wobei die Sicherheitskräfte mehr als 100 Verhaftungen vornahmen.²³⁸

Wie bei den anderen arabischen Ländern, soll auch hier die Meinung eines jordanischen Diplomaten wiedergegeben werden, die dieser vertraulich geäußert hat und durch Wikileaks in die Öffentlichkeit gelangte: *„Iran ist eine Krake, die heimtückisch ihre Arme ausstreckt, um zu manipulieren, zu schüren und die besten Pläne des Westens und der Gemäßigten in der Region zu unterminieren.“*²³⁹

²³⁵ vgl. Ultsch, Christian: „Wir Demonstranten sind nicht gegen König Abdullah“, in: „Die Presse“, 8. April 2011, S. 7

²³⁶ Ultsch, Christian: „Wir Demonstranten sind nicht gegen König Abdullah“, in: „Die Presse“, 8. April 2011, S. 7

²³⁷ Salafiyya: arabisch, bezeichnet Rückbesinnung auf die Vorfahren

²³⁸ vgl. Dumbs, Helmar: „Arabischer Frühling: Der revolutionäre Schwung ist gebremst“ in: „Die Presse“ 20. April 2011, S. 7

²³⁹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 23

2.4.4 Libanon

„Der islamistische Einfluss des Iran im Libanon durch die lokale schiitische Bevölkerung, die durch ihr Wachstum seit den Siebzigerjahren zur stärksten Bevölkerungsgruppe im Lande geworden ist, reicht bis zu den Anfängen der Islamischen Republik von Persien zurück: 1982 unterstützte der Iran die Gründung der Hisbollah²⁴⁰ als Reaktion auf die Invasion Israels in dem Zedernstaat. Die ‚Partei Gottes‘ folgte in ihrer politischen und religiösen Linie treu den Vorgaben der iranischen Revolutionsführer Khomeini und Khamenei. Im Laufe der Jahre wurde die Hisbollah zu einer Massenbewegung, und damit besaß der Iran, die Regionalmacht am Golf, einen wichtigen Trumpf im Kampf um die zweite Krisenzone des Nahen Ostens: Zur Levante (al-Scham im Arabischen) gehören neben dem Libanon und Syrien auch Israel und Palästina. Der Hisbollah gelang es, zur Verkörperung des ‚libanesischen Widerstandes‘ zu werden.“²⁴¹

Trotzdem wurde 1989 die Hisbollah nicht an den Verhandlungstisch für die Konferenz in Taif eingeladen; nach dem Ende dieses Bürgerkrieges wurden die Christen im Libanon weiter geschwächt, und das Amt des Premierministers aufgewertet, das den Sunniten vorbehalten ist. Die Schiiten bekamen keine eigene Standesvertretung und die ärmeren Schichten, die seit Jahrhunderten von der Landwirtschaft lebten, zogen sich in den Süden Beiruts zurück. Eine gewisse Verslumung trat ein, dies war der ideale Nährboden für die Rekrutierung der Hisbollah. Durch einen Propagandafeldzug ohnegleichen, errang der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, einen ‚göttlichen Sieg‘. Werden jedoch die Fakten begutachtet, dann sind die Erfolge den multinationalen Streitkräften der UNIFIL²⁴² und der erfolgreichen libanesischen Armee an der libanesisch-israelischen Grenze zuzuschreiben.²⁴³ Die Kampfstärke der Hisbollah, die Fähigkeiten in der Logistik, inklusive Waffennachschub aus Syrien und Persien, zwangen Israel, im Mai 2000 nach 20jähriger Besetzung, das Land zu verlassen. Dadurch errang die Hisbollah einen Nimbus, der mehr Ausstrahlung als ihre politisch-religiöse Struktur verkörperte. Großzügige Geldflüsse aus dem Iran erlaubten der Hisbollah überdies, bei den mittellosen Schiiten eine Politik der aktiven sozialen Unterstützung zu betreiben und in neue Technologien zu investieren. So entwickelte sich ihr Fernsehsender Al-Manar²⁴⁴ bald zu einem erfolgreichen Instrument, das selbst mit dem in

²⁴⁰ Hisbollah: arabisch, Partei Gottes

²⁴¹ Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte, S. 85

²⁴² UNIFIL: United Nations Interim Force in Lebanon

²⁴³ vgl.: Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte, S. 88

²⁴⁴ Al-Manar: arabisch, der Leuchtturm

Katar beheimateten Al-Dschasira konkurrenzierte.²⁴⁵ Im Libanon besteht permanent das Aufeinandertreffen von Orient und Okzident, was sich auch in seiner durchmischten Bevölkerung äußert. So gibt es allein achtzehn verschiedene Religionen, die immer wieder in starke Verwicklungen verstrickt waren.²⁴⁶ *„Die Koalitionsregierung im Libanon wird von der EU politisch und finanziell unterstützt. So wurde der Libanon in die EU-Mittelmeer-Partnerschaft (Barcelona Prozess) aufgenommen und hat 2002 in diesem Rahmen mit der EU ein Assoziationsabkommen abgeschlossen. Europäische Staaten, insbesondere Spanien, Italien und Deutschland, beteiligen sich auch massiv am UNIFIL-Einsatz.“*²⁴⁷ Siehe: 3.3.2. EU.

Der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah steigerte sich permanent, bis Israel im Sommer 2006 infolge der ständigen Raketeneinschläge die Geduld verlor und den sogenannten zweiten Libanonkrieg am 12. Juli einleitete. Nach unerwartet schwerem Abwehrkampf, mehrere Wochen hindurch, einigten sich die beiden Kriegsgegner auf die Annahme der Sicherheitsresolution 1701 (2006). Die eigentlichen Kampfhandlungen wurden beendet, und ein stark angehobenes UNIFIL-Truppenkontingent, nämlich 15.000 Mann, zur Sicherung der Bevölkerung bereitgestellt. Der Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon, begann mit Wirkung vom 14. August 2006.²⁴⁸ Die zwischen der israelischen Armee und der libanesischen Partei Hisbollah ausgetragenen Kämpfe erforderten 1.080 Tote auf libanesischer Seite, zu 90 % Zivilisten, ein Drittel davon Kinder. Der materielle Schaden wird auf 8 Milliarden \$ geschätzt und eine Million Menschen wurden in die Flucht geschlagen.²⁴⁹ *„Der ‚33-Tage-Krieg‘ im Sommer 2006 festigte das bedingungslose Bündnis zwischen Teheran und der Hisbollah.“*²⁵⁰ Ein weiteres Indiz dafür entstand im Jänner 2006, als der Hamas, Gewinnerin aus den Wahlen im Gaza-Streifen, schlagartig anteilige Gelder vorenthalten wurden, die der Autonomiebehörde von der EU und den USA vorher regelmäßig überwiesen wurden. Gleichzeitig for Israel die Zolleinnahmen aus dem Transit Gaza-Westjordanland ein und knüpfte sie an die Bedingung, dass die Hamas zuerst das Existenzrecht Israels anerkennen müsse.²⁵¹

²⁴⁵ vgl.: Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte, S. 85

²⁴⁶ vgl.: Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte, S. 93

²⁴⁷ IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 15

²⁴⁸ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

²⁴⁹ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 118

²⁵⁰ Kepel, Gilles: Die Spirale des Terrors: S. 88

²⁵¹ vgl.: Kepel, Gilles: Die Spirale des Terrors: S. 93

Abschließend soll noch erwähnt werden, dass der Libanon für die Hisbollah ein militärisches Ausbildungslager ist. Für die Schulung des ‚Dschihad-Kämpfers‘, bedeutet der Libanon eine Zwischenstufe, für die seit der persischen Revolution die Schiiten verantwortlich sind. Seine Aufgabe besteht u. a. darin, dass sein Selbstmord möglichst viele Tote mitreißt. Diese Terrorart, vor der es kaum Schutz gibt, kam durch die Hisbollah zu der Hamas, d. h. von den Schiiten zu den Sunniten und schließlich zur Al-Qaida Osama Bin Ladens. Trauriger Höhepunkt bisher war der ‚9/11‘ (11. September 2001, Flugzeugattentat auf das World Trade Center in New York). Nach dem Irak-Krieg der USA, 2003, gelangte diese Kampfmaßnahme auch in den Irak. Die Dschihad-Krieger, ursprünglich von Schiiten in Persien geschaffen, nun im Laufe der Jahre zum Märtyrer mutiert, verursachen im Irak nun mehrheitlich schiitische Opfer, was als paradox vermerkt wird.²⁵² *„Iran kann die Hisbollah dahingehend manipulieren, Israel mit Hilfe ihres neuen, hocheffektiven Raketensystems anzugreifen, das sämtliche zivilen Ballungszentren des Landes erreicht, die israelische Reaktion konnte zu einer Einmischung Syriens führen, das über ein noch fortschrittlicheres Raketensystem verfügt.“*²⁵³

2.4.5 Türkei

Die Türkei versucht seit vielen Jahren, Vollmitglied der EU zu werden. Durch die islamisch beeinflussten Regierungen der letzten Jahre, wird der laizistische Staat von Atatürk immer mehr ausgehöhlt und stößt bei manchen EU-Ländern vor allem Deutschland, Frankreich und Österreich auf zunehmenden Widerstand. Undiplomatische Äußerungen des Ministerpräsidenten Erdogan²⁵⁴ und anderer führender Politiker, führten zu internationalen Verstimmungen. Zunehmend wendet sich die Türkei wieder von der EU ab, und die Zustimmung der türkischen Bevölkerung für den Beitritt zur EU schwindet konstant. Die Türkei entsinnt sich ihrer Führungsrolle aus der Vergangenheit und - gefördert durch die unverhofften Revolutionen in mehreren arabischen Ländern – wendet sich vermehrt ihren arabischen Nachbarn zu. Das stets präsente Kurdenproblem, das in mehreren Nachbarländern und der Türkei selbst immer wieder akut wird, verbindet ebenso wie der gemeinsame Glaube.²⁵⁵ *„Die Beziehungen zwischen der türkischen Regierung und dem Irak sind in Ordnung. Gestört wird nur durch die PKK, welche das Militär auszuschalten versucht. Im Norden des Irak wird bei den Kampfhandlungen sehr wohl versucht, zwischen der Bevölkerung und den Terroristen zu unterscheiden.“*²⁵⁶ Weiters sind die intensiven

²⁵² vgl.: Kepel, Gilles: Die Spirale des Terrors: S. 95

²⁵³ Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich, S. 93

²⁵⁴ Erdogan, Recep Tayyip: (*1954), Ministerpräsident der Türkei

²⁵⁵ vgl.: Günay, Dengiz: Kurzanalyse für OIIP, März 2011

²⁵⁶ Schneider, Wieland: Interview mit Davutoglu, Ahmed, Außenpolitik-Berater: „Ohne die Türkei kann die EU kein Global Player werden“, in: „Die Presse“: 20. Oktober 2008, S 5

Bemühungen der Türkei zu erwähnen, die seit längerer Zeit in vier Verhandlungsrunden zwischen Syrien und Israel vermittelt. Hierbei geht es um die Rückgabe der Golanhöhen, wobei die fünfte Verhandlungsrunde seit dem Rücktritt der Regierung Olmert ausgesetzt ist. Das Vertrauen in die türkische Vermittlertätigkeit ist bekannt.²⁵⁷ Dieser Prozess fand allerdings 2010 ein jähes Ende durch den folgenschweren Konflikt während der Seeblockade mit neun toten Türken.

Über eine von den USA initiierte Militärstrategie muss hier berichtet werden. Die NATO-Partner USA und Türkei bildeten mit Israel eine „*militärische Konstellation, die als militärische Regionalmacht mit Anbindung an das globale westliche Militärsystem fungieren soll.*“²⁵⁸ Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Türkei ihre Pufferrolle zur ehemaligen Sowjetunion verloren und sollte nun zu einer Regionalmacht aufgebaut werden. Gemeinsam konnten Israel und die Türkei auftreten, und der israelische Verteidigungsminister Mordechai formulierte es am 9. September 1998 folgendermaßen: „*Wenn unsere beiden Länder sich die Hand reichen, wird daraus eine starke Faust.*“²⁵⁹ Ohne Hinzuziehung der türkischen Regierung, stimmten die Militärs beider Länder ihre Strategien ab. 1996 wurde ein Militärabkommen unterzeichnet, das die Errichtung einer strategischen Allianz vorsah; im Gegenzug erhoffte sich die Türkei israelisches Know-how in elektronischer Kriegsführung. In seiner ersten Regierungszeit, 1998, sprach Netanjahu von einer zentralen Achse, die das Hauptgewicht an Sicherheit darstellen würde. Von der israelischen Presse wurde dieses Bündnis als größter außenpolitischer Erfolg seit dem Oslo-Abkommen bezeichnet.²⁶⁰

Beide Länder haben viele Gemeinsamkeiten (Minderheit im Land, Gewaltausübung, Bedrohung durch islamistische Fundamentalisten, expansionistische Ziele wie Zypern oder West-Jordanland mit Jerusalem usw.) Beide Länder erfreuen sich großer Sympathien durch die USA, beide verbindet der gleiche Gegner – Syrien, (Unterstützung für Kurdenbewegung in der Türkei wegen Wassereinschränkung durch die Türkei). Allerdings müssen auch Interessens-Unterschiede erwähnt werden. Die Türkei als muslimisches Land möchte gute Beziehungen zur arabischen Welt aufrechterhalten und nicht in den israelisch-palästinensischen Konflikt hineingezogen werden. Israel möchte seinerseits nicht vom

²⁵⁷ vgl.: Schneider, Wieland: Interview mit Davutoglu, Ahmed, Außenpolitik-Berater: „Ohne die Türkei kann die EU kein Global Player werden“ in: „Die Presse“: 20. Oktober 2008, S 5

²⁵⁸ Buro, Andreas: Die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA in: www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-16.htm vom 7. April 2011 S. 2

²⁵⁹ Buro, Andreas: Die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA in: www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-16.htm vom 7. April 2011 S. 2 f.

²⁶⁰ vgl.: Buro, Andreas: Die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA in: www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-16.htm vom 7. April 2011 S. 4 f.

Konflikt der NATO-Länder Türkei und Griechenland tangiert werden.²⁶¹ Schon seit dem Irak-Krieg hat die Türkei bewiesen, dass sie auch innerhalb des Bündnisses mit den USA selbstständig agiert. Die Interessen der USA korrespondieren nicht immer mit jenen der Türkei, und immer öfters bekräftigt die Türkei ihren eigenen Willen. Legitimiert mit einer satten Parlamentsmehrheit, sieht sich die Türkei als Partner des Westens auf gleicher Augenhöhe. In militärischen Entscheidungsprozessen, wünscht die Türkei einbezogen zu werden. Erst im Mai 2011, wurde durch die USA, Großbritannien und Frankreich die Flugverbotszone über Libyen errichtet, ohne die Türkei zu konsultieren. Allerdings haben die verbalen Entgleisungen der Türkei gegenüber Israel bei den Arabern große Exportmöglichkeiten im Nahen Osten eröffnet. Die zunehmende Abkehr gegenüber Israel verhilft Erdogan auch zu mehr Popularität in der türkischen Bevölkerung.²⁶²

Abschließend soll auch hier Wikileaks zu Wort kommen, da der Beweis erbracht wird, dass die amerikanischen Diplomaten über die Türkei eine wesentlich andere Meinung vertreten, als sie dies in der Öffentlichkeit kundtun: *„Nach Erkenntnissen hat der türkische Premierminister Erdogan zwar wenig Ahnung von Politik jenseits von Ankara, dafür aber private Bankkonten in der Schweiz. Offensichtlich haben die USA ein weit besseres Verständnis dafür, wo die Türkei steht und was sie will, als das in offiziellen Statements zum Ausdruck kam, in denen die USA die Türkei als ‚Beispiel für Demokratie und den Islam‘ lobten. Insgesamt scheint den US-Diplomaten klar zu sein: Die Türkei ist kein verlässlicher Partner und ihre führenden Politiker sind radikale Islamisten.“*²⁶³

2.4.6 Irak

Lange Zeit war Saddam Hussein ein wichtiger Partner für den Westen. Er hatte im Irak die Baath-Partei verboten, und als Sunnit unterdrückte er die schiitische Mehrheit der irakischen Bevölkerung. Somit war das irakische Regime ein Garant, dass die schiitische Revolution auf Persien beschränkt bleibt. *„Säkulare Strömungen bestanden stets in der irakischen Schia“,* doch wie in der übrigen islamischen Welt *„entwickelten sich auch religiöse Ideologien, wie in der gesamten islamischen Welt.“*²⁶⁴

²⁶¹ vgl.: Buro, Andreas: Die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA in: www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-16.htm vom 7. April 2011 S. 8 ff.

²⁶² vgl.: Günay, Dengiz (2011): Transformationen in der arabischen Welt, Kurzanalyse für OIIP, März 2011, S. 8 f.

²⁶³ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 24

²⁶⁴ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 131

Einer der Gründe für die Invasion der USA war die Überzeugung, in einem arabischen Land des Nahen Ostens die Demokratie einzuführen, damit sie sich als Abwehrwaffe gegen den politischen Islam Persiens ausbreitet. Die USA wollten das Regime Saddam Hussein mit Hilfe der UNO beseitigen, jedoch war ihrer Initiative kein Erfolg beschieden.²⁶⁵ *„Eine Legitimation des US-Vorgehens durch den UNO-Sicherheitsrat (UNSR) war am Widerstand der Vetomächte Frankreich, Russland und China gescheitert. Washington marschierte dennoch in den Irak ein und wurde dafür international scharf kritisiert.“*²⁶⁶ Der Irak-Krieg im März 2003 wurde rasch gewonnen, nun galt das Augenmerk der Errichtung eines stabilen, demokratischen Staates.²⁶⁷

*„US Vorstellungen zufolge würde der Irak durch seine Vorbildwirkung die Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens in Gang setzen. Die Besatzer mussten jedoch bald harte Rückschläge hinnehmen. Im Irak wurden bis heute keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Auch die Saddam vorgeworfenen Verbindungen zu Osama bin Ladens Terrororganisation al-Kaida dürften niemals existiert haben.“*²⁶⁸ Erst während der amerikanischen Besatzung wurde ein Zweig der al-Kaida durch den Jordanier Abu Musab al-Zarkawi²⁶⁹ gegründet. Nach amerikanischen Schätzungen, belief sich die Zahl der Terroristen auf 3.500 Mann, die in fünfzehn Brigaden koordiniert waren. Zwei Einheiten davon rekrutierten ausschließlich Selbstmörder, ungefähr 200 bis 300.²⁷⁰ *„Die Besetzung des Irak durch die USA entwickelte sich zum Desaster. Binnen weniger Monate waren infolge strategischer Fehler und krassen Fehlverhaltens von Teilen des US-Militärs die Chancen auf eine friedliche Transformation verspielt.“*²⁷¹

*„Wir haben dem Irak keine Demokratie gebracht, vielmehr gleitet das Land zusehends in den Bürgerkrieg ab.“*²⁷² Durch die ungeordnete Auflösung der irakischen Armee und das Verbot von Saddams Baath-Partei ging das vorhandene Ordnungs- und Kontrollgefüge verloren. Die Entfernung der Baathisten aus der Verwaltung und dem Bildungssystem machte viele gut ausgebildete Iraker zu erbitterten Gegnern der Besatzer.²⁷³ Dieser Umstand führte zu einer Unzahl von Terroranschlägen mit mehreren Tausenden Toten an der Zivilbevölkerung. Die

²⁶⁵ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 164

²⁶⁶ IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 1

²⁶⁷ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 8

²⁶⁸ IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 1

²⁶⁹ Musab al-Zarkawi, gebürtig in Jordanien als Nazzal al-Chalaila (1966-2006)

²⁷⁰ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 8

²⁷¹ IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 13

²⁷² vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 136

²⁷³ IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 7

Widerstandskräfte sind stark vom irakischen Nationalismus und Islamismus geprägt.²⁷⁴ Dadurch verzögerte sich der Abzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten erheblich. Der Irak wird durch politische, ethnische und religiöse Zerwürfnisse gebeutelt. Vordergründig handelt es sich um die innerislamische Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten sowie den Kampf der Kurden, deren Anliegen die Erringung einer Autonomie sowie die Verwirklichung ihrer lang ersehnten Eigenstaatlichkeit sind. Die schiitische Mehrheit sieht den Zeitpunkt gekommen, die jahrzehntelang regierenden Sunniten zu schwächen und die Macht zu übernehmen, wobei religiöse Gründe zweitrangig sind.²⁷⁵

Die Schiiten bestehen im Irak auf ihre angestammten Rechte. Ihre wichtigsten Heiligtümer Kerbala und Nadschaf liegen im heutigen Südirak, dem historischen Land zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris. Die Gründung des Staates Irak beruhte auf der Erdölkonferenz von San Remo im Jahre 1920.²⁷⁶ Die EU ist an stabilen Verhältnissen mit dem Irak interessiert, da er mit dem EU-Beitrittskandidaten Türkei benachbart ist. Vorsicht gilt auch dem steigenden Flüchtlingsproblem aus diesem Raum. Präventiv bemühen sich europäische Staaten wie Österreich, das z. B. irakische Polizisten in Jordanien ausbildet. Die EU engagiert sich finanziell stark im Geberkreis zugunsten des Irak.²⁷⁷ Siehe. Kap. 3.3.2.: EU. *„Die UNSR-Resolution 1546 vom 8. Juni 2004 begrüßt die bevorstehende Übergabe der Hoheitsgewalt im Irak und bestätigte den Aufgabenbereich der Übergangsregierung.“*²⁷⁸ Seit 2009 wurden die US-Truppen stark reduziert. In der Zwischenzeit haben bereits zwei reguläre Wahlen stattgefunden, und die jetzige Regierung ist nach langwierigen Verhandlungen im Streit um den Ministerpräsidenten endlich seit wenigen Monaten im Amt.

Der Kurdenanteil beträgt 20 % an der Bevölkerung. Außerdem ist die kurdische Bevölkerung agil und wirtschaftlich sehr erfolgreich. Politisch wird diese Gruppierung hauptsächlich durch die Demokratische Partei Kurdistans²⁷⁹ und die Patriotische Union Kurdistans²⁸⁰ repräsentiert. Der Führer der PUK, Jalal Talabani, wurde im April 2005 zum irakischen Präsidenten gewählt und Massud Barzani, der Parteichef der KDP, wurde in der kurdischen Regionalwahl im Juni 2005 zum Präsidenten von Kurdistan gewählt. Beide kurdischen

²⁷⁴ vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 7

²⁷⁵ vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 9

²⁷⁶ vgl. Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 129

²⁷⁷ vgl. IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 15

²⁷⁸ IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 1

²⁷⁹ KDP: Kurdistan Democratic Party

²⁸⁰ KDP: Kurdistan Democratic Party

Parteien leisten sich eine Miliz, zusammen stellen sie in der Peschmerga²⁸¹ 70.000 bis 100.000 Mann. Ins neu gewählte Parlament in Bagdad wurden 53 Abgeordnete gewählt.²⁸²

Für den Irak stellt die Ölindustrie den wichtigsten Wirtschaftszweig dar. Die Besatzungsmacht USA hat sich daher zunächst mit dem Wiederaufbau und der Modernisierung dieses Schlüsselressorts begonnen. Der Irak verfügt nach Saudi-Arabien über die zweitgrößten Ölreserven der Welt, die größtenteils noch nicht erschlossen sind. Allerdings konnte die Tagesproduktion bis 2011 noch nicht auf jenes Niveau angehoben werden, dass sich die Kriegs- und Besatzungskosten der USA kompensiert hätten. Im Augenblick importieren die USA täglich 660.000 Fass Rohöl aus dem Irak. Umgekehrt muss das Land Benzin importieren, da seine Raffinerie-Kapazitäten unzureichend sind.²⁸³

Der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz überschlägt die Gesamtkosten für den Kriegseinsatz und die Aufbaukosten, die im Irak anfallen, auf 1,3 Billionen US-Dollar, die den ohnedies stark überschuldeten, amerikanischen Staatshaushalt belasten. Er inkludiert in seiner Analyse auch die anfallenden Zusatzaufgaben, wie die Versorgung von Kriegsveteranen und die Finanzierungskosten für die zusätzliche Staatsverschuldung. Diese Studie von Stiglitz wurde auch kritisiert. Erwartet wird, dass die USA weiterhin beträchtliche Summen für den Wiederaufbau aufbringen müssen, da die Finanzierung der von Washington zugesagten und bereits begonnenen Projekte bis zu ihrer Fertigstellung erforderlich ist. Der Irak kann diese Kosten nicht übernehmen, und andere Geber dürften nicht übermäßig an der Finanzierung von US-Projekten interessiert sein.²⁸⁴ Der Erfolg einer zukünftigen politischen Gestaltung im Irak hängt weitgehend auch davon ab, wie sich die künftige Sicherheitslage auswirkt, speziell, wenn die USA ihre jetzt verbliebenen Sicherheitskräfte, Polizei und Militär, abziehen. Ein Bürgerkrieg muss auf jeden Fall verhindert werden, da sich sofort die wirtschaftlich starken Kurden im Norden des Landes abspalten würden, wobei die Nachbarstaaten an einem sehr starken Irak kaum interessiert sind. Bei aller Berücksichtigung der Einflüsse von außen, wird es aber vom politischen Geschick der Regierenden und von den religiösen Führern abhängen, ob der Irak als nationale Einheit auch in der Zukunft bestehen wird oder einer Föderation weichen muss.²⁸⁵

Am 2. Mai 2011 starb Osama bin Laden durch mehrere Kopfschüsse eines amerikanischen Sonderkommandos. Der irakische Außenminister Hoshyar Zebari äußerte seine Freude darüber. Der Irak und seine Bevölkerung habe wegen dieses Terroristen viel Unheil erdulden

²⁸¹ Peschmerga: Bewaffneter, kurdischer Kämpfer

²⁸² vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S. 5

²⁸³ vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S.13

²⁸⁴ vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S.14

²⁸⁵ vgl.: IFK Aktuell III/06: Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren: Die Zeit drängt, S.16

müssen, doch auch nach dessen Ableben muss mit der Al-Qaida in der Zukunft gerechnet werden.²⁸⁶

Die zweite Parlamentswahl fand am 7. März 2010 statt, und die Regierungsverhandlungen waren sehr kompliziert. Im Sommer 2011 wird mit dem Abzug des Großteils der amerikanischen Soldaten begonnen werden, dieser soll 2012 abgeschlossen sein. Staaten in militärischer Allianz werden dem Beispiel der USA folgen. Präsident Obama hat die Heimholung der Truppen vorverlegt.²⁸⁷

2.4.7 Iran

Die Netzwerke des Iran mit seiner schiitischen Bevölkerung sind sehr effizient und nehmen immer mehr Einfluss auf die Entwicklung im Nahen Osten. Nach dem Ende des Regimes von Saddam Hussein, werden die irakischen Schiiten unterstützt. Das Schwinden der Macht des Taliban in Afghanistan, schwächt ebenfalls die Sunniten. Der enorme Gas- und Ölreichtum gestattet es dem Iran, sich auch in anderen Ländern für deren Ziele zu engagieren. Das Land ist auf dem Wege, sich im Nahen und Mittleren Osten einen Großmachtstatus anzueignen. Durch seinen Einfluss auf die Verbündeten im Libanon und im Irak (Hisbollah) sowie auf die Hamas im Gazastreifen bereitet der Iran mehreren Regierungen große Sorgen. Mehrmals hat z. B. Präsident Ahmadinejad Israel öffentlich dessen Vernichtung angedroht.²⁸⁸ *„Die iranische Luftwaffe hat nach eigenen Angaben die Reichweite ihrer Kampfflugzeuge so weit verbessert, dass sie auch Israel erreichen und wieder zu ihrer Heimatbasis zurückkehren können. General Ahmad Mighani sagte dem staatlichen Fernsehen zufolge, die Flugzeuge könnten 3.000 Kilometer ohne Auftanken zurücklegen. Israel liegt rund 1.000 Kilometer vom Iran entfernt.“*²⁸⁹

Das Angriffspotential gegenüber verfeindeten Nachbarländern wird durch die Möglichkeit eines Abwurfes einer Atombombe entscheidend erhöht, und seit Jahren „kämpft“ die iranische Regierung mit der Internationalen Atombehörde in Wien, welche die atomare Aufrüstung des Iran unterbinden möchte. Natürliches Uran wird mittels Zentrifugen zu LEU (niedrig angereichertes Uran) angereichert, das entspricht etwa 70 % der Arbeit und Zeit, die notwendig ist, um eine Anreicherung zu HEU (hoch angereichertes Uran) zu erzielen. Der Iran hat wahrscheinlich weit mehr als die Hälfte des Weges zurückgelegt, um waffenfähiges

²⁸⁶ vgl.: Gehlen, Martin: „Al-Qaida wird nicht so schnell verschwinden“ in: „Die Presse“, 3. Mai 2011, S. 7

²⁸⁷ Dieser Abzug aller Truppen der USA wurde bereits Ende 2011 abgeschlossen

²⁸⁸ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 7

²⁸⁹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008, S. 15

Uran erzeugen zu können. Zusätzlich steigt mit wachsendem LEU-Bestand die Gefahr, dass im Angriffsfall durch Einschläge der Speichertanks radioaktive Gaswolken entweichen können.²⁹⁰ Bezüglich des iranischen Atomprogramms handelt die Regierung Persiens konstant verwirrend. So wurde in Wien im Jahre 2009 bei der IAEA ein Kompromiss erzielt, wonach die bei der friedlichen Atomenergie-Nutzung aufgebrauchten Uranstäbe nach Russland oder Frankreich verbracht würden, wo sie durch Anreicherung Wiederverwendung fänden. Doch die Zustimmung des mit der persischen Regierung ausgehandelten Vertrages erfolgte nie. Im Februar 2010 bekräftigte Präsident Mahmud Ahmadinejad die Zustimmung zu dieser Idee, doch nur zwei Tage später verkündete der Regierungssprecher, dass der Iran sein Atomprogramm, wie gehabt, fortsetzen wird. Die fünf Atommächte (Vetoländer der UNO) und Deutschland als sechstes Land im Verhandlungsteam der AEO, versuchen mit Teheran zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, sind aber verzweifelt, da sich die Positionen im Kreis drehen und kein Durchbruch möglich scheint.²⁹¹

Auch der religiöse Einfluss des Iran im Nahen und Mittleren Osten ist stark und wird weiter wachsen. Der Islam unterscheidet zwei Hauptrichtungen, die ‚Sunnā‘²⁹², der weltweit 90 Prozent der Moslems angehören und die ‚Schia Ali‘.²⁹³ Dementsprechend heißen die einen Sunniten und die anderen Schiiten; Ali war der Schwiegersohn von Mohammed und konnte erst nach einer Wartezeit von 25 Jahren das Kalifat nach Mohammeds Tod im Jahre 657 übernehmen. Der religiöse Zusammenhang aus Sicht des Islam im Nahost-Konflikt muss erwähnt werden, da sich Ayatollah Khomeini, von Anbeginn an, mit dem Thema Jerusalem beschäftigte. Sein iranischer Wandteppich in Teheran vereint die Al-Aqsa-Moschee mit dem Emblem der Hisbollah. Der Hinweis auf Jerusalem verschaffte der Islamischen Revolution im Iran erst ihre Legitimität in der muslimischen Welt. Analog unterstützen die Ayatollahs auch die Hisbollah im Libanon. Die Regierung Mahmud Ahmadinedschad hat die Beziehungen zu Palästina wiederhergestellt und unterstützt dessen Interessen. Mehrmals, auch vor der Vollversammlung der UNO, hat der persische Präsident die Schoa geleugnet.²⁹⁴

Die Demonstrationen in Persien, die durch Polizeieinsatz niedergeschlagen wurden, haben durch die Unruhen, die in einigen Ländern des arabischen Raumes stattfinden, wieder Auftrieb erhalten. Das heißt, der Funke der Revolution könnte überspringen und für die persische Regierung eine Gefahr sein. *„Das iranische Regime will es gar nicht so weit kommen lassen, dass auch in Teheran die Opposition wieder in Massen auf die Straße geht.“*

²⁹⁰ vgl.: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008, S. 15

²⁹¹ vgl.: Freund, Eugen (2010): Brennpunkt der Weltpolitik, S 105 f.

²⁹² Sunna: arabisch Gewohnheit

²⁹³ Schia-Ali: arabisch Fraktion von Ali, Schwiegersohn Mohammeds

²⁹⁴ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 96 f.

Nach gestern offiziell nicht bestätigten Nachrichten auf der Webseite ‚Kaleme‘ wurden die Oppositionsführer Mirhossein Moussavi und Mehdi Karrubi verhaftet und in das Heshmatiyeh-Gefängnis in Teheran gebracht.“ „Moussavi und Karrubi waren bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl vor anderthalb Jahren gegen Mahmud Ahmadinejad unterlegen.“²⁹⁵ Nach den Wahlen haben sie sich zu Oppositionspolitikern entwickelt und wurden Anführer der Protestbewegung, die eine Annullierung der Wahl anstrebte. Diese Demonstrationen fanden Monate hindurch statt. Im Jänner 2011 riefen sie zu Solidaritätskundgebungen für die Revolution in Ägypten und gegen dessen Langzeitherrscher Mubarak auf.²⁹⁶ „Der Schlag gegen die Opposition kommt nicht zufällig zur gleichen Zeit, in der viele autoritär regierte arabische Staaten mit Demonstrationen und Aufständen zu kämpfen haben. Das Teheraner Regime nützt die Ereignisse in Libyen und weiß sich sicher, dass die Empörung der Weltöffentlichkeit begrenzt ist.“²⁹⁷

3 Konfliktanalyse

Dieses Kapitel hat die Aufgabe, die wichtigsten Probleme, die jeweiligen Streitparteien sowie die an dem Konflikt beteiligten Länder und Organisationen zu beleuchten. Dabei werden sich Engagements für die Durchsetzung der Interessen und schwerwiegende Fehler der Kontrahenten abwechseln.²⁹⁸

3.1 Konfliktbeschreibung

„Im Zentrum aller Auseinandersetzung, die sich in den letzten Jahrzehnten zwischen Orient und Okzident verfestigt hat, steht jener offenbar unlösbare Konflikt um das eine Stück Land, das Palästina für die Einen und Israel für die Anderen heißt.“²⁹⁹ „Der Konflikt zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern ist seit Jahrzehnten eine Konstante der Weltpolitik. Militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten, Besetzungen und Rückzüge, terroristische Aktivitäten und Vergeltungsschläge, Aufstände und Unruhen, Verhandlungen und Phasen der Entspannung wechselten sich ab. Diese

²⁹⁵ Keetman, Jan, Korrespondent: „Iran sperrt Oppositionsführer weg“, in: „Die Presse“: 1. März 2011, S. 6

²⁹⁶ vgl.: Keetman, Jan, Korrespondent: „Iran sperrt Oppositionsführer weg“, in: „Die Presse“: 1. März 2011, S. 6

²⁹⁷ Keetman, Jan, Korrespondent: „Iran: Proteste fürs Freilassen von Oppositionsführern“, in: „Die Presse“: 1. März 2011, S. 8

²⁹⁸ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 59

²⁹⁹ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 45

*Auseinandersetzung setzen in der Vorstellung der Konfliktparteien einen weit in die Vergangenheit zurückreichenden Kampf um Land und Lebensmöglichkeiten fort.*³⁰⁰

Obwohl der Staat Palästina noch nicht existiert, empfindet die Bevölkerung nationales Bewusstsein. Während der britischen Kolonialzeit und der zionistischen Einwanderungswellen, formte sich diese nationale Identität und stärkte die Bereitschaft zum Kampf auf Selbstbestimmung. Mit Beginn der Friedensprozesse in den 1990er Jahren, dachten die Palästinenser das erste Mal an die Möglichkeit, die Souveränität ihres eigenen Palästina-Staates gewaltfrei gewinnen zu können. So verfügte die Palästinensische Autonomiebehörde schon relativ bald nach ihrer Konstituierung über die erforderlichen Merkmale eines Staates. Beginnend von der Staatsgewalt über das Staatsvolk der arabischen Palästinenser sowie über das Territorium, der heutigen Autonomiebehörde im Westjordanland und im Gaza-Streifen.³⁰¹ Umso größer wirkte die Enttäuschung, dass dieses Ziel bis heute verfehlt wird. Religiöse und kulturelle Unterschiede werden durch geschichtliche Geschehnisse überlagert und führen zur permanenten Überzeugung, dass nur der eigene Rechtsstandpunkt richtig sein kann. *„Geschichte wird als Argument in der politischen Auseinandersetzung missbraucht. Dies hat Folgen für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien: Jegliche historische Bezugnahme, jede Berufung auf ein ‚historisch verbrieftes Recht‘ wirkt einer Lösung entgegen.*³⁰²

Diese Rückwärtsgewandtheit schließt jede Einigungsmöglichkeit aus, und ein Friedensprozess kann nur gelingen, wenn beide Konfliktparteien ihre Potentiale auf die Zukunft fokussieren. In der gegenwärtigen Situation sind die Karten für Israel besser gemischt. Seit der Staatsgründung hatten die Israelis nicht nur mehrere größere Kriege gewonnen, sondern mit Ägypten und Jordanien konnten sie Friedensverträge abschließen und die meisten arabischen Staaten haben das Existenzrecht anerkannt. Mit dem Libanon und Syrien könnte sich auch eine Perspektive ergeben, wenn einerseits die Golanhöhen an Syrien rückerstattet werden und Israel mit der Hisbollah, deren persischer Einfluss offensichtlich ist, einen - beide Seiten zufriedenstellenden Kompromiss - finden. Andererseits ist die militärische und politische Situation zwischen Israel und den Palästinensern schrecklich. Die israelische Bevölkerung ist ständig von den Gefahren möglicher Terroranschläge umgeben, auch wenn sich deren Tötungsabsicht vorwiegend auf Mitglieder der Armee und auf Siedler beschränkt. Dies bezieht sich auch auf das israelische Kernland.

³⁰⁰ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 190

³⁰¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 59

³⁰² Herz, Dietmar: (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 190

So fanden nach Angaben der israelischen Regierung allein zwischen September 2000 und Mai 2003 insgesamt 787 Israelis den Tod.³⁰³

Seit den 1990er Jahren hat sich das Los der Palästinenser nicht verbessert. Durch den sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung, schwand auch das Vertrauen in die politische Führung. Weder die Demokratie- noch die Wirtschaftsreformen zeigten Fortschritte. Dafür ist die Gewaltbereitschaft rasch gestiegen. Israel nimmt die weltweite Kritik an ihren harten Sanktionen nicht wahr, und nach jedem Terroranschlag steigt die Gewaltspirale durch noch intensivere Vergeltungsschläge. In dem vorhin erwähnten Zeitraum von zehn Monaten, starben in den besetzten Gebieten 2006 Palästinenser, darunter 370 Kinder und Jugendliche. Dabei war die Erkenntnis schon aus der ersten Intifada mit 1.070 toten Palästinensern bekannt, dass die besetzten Gebiete militärisch nicht unter Kontrolle zu bringen sind.³⁰⁴ Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert, selbst der hoffnungsvollste Versuch - der Oslo-Prozess – ist misslungen. Gewalt auf beiden Seiten bestimmt das Geschehen seit den späten 1980er Jahren. Laut König Abdullah von Saudi-Arabien, besteht die Gefahr, dass auch die bestehenden Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien scheitern. Daher hat er schon als Kronprinz seine Friedensinitiative im Februar 2002 gestartet. Alle arabischen Staaten müssen Israel anerkennen, im Gegenzug wird Palästina proklamiert, wobei alle eroberten Gebiete aus dem 6-Tage-Krieg im Jahre 1967 zurückgegeben werden müssen. Auch der inzwischen stattgefundene Irak-Krieg hat diese Position in keiner Weise verändert. Die Formel ‚Land gegen Frieden‘ wird durch die vom Inhalt her erweiterte Formel ‚Sicherheit und Anerkennung gegen Souveränität und wirtschaftlich-soziale Entwicklung‘ ersetzt.³⁰⁵

3.2 Interessen direkt beteiligter Akteure und deren Planungsstrategie

3.2.1 Israel

*„Im Gazastreifen war das Konzept der Trennung bereits 2005 Wirklichkeit geworden. Im August räumte Israel seine dortigen Siedlungen, im September zogen auch die Soldaten ab.“*³⁰⁶ Allerdings haben die Israelis die Kontrolle der Grenze zum Kernland, über die Lufthoheit und über die Mittelmeerküste des Gazastreifens nie beendet. Ohne Vertrag haben sich die Israelis bis heute das Recht ausbedungen, sofort militärisch zu intervenieren, wenn

³⁰³ vgl.: Herz, Dietmar: (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 191 f.

³⁰⁴ vgl.: Herz, Dietmar: (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 192 f.

³⁰⁵ vgl.: Herz, Dietmar: (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 193 ff.

³⁰⁶ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 65

ihre Sicherheit dies erfordert, so z. B. im Sommer 2006 und um die Jahreswende 2008/09, als kurzfristig der Gazastreifen besetzt wurde, und umfangreiche Vergeltungsschläge durchgeführt wurden. Durch diese Trennung verlor Israel zwar nur 6 % der Fläche der palästinensischen Autonomiebehörde, entledigte sich jedoch gleichzeitig durch diesen Abzug von 37 % der palästinensisch-arabischen Bevölkerung. Das zu dieser Zeit schon stark greifende Dilemma der demographischen Fehlentwicklung - aus der Sicht Israels - durch die palästinensische Bevölkerungsexplosion, konnte dadurch kurzfristig abgeschwächt werden. Nochmals sei darauf verwiesen, dass heute zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ungefähr gleich viele Israelis wie Palästinenser wohnen; Tendenz weiter steigend zugunsten der Araber. Hier sei an die zweite Forschungsfrage der Diplomarbeit erinnert³⁰⁷, denn immer mehr Politologen, aber auch Politiker sind sich dieser Entwicklung bewusst und drängen auf einen raschen Friedensabschluss, da die Zeit bei Fortsetzung dieser Entwicklung gegen Israel arbeitet.³⁰⁸

Nochmals sei ein Demokratie-politisch wichtiger Satz zitiert, der langfristig nicht außer Acht gelassen werden darf: *„Für Israel als Besatzungsmacht erwächst daraus ein Dilemma: Ein Zustand, in dem eine Minderheit über eine Mehrheit herrscht, ist mit einer Demokratie unvereinbar und darum für Israel, das sich als demokratischer und jüdischer Staat versteht, auf Dauer unhaltbar.“*³⁰⁹ Diese Meinung ist im politischen Spektrum der Knesset von links bis rechts mehrheitsfähig. *„ Hamas und Hisbollah stehen aber für das, was den Konflikt vor Jahrzehnten verursacht hat, nämlich die totale Ablehnung einer jüdischen Unabhängigkeit im Heiligen Lande. Sie werden von den radikalsten Regimes im Nahen Osten unterstützt, um die Feindschaft zu schüren und den Kampf gegen Israel fortzusetzen.“*³¹⁰ Auch hier sei erwähnt, dass die Hamas und die Hisbollah nicht auf Dauer aus dem Verhandlungsprozess ausgeschlossen werden dürfen. Israel und die USA müssen umdenken und beide Gruppierungen wenigstens als Verhandlungspartner akzeptieren. Doch langfristig muss auch die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennen. Vielleicht ließe sich ein Umkehrprozess leichter bewerkstelligen, wenn die Israelis mehr Mitgefühl und Anerkennung für die ‚Nakba‘,³¹¹ die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser, aufbringen könnten. Die Enttäuschung nach dem gescheiterten Oslo-Prozess wird beiden Seiten immer mehr bewusst. Trotzdem darf der Holocaust nicht mit der Nakba gleichgesetzt werden. Jeder der

³⁰⁷ Welchen Einfluss hat die demographische Entwicklung in Palästina auf den Friedensprozess im Nahen Osten?

³⁰⁸ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 65

³⁰⁹ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 65 f.

³¹⁰ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S.17

³¹¹ Nakba: arabisch Katastrophe

beiden Konfliktpartner fürchtet durch das Abgehen seiner eigenen Katastrophe aus der Vergangenheit, nicht nur seinen Mythos sondern auch den Kampf zu verlieren.³¹²

*„Im Sommer 2006 eskalierte der Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel abermals. Der Zweite Libanonkrieg begann am 12. Juli. Nach einigen Wochen intensiver Kampfhandlungen wurde die UN-Sicherheitsresolution 1701 (2006) angenommen. Diese führte zu einem Ende der Kampfhandlungen und zu einer drastischen Erhöhung des UNIFIL-Truppenkontingentes auf 15.000 Mann. Am 14. August 2006 trat schließlich der Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon in Kraft.“*³¹³ Siehe Kap. 2.4.4.: Libanon. Allerdings gelingt es den UNIFIL-Truppen nicht, den grenzüberschreitenden Waffenschmuggel zu verhindern. Was jedoch Israel verhindern kann, ist eine immer bessere Trennung für den Personenverkehr zwischen dem Israelischen Kernland und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Der Ausbau der Sperranlage im Jahre 2008 schon zur Hälfte, in der Umgebung von Jerusalem schon zu 70 % abgeschlossen. Wenn dieser Mauerbau abgeschlossen sein wird, hat sich Israel 10 % des Westjordanlandes in sein Gebiet einverleibt, da in Verhandlungen versucht werden würde, die neue Grenze mit dem Mauerverlauf gleichzusetzen. Diese Gebietserweiterung wäre unumstößlich, selbst wenn die Mauer nach einer bestimmten Zeit abgerissen würde, oder sich Israel zu einem entsprechenden Gebietstausch entschließen könnte.³¹⁴

Knapp vor dem Auslaufen der zweiten Amtsperiode von Präsident George W. Bush, drängen die USA nochmals auf die Möglichkeit, beide Konfliktpartner an den Verhandlungstisch zu bringen. *„Fest steht, dass die anstehende Konferenz in Annapolis unter amerikanischer Schirmherrschaft eine Chance eröffnen könnte, wesentliche Fortschritte in Richtung einer Verhandlungslösung in diesem verfahrenen historischen Konflikt zu erzielen.“*³¹⁵ Doch die Ergebnisse dieser Konferenz waren enttäuschend. Substanzielle Ergebnisse blieben aus, da es weder eine Garantie der Palästinenser gab, die aufflammenden Terroranschläge zu verhindern, noch die Israelis sich entschlossen, den Weiterbau der Siedlungen zu unterbinden.³¹⁶

Am 26. Okt. 2008 hat die mit der Regierungsbildung beauftragte Außenministerin Tzipi Livni dem israelischen Staatspräsidenten Simon Peres mitgeteilt, dass sie in ihrem Bemühen, eine

³¹² vgl.: Bunzl, John (2008): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie, S. 137

³¹³ IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

³¹⁴ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 65

³¹⁵ DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

³¹⁶ vgl. Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S.119

neue Regierung zu bilden, gescheitert ist. „*Ich bin nicht bereit, mich erpressen zu lassen*“³¹⁷ kommentierte Livni ihre Haltung in Hinblick auf die Forderungen der orthodoxen Partei Shas. Dies hat zur Folge, dass die Friedensgespräche bis nach der Bildung einer neuen israelischen Regierung unterbrochen bleiben. Der amtierende Regierungschef Olmert wird ebenfalls nicht mehr in der Lage sein, seine Gesprächsbemühungen mit der Hamas um Austausch von Gefangenen gegen Freilassung des entführten Soldaten Gilad Schalit voranzutreiben.³¹⁸ Nach den Wahlen zur 18. Knesset im Februar 2009, bei denen der Likud ein Mandat weniger bekam als die Kadima, wurde Netanjahu am 31. März Ministerpräsident, da Livni dem Regierungsauftrag durch Präsident Shimon Peres nicht nachkommen konnte.

Auch in diesem Kapitel sollen geheime Auszüge aus Wikileaks die Wirklichkeit erhellen: „*Der heutige Staatspräsident Israels, Oslo-Architekt und deshalb Friedensnobel-Preisträger Schimon Peres, kommt im Rückblick zu dem Schluss: Oslo war ein Fehler.*“ Und weiters findet sich der Hinweis in den Protokollen von Wikileaks: „*Der ehemalige Mossad-Chef Meir Dagan ist der Ansicht, der Friedensprozess mit den Palästinensern bringe nichts. Nur die israelische Armee verhindere eine Machtübernahme der Hamas in der Westbank. Sollte die Hamas auch dort die Macht ergreifen, würde Präsident Mahmud Abbas wohl zu seinem ‚mysteriös reichen‘ Sohn nach Qatar gehen.*“³¹⁹

Welche Voraussetzungen für den Frieden sind aus israelischer Sicht für den Frieden erforderlich? „*Aus israelischer Sicht muss eine Verhandlungslösung vor allem drei Anliegen Rechnung tragen: (1) sicherheitspolitische Erwägungen, (2) religiöse Vorstellungen und (3) Überlegungen zur Zusammensetzung der Bevölkerung.*“³²⁰

(Ad 1) Aus der Sicht der Israelis - seiner Bevölkerung und seiner Regierungen – hat die Sicherheit für die Gegenwart und für die Zukunft oberste Priorität. Die Umwandlung der PLO von einer militärischen zu einer politischen Organisation, hat noch nicht die erwarteten Fortschritte gebracht. Neben dieser Hauptorganisation gibt es aber jede Menge anderer Teil- und Nebenorganisationen auf islamistischer oder nationalistischer Basis, die den angestrebten Friedensprozess torpedieren. Darüber hinaus gibt es auch Gruppierungen innerhalb der Autonomiebehörde, die selbst das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Die Hoffnung, dass die palästinensische Führung in der Lage ist, all diese Strömungen zu einen, hat sich nicht bewahrheitet. Mitschuld trifft sicher Arafat, der die an ihn gestellten Aufgaben

³¹⁷ Knaul, Susanne: „Orthodoxe zwingen Livni Neuwahlen auf“, in: „Die Presse“, 27. Okt. 2008, S.5

³¹⁸ vgl.: Knaul, S.: „Orthodoxe zwingen Livni Neuwahlen auf“, in: „Die Presse“, 27.10.2008, S. 5

³¹⁹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 22

³²⁰ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 192

aus Angst vor Bürger-Unruhen nur halbherzig mit seinen Mitarbeiterstab erfüllte. Teilerfolge blieben für den Verhandlungspartner Israel unbefriedigend, bei den Palästinensern lösten sie häufig Verwirrung aus. Diese palästinensische Unzufriedenheit eröffnete nach 1992 jenen notwendigen Freiraum, in dem sich extreme Gruppierungen immer öfters erfolgreich der Instrumente des Terrorismus bedienten.³²¹

Dies führte wieder zu Vergeltungsmaßnahmen Israels, die das Los der Palästinenser weiter erschwerten und wiederum zu Gegengewalt führte. Die sich immer schneller drehende Spirale vergiftete das Gesprächsklima über einen Zeitraum von zwei, drei Jahren. Besonders Premierminister Scharon pflegte seine Überzeugung in vielen Reden zu äußern, dass Gewalt nur durch Gegengewalt besiegt werden könne. Dies funktionierte in der ersten Anschlagserie in den 1950er Jahren, aber nicht mehr in jener Zeit, wo Scharon die israelische Regierung anführte.³²² Bei der Terrorbekämpfung wurden Verluste an der Zivilbevölkerung bewusst eingerechnet. Die Anschläge beschränkten die Reisefreiheit der Bevölkerung, veränderten das israelische Freizeitverhalten, da Besuche in Cafés, Diskotheken, Einkaufszentren auf ein Minimum beschränkt wurden, und die notwendigen Personen- und Ausweiskontrollen das ungute Gefühl ständiger Beobachtung auslöste. Schon seit Menachem Begin wurde die Siedlungspolitik im Westjordanland, im Gaza-Streifen und auf den Golanhöhen vorangetrieben. Besonders nach der Wahl 1977, war Ariel Scharon jener Minister für Landwirtschaft, der auch für ‚Fragen der Besiedlung besetzter Gebiete‘ zuständig war. Die Intensität der Errichtung von Siedlungen oder deren Ausbau war nicht religiös motiviert, sondern verfolgte militärstrategische Ziele.³²³

*„Die erste Kette von Siedlungen bedurfte nach Scharons Überzeugung einer zweiten Reihe weiter im Osten entlang des Jordans. Diese Siedlungen sollten die Grenze zu Jordanien vom Beit-Shean-Tal im Norden bis zum Toten Meer im Süden sichern und das Eindringen von Guerilla-Verbänden aus Jordanien nach Israel erschweren.“*³²⁴ Gleichzeitig wurden alle Siedlungen untereinander und mit dem Kernland durch eine gut ausgebaute Infrastruktur verbunden. Dadurch war und ist das Militär sehr flexibel und kann innerhalb kurzer Zeit alle Gebiete kontrollieren, im Notfall aber jederzeit den Zivilverkehr oder gegnerische Militärtransporte einschränken, im Kriegsfall leicht unterbinden.³²⁵ Auch israelische und ausländische Institutionen forcieren oder beteiligen sich an der Errichtung neuer Siedlungen, wie z. B. Jewish Agency, World Zionist Organisation, Jewish National Fund, Israel Lands

³²¹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 195 f.

³²² vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 196 f.

³²³ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 200

³²⁴ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 201

³²⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 201

Authority, die alle eng mit dem Wohnbauministerium kooperieren. Oft sind sie selbstständig für Planung, Verwaltung und Finanzierung zuständig. Manchmal steht auch die demographische Beeinflussung im Vordergrund. Oft sind mehrere Ministerien beteiligt, um die Logistik zu bewältigen wie Beschaffung von Wohnraum für die Lehrer, Zurverfügungstellung von Kindergartenplätzen, Infrastruktur in den Wohnanlagen und Straßenanbindungen an das Verkehrssystem.³²⁶

Ad 2) *„Religiöse Vorstellungen und Ansprüche begannen die ‚nüchternen‘ militärstrategischen Überlegungen zunehmend zu überlagern. Politik im Nahen Osten beruht auf Erinnerungen und religiöse Vorstellungen – und je länger sich dieser Konflikt hinzieht, desto wichtiger werden religiös-historische Argumente: Teile der israelischen Bevölkerung messen den besetzten Gebieten große emotionale und religiöse Bedeutung bei.“*³²⁷ War zunächst die Errichtung neuer Siedlungen militärisch-strategisch ausgerichtet, wurden mit der Zeit historische Zusammenhänge erkannt. In den neuen Gemeinden entstand ein neues ‚Wir-Gefühl‘, das die religiös überlagerte Gemeinsamkeit steigerte. Ein teilweiser Rückzug aus diesen Siedlungen oder deren gänzliche Aufgabe scheint daher aus heutiger Sicht unvorstellbar. Weiters gilt dies vor allem für die ‚Heilige Stadt‘ Jerusalem, die jüdische Hauptstadt Israels. Hier sei an das Jerusalem-Gesetz von Juli 1980 erinnert. Dies deklariert das vereinigte Jerusalem zur ewigen, israelischen Hauptstadt. Dies gilt im Besonderen für den jüdischen Teil der Altstadt, für die Klagemauer und für einige Siedlungen in Ostjerusalem. Wenngleich auch die Teilung Jerusalems schwer vorstellbar ist, wird sie für die Realisierung eines Friedenskompromisses doch vollzogen werden müssen. Ähnliches können sich zurzeit die Israelis aus religiösen Gründen über das Westjordanland ebenfalls nicht vorstellen, da Judäa und Samaria immer jüdisch waren. Auch Hebron genießt durch das Grab Abrahams bedeutende, religiöse Verehrung.³²⁸

Ad 3) *„Eng mit diesen religiös-ideologischen Faktoren ist schließlich ein weiterer wichtiger Umstand verbunden: Die Zusammensetzung der Bevölkerung. Dies eine Erwägung, die in der israelischen Politik für drei territoriale Konstellationen von Bedeutung ist: Die Siedlungsgebiete, das Territorium Israels einschließlich der besetzten Gebiete und schließlich das israelische Kernland.“*³²⁹ Die Zusammensetzung der Bevölkerung konnte u. a. durch die Neugründungen der Siedlungen im Ballungsraum Jerusalem (Gush Etzion und Efrat im Süden, Ma’ale Adumim im Osten und Girat Ze’ev und Bet El im Norden) zu einer

³²⁶ vgl.: Chorrherr, Christa (2008): Wessen heiliges Land? S. 196 f.

³²⁷ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 202

³²⁸ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 202

³²⁹ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 202

gesamtjüdischen Mehrheit führen. Die Siedlungen stellen somit ein Instrument dar, womit – im Bedarfsfall, ‚gewachsene‘ jüdische Mehrheiten erzielt werden können.

Menachem Begin erließ im Dezember 1977 ein Gesetz, das es den Palästinensern ermöglichte, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dadurch wäre in den besetzten Gebieten schlagartig der Bevölkerungsanteil der jüdischen Bevölkerung gestiegen. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Tatsache, dass die Araber diese angebotene Staatsbürgerschaft nicht wollten und demographisch genau das Gegenteil von Begins Wünschen eintrat, nämlich durch natürliche Vermehrung ein starker Anstieg der arabischen Bevölkerung, sodass im Westjordanland schon weit über 90 % Araber wohnen. Israel könnte mittlerweile Westjordanien nicht annektieren, da die dort lebenden Palästinenser nicht nur die Mehrheit in den besetzten Gebieten stellen, sondern auf Grund ihrer Bevölkerungsexplosion die Mehrheit über das gesamte Gebiet bekämen. Der niedere Lebensstandard, die hohe Arbeitslosigkeit und die gegenwärtige Stellung der Frau in der palästinensischen Gesellschaft, fördern zusätzlich den ‚Kindersegen‘.³³⁰

Aus diesem Grund muss Israel den Wunsch einer Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in das Kernland ablehnen. Nach mehreren großen Einwanderungsströmen aus der UdSSR, ist mit namhaften Zuwanderern nach Israel nicht zu rechnen. 2001 liegt die Wachstumsrate der Bevölkerung in Israel bei 3,3 %, die der jüdischen nur bei 1,9 %. Hierfür zeichnet der massive arabische Geburtenüberschuss verantwortlich.³³¹ 2001 betrug die Gesamtbevölkerung 6,509 Millionen, davon 1,228 Millionen Araber. Die Rückkehr der weit über 4 Millionen palästinensischen Flüchtlinge aus Lagern der Nachbarländer Israels, würde die jüdischen Bewohner sofort zu einer Minderheit schrumpfen lassen. Die Sperrmauer verschlechtert das Klima in der Palästinensischen Autonomie. Der Bewegungsraum innerhalb der arabischen Familien wurde stark eingeengt und wirkte demütigend auf die palästinensische Bevölkerung. Gleichzeitig intensiviert sich der Loyalitätsverlust gegenüber dem israelischen Staat. Durch das gewaltsame Trennen der palästinensischen Familien, fördert Israel das Konfliktpotential im Kernland.³³²

Wie könnte ein Lösungsmodell für die Israelis aussehen? Aus den erwähnten Gründen kommt eine Annexion der besetzten Gebiete nicht in Frage. Israel könnte kleinere, unbedeutende Siedlungen aufgeben, jedoch nicht aus dem Gürtel entlang der ‚Grünen Linie‘ (zwischen Israel und dem Westjordanland). Gleiches gilt für den Siedlungsgürtel im

³³⁰ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 202 f.

³³¹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 204

³³² vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 206

Großraum Jerusalem. Der Verlust großer, wichtiger Siedlungen wäre in militärisch-strategischer Hinsicht eine zu große Schwächung und dadurch eine Sicherheitsreduktion für Israel, ein Teilrückzug wäre theoretisch möglich.³³³ „Solange politische Positionen in Israel (zumindest auch) auf der Grundlage religiöser Überzeugungen formuliert werden, die unumstößliche Geltung beanspruchen, ist die Durchsetzung der für einen dauerhaften Frieden erforderlichen Kompromisse nicht zu erreichen.“³³⁴

Was Jerusalem betrifft, wird Israel auf seinen religiös-ideologischen Standpunkt beharren: Jerusalem bleibt die Hauptstadt Israels, mit seiner Altstadt und einigen neuen, jüdischen Siedlungen in Ostjerusalem. Zuletzt dürfte Israel in einem Friedensvertrag nur einer kleinen, eher symbolischen Zahl an Flüchtlingen für die Rückkehr ins Kernland zustimmen.³³⁵ Was bis in die 1990er Jahre für viele Israelis als undenkbar galt, muss nun ein formuliertes Ziel der israelischen Verhandler werden: Nämlich die Gründung eines eigenen Staates Palästina, damit die beiden Volksgruppen leichter getrennt werden können. Dieser Idee der ‚Trennung‘ war schon die Errichtung der ‚Sperrmauer‘ gefolgt, wenngleich dieser ‚Sicherheitszaun‘ primär der Sicherheit der israelischen Bevölkerung dienen soll. Auch der Verlauf des Zaunes ermöglichte den Einschluss größerer Siedlungen innerhalb des Kernlandes. Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung steht diesem neu zu gründenden Staat Palästina und der vorwiegenden Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen positiv gegenüber, auch der Verlust einiger Siedlungen würde akzeptiert werden. In Summe würde ein Friedensvertrag, den die israelische Regierung unter den erwähnten Prämissen ausverhandelt hätte, die Zustimmung der Mehrheit der israelischen Bevölkerung finden.³³⁶ Ebenfalls demographische Gründe sprechen dafür, dass sich Israel von den besetzten Gebieten und dadurch von den dort lebenden Palästinensern trennen müsse. Ansonsten wäre der jüdische Staat, aber auf jeden Fall ein demokratischer Staat gefährdet.³³⁷

Ein wichtiges Problem, das in einem hochentwickelten Land wie Israel gelöst werden muss, stellt die zur Verfügungstellung von sauberem Trinkwasser dar. Hierzu werden auch im Allgemeinen die Wasserressourcen ober- und unterhalb der Erdoberfläche berücksichtigt. In diesem Punkt, der für einen Friedensvertrag essenziell ist, herrscht jetzt noch Meinungsverschiedenheit zwischen den Konfliktpartnern. Siehe Kapitel 4.2.: Wasser

³³³ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 207

³³⁴ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 207

³³⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 207

³³⁶ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 210

³³⁷ vgl.: Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich, S. 30

Zum Abschluss dieses Kapitels soll noch eine Alternative angeführt werden, welche von manchen israelischen Intellektuellen bevorzugt wird. Einen einzigen Staat vom Mittelmeer bis zum Jordan mit zwei Völkern. „Dieses Modell ist weder unter Israelis noch unter Palästinensern populär.“³³⁸ Diese Lösung mit einem Land, findet unter der Staatengemeinschaft kaum Anklang, darüber hinaus arbeitet die demographische Verschiebung gegen dieses Modell. Die mittel- und langfristig bereits 2005 überschrittene Parität zugunsten der Palästinenser würde dazu führen, dass bei der Ein-Staat-Lösung Israel als Besatzungsmacht den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht als Mehrheitsvolk vorenthalten würde. Die Palästinenser könnten ihre Besatzer nicht abwählen, was demokratiepolitisch bedenklich wäre. Würde Israel die besetzten Gebiete annektieren, müsste Israel den dazu gekommenen Palästinensern volle Bürgerrechte gewähren, wozu sie sicher nicht gewillt wären.³³⁹ Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung bevorzugt aber einen jüdischen Staat. Dies ist auch erforderlich, um den Juden in aller Welt die Heimkehr nach Eretz Israel zu ermöglichen. Gewährleistet muss auch bleiben, dass jeder jüdische Rückkehrer aus aller Welt beim Betreten des Staates Israel automatisch die Staatsbürgerschaft erwirbt. Daher muss Israel die Chance nützen und rasch durch den Friedensprozess die Zwei-Staaten-Lösung verwirklichen.

Durch die Aufgabe des Gaza-Streifens unterliegen die dort lebenden 1,4 Millionen Palästinenser nicht dem direkten Einfluss der Israelis und werden bei der Anteilsberechnung nicht berücksichtigt. Dadurch ergibt sich für die gesamte Bevölkerung aus dem Kernland und den besetzten Gebieten im Augenblick eine rechnerische Mehrheit von 57 % für die Juden. Dieser Vorteil verringert sich relativ rasch, da die Geburten-Rate der Palästinenser wesentlich höher ist als die israelische. Diese demographische ‚Falle‘ sollte jede israelische Regierung, egal welcher Partei der Premierminister angehört, nützen und das Friedensprojekt mit zwei selbstständigen Staaten so rasch wie möglich verwirklichen.³⁴⁰

Bezüglich der Vorwürfe im Goldstone-Bericht, der im Auftrag der UNO unter Protest Israels erstellt wurde, hat nun der ehemalige Richter, selbst Jude, die Anschuldigungen gegen Israel in einem Zeitungsartikel der ‚Washington Post‘, während des kurzen Kriegseinsatzes gegen die Hamas im Gaza-Streifen 2008/09, relativiert. Israel hatte damals die Arbeiten seines

³³⁸ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 151

³³⁹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 152

³⁴⁰ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 152 f.

Teams boykottiert. Nach diesem Eingeständnis verlangt nun Israel von der UNO die Annullierung des gesamten Goldstone-Berichts.³⁴¹

Mit Sorge beobachtet Israel die schleichende Aussöhnung zwischen Ägypten und dem Iran. 1980 wurden die Beziehungen nach der persischen Revolution und der Anerkennung Israels durch Ägypten einseitig vom Iran abgebrochen. Schon Anfang April 2011 hat der Außenminister der ägyptischen Übergangsregierung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in den Raum gestellt. Israel hat den Sturz von Hosni Mubarak sofort reserviert beobachtet, da von diesem großen Nachbarland in den letzten Jahrzehnten keine Gefahr drohte. Vor einigen EU-Botschaftern hat Benjamin Netanjahu laut der Zeitung Haaretz seine Besorgnis über Israel feindliche Statements abgegeben. So demonstrierten tausende ägyptische Extremisten vor der Botschaft in Kairo und dem Konsulat in Alexandria gegen den israelischen Feind. Weiters durften im März 2011 zwei syrische Kriegsschiffe den Suez-Kanal passieren, erstmals nach 1979, dem Beginn der iranischen Revolution. Dies beunruhigt die israelische Regierung.³⁴²

Am 2. Mai 2011 wurden in Kairo nach Vermittlung der ägyptischen Übergangs-Regierung ein Pakt zwischen der Fatah und der Hamas geschlossen, wobei die beiden verfeindeten palästinensischen Gruppierungen ihre Versöhnung besiegelten. Angedacht ist auch eine Koalitionsregierung nach Wahlen innerhalb eines Jahres für die Westbank und den Gaza-Streifen. Diese innere Erneuerung und gleichzeitig das geschlossene Auftreten beweisen neue Stärke und wird von der israelischen Regierung mit viel Misstrauen registriert. Netanjahu ließ sich zur Aufforderung an Präsident Abbas hinreißen, dass sich die Fatah entscheiden müsse, welchen Frieden sie bevorzugen: jenen mit Israel oder jenen mit der Hamas. Israel registriert mit Sorge, dass nun die Voraussetzungen geschaffen sind, dass die seit 2007 erstmals wieder gebildete Einheitsregierung Palästinas im September 2011 den Staat Palästina ausrufen könnte. Entscheidend wird nun sein, wie das Nahost-Quartett auf diese neue Entwicklung im Nahen Osten reagieren wird. Gefordert sind in erster Linie die USA, abgeschwächt die EU. Der Image-Gewinn, den Präsident Obama durch das Ausschalten Osama bin Ladens für sich reklamieren kann, wird vielleicht diesen Prozess neuen Schwung verleihen, doch muss auch die israelische Regierung für diese Aktivitäten empfänglich sein.³⁴³

³⁴¹ vgl. Jerusalem/KNA AG: „Israel fordert Annullierung des Goldstone-Berichts“, in: „Die Presse“, 4. April 2011, S. 5

³⁴² vgl.: Agenturbericht/Reuters/AFP aus Teheran und Ägypten: „Israel fürchtet Annäherung zwischen Ägypten und Iran“, in: „Die Presse“ 20. April 2011, S. 10

³⁴³ vgl.: Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Die palästinensische Revolution“ in „Profil Nr. 18, 42. Jg., 2. Mai 2011, S. 67

3.2.2 Palästina und Arabische Liga

Palästina:

„Während sich Palästinenser - nicht ganz zu Unrecht - als die Opfer der zionistischen Bewegung und deren erfolgreicher Gründung eines jüdischen Staates im Land Israel sehen, sollten die Gründe für ihr historisches Versagen anderswo gesucht werden, nämlich die Unfähigkeit der palästinensischen Nationalbewegung, ein politisches und soziales institutionelles Rahmenwerk zu schaffen, das die notwendige Basis für jeden Aufbau einer Nation ist.“³⁴⁴ Einer der Gründe für dieses Scheitern war die mangelnde Fähigkeit, das Gewaltmonopol der Regierung vernünftig einzusetzen. Die Polizei und die Justiz konnten den Rechtsstaat nicht sichern.³⁴⁵ Gelang den Organen der Autonomiebehörde noch zu Beginn der Intifada II, gemeinsam mit den israelischen Sicherheitsbehörden, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, so scheiterten sie sehr bald an den Oppositionsströmungen, die den Oslo-Prozess mit allen Mitteln bekämpften. Im Verlaufe der Al Aksa-Intifada wurden die politischen Arme von Fatah und Hamas immer stärker und schwächten die offiziellen Organe der Palästinensischen Exekutive. Diese Unfähigkeit der Autonomiebehörde nützte die seit 2001 neu gebildete israelische Regierung als Vorwand, den durch die USA betriebenen Druck für Aufnahme von Friedensverhandlungen zu torpedieren. Allerdings nach der Akzeptanz der ‚Road Map‘ durch Israel, konnte sich die Regierung der Besatzer wieder mit dem Gedanken eines eigenen Staates Palästina anfreunden.³⁴⁶ „Unter den der Autonomiebehörde zur eigenverantwortlichen Regelung zugestandenen Herrschaftsbereichen fehlten für einen souveränen Staat wesentliche Politikfelder der Verteidigung, der Außenpolitik und der außenwirtschaftlichen Beziehungen; zudem besaß die Palästinensischen Autonomiebehörde keine Kontrolle über strategische Ressourcen wie Wasser und Boden.“³⁴⁷

Ein neuer Anlauf für Friedensgespräche wurde von Ägypten unternommen. Fatah und Hamas wurden nach Kairo eingeladen, um über die Zusammensetzung einer gemeinsamen Regierung zu beraten.³⁴⁸ Wieder einmal vermittelt Ägypten im innerpalästinensischen Konflikt und möchte beitragen, dass eine gemeinsame Regierung für die Palästinensische Autonomiebehörde gebildet werden kann. Seit die Hamas im Juni 2007 die Kontrolle im

³⁴⁴ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008, S. 24

³⁴⁵ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 60

³⁴⁶ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 61

³⁴⁷ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 60

³⁴⁸ vgl.: Nachrichtendienst: „Gespräche zwischen Fatah und Hamas im November in Kairo“ in: ORF, www.orf.at 20. Oktober 2008, S. 1

Gazastreifen übernahm, hat Abbas Kontakte zu ihr gemieden. Er deutete aber an, dass seine Vertreter an den Verhandlungen im November teilnehmen würden. *„Die Hamas bestätigte den Erhalt der Einladung. Themen der Gespräche sind die Bildung einer gemeinsamen Regierung, der Wiederaufbau der Sicherheitskräfte und die Suche nach einem Termin für Präsidenten- und Parlamentswahlen.“*³⁴⁹

Verschieden sind die Terminplanungen, wann dieser Prozess abgeschlossen sein soll. Israel möchte sich nicht binden, während die Palästinenser unter Abbas die Endstatus-Verhandlungen in einem halben Jahr finalisiert haben möchten. Oberstes Ziel für die Palästinenser auf der Annapolis-Konferenz ist die Ausrufung des lange versprochenen souveränen Palästinenserstaates in den Grenzen vor dem Sechstage-Krieg. Die Fatah hegt jedoch die Befürchtung, dass die Tatsache, dass die Hamas die alleinige Verantwortung für den Gaza-Streifen trägt, für die Verhandlungen hinderlich ist. Diese innerarabische Überbrückung der Differenzen wird daher prioritär betrachtet. Dass die Israelische Regierung und die USA die Hamas trotz ihres Sieges bei demokratischen Wahlen nicht akzeptieren, bedeutet für die beiden Regierungen auch ein schweres demokratiepolitisches Manko. Hier muss reziprok ein Umdenkprozess beginnen, wie die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennen muss.³⁵⁰ Leider konnten sich die beiden palästinensischen Parteien trotz der intensiven Vermittlung auf keine gemeinsame Regierung einigen. Wieder scheiterten diese Einigungsverhandlungen, doch bedingt durch die Trennung der Regierungsmacht im Westjordanland und im Gaza-Streifen, fasste die Israelische Regierung wieder mehr Vertrauen zu dem alleinigen Verhandlungspartner Abbas und nahm nach einer Unterbrechung von sieben Jahren die Gespräche wieder auf.³⁵¹ Außerdem hat sich bei den USA und den Israelis in ihrer ablehnenden Haltung kein Sinneswandel ergeben, der die Teilnahme der Hamas in Annapolis gerechtfertigt hätte. Den Weiteren hat Israel schon vor dieser Konferenz festgestellt, dass diese nur den Beginn eines längeren Dialogprozesses eröffnen könne.³⁵²

Einem großen historischen Verbrechen muss hier Raum gegeben werden, wobei die Araber noch größtenteils Probleme mit der bloßen Kenntnisaufnahme haben – die Shoah. Viele Araber fühlen sich heute noch als Opfer der Kolonialzeit und bezeichnen die Shoah als

³⁴⁹ Nachrichtendienst: „Gespräche zwischen Fatah und Hamas im November in Kairo“ in: ORF, www.orf.at 20. Oktober 2008, S. 1

³⁵⁰ vgl.: DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

³⁵¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 61

³⁵² vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 62

europäisches (deutsches) Problem. Manche fühlen sich durch die Aussagen des iranischen Premierministers unterstützt und leugnen sie überhaupt. Aus der Sicht der Araber liegt der Holocaust ausschließlich im europäischen Verantwortungsbereich. Die Schaffung des Staates Israel wird als Preis für die Folgen der Shoah empfunden, dafür bringen die Araber kein Verständnis auf. Diese Sichtweise zielt auf eine Delegitimierung der israelischen Staatsgründung 1948 ab. Generell muss im arabischen Raum festgestellt werden, dass die Shoah kein Thema wissenschaftlicher Forschung war. Erst nach dem Anerkennen des Staates Israel durch die PLO, näherten sich Intellektuelle vorsichtig den vorgebrachten Fakten der Israelis. Diese Beschäftigung soll das Verständnis der Shoah in ihrer Komplexität fördern, doch führt dies auch zu innerarabischen Differenzen.³⁵³

Nochmals muss auch in diesem Kapitel das Problem des Rückkehr-Rechtes der palästinensischen Flüchtlinge angesprochen werden. Für die Verhandlungen mit Israel ist *„eine nachhaltige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ohne Berücksichtigung der Interessenslage der palästinensischen Diaspora schwer möglich. Andererseits blockiert die Forderung nach einer Rückkehr in die ursprünglichen Wohnorte im heutigen Israel mittelfristige Kompromisslösungen, die auf eine territoriale Zweiteilung des historischen Palästina zielen.“*³⁵⁴ Aus demographischen Gründen kann Israel einer Rückkehr aller Flüchtlinge nicht zustimmen, aber gegen Zahlung von einer auszuhandelnden Summe, könnte ein Teil der Flüchtlinge oder deren Nachkommen, die das heutige Israel 1948 verlassen haben, in den neu geschaffenen Staat Palästina ziehen. Israel muss als demokratischer und jüdischer Staat trachten, dass es im Kernland noch lange überwiegend jüdisch bleibt. Geholfen hat hierzu auch, dass in den Jahren 1948 bis 2001 fast drei Millionen Menschen das Rückkehrrecht in Anspruch nahmen. Bis Mitte der 1960er Jahre waren die meisten ‚Heimkehrer‘ aus arabischen Staaten; in den 1990er Jahren, kam es durch die Implosion der Sowjetunion zu einer gewaltigen Masseneinwanderung.³⁵⁵ *„Die Flüchtlinge sind der Schlüsselstein des arabischen Kampfes gegen Israel. Die Flüchtlinge sind die Waffen der Araber und des arabischen Nationalismus.“*³⁵⁶ Sollte es bei den Friedensverhandlungen tatsächlich gelingen, Millionen palästinensischer Flüchtlinge und/oder deren Nachkommen durch Finanzhilfe zu einem Verzicht des Rückkehrrechtes zu bewegen, muss berücksichtigt werden, dass dieses langfristig virulente Problem den

³⁵³ vgl.: Bunzl, John (2008): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie, S. 136

³⁵⁴ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 83

³⁵⁵ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 83

³⁵⁶ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 85

arabischen Nachbarländern Palästinas bleibt, und diese Länder das Problem der Flüchtlingslager selbst bewältigen müssen.³⁵⁷

Laut P MEP³⁵⁸ ergab eine im Jänner 2011 veröffentlichte Umfrage, dass *„im Falle einer Anerkennung Ost-Jerusalems als Teilgebiet Israels, die Mehrheit der arabischen Bewohner lieber im jüdischen Staat bleiben als in einem neuen palästinensischen Staat leben würde. 54 % gaben an, sie würden dann in Israel bleiben wollen.“* Befragt wurden 1000 Araber aus dem Ostteil Jerusalems.³⁵⁹

Aus österreichischer Sicht muss noch der Besuch des Außenministers Spindelegger im künftigen Palästina erwähnt werden. Unter Begleitung von drei Kobra-Polizisten, besuchte er in einem gepanzerten Wagen gezielt auch den von der Hamas regierten Gazastreifen. In den letzten Jahren wagten sich nur wenige Politiker in dieses Gebiet. Um Waffenlieferungen zu verhindern, ist der Gazastreifen total isoliert. Mittlerweile hat die Armut unvorstellbare Ausmaße erreicht, 70 Prozent der 1,5 Millionen müssen täglich mit einem Dollar das Auslangen finden. Es fehlt an allem, die Fabriken sind stillgelegt, die Wirtschaft liegt danieder. Spindelegger mahnt einmal mehr ein Ende der Raketenangriffe auf Israel ein. In der anschließenden Pressekonferenz forderte er das Ende der Blockade des Gazastreifens. Weiters verwies er beim nächsten EU-Außenminister-Treffen auf die unvorstellbare Situation hin. Nur zwei Tage später, gab die Hamas bekannt, dass alle Militär-Verbände von Raketenangriffen auf Israel in nächster Zeit absehen würden. Für den Gazastreifen wäre die Aufhebung der Seeblockade ein Gebot der Stunde, denn die danieder liegende Wirtschaft kann sich nur erholen, wenn über die Mittelmeerhäfen direkte Warenlieferungen ermöglicht werden.³⁶⁰

Auch in diesem Kapitel soll abschließend auf das Ein-Staat-Modell eingegangen werden. Als eine doch weitgehend von Israel abhängige Bevölkerung, wäre der Entscheidungsspielraum für die Palästinensische Bevölkerung gleich null. Die Lösung würde vom mächtigeren israelischen Partner den Arabern aufgezwungen werden, was wiederum der Regierung die Legitimität eines jüdischen Staates - aus der Sicht des eigenen Volkes - entziehen würde³⁶¹.

³⁵⁷ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 85

³⁵⁸ P MEP: Pechter Middle East Polls: US-amerikanisches Meinungsforschungsinstitut

³⁵⁹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 27

³⁶⁰ vgl.: Ultsch, Christian: „Blockade des Gazastreifens muss ein Ende haben“, zit. Spindelegger in: „Die Presse“, 7. April 2011, Seite 7

³⁶¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 152

(A) Ansätze der Arabischen Liga:

Friedensinitiativen werden durch die arabischen Länder Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien laufend initiiert. Jordanien als Nachbar zur palästinensischen Autonomiebehörde, mit seinem großen Flüchtlingsanteil, der die jordanische Bevölkerung übertrifft, ist ständig bemüht, die Palästinenser in allen Fragen des Sicherheitsbereiches zu unterstützen. Die Arabische Liga umfasst 22 Mitgliedsstaaten und repräsentiert das wichtigste innerarabische Forum. Kontroversielle Ansichten verhindern häufig einhelliges Auftreten in der Öffentlichkeit. Dies schwächt die Kraft der Organisation nach außen. Zur Lösung des Palästinenserkonfliktes sollte der Abdullah-Plan beitragen, welcher von der Arabischen Liga unterstützt wird. Darin werden die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die Errichtung eines palästinensischen Staates inklusive der 1967 im Sechs-Tage-Krieg verlorenen Gebiete gefordert. Im Gegenzug müssten alle arabischen Staaten das Existenzrecht Israels anerkennen und diplomatischen Beziehungen aufnehmen. Nochmals wurde dieser Vorschlag im Sommer 2007 von Saudi-Arabien vorgelegt, jedoch von Israel abgelehnt. Zurzeit ist Amr Moussa³⁶² der Generalsekretär der Arabischen Liga.³⁶³

*„Im Februar 2007 lud Saudi-Arabien Vertreter von Hamas und Fatah zu Gesprächen nach Mekka. Der Erfolg, die beiden Kontrahenten zu einer Kooperation zu bewegen und eine Einheitsregierung zu bilden, war jedoch nur von kurzer Dauer. Im Juni 2007 eskalierte der Konflikt zwischen Fatah und Hamas erneut, die Einheitsregierung zerbrach. Es ist zu erwarten, dass Saudi-Arabien als regionaler Gegenspieler des Iran sich auch weiterhin verstärkt in das Konfliktmanagement im Nahen Osten einbringen wird.“*³⁶⁴

Die arabische Meinung gegenüber Barack Obama ist noch sehr zurückhaltend. Bezüglich des Irak-Krieges möchte er die Truppen so rasch wie möglich nach Hause bringen. Aus den Wahlreden der beiden amerikanischen Kandidaten, lässt sich aus Sicht der Araber kaum ein Unterschied zu den Beziehungen USA-Israel erkennen. Auch in den amerikanischen Beziehungen zum Iran möchten die Araber mehr Zurückhaltung und den Schwerpunkt auf Verhandlungen setzen. Beide Präsidentschaftskandidaten sind überzeugt, dass die Regierung Bush jun. keine Fortschritte im Nahost-Friedensprozess erzielt haben, doch klare Vorstellungen für die Zukunft äußern beide nicht.³⁶⁵

³⁶² Amr Moussa, (* 3. Okt. 1936), Diplomat und Politiker, ägyptischer Außenminister 1991-2001, seit 2001 Generalsekretär der Arab. Liga und Kandidat für Präsidentschaftswahl in Ägypten

³⁶³ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

³⁶⁴ IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 16

³⁶⁵ vgl.: Gawhary, K. el: „Araber warten auf Ende der Ära Bush,“ in „Die Presse“, 27.10.2008, S. 4

(B) Die Palästinensische Perspektive: *„Die palästinensischen Überlegungen verhalten sich zu den israelischen weitgehend spiegelbildlich. Auch hier stehen politisch-militärische und historisch oder religiös-politisch verkleidete Argumente im Vordergrund.“*³⁶⁶

(1) Die Sicherheitsfrage, (2) Abhängigkeit des Staates Palästina von Israel und (3) die bevölkerungspolitische Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen von 1948 wird damit zu einer Frage der Ideologie.³⁶⁷

Ad 1)

Die Staatsgründung ist nicht nur für radikale Gruppierungen oberstes Ziel, sondern auch für die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Selbst Arafat hatte die extreme Ansicht, Israel durch gezielte Terroranschläge, u. a. durch Selbstmordattentäter zu Verhandlungen zwingen zu können. Die Intifada, die auch den Soldaten des israelischen Militärs stark zusetzte, bewirkte fürchterliche Revanche-Akte Israels, welche die Zivilbevölkerung der Autonomiebehörde hart trafen. Dieses Gefühl, die Israelis durch Angriffe auf die Zivilbevölkerung im israelischen Kernland doch besiegen zu können, um schlussendlich einer tiefen Enttäuschung und Resignation zu weichen.³⁶⁸ Diese Entwicklung erzeugte unter den Politikern auf beiden Seiten die Überzeugung einer ‚Symmetrie‘, welche das Streben auf einen Verzicht militärischer Gewalt zugunsten von Verhandlungen bevorzugte. Die Militärs beider Konfliktparteien vertreten jedoch die Meinung, dass dieselbe ‚Symmetrie‘ irgendwann bröckelt und daher vermehrte Kampfanstrengungen doch den Sieg der eigenen Interessen bedeuten könne. Dies fördert unter den Militärs beider Konfliktparteien die Überzeugung, den ständigen Austausch von Gewalt fortzusetzen.³⁶⁹ *„Sollte ein palästinensischer Staat entstehen, so müsste dessen Souveränität (beziehungsweise deren Umfang) militärisch-sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und rechtlich/völkerrechtlich bestimmt werden. Besonders heikle Fragen dabei (a) die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit eines palästinensischen Staates, (b) dessen territoriale Ausgestaltung und (c) die Frage nach der Regierung Palästinas (insbesondere nach der Kontrolle über den Sicherheitsapparat).“*³⁷⁰

Ad a) Sollte die Realisierung eines eigenen palästinensischen Staates gelingen, wäre dieser nur ‚quasi souverän‘, da die katastrophale, wirtschaftliche Lage eine gewisse Abhängigkeit von Israel aufrecht erhalten würde. Die vielen gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber vor

³⁶⁶ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 210

³⁶⁷ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 210 ff.

³⁶⁸ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 211 f.

³⁶⁹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 213

³⁷⁰ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 213

allem die Kündigung vieler Araber im israelischen Kernland, haben den Niedergang geprägt. So sollen die Kosten und Verluste der Al-Aqsa-Intifada nach einer Studie von der Weltbank im März 2003 nahezu „den Gegenwert eines ganzen Jahres wirtschaftlicher Aktivitäten gekostet haben. Die Schäden im Westjordanland und im Gazastreifen belasten den Haushalt der Autonomiebehörde, zusätzlich verringerten sich die Steuereinnahmen dramatisch. Da nach mehreren gescheiterten Friedensinitiativen die Investitionen in der Autonomiebehörde ausblieben, verschlimmerte sich die wirtschaftliche Situation vollends.

Ad b) Zwar glauben die Palästinenser, dass die Israelis die Städte Hebron, Bethlehem, Ramallah und Nablus verlassen würden, doch sind die neuen jüdischen Siedlungen in Westjordanien untereinander derart gut vernetzt, dass dies in Verbindung mit dem ausgebauten Straßensystem selbstständig prosperierende Siedlunginseln innerhalb des neuen Staates formen würde; dies würde die volle Souveränität eines palästinensischen Staates verhindern und die Außenpolitik gegenüber Drittländern lähmen. Daher lautet die Maximalforderung in den Verhandlungen stets: vollkommener Rückzug in Westjordanien.³⁷¹

Ad c) Schon im Oslo-Prozess wurde der Autonomiebehörde ein Sicherheitsapparat von 30.000 Mann zugestanden. Doch Arafat hat vorwiegend seine politischen Freunde und deren Verdienste mit Protektionsposten in der Organisation bedacht, als sich um einen vernünftigen Aufbau der Sicherheitskräfte zu kümmern. Dies führte langfristig zur Unfähigkeit, terroristische Gruppierungen auszuschalten. Gelungene Terroranschläge veranlassten wiederum Israel, die Strukturen des Sicherheitsapparates zu zerschlagen. An dieser Situation änderte sich auch wenig infolge des ‚Tenet-Plans‘, (benannt nach dem Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA), der Einschulungen durch nach Palästina entsandte CIA-Agenten vorsah.³⁷²

Ad 2

„Dass ein künftiger palästinensischer Staat auf Israel angewiesen sein wird, zeigt sich auch in einer weiteren, besonders sensiblen Frage: Ein Staat Palästina hat auf sich allein gestellt nicht die Möglichkeit, das Flüchtlingsproblem zu lösen.“³⁷³ Hinzugerechnet müssten auch jeweils die Nachkommen der Flüchtlinge werden. Die demographischen Gründe sind schon dargelegt worden, doch die Rückkehr würde auch berechnete Verhandlungen über die Rückgabe des Eigentums bedingen, was Israel in beiden Fällen ablehnt. Diesen Standpunkt Israels, kann die Autonomiebehörde nicht akzeptieren, da diese palästinensische Forderung

³⁷¹ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 215

³⁷² vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 215 f.

³⁷³ Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 217

immer harter Bestandteil der Verhandlungen war. Ein Abgehen dieser Forderung wäre mit einem starken Verlust an Legitimität für den neu errichteten Staat Palästina verbunden. Nur entsprechende Kompensationserfolge könnten ein Hinnehmen dieser Forderungsablehnung ermöglichen: Z. B. hohe finanzielle Zuschüsse pro ehemaligen Flüchtling seitens Israels.³⁷⁴

Ad 3)

Die Öffentlichkeit Palästinas und die palästinensischen Flüchtlinge in der Diaspora würden ein Nachgeben in der Flüchtlingsfrage als Schmach empfinden, sodass der Forderung, Ostjerusalem zur Hauptstadt des künftigen Staates Palästina zu erheben, besonderer Nachdruck verliehen wird. Ähnlich wie für die Israelis, verbinden die Palästinenser mit Jerusalem, ihrem al-Quds, intensivste religiöse Wurzeln, welche die Forderung nach der Hauptstadt Jerusalem unterstreichen.³⁷⁵

Zusammenfassung: Folgende Punkte stehen nicht zur Disposition und sind daher nicht verhandelbar. Erstens: Die Errichtung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina. Diese muss ohne Absperrungen und Hindernisse wirtschaftlichen Austausch ermöglichen und ein zusammenhängendes, autonomes Gebiet umfassen. Da dies im Gebiet Gaza nicht möglich ist, muss ein Verbindungskorridor zwischen beiden Gebieten der Autonomiebehörde durch das israelische Kernland errichtet werden. Zweitens: Die Flüchtlingsfrage. Verbleib in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern ist unmöglich. Symbolisch muss zumindest einer kleinen Anzahl Flüchtlingen die Rückkehr gestattet sein, auch in das israelische Kernland. Für den Großteil der Flüchtlinge muss eine entsprechende hohe finanzielle Entschädigung herausverhandelt werden. Drittens: Jerusalem muss die Hauptstadt des neuen Staates Palästinas werden. Weiters die Oberhoheit für die muslimischen Heiligtümer von al-Quds, im Wesentlichen für die Al-Aqsa-Moschee und für den Felsendom auf dem Tempelberg. Auch Teilsouveränität über den mehrheitlich arabisch bewohnten Teil Ostjerusalems sowie über die Altstadt.³⁷⁶

„Wenn Sie die Hölle sehen wollen, dann gehen Sie nach Gaza“, diesen drastischen Vergleich sprach Ursula Plassnik, die ehemalige österreichische Außenministerin, im Juni 2010 aus, als sie das Chaos nach dem Militärschlag Israels gegen ein türkisches Schiff vor der Küste des Gaza-Streifens sah.“³⁷⁷ Der Zwischenfall belastete auch das Verhältnis zwischen den USA und der Türkei. Die Türkei, das einzige muslimische Land der Welt, das

³⁷⁴ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 217

³⁷⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 218

³⁷⁶ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 218

³⁷⁷ Freund, Eugen (2010): Brennpunkt der Weltpolitik, S. 92

bis zu diesem Vorfall starke Sympathien für den israelischen Standpunkt hatte, wendete sich nun vermehrt den arabischen Interessen zu, um sich ihrer historischen Rolle aus der Osmanenzeit zu erinnern. Präsident Obama versprach den Palästinensern starke Finanzhilfen und Catherine Ashton reduzierte die verbotenen Einfuhrgüter auf ein Minimum. Beides beobachtete die israelische Regierung mit Misstrauen. Eine gänzlich andere politische und wirtschaftliche Entwicklung fand zur gleichen Zeit im Westjordanland statt. Seit Beginn des Jahres 2010, gelang es der Regierung Abbas unter dem in Amerika ausgebildeten Premierminister Salam Fayad, mit Hilfe von den USA und Jordanien, eine effektive Polizeitruppe aufzubauen, die in den größeren Städten für Ruhe und Ordnung sorgte. Viele neue Fabriken konnten errichtet werden, was der Bevölkerung wieder etwas Hoffnung für die wirtschaftliche Zukunft gibt.³⁷⁸

Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga, gab am 25. März 2011 Christian Ultsch, Redakteur der Tageszeitung „Die Presse“ ein Interview. Er betonte, dass der Friedensprozess nach fast 20 Jahren zum Stillstand gekommen sei, und er fordert von den USA, dass sie einen verbindlichen Plan vorlegen müssten, worin für Israelis und Palästinenser alle Rechte und Pflichten aufgelistet sind. Er wünscht, an die Gespräche von Camp David im Sommer 2000 anzuschließen und definiert folgende Parameter: Die Grenzen zwischen den beiden Staaten, die Teilung Jerusalems, die Flüchtlingsfrage, Rückgabe der syrischen Golanhöhen und die Situation im Libanon. Weiters führte er aus, dass Europa sich mehr einbringen müsse, und dass die Verhandlungen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein könnten.³⁷⁹

Die Regierung im Gaza-Streifen möchte ähnliche Vorkommnisse wie im benachbarten Ägypten verhindern. Mittels brutaler Sprache wenden sich die Internet-User gegen Israel, Hamas, Fatah, die UNO und die USA. Darin fordern sie Freiheit und endlich ein normales Leben in Frieden. 19.000 Jugendliche aus dem Gazastreifen haben sich dem Internet-Netzwerk Facebook bereits angeschlossen und kämpfen gegen Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens von 1,5 Millionen ist unter 18 Jahre alt. Auslöser für diesen Aufschrei war die Schließung eines Jugendzentrums in Gaza am 30. November 2010. Den Jugendlichen im Gazastreifen stehen weder Arbeitsplätze noch Geld für die Lebenshaltung und die Freizeitgestaltung zur Verfügung.

³⁷⁸ vgl.: Freund, Eugen (2010): Brennpunkt der Weltpolitik, S. 92 f.

³⁷⁹ vgl.: Ultsch, Christian: Interview mit Moussa in Wien in: „Die Presse“, 26. Nov. 2010, S. 6

Selbst das Reisen ist den meisten jungen Menschen verwehrt, da die entsprechende Genehmigung nur an Altersgruppen unter 16 oder über 35 Jahren erteilt wird.³⁸⁰

Nur wenige Wochen später ist die palästinensische Regierung unter Ministerpräsident Salam Fajad zurückgetreten. Von den 24 Ministern waren ohnedies acht Ministerämter nicht besetzt, allerdings kontrolliert die palästinensische Regierung nur das Westjordanland. In der Zwischenzeit hat die Hamas unter Hanijas den Präsidenten Abbas zu einem Gespräch nach Gaza eingeladen. Allein die Anrede Präsident verspricht erstmals seit längerer Zeit versöhnliche Töne. Der längst überfällige Termin für die Präsidentenwahl in der Palästinensischen Autonomiebehörde wird demnächst festgelegt werden.³⁸¹

Ägypten hat, trotz des eigenen Transformationsprozesses, neuerlich versucht, die gemäßigte Fatah und die radikale Hamas an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese Vermittlungsaktion dürfte von Erfolg gekrönt sein, da bereits zu der Unterschriftsleistung des Vertrages eingeladen wurde. Gelöst seien bereits die Kapitel der Gründung einer provisorischen, gemeinsamen Regierung, Sicherheitsvorkehrungen und die Änderung der Statuten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), damit die Hamas dieser beitreten könne. Innerhalb eines Jahres sollte dies realisiert sein und der Sprecher von Mahmud Abbas versprach eine echte Koalitionsregierung zwischen Fatah und Hamas. Bei dem ersten Besuch Abbas im Gazastreifen seit vier Jahren, wird auch darüber beraten werden, da die Palästinenser im September 2011 beim UN-Sicherheitsrat einen unabhängigen Staat im Westjordanland, im Gazastreifen und im Ostteil Jerusalems ausrufen möchten. Salam Fajad hatte die innerpalästinensische Feindschaft als größtes Problem bezeichnet, das die Errichtung des Staates Palästina verhindert. Die angedachte endgültige Versöhnung ist eine notwendige Voraussetzung für die neuerliche Aufnahme von Verhandlungen mit Israel, um den Friedensprozess voranzutreiben. Netanjahu hat die Palästinensische Autonomiebehörde vor die Alternative gestellt, ob sie Frieden mit Israel oder der Hamas bevorzugen. Ein weiterer notwendige Bedingung wäre für Israel, dass die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennt und sich aller feindlichen Handlungen gegenüber Israel enthält.³⁸²

³⁸⁰ vgl.: Putz, Ulrike: „Radikale Hamas fürchtet den Ägypten-Effekt“ in: „SPIEGEL.ONLINE“, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-742933,00.html 1. Febr. 2011, S. 1

³⁸¹ vgl.: oka/dapd/Reuters: „Abbas kündigt Versöhnungsbesuch bei Hamas an“ in: „SPIEGEL:ONLINE“ www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-751365,00.html 16. März 2011, S. 1

³⁸² vgl.: oka/dapd/Reuters: „Hamas und Fatah beenden Bruderkampf“ in: „SPIEGEL.ONLINE“ www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-759380,00.html 27. April 2011, S. 1

Im Augenblick überstürzen sich die Ereignisse im arabischen Raum. Nun hat es endgültig auch das palästinensische Volk erreicht. *„Ja, auch in Palästina ist die arabische Revolution angekommen.“*³⁸³ Im gleichen Artikel meint der Nahost-Experte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP) in Wien, John Bunzl: *„Das palästinensische Volk ist als eigenständiger Akteur auf der Bühne erschienen.“*

Ähnlich wie in Tunesien und Ägypten, ist die palästinensische Jugend durch das Internet informiert, aber auch verbunden. Als moderne, arabische Jugend träumt sie von Demokratie und Freiheit. Ihre friedlichen Aktivitäten, für welche sie vorwiegend auf den Straßen demonstrieren, sind weit weg von Fundamentalismus und Terrorismus. Diese Jugend begrüßt den in Kairo unterzeichneten Pakt zwischen Fatah und Hamas, da erstere vom Konfliktpartner Israel schon lange nicht mehr ernst genommen werden, und die Hamas durch die Regierungsverantwortung im Gaza-Streifen nicht mehr als immun gegenüber der Korruptions-Gefahr gilt. Gemeinsam könnte in die Friedensverhandlungen Schwung kommen, auch wenn der Premierminister Netanjahu nach einer Schrecksekunde die Fatah unter Präsident Abbas vor der Versöhnung mit der Hamas warnte. Aus dieser Forderung spricht eine gewisse Unsicherheit und interessant wird sein, wie die USA und die EU auf diese unrealistische Haltung Israels reagieren werden. Wie weit die neue Regierung in Ägypten die Rolle eines Players wie bisher übernehmen kann, bleibt abzuwarten.³⁸⁴

3.3 Internationale Akteure, deren Interessen im Nahost-Friedprozess

In diesem Kapitel werden die Mitglieder des Nahost-Quartetts, der USA, EU, Russland und die UNO in der Verfolgung ihrer Interessen beschrieben. Welche Aktivitäten und welche Resolutionen können den Friedensprozess beeinflussen?

3.3.1 USA

Im Laufe der Jahre dreht sich die Gewaltspirale einmal schneller, einmal langsamer. Ein echter Verhandlungsdurchbruch gelang den Norwegern, die Israel unter Premierminister Rabin und die Palästinenser unter Arafat an den Verhandlungstisch zurückbrachten. Diese Friedensinitiative – als Osloprozess bezeichnet – wurde ein eigenes Kapitel gewidmet.

³⁸³ Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Die palästinensische Revolution“ in: „Profil 18, 42. Jg., 2. Mai 2011, S. 67

³⁸⁴ vgl.: Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Die palästinensische Revolution“ in: „Profil 18, 42. Jg., 2. Mai 2011, S. 67

Ebenso der Al-Aqsa-Intifada, der Genfer Initiative aus dem Jahre 2001 und der Road Map unter der Patronanz der USA, der EU, Russlands und der UNO.

*„Die USA betätigen sich seit der Gründung Israels als Sondervermittler im Nahostkonflikt und waren auch mehrfach erfolgreich (Friedensabkommen Israel-Ägypten 1979, Vertrag von Oslo 1993, Friedensabkommen Israel-Jordanien 1994). Die Position der USA als Vermittler hat allerdings unter dem negativen Eindruck des Afghanistan- und Irak-Krieges sowie der eindeutig pro-israelischen Haltung schweren Schaden genommen.“*³⁸⁵ Das intensive Verhältnis USA-Israel prägt nach wie vor die Politik in der Region. Selbst während des Libanon-Krieges 2006, sagte die USA Israel Waffenlieferungen in der Höhe von 30 Mrd. US-Dollar an Israel für die nächsten zehn Jahre zu. Wahrscheinlich beeinflusst der aufstrebende Iran die heutige Politik der USA am Nachhaltigsten.³⁸⁶

*„1991: Internationale Nahost-Friedenskonferenz in Madrid unter der Schirmherrschaft des US-Präsidenten George Bush und des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. Die Konferenz führt zu Geheimverhandlungen zwischen Israelis und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).“*³⁸⁷ Wie im Kapitel Oslo-Prozess ausgeführt, haben sie sich unter Initiative der USA in London in Geheimverhandlungen auf die Friedensformel ‚Land gegen Frieden‘ geeinigt. Am 13. September 1993 wurde in Washington unter Beisein von Präsident Bill Clinton der Grundlagenvertrag von Yitzhak Rabin und Yasser Arafat unterzeichnet. Vorgesehen war die Erfüllung aller Vertragspunkte bis 1999. Schon im Mai 1994 wurde Einigung über die erste Phase der palästinensischen Selbstverwaltung erzielt. Im Juli des gleichen Jahres kann Arafat das Exil verlassen und kehrt nach Westjordanien zurück. Zügig wird 1995 die zweite Phase des Abkommens ausverhandelt („Oslo II“), hierbei wird der Rückzug der israelischen Armee aus dem größten Teil des Westjordanlandes geregelt. In dieses Jahr fällt am 4. November auch die Ermordung von Premierminister Rabin durch einen religiösen Fanatiker. Schon im nächsten Jahr, 1996, finden im Westjordanland und im Gaza-Streifen Parlamentswahlen statt, bei den Präsidentschaftswahlen gewinnt Arafat. War er ursprünglich von den USA als Verhandlungspartner abgelehnt worden, hatte er endlich sein Ziel erreicht. Ebenfalls 1996 gewinnt der Likud die Parlamentswahlen und Benjamin Netanjahu führt die neue israelische

³⁸⁵ IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 13

³⁸⁶ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 13

³⁸⁷ APA/AFP/Reuters: Chronik über „US-Engagement im Nahen Osten“ in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

Regierung an. Doch schon seine erste Ankündigung über die Ausweitung der Siedlungen im Westjordanland, lassen Böses voraussehen.³⁸⁸

Im Oktober 1998 finden die ersten direkten Gespräche zwischen Netanjahu und Arafat in Wye Plantation statt. Am 14. Dezember bekräftigt die palästinensische Führung die schon früher vorgenommene Streichung Israel-feindlicher Passagen aus der PLO-Charta. Im Jahr 1999 verliert Netanjahu die Knesset-Wahlen und Ehud Barak von der Arbeiterpartei übernimmt die Regierungsarbeit. Am 4. September 1999 wird das „Wye II-Abkommen in Sharm el Sheikh unterzeichnet, das die Erfüllung der Endstatus-Verhandlungen bis September 2000 vorsieht. Im Juli 2000 findet in Camp David das Gipfel-Treffen Barak mit Arafat unter der Leitung von Bill Clinton statt, die Verhandlungsteams kommen einander sehr nahe, trotzdem scheitert der Gipfel. Noch im September löst Sharon durch seinen Tempelberg-Besuch die Al-Aqsa-Intifada aus.³⁸⁹

2001 spricht sich der neue Präsident George W. Bush erstmals vor der UNO für die Zweistaaten-Lösung mit Israel und Palästina aus. 2002 wird die durch das Nahost-Quartett (USA, EU, Russland und UNO) überwachte Road Map vorgestellt, allerdings unter der Bedingung einer neuen palästinensischen Regierung. 2003 neuerlicher Sieg für Likud unter Sharon. In der Palästinensischen Autonomiebehörde findet die geforderte Regierungsumbildung statt und Präsident Bush persönlich präsentiert die Road Map, die von dem neuen Ministerpräsidenten Mahmoud Abbas (arab.: Abu Mazen) angenommen wird, obwohl Israel vierzehn Einwände vorbringt. Ein erster Gipfel Sharon-Abbas-Bush scheitert in Akaba (Jordanien). Abbas tritt zurück und wird durch Ahmed Korei abgelöst. 2005 stirbt der langjährig kranke Präsident Arafat und wird wiederum durch Abbas ersetzt, in dessen erster Rede er Israel Friedensgespräche anbietet. Im gleichen Jahr räumt Sharon den Gaza-Streifen. Die USA setzen den offenen Grenzübergang bei Rafah nach Ägypten durch. 2006 werden die durch die USA geförderten Wahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde durchgeführt, wobei nach demokratisch relativer guter Abwicklung die Hamas mit absoluter Mehrheit als Sieger hervorgeht. Der neue Premier der Hamas in Gaza heißt Ismail Haniyeh. Dies führt zu einem israelischen Überweisungs-Stopp berechtigter Steuereinnahmen. Auch die USA stellen ihre Zahlungen ein.

³⁸⁸ vgl.: APA/AFP/Reuters: Chronik über „US-Engagement im Nahen Osten“ in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

³⁸⁹ vgl.: APA/AFP/Reuters: Chronik über „US-Engagement im Nahen Osten“ in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

Im November 2007 findet die internationale Konferenz in Annapolis statt. Die USA drängen ihre Gäste nach dem Scheitern von Camp David zu neuerlichen Verhandlungen für eine Friedenslösung. Die abgebrochenen Friedensverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden, um bis Ende 2008 eine Zwei-Staaten-Lösung zu verwirklichen. Auch Syrien wurde von den Amerikanern eingeladen, doch eine Einigung über die Rückgabe der Golanhöhen misslang. Schon wenige Monate später musste neuerdings das Scheitern der Friedens-Bemühungen eingestanden werden, da im Dezember 2008 die israelische Gaza-Offensive beginnt. Den von den Palästinensern geforderten Siedlungsstopp im Westjordanland lehnt Netanjahu im Wahlkampf des Jahres 2009 strikt ab.³⁹⁰

„Der Krieg zwischen George W. Busch und Osama Bin Laden hat beiden Protagonisten eine Niederlage beschert und die beiden Großen Erzählungen, die sie verkündet hatten, als Hirnspinnwebwerke entlarvt.“³⁹¹ „Nach den Spannungen der letzten Monate, kommt es im Juli 2009 nun endlich zum Treffen zwischen US-Präsident Obama und Israels Netanjahu im Weißen Haus, das zeigen soll, dass das Verhältnis der beiden Staaten nun wieder durchwegs positiv ist“³⁹², da Netanjahu auf Druck der USA den Palästinensern einen Siedlungsstopp mit Ausnahme von Ost-Jerusalem angeboten hat. „Neue Mitchell-Mission zur Vermittlung indirekter Gespräche (‘proximity talks’) ohne Erfolg. Einladung zu Direktgesprächen in Washington ab 2. September 2010.“³⁹³

Leider blieben die Bemühungen der USA, Israel zu einem längeren Baustopp während neuer Friedensverhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zu bewegen, ohne Erfolg. Die amerikanische Regierung erklärte sich sogar bereit, 20 F-35 Mehrzweck-Kampfflugzeuge im Wert von drei Milliarden US-\$ bereitzustellen. Doch Israels Außenminister Avigdor Lieberman von der ultra-konservativen ‚Israel Beteinu‘, wies diesen Vorschlag umgehend zurück. Die USA hofften auf eine Grenzeinigung bei der Berücksichtigung der größten jüdischen Siedlungsgebiete. Dies wäre schon der zweite befristete Baustopp, doch die Glaubwürdigkeit ist nicht gegeben, da seit zwei Monaten schon wieder der Neubau von 1649 Wohnungen und die Fundamente von 1126 Wohnhäusern ausgehoben wurden.³⁹⁴

³⁹⁰ vgl.: APA/AFP/Reuters: Chronik über „US-Engagement im Nahen Osten“ in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

³⁹¹ Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte. S. 313

³⁹² „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 35

³⁹³ APA/AFP/Reuters: Chronik über „US-Engagement im Nahen Osten“ in: „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010, S. 21

³⁹⁴ vgl.: Knaul, Susanne, Korrespondentin: „USA bieten Geschäft an, Kampffjets für Siedlungsstopp“, in: „Die Presse“, 15. Nov. 2010, S. 5

Wikileaks: Nach Ansicht der amerikanischen Diplomatie: *„Der Iran ist eine Bedrohung für die gesamte Region, nicht nur für den jüdischen Staat.“* Als Nicolas Sarkozy noch französischer Außenminister war, warnte er: *„Wir haben die Wahl zwischen einer iranischen Bombe und der Entscheidung, den Iran zu bombardieren.“* Laut Wikileaks *„trägt der Präsident Ahmadinedschad den Spitznamen ‚Hitler‘.“* Laut Wikileaks, vertreten amerikanische Diplomaten im Geheimen den Standpunkt, dass der *„Kalte Krieg zwischen der arabischen Welt und dem Iran weit wichtiger für die Stabilität im Nahen Osten als der arabisch-israelische Konflikt“*, sei.³⁹⁵ *„Es ist nicht auszuschließen, dass die USA künftig ihr Gewicht stärker in die Waagschale werfen und beiden Seiten die für eine Konfliktlösung erforderlichen Kompromisse abverlangen.“*³⁹⁶ Der ‚Arabische Frühling‘ im Nahen Osten fordert erstmals Obamas Initiative. Bisher kann sich das Ergebnis sehen lassen. Ohne allzu langes Zögern, distanzierte sich der US-Präsident von Mubarak, als dieser verabsäumte, die Opposition seines Landes, nach Ausbruch der Demonstrationen, zu ernsthaften Gesprächen zu empfangen. Obama nützte die guten Militärkontakte seines Landes zum ägyptischen Militär und setzte durch, dass kein Schießbefehl gegen die auf dem Tahir-Platz verharrende Bevölkerung erteilt wurde. Deutlich äußerte er seine Sympathie mit den Freiheitsbewegungen; ohne Zweifel hat Obama bisher wesentlichen Anteil am ägyptischen Erfolg. Die Außenpolitik Obamas zielt in eine Richtung, die sich wesentlich von jener seines Vorgängers unterscheidet. Wenn das den neuen amerikanischen Imperialismus repräsentiert, dann könnte die Zukunft noch einiges bieten.³⁹⁷

Abschließend sei noch auf die Gefahr hingewiesen, dass neue Nationalismen entstehen und zusammen mit Populismus die Außenpolitik der neuen arabischen Regierungen beeinflussen. Dies könnte das ägyptisch-israelische Verhältnis verändern. Nicht nur die Moslembroderschaft, sondern auch die arabischen Nationalisten verurteilen das neutrale Verhältnis der ägyptischen Regierung gegenüber Israel. Dies schadet den Interessen der Palästinenser. Ein Tolerieren von Gewaltakten gegenüber der Hamas oder der Hisbollah, wird es mit demokratischen Regierungen nicht mehr geben. Auch für die US-Regierung wird stärkeres Umdenken einsetzen müssen. Die jetzige Regierung hat bereits diesen Schwenk angedeutet, doch diese Korrektur muss noch mutiger fortgesetzt werden.³⁹⁸ Dies lässt für die

³⁹⁵ Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 23

³⁹⁶ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 126

³⁹⁷ vgl.: Hoffmann-Ostenhof, Georg: „Der gute Imperialismus“ in: „Profil“ Nr. 14, 42. Jg., 4. April 2011

³⁹⁸ vgl.: Günay, Dengiz (2011): „Transformationen in der arabischen Welt“, Kurzanalyse für OIIP, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, Märzausgabe, S. 9

nächsten Jahre hoffen, da Obama am 4. April 2011 als Amtsinhaber frühzeitig seine Wiederkandidatur vor möglichen Gegenkandidaten bekannt gegeben hat.

3.3.2 EU

*„Europa stand in den Augen einer nahöstlichen Öffentlichkeit bis vor Kurzem als Wiege der Aufklärung für die universellen Ideale der Humanität.“*³⁹⁹ Europa war außerstande, wirtschaftlich oder militärisch mit den USA oder Russland mitzuhalten, doch suchten die Intellektuellen und die Oppositionellen die europäische Befruchtung für die Lösung ihrer Probleme. An Europa wurden von Algier bis Teheran der soziale Säkularismus und die soziale Gerechtigkeit geschätzt. Auch die neue Gemeinschaftswährung EURO vieler EU-Staaten, bot den großen Investoren die Möglichkeit, dem Dollar auszuweichen. Ein großer politischer Unterschied zwischen den USA und der EU besteht auch in der frühen Anerkennung der PLO und der Hamas. Umso enttäuschter war die arabische Welt, als die EU wegen des unerwarteten Wahlergebnisses im Gazastreifen, der Hamas ihr Vertrauen entzog und darüber hinaus den Palästinensern zugesagte Gelder vorenthielt. Auch die Reaktionen auf die dänischen Mohammed-Karikaturen zeigten das gleiche Bild.⁴⁰⁰

Damit der Friedensprozess im Nahost-Konflikt vorangetrieben werden kann, muss sich neben den USA auch die EU verstärkt einbringen. *„Die Ankündigung, die europäische Nahostpolitik auszubauen, sollte nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben, sondern in einer aktiven Unterstützung zur Verbesserung der politischen, sozioökonomischen und sicherheitsbedingten Lage in den betroffenen Gebieten sowie eines aktiven Engagements im Zuge der Friedensgespräche münden.“*⁴⁰¹ *„Gute Gründe für die EU, im Nahen Osten friedenspolitische Verantwortung zu übernehmen, liegen in der europäischen Geschichte, dem Kolonialismus und dem Antisemitismus.“*⁴⁰² Jahrzehnte hindurch, stand die EU eher im Schatten der USA, was Einfluss, Bedeutung und Engagement im Nahen Osten betreffen. Doch 1993, im Oslo-Prozess, wurde die heutige EU politisch aktiv, wenngleich Norwegen der EU nicht angehört. Im Dezember 2008, beschlossen die EU-Außenminister eine intensivere Anbindung Israels an Europa. So soll der israelische Außenminister mindestens drei Mal im Jahr zu den Treffen nach Brüssel eingeladen werden. Den Europäern gelang es, die Israelis zu überzeugen, dass nur eine Zwei-Staaten Lösung den Nahost-Frieden bringen könne. Mit der Roadmap sind die EU Teil des Nahost-Quartetts, mussten aber gegenüber den USA

³⁹⁹ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 149

⁴⁰⁰ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 149 f.

⁴⁰¹ DAVID, Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007, S. 67

⁴⁰² Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.127

einem Kompromiss in Bezug auf die künftigen Grenzen und den Status Jerusalem akzeptieren.⁴⁰³

Diesbezüglich muss gesagt werden, dass die EU und USA im Mittelmeer-Raum mehr Rivalen denn Partner sind. So ist auch das ‚Euro-Mediterranean Partnership-Projekt‘, auch Barcelona-Prozess genannt, zu verstehen. 1995 unterzeichneten alle 15 EU-Staaten ein Abkommen mit 12 östlichen und südlichen Mittelmeer-Ländern.⁴⁰⁴ Hierzu müssen auch die Aktivitäten der EU im Libanon gezählt werden, wie die Beteiligung an Friedensmissionen. *„Soft Power: Primäre Abstützung der Außen- und Sicherheitspolitik durch Überzeugungskraft und Diplomatie. Zusätzlich Aufbau von Institutionen, Finanzhilfen, Entwicklungszusammenarbeit, Unterstützung bei Reformen im Sicherheitssektor, Vermittlungsmissionen.“*⁴⁰⁵ Neben intensiver Kooperation mit den Staaten des Nahen Ostens und deren massiver Unterstützung (u. a. im Rahmen der EU-Mittelmeer-Partnerschaft) ist die EU auch im Nahostquartett engagiert. Weiters ist die EU bemüht, durch Ausbildungs- und Unterstützungsleistungen den Sicherheitssektor aufzubauen. Im operativen Bereich verfolgt die EU dabei einen indirekten Zugang, der auf die Stärkung der lokalen Verantwortlichkeit abzielt. Da die USA von arabischer Seite als pro-israelisch wahrgenommen werden, könnte die EU als Vermittler mehr Bedeutung gewinnen. Allerdings nur dann, wenn sie sich ihres eigenen Potenzials bewusst wird und dieses auch zum Einsatz bringen kann – bisher spielte sie vornehmlich die Rolle des Zahlmeisters.⁴⁰⁶

Europa muss noch mehr für den Frieden im Nahen Osten leisten. Speziell die größte Nation der EU – Deutschland – ist gefordert. *„Hier sei die mutige Initiative des ehemaligen Direktoriumsmitglieds des Zentralrats der Juden in Deutschland, Rolf Verleger, genannt. Sein Aufruf für eine neue Verantwortung Deutschlands, die von mehr Balance getragen sein muss, geht genau in diese Richtung.“*⁴⁰⁷ Am Buchrücken seines 2008 erschienen Buches mit dem Titel *„Israels Irrweg, eine jüdische Sicht“*, schreibt Rolf Verleger: *„Das Judentum, meine Heimat, ist in die Hände von Leuten gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe.“*⁴⁰⁸ Er beschreibt die schwierige Situation für einen Juden, der trotz des Schwindens seiner religiösen Gläubigkeit Jude bleiben möchte. Mit seiner Aktion ‚Schalom 5767‘ verlangt er von der Deutschen Bundesregierung einen sofortigen

⁴⁰³ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 130-132

⁴⁰⁴ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 162

⁴⁰⁵ IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 13

⁴⁰⁶ vgl.: IFK Aktuell II/07: Naher Osten: Die Zeit drängt, S. 14

⁴⁰⁷ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 281

⁴⁰⁸ Verleger, Rolf (2008): Israels Irrweg; Eine jüdische Sicht. S. 98

Richtungswechsel in der Palästinafrage. Er fordert deutsche Nichtjuden und deutsche Juden auf, seine ‚Schalom 5767: Berliner Erklärung‘ zu unterschreiben. Darin wird Israel die seit 1967 anhaltende Besetzung palästinensischer Gebiete vorgeworfen. Dies bedeutet für die Bevölkerung nicht nur Entwürdigung, sondern behindert jedes wirtschaftliche, politische und soziale Zusammenleben. Daher muss der dauerhaften Friedenslösung Vorrang eingeräumt werden.⁴⁰⁹ Der wichtigste Satz lautet: *„Das Grundübel ist die seit 1967 andauernde israelische Besetzung palästinensischen Gebiets. Die Besetzung bedeutet Entwürdigung und Entrechtung der Palästinenser. Sie lähmt ihr wirtschaftliches, politisches und soziales Leben. Es ist an der Zeit, diese Spirale zu durchbrechen und einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten.“*⁴¹⁰

*„Politisch unterstützt die EU die Zwei-Staaten-Lösung und eine Stärkung der moderaten Kräfte in Gestalt der Fatah und der Regierung von Premierminister Salam Fayyad, die überlebenswichtige Finanzhilfe erhalten. Allein die Entwicklungshilfe für die Palästinenser betrug im ersten Halbjahr 2007 320 Mio. Euro.“*⁴¹¹ *„Zur Stärkung des Sicherheitssektors, betreibt die EU zwei Missionen. In der Polizeimission EUPOL; COPPS (EU Police Mission für the Palestinian Territories) werden seit 2006 palästinensische Polizisten ausgebildet.“*⁴¹² Im November 2009 trennt die EU die Stadt Jerusalem und spaltet das vorwiegend arabische Ost-Jerusalem ab, um beiden Staaten in der Zukunft eine Hauptstadt sein zu können. Gleichzeitig sollen die Palästinenser wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Der Vorstoß des palästinensischen Verhandlers, Saeb Erekat, an die 27 Außenminister in Brüssel, gipfelt in der Aufforderung einer Anerkennung des im September 2011 in New York auszurufenden Staates. Dies wurde der Außenkommissarin Ashton schon vorher schriftlich mitgeteilt.⁴¹³

Die EU hat viel Erfahrung in langen Verhandlungs-Dialogen mit dem Iran, beginnend mit dem ‚kritischen Dialog‘ in den 90er Jahren, mit den früheren Präsidenten Hashemi Rafsandjani und Mohammed Khatami. Bezüglich der Problematik mit dem iranischen Atomprogramm, bemüht sich die EU in vielen Verhandlungen und bietet ihre besondere Vermittlerrolle an. Großbritannien, Frankreich und Deutschland engagieren sich als ‚EU-3‘, aber ohne Erfolg. Verhandlungsziel der Bemühungen ist vollkommene Transparenz des

⁴⁰⁹ vgl.: Verleger, Rolf (2008): Israels Irrweg; Eine jüdische Sicht. S. 98

⁴¹⁰ Verleger, Rolf (2008): Israels Irrweg; Eine jüdische Sicht. S. 98

⁴¹¹ IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 14

⁴¹² IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 14

⁴¹³ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 15

iranischen Atomprogramms, damit die Befürchtungen im Nahen und Mittleren Osten abgebaut werden können. Den UN-Atominspektoren wurde der Überblick durch Kontrollbesuche verwehrt, da immer neue Ablenkungsmanöver ernste Verhandlungen desavouierten. Deshalb hofft die EU auf die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen. Trotz aller Rückschläge setzt der Hohe Repräsentant der EU im Rahmen der GASP seine Bemühungen fort.⁴¹⁴

*„Die Stabilität im Irak ist aufgrund der Nähe (gemeinsame Grenze mit dem EU-Beitrittskandidaten Türkei) und dem steigenden Flüchtlingsproblem von großer Relevanz für Europa. Europäische Staaten, darunter auch Österreich, bilden außerdem irakische Polizisten in Jordanien aus. Weiters ist die EU einer der größten Geber von Entwicklungshilfe im Irak.“*⁴¹⁵ Die EU unterstützt die Regierung im Libanon nicht nur politisch, sondern auch durch Finanzmittel. Der Libanon wurde im Rahmen des Barcelona-Prozesses in die EU-Mittelmeer-Partnerschaft einbezogen und wurde 2002 durch ein Assoziationsabkommen in die EU integriert. Europäische Staaten wie Spanien, Italien und Deutschland sind stark am UNIFIL-Einsatz engagiert.⁴¹⁶

Den Europäern muss der Nahost-Friedensvertrag ein Anliegen sein, da sich das EU-Mitglied Zypern mit seiner EU-Außengrenze nur 250 Kilometer vom Krisenherd entfernt befindet. Mögliche Angriffe durch Terroristen sind nur durch das Mittelmeer getrennt, was eine prophylaktische Abwehr erschwert. Im Kriegsfall wäre es für unzählige Flüchtlinge ein Leichtes, über besagtes Mittelmeer nach Europa zu flüchten und in einem EU-Land um Asyl anzusuchen. Wie schon erwähnt, wäre auch die Energieversorgung der EU im Krisenfall gefährdet. Darüber hinaus muss die EU auch den USA zur Seite stehen, da ein geschwächtes Amerika in dieser krisengeschüttelten Region jene Kräfte stärken könnte (Iran, Islamistische Fundamentalisten), die den Westen und seine Kultur als Ganzes permanent bekämpfen. Besonders die aktuelle Politik Präsident Obamas, erleichtert der EU einen aktiveren Beistand für den atlantischen Partner. Denn manchen EU-Ländern fiel die volle Unterstützung für die USA unter seinem Vorgänger schwer. Zusätzlich muss die EU auf die Regierungen von Israel und auf die führenden Köpfe der Palästinensischen Autonomiebehörde Einfluss nehmen, damit die beiden Bevölkerungen auch etwaige

⁴¹⁴ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 14

⁴¹⁵ IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 15

⁴¹⁶ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 15

Nachteile akzeptieren, die sich zwangsläufig aus einem Friedenskompromiss ergeben.⁴¹⁷
*„Eine Lösung, die von der Öffentlichkeit nicht aus tiefster Überzeugung akzeptiert wird, ist zu jenem Schicksal verurteilt, das im Verlauf der Geschichte bereits viele Friedensverträge ereilt hat: Sie wurden schon nach kurzer Zeit durch neue Kriege gebrochen.“*⁴¹⁸

Wikileaks gestattet auch einen kurzen Einblick, was berühmte EU-Politiker in Gesprächen mit ihren amerikanischen Kollegen über den Nahost-Konflikt von sich geben: Der französische Staatschef Nicolas Sarkozy sei *„ein unverfrorener Bewunderer Israels, aber scharf darauf, dass die Palästinenser gerecht behandelt werden“*, oder bisher unbekannt war auch ein Ausspruch der Regierung Angela Merkl, *„eigentlich bekannt als einer der verlässlichsten Freunde Israels weltweit – von den Amerikanern 2009 verlangt hat, Netanjahu zu einem Siedlungsstopp zu zwingen. Die Deutschen schlugen vor, den Israelis mit dem Verlust der amerikanischen Unterstützung im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über den Goldstone-Bericht zu drohen.“*⁴¹⁹

Besonders die Revolutionen in der arabischen Welt seit Beginn des Jahres 2011, verpflichten die EU zu stärkerem Engagement für die Hilfe der Transformationsprozesse dieser Staaten. Im Augenblick gilt dies für Ägypten und Tunesien, vor allem auch für Libyen. Als Teil der vier Roadmap-Partner, ist die EU daher besonders für den Friedensprozess im zukünftigen Palästina gefordert. Die EU muss Ägypten, Tunesien *„und anderen Ländern in der Region mit ihrem Rat und ihrer Erfahrung helfen, die Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus aufzubauen und gleichzeitig Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit zu achten. Wir müssen die Reformen in der arabischen Welt unterstützen und unsere Werte hochhalten, wenn wir in den Dialog eintreten. Denn eine bürgernahe demokratische Staatsführung ist der einzige nachhaltige Weg, um die Voraussetzungen, die die Verbreitung des Terrorismus begünstigen, zu beseitigen. Im Gegensatz zu den Terroristen und zu den repressiven Regierungen, die die Ohren verschließen, müssen wir den 11. März“*⁴²⁰ *zu einem Tag machen, an dem Europa zeigt, dass es zuhört.“*⁴²¹

Abschließend muss gesagt werden, dass die EU ihre Politik gegenüber dem arabischen Raum, im Speziellen im Nahen Osten, ‚adaptieren‘ muss. Während der letzten Jahre hat sich die EU stark zurückgenommen. Für die EU standen wirtschaftliche Möglichkeiten im

⁴¹⁷ vgl.: Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich, S. 61 ff.

⁴¹⁸ Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich: Deutschland muss Obama stärken, S. 63 f.

⁴¹⁹ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 24

⁴²⁰ 11. März jährlicher Gedenktag für die Opfer von Terroranschlägen

⁴²¹ Kerchove, Gilles de: Europa muss der arabischen Welt zeigen, dass es zuhört in: „Die Presse“, 11.3.2011, S 31

Exportbereich im Vordergrund, die Forderung der politischen Liberalisierung wurde vernachlässigt. Dies erwies sich als falsch, und angesichts der arabischen Revolutionen müssen die politischen Instrumente wie Demokratie und Zivilgesellschaft erst wieder mühselig neu ausgerichtet oder aktiviert werden. Möge Europa die Chancen erkennen, die Umbrüche mit sich bringen und im Nahen Osten eine ähnlich positive Rolle in der Nachbarschaftspolitik übernehmen, wie sie in Mittel- und Osteuropa, nach der Implosion der Sowjetunion, den Weg in eine demokratische Ordnung für mehrere Staaten geebnet haben.⁴²²

3.3.3 Russische Föderation

Viele Jahre hindurch, hat Russland auf eine selbstständige Nahost-Politik verzichtet. Dies änderte sich durch den Irak-Krieg der USA im Jahre 2003. Seit dieser Zeit baut Russland im Irak seine Rolle aus und unterhält engere Beziehungen (Atomprogramm) mit dem Iran und der Hamas im Gazastreifen. Präsident Putin verfolgt diese Strategie, um muslimische Regierungen nicht zur Beeinflussung der tschetschenischen Bevölkerung anzuregen. Darüber hinaus verfolgt Russland das Ziel einer Anbindung der eisfreien Häfen im Winter und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten. Die Rohstoffgewinnung spielt eine wichtige Rolle, China und die USA sind bereits vor Ort. Diese neuen Aktivitäten sind auch in den Statistiken der russischen Waffenexporte nach Syrien erkennbar. Syrien, das den Islam im eigenen Land kontrolliert, verweigert Hilfe an die Tschetschenien-Diaspora im Kampf um die Unabhängigkeit. Den guten syrischen Kontakten zur Hamas verdankt es Präsident Putin, dass sich der Islam aus dem Kaukasus-Konflikt heraushält.⁴²³ Viele syrische, palästinensische und andere arabische Experten wurden an russischen Universitäten ausgebildet und bekleiden jetzt im arabischen Raum als russenfreundliche Lobby hohe Positionen in allen Bereichen der Wirtschaft und in Regierungsämtern. Diese guten Kontakte zum panarabischen Islam helfen Russland auch bei der Problemlösung mit den eigenen 15 Millionen Muslimen. Auch die islamischen Länder Zentralasiens, aus der Zeit der früheren Sowjetunion, die immer noch wirtschaftlich und militärisch stark mit Russland verwurzelt sind, suchen vermehrt politischen Schutz unter der ehemaligen Führungsmacht.

Dadurch kann Russland seinen Einfluss geltend machen und einer möglichen Konfrontation zwischen dem europäischen Russland und dem Islam im Osten zuvorkommen. Russland unter Putin fungiert gegenüber dem Islam als Schutzmacht. In dieselbe Kerbe schlug auch

⁴²² vgl.: Günay, Dengiz (2011): Transformationen in der arabischen Welt, S. 9 f.

⁴²³ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 167 f.

Russland, als es 2006 nach den Wahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde im Konflikt zwischen der EU und der Hamas vermittelte. Der frühere russische Ministerpräsident Yevgeny Primakov wirft den USA vor, dass sie mit der Negierung der siegreichen Hamas ihren rasanten Aufstieg noch gefördert haben. Weiters kritisiert Russland an den USA, dass ihr ursprüngliches Ziel zu Beginn des Irak-Krieges – langfristiger Aufbau von demokratischen Ländern im arabischen Raum - gescheitert ist.⁴²⁴ Der letzte Vorwurf könnte jedoch durch die neuen Entwicklungen seit der „Jasmin-Revolution“, im Februar 2011, ins Leere gehen.

3.3.4 UNO

Ansätze: *„Resolutionen, Friedensmissionen (UNTSO, UNDOF, UNIFIL), Sondervermittlung (Iran) und Koordination des Wiederaufbaus (Afghanistan).“*⁴²⁵ Die UNO bemüht sich seit über 60 Jahren um eine Friedenslösung für den Nahen Osten. Die Friedenseinsätze stellen einen wesentlichen Bestandteil des UNO-Engagements an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Aufgaben dar. Wesentliche Teile oder ganze Resolutionen wurden nicht umgesetzt. Die UNO hat seit 1948 Beobachter im Rahmen der United Nations Truce Observation Organization (UNTSO) in den Nahen Osten entsandt, um die Waffenstillstände zwischen Israel und den arabischen Staaten zu überwachen. Zu den Hauptaufgaben der Truppe zählen die Überwachung des Grenzgebietes zwischen dem Libanon und Israel sowie der Golanhöhen. UNTSO steht in enger Verbindung mit den beiden UN-Missionen UNDOF auf den Golanhöhen und der UNIFIL im Libanon. Schon seit 1974 befindet sich die UNDOF auf den Golanhöhen, um den Waffenstillstand und die Einhaltung einer Demarkationslinie zwischen Israel und Syrien zu überwachen. In all diesen Jahren kam es zu keinen Kampfhandlungen zwischen den beiden Nachbarstaaten. Österreich ist an dieser Mission mit ungefähr 400 Soldaten beteiligt.⁴²⁶

Der Nahostkonflikt war bereits am 28. April 1947 auf der Agenda der UNO-Vollversammlung. Hierbei wurde ein Ausschuss gebildet und beauftragt, eine Friedenslösung auszuarbeiten und diese wieder der Vollversammlung zur Abstimmung vorzulegen. In der Resolution 181, vom 29. November 1947, empfahl die Vollversammlung die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates bis 1. Oktober 1948 sowie die Internationalisierung der Stadt Jerusalem. Dies löste in Palästina Panik aus, viele Araber flüchteten, die Briten legten ihr Mandat nieder, und Israel rief seinen Staat aus. Nach dem ersten Nahost-Krieg war Israel

⁴²⁴ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 168

⁴²⁵ IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 13

⁴²⁶ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S.15

um 23 % größer als ursprünglich in der UNO-Resolution vorgesehen. 1967 wurde die Resolution 242 verabschiedet, die bis heute gilt und den Israelis den totalen Rückzug aus den besetzten Gebieten auferlegt. Israel vertritt die Meinung, dass es durch die Räumung der Sinai-Halbinsel schon 90 % der UNO-Verpflichtung erfüllt habe.⁴²⁷

Die UNO hat für ihre Aufgabenstellung einige Einrichtungen geschaffen: darunter die 1948 gegründete Organisation zur Überwachung des Waffenstillstandes (UNTSO). 2008 beschäftigte sie 151 Mitarbeiter; 1956 wurde die Eingreiftruppe (UNEF) aufgestellt. Sie war von 1956 bis 1967 an der Sinai-Grenze mit 3.400 Mann stationiert und sicherte zwischen 1973 bis 1979 mit 7.000 Mann die Grenze Israel-Ägypten. Die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen zur Truppenentflechtung (United Nations Disengagement Observer Force, UNDOF), ist seit 1974 am Golan stationiert. 2008 hatte sie 1.041 Soldaten, unterstützt durch 57 UNTSO-Militärbeobachter und 140 Zivilisten; zur Interimstruppe der UNO im Südlibanon (UNIFIL) gehörten 2005 1.994 Soldaten, nach dem zweiten Libanonkrieg 2006 13.000 Soldaten plus 950 Zivilisten; und schließlich das 1949 gegründete UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), welches die Flüchtlingslager in Westjordanien und im Gazastreifen sowie im Libanon und in Syrien betreut; 2008 waren 24.324 Mitarbeiter beschäftigt. Die Meisten von ihnen waren selbst Flüchtlinge und betreuten 4,5 Mio. Flüchtlinge.⁴²⁸

Trotz dieses gigantischen Aufwandes, sind die praktischen Auswirkungen nicht sehr effektiv. Häufig wird durch das Vetorecht der USA die Stoßrichtung gebremst, wenn nicht verunmöglicht. Hierzu gehörte auch das Veto gegen die Errichtung einer Siedlung von 6.500 Wohnungen für 32.000 Einwohner. Auf der anderen Seite eröffnet die UNO den Palästinensern eine Perspektive für die Zukunft, die der palästinensischen Bevölkerung mehr bringt als die Summe aller Terroranschläge. Außerdem gibt es viele Abstimmungen in der Vollversammlung, wo eine Mehrheit die Räumung der besetzten Gebiete aus dem Jahre 1967 fordert. Die Annexion Ost-Jerusalems 1967 und der Golanhöhen 1981, sind nicht anerkannt. Die neu errichteten Siedlungen in den besetzten Gebieten sowie das harte Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung werden verurteilt. Tatsächlich hat sich die Institution der UNO als wirkungslos erwiesen. Trotzdem ist die UNO das einzige Forum weltweit, wo die Palästinenser der Weltöffentlichkeit ihre Sorgen nahe bringen können.⁴²⁹ „Am 13. November 1974 hielt Arafat seine erste Rede vor der UNO. Israel war für die PLO ein

⁴²⁷ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 132

⁴²⁸ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 134 f.

⁴²⁹ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 135 ff.

*'zionistisches Gebilde', aber Arafat bot den Juden Partnerschaft 'in einem demokratischen Palästina' und bei 'gerechten Friedensverhandlungen' an und appellierte gleichzeitig 'an das amerikanische Volk, dem Recht und der Gerechtigkeit beizustehen'.*⁴³⁰

Die United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL), wurde 1978 in den Libanon geschickt. Die Resolutionen 425 und 426 (1978) des UN-Sicherheitsrates regelte unter anderem den Abzug der israelischen Truppen und kontrollieren das Grenzgebiet zu Israel. 1982 wiederholte sich eine Invasion im Süden Libanons durch die israelische Armee. Die UNIFIL zeichnete sich durch humanitäre Hilfe und den Schutz der Zivilbevölkerung aus. Im Sommer 2006 eskalierte der Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel neuerlich, und am 12. Juni begann der Zweite Libanon-Krieg. Nach einigen Wochen kriegesischer Auseinandersetzungen, wurde die Sicherheitsresolution 1701 (2006) angenommen. Die Kampfhandlungen wurden eingestellt, aber aus Sicherheitsgründen wurden die UNIFIL-Truppenkontingente auf 15.000 Mann aufgestockt.⁴³¹

Auch bezüglich des iranischen Atomprogramms, bemüht sich die UNO seit Jahren um eine Lösung. Die UN-Atominspektoren werden in ihrer Kontrollfunktion behindert, und die Regierung in Teheran bricht alle geschlossenen Zwischenvereinbarungen. Die EU unterstützt die vom UNO-Sicherheitsrat getroffenen Sanktionen.⁴³² Siehe Kapitel 3.3.2.: EU.

4 Wirtschaftlicher Wohlstand: Voraussetzung für Frieden

4.1 Politische Voraussetzung: Ende Terrorismus, Gründung Palästina

Die Hamas hat immer auf die Friedensinitiativen Arafats mit Terroranschlägen reagiert, da sie das Existenzrecht Israels bis heute nicht akzeptiert und stets die Friedensbemühungen torpedierte. Hatte die Hamas früher palästinensische Wahlen boykottiert, so änderte sie 2004 ihre Meinung und trat 2005 bei den Präsidentschaftswahlen ohne Kandidaten an. Sie nahm mit eigenen Kandidaten an den Kommunalwahlen teil und stellte sich im Jänner 2005 den Parlamentswahlen. Auf Anhieb errang sie dank ihrer Popularität die absolute Mehrheit und spaltete die Meinungen der Experten. Dachte ein Teil, dass die Hamas sich nun demokratischen Spielregeln unterordnen würde, fanden andere eine Partei inakzeptabel, die

⁴³⁰ Steininger, Rolf (2009): Der Nahostkonflikt, S. 108

⁴³¹ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S.15

⁴³² vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S.15

weiterhin mit Waffengewalt Anschläge gegen die Besatzungsmacht führt. Auch die israelische Regierung schloss sich den Hamas-Gegnern an und antwortete mit Finanzboykott, dem sich die USA und die EU anschlossen. Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses, griff die Fatah wieder zu Gewalt und trat militärisch als Al-Aqsa-Brigaden auf. Allerdings kämpften sie nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die Hamas. Dadurch wurde die Autonomiebehörde in Summe geschwächt. Dieser Imageverlust traf auch Arafat selbst. Nach seinem Tod entstand eine Grauzone zwischen politischer und krimineller Gewalt.⁴³³

Die Hamas trat im März 2007 in eine nationale Einheitsregierung ein, und es wurde erwartet, dass die Hamas unter dem Mantel der PLO die Prinzipien aus dem Briefwechsel Arafat mit Rabin 1993 akzeptieren. Im Juni 2007 überrumpelte die Hamas die Fatah und übernahm im Gaza-Streifen die alleinige Regierungsverantwortung. Durch die Trennung wurde der Transformationsprozess der Hamas zu einer politisch demokratischen Organisation abrupt beendet. Die ‚Dreistaatlichkeit‘, d. h. Israel und zwei palästinensische Staatsgebiete finden keine Unterstützung in der palästinensischen Bevölkerung und seither wird an einer Aussöhnung verhandelt, das letzte Mal im März 2011. Erst wenn diese Einheitsregierung wieder einträchtig gemeinsam regiert, werden sie ein akzeptierter Verhandlungspartner Israels sein. Durch den Vertrauensvorschuss, den beide einander gewähren mussten, liegt es auf der Hand, dass alle Seiten ihre Gewaltanschläge beenden müssen.⁴³⁴

David Grossmann beschreibt einen Vorfall, den er selbst erlebt hat. Er war als Gast bei einer von der britischen Zeitung ‚The Guardian‘ organisierten Konferenz eingeladen. Der Gästeliste gehörten ausschließlich Personen aus Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde an, die den Abschluss eines Friedensschlusses für möglich halten. Die Gesprächspartner aus Europa waren führende Kontrahenten aus dem früheren Irland-Konflikt, die sich freundlich begegneten und stets Bedacht nahmen, die friedliche Atmosphäre nicht zu stören. Die palästinensischen Gäste registrierten aufmerksam die Umgangsformen zwischen den früher verfeindeten Gruppen.⁴³⁵

Ein Übriges werden die Revolutionen im arabischen Raum beitragen, die seit Jänner 2011 gewaltige Veränderungen im arabischen Raum auslösen werden. Auch der Errichtung echter

⁴³³ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 99 ff.

⁴³⁴ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 102 f.

⁴³⁵ vgl.: Grossmann, David (2006): Diesen Krieg kann keiner gewinnen, S. 169 f.

Demokratieverhältnisse werden sich die Machthaber mehr widmen müssen. Zum Zeitpunkt dieser Zeilen findet die Verfassungsabstimmung in Ägypten nach dem Abgang Mubaraks statt. Vor einer Stunde begann der durch UNO-Beschluss gedeckte Angriff mehrerer NATO-Länder und der Arabischen Liga auf Libyen. Niemand kann voraussagen, wie sich diese Änderungen äußern werden, doch sie werden den Friedensprozess im Nahen Osten beeinflussen. Der UNO-Beschluss mit Enthaltungen der Vetomächte China und Russland ist einzigartig und könnte mit einigem Realitätssinn die israelische Regierung das Fürchten lehren, falls einmal die USA sich der Stimme in einer Resolution gegen Israel enthalten würden.

Die in der Road Map festgehaltenen Ziele können nur verwirklicht werden, wenn das Nahost-Quartett genügend Druck auf die Verhandlungspartner ausübt, sodass die Friedensverhandlungen zügig aufgenommen und innerhalb einer überschaubaren Frist abgeschlossen werden können. Nach den in Madrid und Oslo gescheiterten Friedensverhandlungen, ist die Road Map das einzige verbliebene Instrument, das von beiden Konfliktpartnern, zumindest im theoretischen Ansatz, akzeptiert wird.⁴³⁶ Hier wurde der kleinste gemeinsame Nenner festgehalten. Mit einer zukunftsgerichteten Verhandlungsführung sind zwar schwierigste Verhandlungen zu erwarten, doch wie in der Forschungsfrage 2 mehrmals festgehalten, führt die demographische Entwicklung mehr Regie als der Bevölkerung Israels bisher bewusst ist. Da der Autor dieser Zeilen überzeugt ist, dass auch die Hisbollah und die Hamas am Friedensprozess teilnehmen müssen, würde sich allein durch den Gaza-Streifen, der bisher von der Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde ferngehalten wurde, die arabische Bevölkerung um 1,4 Millionen erhöhen würde. Zu berücksichtigen ist auch die hohe Fertilitätsrate. Diesen Friedensvertrag und die damit verbundene Gründung des Staates Palästina wird es geben. Viele Friedenspläne wurden schon vorgeschlagen, das Problem ist der fehlende Wille, sie zu realisieren. Allerdings ohne Hilfe von außen wird es keine Fortschritte geben.⁴³⁷

Dieser neu gegründete Staat wird militärische Kontrolle benötigen, wobei Israel dieses Zugeständnis an Palästina aus Sicherheitsgründen verweigern wird. Dafür wird eine internationale Truppe für Sicherheit und Ordnung sorgen müssen. Dies kann mengenmäßig von der EU übernommen werden, wobei die Führerschaft weiter in der Verantwortung der USA liegen wird. Zunächst müsste sich Frankreich und Deutschland in dieser Frage einigen, damit andere EU-Staaten sich diesen ‚battle-troups‘ anschließen; weiters müsste dieser

⁴³⁶ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 144

⁴³⁷ vgl. Böhme, Jörn (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 124

Schritt von der Arabischen Liga unterstützt werden. Ägypten und Jordanien als Nachbarn der beiden Staaten Israel und Palästina, könnten Teil dieser Truppen sein, da auch sie an Sicherheit interessiert sein müssten. Dieser EU-Vorschlag könnte auch die israelische Bevölkerung überzeugen. Die USA und die EU könnten einen Nahost-Erfolg sicherlich auch in anderen Regionen der Welt nützen.⁴³⁸

Israel wird zunehmend nervös, da der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde nach den kommenden Parlaments- und Präsidentenwahlen nicht mehr im Amt sein wird. Zusätzlich fürchtet Israel den kommenden September, da manche Staaten die Absicht erkennen lassen, auf der kommenden Generalversammlung der UNO in New York die Anerkennung des selbstständigen Staates Palästina ansprechen. Nach einem soeben veröffentlichten UN-Bericht erfüllt Palästina alle für eine Regierung notwendigen Voraussetzungen wie: Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Infrastruktur, Erwerbsmöglichkeiten sowie Gesundheitswesen. Netanjahu vernetzt alle Staaten, die unilaterale Schritte Palästinas ablehnen. Gleichzeitig sieht er die wirtschaftlichen Erfolge in Westjordanien, da die Straßensperren stark vermindert wurden. Netanjahu registriert auch die Bemühungen Abbas', den Kontakt mit der Hamas zwecks gemeinsamer Regierungsbildung aufzunehmen.⁴³⁹

Bezüglich der Terrorismus-Debatte, muss ein wichtiges Detail erwähnt werden. Für die Welt kam die Nachricht vom Tod Osama bin Ladens durch ein amerikanisches Sonderkommando, am 2. Mai 2011, überraschend. Die Terrortätigkeit dieses Mannes, der einer reichen saudiarabischen Familie entstammte, erreichte am 11. September 2001 in New York durch die Zerstörung des World Trade Centers ihren Höhepunkt. Der Anführer der al Qaida Terrororganisation, die sich kontinuierlich über die ganze Welt erstreckte, errichtete überall Schulungszentren und Tochterorganisationen. Abu Nidal, der 100 Anschläge in zwanzig Ländern der Erde zu verantworten hat, war Anführer in der Palästinensischen Autonomiebehörde. Unter anderem geht auf seine Organisation auch das Attentat auf Heinz Nittel am 1. Mai 2001, den Präsidenten der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft. Abu Nidal wurde 2002 vom irakischen Geheimdienst in Bagdad aufgespürt, wo sich der an Leukämie erkrankte Terrorist erschoss.⁴⁴⁰

⁴³⁸ vgl.: Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich, S. 71-75

⁴³⁹ vgl.: Susanne Knaul, Korrespondentin: „Israels Angst vor ‚diplomatischen Tsunami‘“, in: „Die Presse“, 13. April 2011, S. 9

⁴⁴⁰ vgl.: Zöch, Irene: „Welches Ende international gesuchte Top-Terroristen nahmen“, in: „Die Presse“, 3. Mai 2011, S. 6

4.2 Wirtschaftliche Betrachtung: Arbeitsmarkt, Investitionen, Wasser

Von Beginn an, musste die Palästinensische Autonomiebehörde durch Finanzmittel subventioniert werden. In den Jahren 1993 und 1998 fanden Geberkonferenzen statt, deren Auszahlungen auf zehn Jahre verteilt wurden; der Gesamtbetrag belief sich auf 6,8 Mrd. US-Dollar. Weitere 7,4 Mrd. US-Dollar wurden durch die Geberstaaten 2007 erbracht. Bei der Auswahl der Projekte, wurde Augenmerk auf die Verbesserung der Infrastruktur gelegt. Dadurch wollte der Westen die Regierung Abbas stärken. Allerdings ergab sich keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, ganz im Gegenteil, seit dem Oslo-Prozess ging es mit der Wirtschaft der Autonomiebehörde laufend bergab. Dies führte dazu, dass die anfängliche positive Grundeinstellung gegenüber dem Friedensprozess immer mehr bröckelte.⁴⁴¹ *„2007 lebten im Westjordanland 46 %, im Gazastreifen 80 % der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze von 4 US-Dollar pro Kopf und Tag. Die Ernährungslage in den besetzten Gebieten war auf das Niveau armer Länder im sub-saharischen Afrika gesunken.“*⁴⁴²

Nach Beginn des Aufstandes sind Investitionsbeträge, die für langfristige Infrastrukturmaßnahmen geplant waren, in Nothilfeprogrammen, in Wiederaufbau und Krankenversorgung umgeleitet worden. Zusätzlich hat Israel als Vergeltungsmaßnahme die Gutschriften für den Mehrwertsteuer-Ausgleich aus dem israelisch-palästinensischen Handel ausgesetzt. Dadurch kollabierte die palästinensische Wirtschaft, und die Zahlungsfähigkeit konnte nur durch das Einspringen der arabischen Nachbarn erhalten werden. Von 1999 bis 2006 verringerte sich das Brutto-National-Produkt pro Person um 24 Prozent. Durch die stark steigende Bevölkerung verringerte sich das BNP per capita zusätzlich. Auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Frieden wies auch der ehemalige Präsident der Weltbank, James D. Wolfensohn⁴⁴³ hin, der von 2005 bis April 2006 als Sondergesandter des Nahost-Quartetts fungierte. Nach dem palästinensischen Regierungswechsel 2006, wurden die Transfers für Zölle und Steuereinnahmen zurückbehalten. Die USA und die EU kündigten die Finanzhilfen ebenso und somit war die Autonomiebehörde zahlungsunfähig. Dieses Mal konnten auch die partnerschaftlichen Interventionen der Araber nicht mehr helfen, da sie sich vor den Amerikanern fürchteten und das Engagement dementsprechend zurückhaltend war.

⁴⁴¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 85 f.

⁴⁴² Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 85 f.

⁴⁴³ Wolfensohn, James: „Ohne wirtschaftliche Erholung sieht die palästinensische Jugend einer düsteren Jugend entgegen und ihre Verzweiflung gefährdet jedweden Friedensprozess“, Rede vom 23.Juni 2004

Jahrzehnte hindurch war der Handel zwischen der Autonomiebehörde und Israel von großer Abhängigkeit zu Israel geprägt.⁴⁴⁴

Das 1994 in Paris verfasste Protokoll wurde 1995 auf das gesamte Gebiet ausgedehnt und sah eine Zoll- und Währungsunion vor. Das Gesetz offener Grenzen war verbrieft, nur der Personenverkehr hing von politischen Vorbehalten ab. Aber die Abhängigkeit von Israel wurde größer, 2007 betrug die Arbeitslosigkeit im Westjordanland 32 %, im Gazastreifen sogar 49 %. Nachdem die Hamas im Gazastreifen die Alleinverantwortung übernommen hatte, wurde die Zollunion von Israel einseitig gekündigt. Wenigstens nützten Händler im Westjordanland noch die Möglichkeit kostengünstiger Lieferungen nach Israel.⁴⁴⁵ Ein Wiederaufbau könnte nur wieder durch großzügige Finanzhilfe aus den USA, der EU und den reicheren Ländern der Arabischen Liga funktionieren. Die Beschränkungen des Waren- und Personenverkehrs müssten rasch beseitigt werden. Doch gleichzeitig müsste auf einer Geber-Konferenz auch ein Verteiler-System für Know-how und den Einsatz von Experten beschlossen werden. Aus diesem Grund sieht Wolfersohn die Chancen auf Frieden zwischen Israel und den Palästinensern negativ. Die Arbeitslosenzahlen waren in realiter noch schlechter als Wolfersohn in seinem Aufsatz prognostiziert.⁴⁴⁶

Seit 1967 hält Israel die Westbank und den Gaza-Streifen nach dem 6-Tage-Krieg besetzt. Seit dieser Zeit wird die palästinensische Bevölkerung systematisch unterdrückt und benachteiligt. Unter anderem bezieht sich dies auf das Wasserproblem. Hier handelt es sich, zum Unterschied von Syrien und Jordanien, infolge fehlender Staatlichkeit nicht um einen innerstaatlichen Konflikt. Den Palästinensern wird ein Mitspracherecht über die Wasser-Ressourcen verweigert, da Israel den Standpunkt vertritt, dass diese ohnedies ihnen gehören. Vor 1967 galt Wasser in der Westbank, das von Jordanien verwaltet wurde, und im Gazastreifen, der von Ägypten regiert wurde, als privates Gut; mit Sondergesetzen in den Jahren 1968 in der Westbank und 1974 im Gaza-Streifen, wurde Wasser zum öffentlichen Gut erklärt, wobei die staatlichen Firmen Mekorot und Tahal praktisch über das gesamte Wasser verfügten. Auch was die neuen Siedlungen betrifft, wurden diese bei der Errichtung neuer Brunnen gegenüber den palästinensischen Ortschaften bevorzugt. Die Ergiebigkeit dieser Brunnen war aus technischen Gründen höher, zuguterletzt wurde den Palästinensern eine sechsfach höhere Wassergebühr verrechnet. So werden allein in der Westbank von den

⁴⁴⁴ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 87

⁴⁴⁵ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 88 ff.

⁴⁴⁶ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 90 f.

jährlich geförderten 500 Millionen Kubikmeter Wasser 85 % von den Israelis genutzt. Dieses Ungleichgewicht spielte im Jahr 2000 bei den Verhandlungen in Camp David eine gewichtige Rolle, wobei keine Einigung erzielt werden konnte. Für künftige Friedensverhandlungen bedarf das Wasservolumen des Jordantales entscheidender Verteilungsschlüssel, Vorschläge mehrerer Experten existieren bereits.⁴⁴⁷

*„Ein wesentliches Element des territorialen Streits im Nahost-Konflikt ist die Konkurrenz um die lebenswichtige, aber knappe Ressource Wasser im Jordanbecken. Darunter ist das Gebiet zu verstehen, das vom Jordanfluss-System und den Grundwasservorkommen des Westjordanlandes gespeist wird. Die Frage der Verfügungsgewalt über Wasser geht weit über das bilaterale Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern hinaus und betrifft neben diesen auch Jordanien, Syrien und den Libanon.“*⁴⁴⁸ Die Flüsse im Jordanbecken sind der Jordan, dessen Quellflüsse Dan, Hasbani und Banias, der Yarmuk und der See Genezareth. Der Jordan entspringt auf den Golanhöhen. Der Yarmuk hat seine Quellen in Syrien, stellt auf einem kurzen Abschnitt den syrisch-jordanischen Grenzverlauf dar, fließt unter den besetzten Golanhöhen und ist vor der Mündung in den Jordan auch ein Teil der israelisch-jordanischen Grenze. Gleichzeitig trennt er das Westjordanland von Jordanien, bevor er ins Tote Meer mündet. Das Westjordanland verfügt über die bedeutendsten Grundwasservorkommen der Region. Die Niederschläge in den Bergen des Westjordanlandes speisen die Grundwasserströme. Der westliche und der nördliche Aquifer queren unterirdisch die israelische Grenze.⁴⁴⁹ Wie schon im letzten Kapitel unter den Interessen Israels ausgeführt, stellt die Wasserbewirtschaftung Palästinas eines der größten Probleme dar. Die erwähnte Naturschutzorganisation ‚Friends of the Earth of the Middle East‘ (FoEME), versucht auch in Palästina und Jordanien, die Probleme der Wasserknappheit zu lindern. Der mit Israel gemeinsame Jordan ist auf einer Strecke von 90 km in Richtung Totes Meer auf beiden Seiten des Flusses militärisches Sperrgebiet. Der Wasserspiegel des Toten Meeres ist den letzten Jahren durch gewaltige Verdunstung weiter gesunken, und der tiefste Punkt der Erde liegt nun bei minus 415 Metern. Am Ostufer entstanden fünf neue Hotels, die alle viel Wasser benötigen und im nahe gelegenen Wassermuseum wird berichtet, dass im Vergleich zu 1900 nur noch 5 % des Jordanwassers ankommen, und dass sich die Oberfläche in diesem Zeitraum von 950 km² auf 600 km² reduziert hat.⁴⁵⁰

⁴⁴⁷ vgl.: Dommel, Lutz (2002): Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten, S. 71-76

⁴⁴⁸ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 66

⁴⁴⁹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 66

⁴⁵⁰ vgl.: Lerchenmüller: „Kranich und Störche“ in: „Die Presse“, 24.25.26. Dez. 2010 S. R2

Im Jordantal stehen den Bevölkerungen von Israel, Jordanien und der Palästinensischen Autonomiebehörde, trotz der relativen Quantität, geringere Wassermengen zur Verfügung als es dem internationalen Standard entspricht. Besonders die per capita zur Verfügung stehenden Trinkwasser-Vorräte werden im Verhältnis zu der stark steigenden arabischen Bevölkerung immer geringer. Hinzu kommt noch eine intensive Verstädterung und steigender Lebensstandard. Die Wasser-Ressourcen befinden sich in umstrittenen Gebieten. Die Oberflächenwasser sind nicht nur Streitobjekt unter den beiden Konfliktparteien Israel und Palästinensische Autonomiebehörde, sondern auch unter den Anrainern Libanon, Syrien und Jordanien. Syrien und der Libanon verfügen noch über andere Flüsse in den Bergen. Dies bedeutet, dass die Golanhöhen für Israel nicht nur militärstrategisch wichtig sind, sondern dass auch die dort befindlichen Gewässer eine eminente Rolle spielen.⁴⁵¹

Unter diesen Nachbarn kann eine Wasseraufteilung nur dann gerecht durchgeführt werden, wenn vorher die territorialen Probleme gelöst sind. Dies macht eben die Wasserfrage zu einer Kernfrage im Friedensprozess zwischen Israel und dem künftigen Staat Palästina. Solange Israel das Westjordanland besetzt hält, kann die Besatzungsmacht Wasservorteile nützen. Wenn die politische Lösung gefunden sein wird, müssen die Investitionen für den Bau von Pipelines aus anderen Gebieten und durch großzügige Errichtung von Entsalzungsanlagen erhöht werden. Die kontinuierlich sinkende Wassermenge in der Region bereitet der Gesamtbevölkerung größte Sorgen. Daher erfordert auch dieses Problem von den Verhandlungspartnern zügigen Abschluss.⁴⁵² Zuletzt sei noch ein ursprünglich von Shimon Peres bearbeitetes Projekt erwähnt, dass die Regierung zu einem nationalen Projekt erklärt hat: Der ‚Friedenskorridor‘. Dieser sieht vor, dass vom Roten Meer eine Verbindung zum Toten Meer hergestellt wird. Ein Teil des Wassers würde entsalzt werden und unter der Bevölkerung von Jordanien, Palästina und Israel verteilt werden. Manchen Kritikern scheint dieses Megaprojekt zu kostenintensiv, und sie raten zu verschärften Wasser-Sparmaßnahmen.⁴⁵³

4.3 Sozio-kulturelle Betrachtung: Demographie und Religion

Schon nach der Besetzung des Westjordanlandes 1967, fasste die israelische Regierung unter Führung der Arbeitspartei den Entschluss, Siedlungen zu errichten. Zehn Jahre später,

⁴⁵¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 70 f.

⁴⁵² vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 70 f.

⁴⁵³ vgl.: Chorrherr, Christa (2008): Wessen heiliges Land? S. 197 f.

übernahm die Likudpartei das Konzept und erhöhte die Neubauinvestitionen und den Ausbau bestehender Anlagen. 2007 waren bereits 121 jüdische Siedlungen in Judäa und Samaria (Westjordanland nach der israelischen Amtssprache) fertig gestellt, die Bevölkerung belief sich laut Central Bureau of Statistics 2008 auf 276.000 Einwohner, die jüdische Bevölkerung von Ost-Jerusalem nicht mitgerechnet. In der Zwischenzeit haben sich beide genannten Zahlen weiter erhöht.⁴⁵⁴ *„Israels Siedlungspolitik stellt das zivile Gegenstück zu kriegesischer Landnahme dar. Auf erobertes bzw. beschlagnahmtes Land wird israelisches Recht übertragen; wo israelische Gesetze und Verwaltung herrschen, ist Israel. Die Siedlungen inmitten der Palästinensischen Gebiete sind exterritorial, hier gilt allein israelisches Gesetz. Auf diese Weise kompensiert Israel den Mangel an vollständig definierten und gegenseitig anerkannten Grenzen.“*⁴⁵⁵

Die Internationale Staatengemeinschaft verurteilt die Errichtung dieser Siedlungen durch den Rechtsstatus Israels, da die Besatzungsmacht Gebiete mit ihren eigenen Leuten besiedelt. Dies widerspricht der Genfer Konvention. Da vor 1967 der Gazastreifen von Ägypten und das Westjordanland von Jordanien nur verwaltet wurden, vertritt die israelische Regierung den Standpunkt, dass die Besitznahme von ‚herrenlosen Gebieten‘ keineswegs einer Annexion entspricht. In diesem Punkt widerspricht die Staatengemeinschaft Israel heftig. (Einzige Ausnahme könnten die USA sein). Allein in den Jahren 1991 bis zum Scheitern der Camp David-Gespräche im Juli 2000, hat sich die Siedlerzahl verdoppelt. Zurzeit leben 60 % der Siedler in den fünf großen Siedlungen Ariel, Ma’ale Adumim, Gush Etzion, Givat Ze’ev und Kiryat Arba (bei Hebron). Diese Siedlungen gelten bereits vor Vertragsabschluss als annektiert. Hatte die Arbeitspartei noch das Konzept, durch Siedlungen die ‚Grüne Linie‘ zu sichern, sich Ost-Jerusalem einzuverleiben, vielleicht noch kleinere Eigentumsareale dem palästinensischen Gebiet abzurufen. Der Likud änderte die Stoßrichtung und war bestrebt, durch viele Einzelkeile ein durchgehendes Wohngebiet für einen neuen Staat Palästina zu zerstören. Dadurch würden die stark besiedelten Städte Palästinas den Charakter von Ghettos annehmen und viele Araber das Land verlassen.⁴⁵⁶ Alleine die Siedlungen sind untereinander und zum Kernland Israel durch ein Straßennetz von 400 Kilometern Länge verbunden. Dies zerstückelt erheblich die Infrastruktur der verbleibenden palästinensischen Gebiete. Durch größere Ablösesummen wäre ein Großteil der Siedler bereit, wieder nach Israel zurückzukehren. Aber wie schon im Gaza-Streifen, würden viele fanatische Siedler

⁴⁵⁴ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 71

⁴⁵⁵ Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 71

⁴⁵⁶ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 71 ff.

gegenüber der eigenen Regierung stärksten gewaltbereiten Widerstand leisten. Dieser Fanatismus basiert nicht nur bei manchen Siedlern auf Hassgefühlen, sondern ist bei vielen auch religiös bedingt, da Judäa und Samaria, laut Altem Testament und dem Bund Gottes mit Abraham, zum Gebiet Israel (Eretz Israel) gehören. Gegen religiös motivierte Ansichten im jüdischen Israel, wird es in der Zukunft noch schwer werden, mit demographischen, militärischen oder auch hydrologischen Argumenten durchzusetzen.⁴⁵⁷

Die in ihrer Geschichte stets umkämpfte Stadt Jerusalem soll auch die Hauptstadt des neuen Staates Palästina werden. Zwar beanspruchen die Araber nur den arabischen Ostteil der Stadt, aber Israel betrachtet Jerusalem als Ganzes als seine Hauptstadt. Die religiöse Dimension überwiegt die politische bei Weitem. Zwar berufen sich alle drei Offenbarungsreligionen auf Jerusalem, aber die jüdische leitet ihre Besitzansprüche auf ‚Yerushalayim‘ ab und beruft sich auf König David, der schon vor 3.000 Jahren dem eroberten Gebiet die Hauptstadt Jerusalem gab. Dort standen die jüdischen Tempel, um die Zehn Gebote aufzubewahren und dort wird eines Tages – nach jüdischen Glauben – der Messias erscheinen und den Tempel wieder aufbauen. Für Muslime heißt Jerusalem ‚Al Quds‘⁴⁵⁸, weil nach der Tradition der Prophet Mohammed 621 mit dem Engel Gabriel in die sieben Himmel aufgefahren ist; wenn ‚am Ende der Tage‘ der Stein von Mekka gebracht wird, öffnet sich das Paradies. Die Christen verehren Jerusalem, weil hier der Messias nach Beschreibung in den Evangelien vor 2.000 Jahren den Kreuzestod erlitt und durch seine Auferstehung die Welt von ihren Sünden erlöste.⁴⁵⁹

Wirkliche Gleichberechtigung unter den Religionen gab es nie, und die blutigen Fehden beherrschten die Stadt. Die religiöse Auseinandersetzung gipfelt vor allem um den Tempelberg, wo die Juden die Klagemauer, eine Wand des zerstörten Tempels, anbeten, die Muslime nach Mekka und Medina das drittwichtigste Heiligtum, die Al-Aqsa-Moschee mit dem Felsendom verehren, der auf jenem Felsen gebaut wurde, von dem Mohammed mit seinem Pferd in den Himmel aufstieg. Nach jüdischem Glauben wurde auf diesem Felsen der Bund mit Israel geschlossen und später mit Abraham erneuert. Da sich in Jerusalem so viele religiöse Symbole und Traditionen treffen, lassen sich diese durch Glauben und Propaganda leicht zu nationalen Zielen umformen. Im ersten Nahost-Krieg gelang es den Israelis nicht, den Ostteil der Stadt zu erobern. Allerdings im dritten Nahostkrieg, 1967, wurden alle von den Jordaniern verwalteten Gebiete erobert und besetzt, somit war auch die

⁴⁵⁷ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 74 f.

⁴⁵⁸ Al Quds: arabisch, die Heilige

⁴⁵⁹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 75 f.

Klagemauer und der Tempelberg wieder im Einfluss Israels. Israel erweiterte Ost-Jerusalem um Gebiete des Westjordanlandes, annektierte dieses vergrößerte Stadtgebiet und verabschiedete 1980 das Jerusalem-Gesetz, ‚wonach das vereinte Jerusalem auf ewig die ungeteilte Hauptstadt Israels sei‘. In Wirklichkeit ist Jerusalem, eine Stadt mit rund 700.000 Einwohnern, jedoch zweigeteilt. In West-Jerusalem wohnen seit 1948 keine Araber mehr. In Ost-Jerusalem leben 250.000 Palästinenser und 190.000 jüdische Israelis in homogenen Stadtvierteln und suchen gegenseitig kaum Kontakte.⁴⁶⁰

Israel versuchte stets, Intentionen der Palästinenser zu unterbinden, die Ost-Jerusalem zur Hauptstadt des künftigen Staates erkorten. Das stark ausgebaute Straßennetz behindert die Verbindungen von Ost-Jerusalem zu den direkten Gebieten in Westjordanien, allerdings wird sich Israel damit anfreunden müssen, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas wird. Ein Nachgeben könnte keine palästinensische Regierung überleben. Die seit 2002 geschaffene Mauer, verläuft mitten durch arabische Wohnviertel von Ost-Jerusalem und beeinträchtigt das Leben der palästinensischen Bevölkerung gewaltig. In Zukunft wird Jerusalem eine zweifache Hauptstadt werden, wobei den Palästinensern die Souveränität über Ost-Jerusalem übertragen würde. Die Heiligen Stätten würden einer internationalen Gemeinschaft zur Verwaltung anvertraut werden.⁴⁶¹ Der Ordnung halber sollte erwähnt werden, dass das Heilige Land auch den Samaritanern, den Karäern, den Drusen und den Bahais heilig ist. *„Macht macht grausam, und grausam verhält sich jede Minderheit, die zur Mehrheit wird. Diese Logik bildete auch im jüdischen Volk keine Ausnahme. Wie gesagt: Es ist der ewige Rollenwechsel.“*⁴⁶²

Nach der Jahrtausendwende spielt der religiöse Bereich in den internationalen Beziehungen wieder eine größere Rolle. Die Globalisierung und der Rückgang erstarrter Ideologien haben neue Schlagworte im ständigen Wechselspiel zwischen Krieg und Frieden gebracht: Kultur, Religion und Ethnie. Schon der französische Schriftsteller André Malraux ahnte voraus: *„Le 21ème siècle sera un siècle religieux ou il ne sera pas.“*⁴⁶³ Dem Religiösen wird über die Spiritualität ein sicherheitspolitischer Aspekt eingeräumt. Die Stadt Jerusalem sollte auf Grund der Wichtigkeit für die drei monotheistischen Religionen ein Hort des Friedens und der Kultur sein. Doch das Gegenteil ist heute der Fall, Jerusalem ist ein Zentrum religiöser Konflikte geworden. Die Betonmauer, die zusätzlich die natürlich gewachsenen Wohnviertel

⁴⁶⁰ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 76 f.

⁴⁶¹ vgl.: Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 77 ff.

⁴⁶² Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? S. 80

⁴⁶³ Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale, S. 36

dieser Stadt trennt, sät Angst und Hass unter den Arabern. Von manchen Kritikern wird sie bereits mit der Mauer von Berlin verglichen.⁴⁶⁴

4.4 Kooperation statt Konfrontation

Aussicht auf den Abschluss eines Friedensvertrages ist nur gegeben, wenn auf historische Fakten und die daraus resultierenden Argumente verzichtet wird. Beiden Vertragspartnern muss klar sein, dass sie im Weg der kleinen Schritte gegenseitiges Vertrauen aufbauen müssen, doch dies gelingt nur, wenn sie ihre Überzeugungen, hundertprozentig im Recht zu sein, ebenfalls schrittweise abbauen. Volle Schadensersatzansprüche und echte Wiedergutmachung sind Begriffe, die in dieser, seit über sechs Jahrzehnten stattfindenden Konfrontation, nicht herangezogen werden dürfen. Alle Bezugnahmen auf religiös-historische Ursachen – mögen sie noch so berechtigt sein – müssen unterbunden werden, da sie sofort die emotionale Sperrmauer bedienen, die einer friedlichen Lösung im Wege steht. Einzelne Verhandlungsteile, die von der Mehrheit eines Vertragspartners politisch akzeptiert werden, müssen mit Erfolg durchgesetzt werden, ohne dem Partner zu schaden. Dieser Weg ist mühselig, wird aber auf beiden Seiten von der Erfahrung gestützt, dass alle militärischen Initiativen - vom offenen Krieg bis zum Selbstmordanschlag - keinen Erfolg gebracht haben.

Auch wenn die zur Verfügung stehenden militärischen Mittel asymmetrisch verteilt sind, haben sie dem Gegner, vor allem der Zivilbevölkerung, schwere Schäden zugefügt, ohne sich langfristig strategisch positiv auszuwirken. Weder konnten großangelegte Militärschläge die Palästinenser, noch fanatische Selbstmordanschläge die Israelis von ihren einmal eingeschlagenen Wegen abbringen, wobei die angestrebten Ziele, einerseits Beendigung des Terrors, andererseits Rückzug der Besatzungsmacht, langfristig nicht erreicht wurden. Gemeinsam hat sich die politische Überzeugung in den führenden Köpfen beider Länder durchgesetzt, dass nur der Dialog und gegenseitiges Vertrauen den lang ersehnten Frieden bringen könne. Eine Metapher, die Rolf Verleger über seinen Urgroßvater Leopold Löwenstein in Berlin erzählt, möge hier auch Zeugnis ablegen, wie ein bereits gelungener Friedensprozess im Kleinen schon stattgefunden hat.⁴⁶⁵

Und doch gibt es Parallelen, die laut Rolf Verleger wert wären, auch zur Bewältigung im Nahost-Konflikt angewandt zu werden: Löwenstein, sein Urgroßvater, kaufte in den 1920er Jahren ein Grundstück in Berlin-Treptow, welches in den 30er Jahren arisiert wurde. Leopold

⁴⁶⁴ vgl.: Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale. S. 13

⁴⁶⁵ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 219 f

Löwenstein wurde mit seiner Tochter Hannah (R. Verlegers Großmutter) und vielen anderen Angehörigen ermordet. In diesem Fall geht es R. Verleger nicht um die Verbrechen, Vertreibung, Ermordung und Enteignung in der Nazizeit. Das offizielle Organ der DDR bestätigte später meiner Mutter und anderen Erben, nach Antrag auf Wiedergutmachung, zunächst das große Unrecht. Dieses Schuldeingeständnis ist ganz wesentlich. Zweitens meinte der Beamte, das Grundstück könnte meine Familie nicht zurückbekommen, da schon vor Jahrzehnten Wohnhäuser darauf errichtet wurden, und die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse unmöglich sei. Drittens sagte der Beamte, dass Anspruch auf Entschädigung bestünde. So könnten die Eigentumsverhältnisse auch beim Friedensvertrag in Palästina gelöst werden. Anerkennung und Eingeständnis des großen Unrechts bei der Vertreibung.⁴⁶⁶

Noch eine Meinung möge zu Wort kommen: Moshe Zuckermann, 1949 in Tel Aviv geboren, lebte lange in Deutschland, heute als Universitätsprofessor in Israel. In seinem Wiener Vortrag⁴⁶⁷ sagte er sehr realistisch, dass sich Israel an einer Weggabel befände, wo es sich *„zwischen Pest und Cholera“* entscheiden müsse. An einer anderen Stelle warf er ebenfalls mit Realitätsbezug ein, *„Israel nahm 1967 einen Apfel, an dem es jetzt erstickt.“* Er schloss sich jenen Experten an, die Israel aus demographischen Gründen noch maximal zehn Jahre Zeit geben, den Friedensprozess durchzuführen. Trotz dieser tristen Ausgangs-Situation, glaubt auch er an den möglichen Frieden.⁴⁶⁸

Endlich haben einerseits die arabischen Nachbarn Israels ihren Traum ausgeträumt, den Nahen Osten ohne jüdischen Staat zu gestalten und sich mit der Existenz Israels abgefunden, andererseits hat Israel ebenfalls zur Kenntnis nehmen müssen, dass zu seinem Territorium nicht alle ‚historischen und biblischen Orte‘ gezählt werden können. Diese beiden unterschiedlichen Träume waren Motivation unzähliger Gewalttaten während der letzten Jahrzehnte. Diese israelisch-palästinensische Koexistenz ist somit keine Utopie mehr.⁴⁶⁹ *„Ich glaube aus tiefstem Herzen, dass Israelis und Palästinenser in der Lage sind, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu unterhalten und die Wunden, die sie sich in der Vergangenheit gegenseitig zugefügt haben, zu heilen.“*⁴⁷⁰

⁴⁶⁶ vgl.: Brief an Dr. Metzger 25. März 2007, Verleger, Rolf (2008): *Israels Irrweg*;; Eine jüdische Sicht, S. 156

⁴⁶⁷ Vortrag Zuckermann im Kreisky-Forum am 4. Dezember 2006

⁴⁶⁸ Zuckermann Moshe: Vortrag im Kreisky-Forum am 4. Dez. 2006, *Das israelische Dilemma*

⁴⁶⁹ vgl.: Primor, Avi (2010): *Frieden in Nahost ist möglich*, S. 31

⁴⁷⁰ Großmann, David: (2006): *Diesen Krieg kann keiner gewinnen*: S. 112

Wer der Wirklichkeit ins Auge sieht, muss auf historische Fakten verzichten. Rückwärtsgewandt, gibt es in diesem Konflikt keine Chance auf Einigung. Nach vorne geschaut, müssten beide Konfliktparteien Schritt für Schritt den Status quo nach vorne bringen. Hierbei müssten weitgehend unter Verzicht auf Wiedergutmachung und ohne Absicht auf historische Ansprüche Verhandlungen aufgenommen werden.⁴⁷¹ Ditmar Herz empfiehlt folgende drei Schritte:

(1) Vorher müssten längere Zeiträume abgesteckt werden, in denen die Ziele des Friedensvertrages anvisiert werden müssten. Selbst während Feuergefechten dürfen die Gespräche nicht unterbrochen werden. Dies würde eine Abkehr der bisherigen Praxis bedeuten, da eine Verhandlungsseite die Gespräche immer nur dann fortsetzte, wenn die andere über längere Zeit von Gewalttaten absah. Die Autonomiebehörde muss hart gegenüber eigenen Attentätern auftreten, die israelische Seite von ihren Revancheschlägen absehen. Verhandlungen müssen ohne Vorbedingungen beginnen; sollten sich erste Teilerfolge einstellen, müssten die Politiker nicht nur jeweils die Militärs, sondern auch die eigene Bevölkerung überzeugen. In der Flüchtlingsfrage sollten sich die Palästinenser zurückhalten und von Israel großzügige Beträge pro Flüchtling, der auf sein Rückkehrrecht verzichtet, angeboten werden.⁴⁷²

(2) Gleichzeitig muss der Versuch unternommen werden, sich aus Sicht der Palästinenser an den Gedanken zu gewöhnen, dass die Flüchtlingslager zunächst dezimiert und abgebaut werden, da in diesen auch Keimzellen des Terrorismus reifen. Eine entsprechende Abgeltung für Eigentumsverluste müsse ausgehandelt werden. Dafür sieht die israelische Regierung kaum Chance auf Verwirklichung, die Rückkehr der Flüchtlinge in das Kernland Israel muss ohnedies auf eine bestimmte Zahl beschränkt und zeitlich limitiert bleiben.

(3) Einigung über die Räumung gewisser Siedlungen ist Voraussetzung, dass der provisorische Staat Palästina mit Billigung der israelischen Regierung ausgerufen werden kann. Widerstände der jüdischen Siedler gegen die Räumung oder gegen den Friedensplan, müssen durch israelische Polizei- und Militärstreitkräfte unterdrückt, notfalls niedergeschlagen werden. Israel müsste den Palästinensern in mehreren Stadtteilen Ost-Jerusalems Souveränitätsrechte abtreten. Der Stadtteil Abu-Dis, der mit Beginn der Friedensvereinbarung den Namen al-Quds tragen sollte, wäre die neue Hauptstadt des

⁴⁷¹ vgl.: Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 219 f.

⁴⁷² vgl.: Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 220 f.

souveränen Staates Palästina. Die heiligen Stätten von Jerusalem sollten von einem interreligiösen Rat verwaltet werden⁴⁷³

Wenngleich auf diesem mühevollen Friedensweg noch viele harmonische Teilerfolge für schwierige Verhandlungen sorgen werden, ist dieser von starkem Pragmatismus getragene Friedensprozess die einzige Lösung, die beiden heutigen Gegnern eine friedliche Zukunft bescheren könnte. Nach all den vielen Jahren harter Auseinandersetzungen und Tod und Leid für Millionen von Menschen, wäre die Zeit für diesen Verhandlungsmarathon reif.⁴⁷⁴

Da der Iran mit seinen Raketen jederzeit Israel oder Saudi-Arabien angreifen könnte, würde Amerika sofort einseitig zugunsten der angegriffenen Länder Partei ergreifen. Auch Israel könnte diesen Raketenangriff erwidern, unter Umständen gegen den Willen der USA die Atombombe einsetzen. Dieses Szenario darf nicht weitergesponnen werden, da aus dem Nahen Osten über 60 % des Erdöl-Weltbedarfes importiert werden. *„Ein mit Nachdruck forciertes europäisch-amerikanisches Friedensengagement im Nahen Osten ist somit nicht nur eine humanitäre Notwendigkeit, sondern ein wichtiges – nicht ausschließlich langfristiges – gemeinsames Interesse.“*⁴⁷⁵

5 Schlussbetrachtung und Ausblick

Seit über hundert Jahren ist der Streit zwischen Juden und Arabern, zwischen Israelis und Palästinensern nicht beendet. Im Mittelalter breiteten sich das Christentum und der Islam, zwei Nachfolgerreligionen des Judentums, nach dem Westen aus. Umgekehrt wurde Palästina während der Kreuzzüge Schauplatz durch europäische Herrscher und deren Truppen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, kamen die ersten jüdischen Einwanderer, der Kampf um Rohstoffe und Land beginnt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zur Ausrufung Israels und dem Ersten Nahost-Krieg. Nach mehreren verlorenen Auseinandersetzungen, haben sich die Araber mit der Existenz Israels abgefunden. Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte den Beginn von ernststen Friedensverhandlungen, doch nach achtzehn Jahren gibt es keine Erfolge, wenngleich Teilergebnisse erzielt wurden. Mehrere Lösungsvorschläge lagen auf dem Tisch, wahrscheinlich wird nur das Nahost-

⁴⁷³ vgl.: Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 229 f.

⁴⁷⁴ vgl.: Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur, S. 231 f.

⁴⁷⁵ Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich, S. 93

Quartett mit seiner Roadmap – wenn überhaupt - den lang ersehnten Frieden zwischen den Konfliktparteien erzielen können.⁴⁷⁶

Aus diesem Grunde „sollte Annapolis einen Neuanfang markieren. Doch der nahöstliche Alltag holte die politischen Akteure schnell wieder ein: Die israelische Regierung ist bislang nicht zu substantiellen Zugeständnissen bereit. Die Tage des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert sind angesichts gravierender Korruptionsvorwürfe gezählt.“⁴⁷⁷ Die nächsten Wahlen fanden am 10. Februar 2009 statt. Bei diesen Wahlen konnte die Außenministerin Livni trotz ihrer Mandatsmehrheit für die Kadima keine Koalitionsmehrheit in der Regierung finden, die auch die Zustimmung der Knesset erhalten hätte, darum hieß der neue Premierminister Benjamin Netanjahu und der neue Außenminister Lieberman. Überraschend fanden 2008 indirekte Gespräche durch Vermittlung der Türkei zwischen Israel und Syrien statt, doch war augenscheinlich, dass die Regierung Ehud Olmert nicht das Risiko eines Friedensvertrages mit Syrien eingeht. Dies wäre nur durch Rückgabe der Golanhöhen, die 1981 von Israel annektiert wurden, möglich gewesen, doch in einer Umfrage sprechen sich über 70 % dagegen aus.⁴⁷⁸

Da die Fatah als Selbstverwaltungsbehörde nur die Westbank vertritt, wird es zunehmend schwieriger, sich gegen die im Gazastreifen regierende Hamas abzuheben. Diese hat zwar seit ihrem Regierungsantritt auf Grund der katastrophalen Lebensverhältnisse an Zuspruch verloren, doch sie sitzt fest im Sattel. Nach der gescheiterten Annapolis-Konferenz, hat Israel vermehrt den Ausbau der Siedlungen in Westjordanien und in Ost-Jerusalem fortgesetzt. Die wirtschaftliche Lage der Palästinenser hat sich zwar wieder beruhigt, doch Israel geht mit kollektiven Strafen gegen die palästinensische Bevölkerung vor, wobei die Lage im Gazastreifen noch katastrophaler ist. Der Bau des Sicherheitswalls wird fortgesetzt, harte Kontrollmaßnahmen und Militäreinsätze erschweren den Alltag der Palästinenser.

Die USA und Europa haben durch das Nichtanerkennen der siegreichen Hamas nach den Wahlen dem Demokratieprozess geschadet und vielleicht die Errichtung eines selbstständigen Staates Palästina verhindert. Daher sind die Hoffnungen auf die neue amerikanische Präsidentschaft gerichtet. Dies erfordert zunächst, dass sich die beiden palästinensischen Regierungen über eine gemeinsame Koalitionsregierung einigen. Die USA und Israel müssen den Boykott, die Hamas in direkte Gespräche mit einzubeziehen, rasch

⁴⁷⁶ vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, Springer Science+Business Media, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 139 ff.

⁴⁷⁷ Böhme, Jörg: (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 120

⁴⁷⁸ vgl.: Böhme, Jörg: (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 120

überdenken.⁴⁷⁹ Immer wieder gab es verschiedene Bemühungen, doch der häufigste Vermittler – Ägypten – muss nach der Revolution vor wenigen Monaten erst eine neue arbeitsfähige Regierung wählen. Die hierzu erforderliche Volksabstimmung für eine neue Verfassung, wurde am 20. März 2011 mit überwältigender Mehrheit akzeptiert, doch der Reformprozess ist ins Stocken gekommen.

*„Mit der Fortsetzung der Annexion von Teilen der besetzten Gebiete, mit neuen Siedlungen besonders auch in Jerusalem und dem Mauerbau entfernt sich der Konflikt immer weiter von einer friedlichen und fairen Regelung.“*⁴⁸⁰ Dieser Ausblick lässt wenig Gutes erwarten. Die Radikalen gewinnen an Einfluss. Der ehemalige Revolutionsgardist Mahmoud Ahmadinejad ist seit 2005 Präsident des Iran, und mit dessen Unterstützung ging die Hamas bei den Parlamentswahlen ein Jahr später als klarer Sieger hervor. Sie regiert selbstständig seit Juni 2007 den Gazastreifen. Nach dem Krieg Israel gegen den Libanon 2006, ging die Hisbollah als Sieger hervor. Seither wird ihr Einfluss in der libanesischen Regierung immer stärker. Islamistische Gruppierungen agieren erfolgreich, wie z. B. die Moslebruderschaft in Ägypten. Für den Westen werden die Lösungsansätze immer schwieriger, die Lösungskapazität schwindet.

Persien entwickelt sich immer mehr zu einem erst zu nehmenden Konkurrenten Israels. Vor allem das Atomprogramm, das von der IAEO kaum kontrolliert werden kann, stellt eine große Gefahr für Israel dar, Israel hat die Atombombe schon, die Regierung Teherans arbeitet mit Eifer daran. Zusätzlich agiert die Regierung Ahmadinejad antisemitisch und hat schon des Öfteren den Holocaust geleugnet. Persien unterstützt eindeutig die Interessen der Palästinenser. Die weltweite Nachfrage nach Erdöl hebt die Bedeutung des Nahen Ostens, besonders der Iran und Saudi Arabien werden zu wichtigen Playern in der Energieversorgung. Der rasante Aufstieg des radikalen Iran, ruft nicht nur die USA und Israel, sondern den gesamten Nahen Osten auf den Plan. Demgegenüber treten der Irak und der Libanon in den Hintergrund.⁴⁸¹

„Die Bedeutung von Staatsgrenzen hat deutlich abgenommen und nichtstaatliche Akteure haben an Relevanz gewonnen. Al Kaida agiert grenzüberschreitend, ethnische und religiöse Gruppen können ihre Anhänger in mehreren Staaten zugleich mobilisieren. Sie profitieren dabei von modernen Informations- und Kommunikations-Technologien (Internet und die

⁴⁷⁹ vgl.: Böhme, Jörg: (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinens. Konfliktes, S. 123

⁴⁸⁰ Böhme, Jörg: (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, S. 124

⁴⁸¹ vgl.: IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedensicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 17

Entstehung überregionaler Medien wie z. B. al Jazeera und den Arab Human Development Report). Insgesamt lässt sich feststellen, dass diese Globalisierungseffekte den Nahostkonflikt zusätzlich verschärfen.“⁴⁸² Neben „dem Iran versuchten sich auch die Türkei und Saudi-Arabien als regionale Hegemonialmächte zu etablieren. Das Interesse der USA als alleinige Supermacht konzentriert sich – siehe das Beispiel Irak – darauf, das Entstehen solcher regionalen Mächte mit monopolistischer Kontrolle zu verhindern.“⁴⁸³

Über einige Länder wurden Geheimgespräche aus der amerikanischen Diplomatie veröffentlicht, die im ersten Moment überraschen. Trotzdem „kann man den Nahen Osten nur verstehen, wenn ausschließlich öffentlich zugängliche Quellen analysiert werden, ganz ohne geheime Insiderinfos. Vielleicht ist das eigentlich Atemberaubende an den Enthüllungen des Julian Assange, dass wir nichts substantiell Neues über die Lage im Nahen Osten erfahren haben, das uns dazu zwingen würde, unser Gesamtbild vollständig zu überdenken.“⁴⁸⁴ Nach diesen Enthüllungen zu schließen, entspricht die überwiegende Meinung der Geheimdiplomatie durchaus dem negativen Erscheinungsbild, das der heutigen Realität entspricht.

Abschließend muss nach eingehender Analyse festgestellt werden, dass in dieser krisengeschüttelten Region die Voraussetzungen für einen baldigen Frieden nicht gegeben sind, doch nochmals sei darauf verwiesen, dass die Bevölkerungsexplosion der Palästinenser zu einem raschen Umdenken führen muss. Jeder absolute wirtschaftliche Zuwachs wird umgehend durch die steigende Bevölkerung minimiert. Wenn die Zwei-Staaten-Theorie noch Aussicht auf Umsetzung haben soll, dann muss sie möglichst rasch realisiert werden. Sollte dieses Zeitfenster nicht genutzt werden, droht die endgültige Annexion durch Israel. Mit dem stetig ansteigenden Anteil der arabischen Bevölkerung in einem Staat Israel, das sich dann vom Mittelmeer bis zum Jordan erstrecken würde, könnte kein demokratischer Staat – vor allem aber kein jüdischer Staat aufrecht erhalten werden. Weiteres Morden wäre an der Tagesordnung. Da viele Nahost-Experten diesen Friedensschluss zwischen Israel und Palästina nach über sechs Jahrzehnten nicht mehr für möglich halten, möchte der Verfasser dieser Zeilen, einmal mehr eine Trendwende zum Positiven herbeisehnen. Trotz aller Berücksichtigung des Realitätsbezuges, muss es nach dem politologischen (philosophischen) Ansatz des Idealismus immer wieder geboten scheinen, doch noch das kleine Licht am Ende des langen Tunnels zu finden.

⁴⁸² IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“ in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien, S. 17

⁴⁸³ Filzmaier, Peter et. al.(2006), Internationale Politik: S. 168

⁴⁸⁴ „Die Gemeinde“: Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011, S. 24

So hält der 1954 in Jerusalem geborene Autor David Grossmann ebenfalls eine für die Zukunft positive Lösungen für möglich: *„Und trotz aller Erfahrungen, die wir hier in den letzten Jahren gemacht haben, glaube ich fest daran, dass, wenn sich in Zukunft friedliche Lebensbedingungen und das Gefühl von Sicherheit einstellen, in beiden Völkern gesunde, positive Lebenskräfte aktiviert werden, und so die Risse sowohl in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Kultur als auch auf der privaten menschlichen Ebene gekittet werden können. Daher rührt die Hoffnung, dass beide Völker in Frieden effiziente Partner und gute Nachbarn sein könnten und gemeinsam mit Fleiß, Initiative, Ambition und Vitalität und, wer weiß, vielleicht sogar eines Tages auch in Freundschaft kooperieren werden.“*⁴⁸⁵

Erfreulich, dass auch Experten diesen Standpunkt einnehmen, wie z. B. Rolf Steininger, ordentlicher Professor und Institutsvorstand für Zeitgeschichte, an der Universität Innsbruck. *„Was während des Kalten Krieges und hernach nicht gelang, wird möglicherweise der neuen Ordnungsmacht im Nahen Osten gelingen.“* Stellte die Beseitigung Saddam Husseins eine ‚neue Dimension‘ dar, so erhöhte der Hegemon sein Engagement im Nahen Osten. Der neue Friedensplan existiert und wurde von beiden Seiten größtenteils akzeptiert. Leider nicht zur gleichen Zeit. *„US-Präsident Bush reiste sogar nach Akaba und traf dort Sharon und Abbas.“* Wenngleich diverse Rückschläge immer wieder für berechtigte Zweifel sorgen, sollte an einen führenden Politiker und General Israels; gedacht werden - Yitzhak Rabin. 1993, bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens in Washington sagte er: *„Es ist Zeit, dem Frieden eine Chance zu geben.“*⁴⁸⁶ Der Versuch muss solange wiederholt werden, bis der Friedenspakt erfolgreich besiegelt ist.

5.1 Kritische Reflexion der Hypothesen

Hypothese 1: *Wenn der politische Frieden im Nahen Osten nicht innerhalb der nächsten Jahre realisiert werden kann, verschlechtert sich aufgrund der demografischen Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung nicht nur die Chancen einer gemeinsamen politischen, sondern auch einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zukunft. Vermehrter Terrorismus wäre die Folge.*

Moshe Zuckermann erwähnte in seinem Vortrag im Kreisky-Forum schon 2006, dass er für den Friedensabschluss aus demographischen nur noch zehn Jahre einräumt. Der

⁴⁸⁵ Grossman, David (2006): Diesen Krieg kann keiner gewinnen, S.199

⁴⁸⁶ Steininger, Rolf (2009): Der Nahostkonflikt, S. 72

Siedlungsbau in Westjordanien, aber auch in Ost-Jerusalem, wird von der israelischen Regierung vorangetrieben, gleichzeitig vermehrt sich die Bevölkerung der Palästinensischen Autonomiebehörde rasant. Der demographische Vorteil der Aufgabe des Gaza-Streifens wird bald aufgebraucht sein. Im Augenblick verifiziert.

Hypothese 2: *Wenn es gelingt, den Staat Palästina zu gründen, ist eine grundsätzliche Voraussetzung für den Friedensprozess im Nahen Osten geschaffen.*

Vielleicht werden die Voraussetzungen durch die neuen Demokratien nach diversen Revolutionen in der Nachbarschaft besser. Besonders die neueste Entwicklung in Ägypten, Libyen und Tunesien gibt Hoffnung. Bis jetzt schon mehrmals nahe daran, aber noch nicht realisiert.

Hypothese 3: *Sobald sich die wirtschaftliche Situation der palästinensischen Bevölkerung verbessert, steigt die Bereitschaft der Palästinenser, jüdisches Leben und den Staat Israel zu akzeptieren und zu respektieren.*

Stimmt sicher, doch muss auch der Gaza-Streifen im Blickfeld bleiben, eine gemeinsame Regierung wäre von Vorteil, durch den positiven Vermittlungsversuch der Ägypter mit Anfang Mai 2011, sind die Chancen wieder intakt. Wäre zu verifizieren.

Hypothese 4: *Wenn in den nächsten Jahren auf beiden Seiten die positiven Aspekte von Synergien (wirtschaftlich, kulturell und soziologisch) erkannt werden, entwickelt sich automatisch der Wunsch nach einer wirtschaftlichen Kooperation, die schlussendlich zu einer Freihandelszone führen kann.*

Klingt nach Utopie, könnte sich mit den neuen Nachbarn und deren neu eingesetzten Regierungen verwirklichen lassen. Voraussetzung für diese Entwicklung wäre aber die Schaffung des Staates Palästina und ein Vertrag mit Israel, der den Palästinensern „Luft zum Atmen“ gewährt. Noch nicht realisiert.

5.2 Zukunftschancen für den Nahen Osten, Forschungsfragen

Hintergrund 1948 – 2004

Die Neugründung des Staates Israel erfährt nach der Shoa(h) in der positiven Abstimmung der Vollversammlung über die Resolution 181 in der UNO in New York im November 1947 einen entscheidenden Durchbruch. Leider wird dieses UNO-Mandat seitens der

Palästinenser nicht akzeptiert und 1948, 1956, 1967 und 1973 finden vier große Kriege zwischen den Akteuren Israel und den Palästinensern statt. Kriegsnebenschauplätze waren auch Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten, wobei auch die Armeen Großbritanniens und Frankreichs involviert waren.

Jederzeit kann – realistisch gesehen - ein neuer Krieg, mit ungeahnten Folgen für die ganze Welt, ausbrechen. Die Existenzberechtigung Israels ist auch heute in den Köpfen der Mitglieder der PLO, Fatah, Hamas etc. unscharf ausgeprägt. Zusätzlich zu den ständigen Terrorüberfällen in Israel und den anschließenden Vergeltungsschlägen wirkt bis heute die Al-Aqsa-Intifada mit allen Risiken. Da mittlerweile auch junge Mütter mit akademischer Ausbildung bereit sind, ihr Leben durch einen Selbstmordanschlag zu beenden, muss anerkannt werden, dass alle Strategien in militärischer Hinsicht chancenlos sind. „...in der zweiten Gruppe ist Israel die stärkste Militärmacht der Welt.“⁴⁸⁷ Dieses beschriebene Szenario ist für den Verfasser – wie für viele Europäer – die größte Gefahr für die Menschheit: Da durch falsche Politiken auf vielen Ebenen zusätzliche Klüfte in kultureller (zu starke Unterschiede zweier semitischer Brudervölker), in religiöser (Kampf um die Vorherrschaft der Weltreligionen Christentum und Islam in fundamentalistischer Ausprägung), in wirtschaftlicher (Bevölkerung in Relation zu Arbeitsplätzen), in technischer/technologischer (Mangel an Trink- und Nutzwasser) und in humanistisch/sozialer Hinsicht (ständig Kriege oder Furcht auch in der Zeit ‚von deren Absenz‘, Leben in Flüchtlingslagern in drei Generationen, keine Chance auf Bildung und Berufsaussicht für die Jugend etc.) aufgebrochen sind. Diese parallel verlaufenden Entwicklungen lassen sich nicht mehr militärisch in den Griff bekommen. Die Entwicklung in Afghanistan (früher UdSSR und jetzt NATO unter der Führung der USA) sowie der Zweite Golfkrieg USA gegen Irak zeigen auf, dass ein gewonnener Militärkrieg im Bildvergleich bestenfalls dem Erdaushub eines Hausbaus entspricht.

Die Forschungsfrage 1 lautet: *Kann in dieser Konfliktzone nachhaltig Wohlstand in Freiheit und Frieden für beide Bevölkerungsseiten geschaffen werden?* Und dies nach über sechs Jahrzehnten permanenter politischer und oft auch militärischer Kriegsführung, ohne Erzielung von Erfolgen im Sinne der UNO-Resolutionen. Die Forschungsfrage 1 kann bejaht werden, allerdings bedarf es noch vieler Kompromisse und viel Geduld. Kompromiss, das ist das entscheidende Kriterium, daher soll Amos Oz aus einer Vorlesung zu Wort kommen, die er am 23. Jänner 2002 gehalten hat: *„Das Wort Kompromiss bedeutet für mich Leben. Und das Gegenteil von einem Kompromiss sind nicht Idealismus und Treue, das Gegenteil von*

⁴⁸⁷ Vortrag MR DDr. Reiter in Wien, am 21. Juni 2004

*einem Kompromiss sind Fanatismus und Tod. Wir brauchen einen Kompromiss, keine Kapitulation. Einen Kompromiss zu schließen, heißt nicht, dass das palästinensische Volk irgendwann auf die Knie gehen soll, genauso wenig wie das israelisch-jüdische Volk.*⁴⁸⁸ Schöner kann der lebensnotwendige Kompromiss nicht beschrieben werden.

In dieser Vorlesung führt Amos Oz weiter aus, dass *„dieser Kompromiss teuflisch weh tun wird.“* Sowohl das israelische Volk als auch die Palästinenser lieben ihr Land, beide sind zum gleichen Land durch tiefe, historische und emotionale Wurzeln verbunden. Diese tiefe Verwurzelung wird beiden vom anderen nur durch einen schmerzhaften Prozess bewusst werden. *„Der Weg dorthin wird auf beiden Seiten mit gescheiterten Träumen, zerbrochenen Illusionen, verletzten Hoffnungen und aufgeblasenen Slogans aus der Vergangenheit gepflastert sein. Mit Liebe allein kann man keine internationalen Probleme lösen, notwendig sind Hausverstand, Verständnis für Gerechtigkeit, das Einfühlungsvermögen für den Anderen und immer wieder die Fähigkeit Kompromisse zu schließen.“* Der israelisch-palästinensische Konflikt, vulgo israelisch-arabische Konflikt *„ist im Grunde ein Konflikt zwischen zwei Opfern. Zwei Opfer desselben Unterdrückers.“* Europa, das die arabische Welt kolonialisiert hat, mit allen schrecklichen Konsequenzen und das gleiche Europa, das nach Jahrhunderten voller Diskriminierungen an den Juden die Shoah, den *„beispiellosen verbrecherischen Genozid“*, das schlimmste Verbrechen der Geschichte, verübt hat.⁴⁸⁹ Wie kann die lange Kette mit vielen notwendigen Kompromissen gefädelt werden?

Auf gleicher Ebene müssen die USA und die EU miteinander kooperieren (vor allem der politische Zweig der NATO). Vorwiegend kämpft der globale Terrorismus gegen die USA, aber abgeschwächt auch gegen die EU. (Kulturell/religiöser Kampf und ein ökonomisch/sozialer Kampf und ein Arm gegen Reich). Die Arabische Liga, deren wichtigstes Interesse für die nächsten Jahrzehnte der Ölverkauf bleibt, muss die Existenz Israels stärker anerkennen (mehr als heutige Lippenbekenntnisse). Jordanien muss sich zunächst zurücknehmen, da dem König zu viel private und öffentliche Nähe zu den USA vorgeworfen wird. Weiters leben dort mehr palästinensische Flüchtlinge als eigene Staatsbürger. Der religiöse Ausgleich zwischen Judentum und Islam muss weiter voranschreiten (durch NGOs geförderte, kulturelle Experimente wie arabisch-israelische Orchester und Chöre funktionieren bereits bestens. Der Welt-Terrorismus, oft ident mit fundamentalistischem Islam, richtet sich gegen das Christentum und gegen gemäßigte Moslems. Nur 10 % des Gebietes von Jordanien verfügt über das notwendige Trinkwasser;

⁴⁸⁸ Oz, Amos (2004): Wie man Fanatiker kuriert? S. 65

⁴⁸⁹ Oz, Amos (2004): Wie man Fanatiker kuriert? S. 65-70

Mit Hilfe des israelischen Know-hows und den Finanzmitteln der internationalen Finanzinvestoren wird es gelingen, (,grüne Grenze') die notwendige Nutz- und Trinkwasserversorgung aufzubauen. Die Bedeutung des ,weißen Goldes' im Verhältnis zum ,schwarzen' wird immer noch von den westlichen Staaten unterschätzt. Dadurch können Investitionen im Infrastrukturbereich und im Aufbau der Wirtschaft effektiv greifen. Zunehmend wird der Terrorismus nachlassen, da er sein wesentliches Ziel – Gründung des Staates Palästina – erreicht hätte. In der gut funktionierenden Wirtschaft Israels werden die Palästinenser wieder als Gastarbeiter viel Beschäftigungspotential vorfinden. Gleichzeitig werden die Länder der Arabischen Liga in Palästina und nach Osten ausbreitend, den erforderlichen Siedlungs- und Gewerbebedarf finanzieren. Die Sicherheit für den Ölhandel sowie die Rückkehr von Flüchtlingen nach Palästina erspart den Arabern die entsprechende Finanzmittel-Bindung. (Militärische Sicherheit). Auch diese Mittel werden in die Wirtschaft Palästinas reinvestiert.

Forschungsfrage 2: *Welchen Einfluss hat die demographische Entwicklung in Palästina auf den Friedensprozess im Nahen Osten?* Bevölkerungskennziffern wie die unterschiedliche Fertilitätsrate sowie das Minderheiten- und Mehrheitsproblem in demokratisch regierten Ländern sowie der Wille Israels nach Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates, gebietet eine rasche Erzielung im Friedensprozess - die ,Zeitbombe' tickt bereits.

Die transnationale Bindung der Palästinenser in Jordanien und Palästina selbst, führt zu immer intensiverer struktureller und sozialer Identität. Sobald Israel und Jordanien diese Entwicklung erkennen, liegt es auf der Hand, dass beide Wirtschaftsräume – Israel und Jordanien/Palästina – die Zusammenarbeit suchen werden. Da die auf der übergelagerten Ebene beeinflussenden Wirtschaftsmächte, USA und EU, ebenfalls dieses Projekt (ethnische Verflechtungen und Assoziationsabkommen) unterstützen, liegt die Schaffung einer gemeinsamen Konföderation dieser zwei selbstständigen Staatsgebilde auf der Hand. Der Friede in Wohlstand kann diese Konföderation zur Keimzelle einer Freihandelszone im Nahen Osten werden lassen. Länder wie Libanon, Syrien, Irak, Ägypten und Libyen könnten die ersten Beitrittskandidaten sein.

6 Literatur

Bücher:

Böhme, Jörn/Kriener, Tobias/Sterzing, Christian (2009): Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes. 4. vollständig überarbeitete Auflage. Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts.

Bunzl, John/Senfft, Alexandra (2008): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie, Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost. Hrsgb., in: VSA Verlag, Hamburg

Chorherr, Christa (2008): Wessen heiliges Land? Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H., Wien

Freund, Eugen (2010): Brennpunkt der Weltpolitik. Wie alles mit allem zusammenhängt. Verlag Kremayr und Scheriau KG, Wien

Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Othmar/Mangott, Gerhard (2006): Internationale Politik. Fakultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien

Fischer Weltalmanach 2011 (2010): Zahlen, Daten, Fakten: Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Grossmann, David (2006): Diesen Krieg kann keiner gewinnen. Chronik eines angekündigten Frieden. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/Main

Herz, Dietmar (2003): Palästina. Gaza und Westbank: Geschichte, Politik, Kultur. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Verlag C. H. Beck OHG, München

Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt. 2. aktualisierte Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlags GmbH als Teil der Springer Science+Business Media, Wiesbaden

Kepel, Gilles (2009): Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte. Aus dem Französischen von Ursel Schäfer. Piper, München

Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können? Ecowin Verlag GmbH, Salzburg

Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien. Hrgb., in: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden

Oz, Amos (2004): Wie man Fanatiker kuriert? edition suhrkamp 2309. Deutsche Ausgabe Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Primor, Avi (2010): Frieden in Nahost ist möglich. Deutschland muss Obama stärken. edition Körber Stiftung, Hamburg

Rauscher, Hans (2004): Israel, Europa und der neue Antisemitismus. Molden Verlag Wien, Fachverlag GmbH, Wiesbaden 2007

Steininger, Rolf (2009): Der Nahostkonflikt. 5. Auflage. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/Main

Verleger, Rolf (2008): Israels Irrweg, eine jüdische Sicht. Papy Rossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln

Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern. 8. Auflage. Piper Verlag GmbH, München

Wolffsohn, Michael (2007): Israel, Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. GWV Fachverlag GmbH, Wiesbaden

Zimmermann, Moshe (2010): Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma. Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin

Magazine, Presse, Kurzanalysen

DAVID (2007): Jüdische Kulturzeitschrift, Nr. 75, Dezember 2007

„Die Gemeinde“ (2008): Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 627, August 2008

„Die Gemeinde“ (2010): Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 677, Sept. 2010

„Die Gemeinde“ (2010): Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 683, Dez. 2010

„Die Gemeinde“ (2011): Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 685, Jänner 2011

„Die Gemeinde“ (2011): Offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 687, Februar 2011

Hoffmann-Ostenhof, Georg (2009): „Seltsame Sieger“, in: „Profil“, Nr. 8,

40 Jg., 16. Februar 2009

Hoffmann-Ostenhof, Georg (2011): „Der gute Imperialismus“, in: „Profil“, Nr. 14,

42. Jg., 4. April 2011

Hoffmann-Ostenhof, Georg (2011): „Die palästinensische Revolution“, in: „Profil“, 18,

42. Jg., 2. Mai 2011

Hoffmann-Ostenhof, Georg (2011): Interview mit Alan, George, Publizist: „Der Westen kann nichts unternehmen“, in: „Profil“, Nr. 18, Jg. 42, 2. Mai 2011

Interview: Schneider, Wieland mit Davutoglu, Ahmed, Außenpolitik-Berater (2008): „Ohne die Türkei kann die EU kein Global Player werden“, in: „Die Presse“, 20. Oktober 2008

Knaul, Susanne (2008): „Orthodoxe zwingen Livni Neuwahlen auf“, in: Die Presse“,

27. Okt. 2008

Gawhary, Karim el (2008): „Araber warten auf Ende der Ära Bush“, in: „Die Presse“,

27. Okt. 2008

Goerdeler, Carl D. (2009): „ Hamas einbinden“, in: „Die Presse“, 2. Februar 2009

Ultsch, Christian (2009): „Jeder wagt ein Tänzchen auf Obamas Nase“, in: „Die Presse“,

19. Nov. 2009

Gaulhofer, Karl (2010): „Ein Wunder im eiligen Land“, in: „Die Presse“, 28. März 2010

Knaul, Susanne (2010): „Israel und die Palästinenser reden wieder.“, in „Die Presse“,

10. Mai 2010

Knaul, Susanne (2010): „USA bieten Geschäft an, Kampffjets für Siedlungsstopp“, in: „Die Presse“, 15. Nov. 2010

Ultsch, Christian (2010): Interview mit Moussa, in: „Die Presse“, 26. Nov. 2010

Keetman, Jan (2010): „Türkischer Premier macht bei Beirut-Besuch Stimmung gegen Israel“, (Istanbul/Beirut), in: „Die Presse“, 27. Nov. 2010

Lerchenmüller, Franz (2010): „Wasser, Jordan und See Genezareth“, in: „Die Presse“, 24. 25. und 26. Dez. 2010

Lerchenmüller, Franz (2010): „Kraniche und Störche am Friedensfluss“, in: „Die Presse“, 24.25.26. Dezember 2010

Feichtinger, Walter (2011): „EU muss beim ‚Neustart‘ helfen“, in: „Die Presse“, 24. Februar 2011

Keetman, Jan, Korrespondent (2011): „Iran sperrt Oppositionsführer weg“, in: „Die Presse“, 1. März 2011

Keetman, Jan (2011): „Proteste für Freilassung von Oppositionellen“, in: „Die Presse“, 2. März 2011

Labudovic, Ida (2011): „Starke Frauen für den Zionismus“, in: „Die Presse“, 9. März 2011

Ismail, Nermin (2011): „Feminismus nach Art des Islam. Jung, gläubig und emanzipiert“, in: „Die Presse“, 9. März 2011

Kerchove, Gilles de (2011): „Europa muss der arabischen Welt zeigen, dass es zuhört“, in: „Die Presse“, 11. März 2011

Jerusalem/Basta AG (2011): „Assad geißelt ausländische Verschwörung“, in: Die Presse“, 31. März 2011

Jerusalem/Basta AG (2011): „Israel: Minister will Insel vor Gaza bauen“, in: „Die Presse“, 31. März 2011

Jerusalem/KNA AG (2011): „Israel fordert Annullierung des Goldstone-Berichts“ in: „Die Presse“, 4. April 2011

Ultsch, Christian (2011): Interview mit El-Baradei, in: „Die Presse“, 6. April. 2011

Ultsch, Christian zit. Spindelegger (2011): „Blockade des Gazastreifens muss ein Ende haben“, in: „Die Presse“, 7. April 2011

Ultsch, Christian (2011): „Wir Demonstranten sind nicht gegen König Abdullah“, in: „Die Presse“, 8. April 2011

Knaut, Susanne: „Israels Angst vor ‚diplomatischen Tsunami‘: Palästinenser planen Anerkennung durch UN“, in: „Die Presse“, 13. April 2011

Gehlen, Martin (2011): „Verliert Assads Regime die Kontrolle?“ in: „Die Presse“, 20. April 2011

Dumbs, Helmar (2011): „Arabischer Frühling: Der revolutionäre Schwung ist gebremst“, in: „Die Presse“, 20. April 2011

Gawhary, Karim el (2011): „Zwischenbilanz der Revolution in Ägypten“, in: „Die Presse“, 20. April 2011

Agenturbericht/Reuters/AFP aus Teheran und Ägypten (2011): „Israel fürchtet Annäherung zwischen Ägypten und Iran“, in: „Die Presse“, 20. April 2011

Gehlen, Martin (2011): „Assad schickt Panzer gegen Demonstranten“, in: „Die Presse“, 26. April 2011

Gehlen, Martin (2011): „Al-Qaida wird nicht so schnell verschwinden“, in: „Die Presse“, 3. Mai 2011

Zöch, Irene (2011): „Welches Ende international gesuchte Top-Terroristen nahmen“, in: „Die Presse“, 3. Mai 2011

IFK AKTUELL (2006): „Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren“, in: III/06, Juni 2006. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien

IFK AKTUELL (2007): „Der Nahe Osten im Portrait“, in: II/07, Oktober 2007. Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien

Günay, Dengiz (2011): „Transformationen in der arabischen Welt.“ Kurzanalyse für OIIP: Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, Märzangabe

Internet

Palästinensische Autonomiebehörde (2004):

http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiebeh%C3%B6rde

Nachrichtendienst (2008): „Gespräche zwischen Fatah und Hamas im November in Kairo“, in: ORF: www.orf.at 20. Oktober 2008

Road Map, UN-Resolution 1515 (2011):

www.usahm.info/Dokumente/Original/Fahrplan.htm

Putz, Ulrike (2011): „Radikale Hamas fürchtet den Ägypten-Effekt“, in: „SPIEGEL.ONLINE“, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-742933,00.html 1. Februar 2011

UNO-Resolution 1701 Sicherheitsrat (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1701_des_UN-Sicherheitsrates 04.02.2011

oka/dapd/Reuters (2011): „Abbas kündigt Versöhnungsbesuch bei Hamas an“, in: „SPIEGELONLINE“ www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-751365,00.html 16.03.2011

Buro, Andreas (2011): „Die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA“, in: www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-16.htm vom 7 April 2011

Nachrichtendienst (2011): „Syrien: Al-Assad verstärkt Truppen in Daraa“, in: ORF: www.orf.at 27. April 2011

oka/dapd/Reuters (2011): „ Hamas und Fatah beenden Bruderkampf“, in: „SPIEGEL.ONLINE“ www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-759380,00.html 27.4. 2011

United Nations Truce Supervision Organization (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Truce_Supervision_Organization 19. 10.2011

UNO-Resolution 1546 des Sicherheitsrates (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1546_des_UN-Sicherheitsrates 21.10.2011

Palästinensische Autonomiebehörde (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiebeh%C3%B6rde 22.12.2011

UNO-Interimstruppen für den Libanon (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Interim_Force_in_Lebanon 23.12.2011

Existenzrecht Israel (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels#UN-Resolution_181.281947.29 29.12.11

West-Palästina nach dem Teilungsplan der UNO 1947. UN-Res. 181. Bild im Anhang (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels#UN-Resolution_181_.281947.29 29.12.11

UNO-Resolution 242 (2011):

http://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels#UN-Resolution_242 29.12.2011

Wikipedia: Lebensläufe

7 Anhang

A: Übersicht der wichtigsten Resolutionen

UNO-Resolution 181, November 1947⁴⁹⁰

Zur Lösung des jüdisch-arabischen Konflikts im britischen Mandatsgebiet Palästina schlug eine von den Vereinten Nationen ernannte Staatenkommission 1947 die Gründung zweier unabhängiger Staaten vor. Am 29. November 1947 nahm die für die völkerrechtliche Geltung nötige Zweidrittelmehrheit der Generalvollversammlung den UN-Teilungsplan für Palästina als Resolution 181 an. Der Plan sah einen israelischen und einen arabischen Staat in Palästina sowie einen exterritorialen, von der UNO verwalteten Bezirk um Jerusalem vor. Obwohl das Israel zugewiesene Staatsgebiet zum Großteil aus unfruchtbaren



Wüstengegenden bestand, nahezu dreigeteilt war und Jerusalem nicht umfasste, stimmte die WZO dem Plan zu. Die arabischen Vertreter dagegen lehnten ihn ab und begannen schon Monate vor dem Beschluss mit bewaffneten Übergriffen auf jüdische Siedler. Die Resolution enthielt keine Aussage über die nationale Identität der Palästinenser, da diese sich damals noch nicht als eigene Nation, sondern als Araber - meist Syrer - verstanden. Sie sprach von Israel als einem ‚jüdischen Staat‘, erlaubte ‚substantielle jüdische Einwanderung‘ und legte Grenzen, Gründungszeitraum, Wahl des Bürgerrechtes und sonstige Übergangsmodalitäten für beide Staaten fest. Sie gilt daher als rechtsgültige Grundlage für beider Existenzrecht und Basis für noch ausstehende Friedensverträge Israels mit einigen seiner arabischen und islamischen Nachbarstaaten.]

Abbildung 1: West-Palästina nach dem UN-Teilungsplan von 1947⁴⁹¹

⁴⁹⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels#UN-Resolution_181.281947.29

⁴⁹¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/ExistenzrechtIsraels#UN-Resolution181.281947.29>

UNTSO⁴⁹² United Nations Truce Supervision Organization (*Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands*), gegründet 1948, ist eine noch andauernde Friedensmission der Vereinten Nationen zur Wahrung des Waffenstillstandes im Nahen Osten. Sie entstand aus der am 29. Mai 1948 verabschiedeten **UN-Resolution 50** des UN-Sicherheitsrates. Aufgrund der starken Unruhen nach der Gründung Israels am 14. Mai 1948, rief der UN-Sicherheitsrat die israelischen und palästinensischen Kriegsparteien noch im selben Monat zur Waffenruhe auf. Zur Durchsetzung entsandte er die militärische Beobachtermission UNTSO, deren Stationierung von beiden Seiten zugestimmt wurde. Die ersten UN-Friedenstruppen erreichten das Gebiet nach dem Palästinakrieg 1949. In der Folge wurde immer wieder versucht, die kurzfristigen Waffenruhen zu verlängern. Dies ist auch heute noch die Aufgabe der Mission, die sich mittlerweile über Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon und Syrien erstreckt. Während der Kriege in den Jahren 1956, 1967 und 1973 änderten sich die Aufgaben kaum. Als Folge des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 und der anschließenden Truppentrennungs-Abkommen zwischen Israel und Ägypten bzw. Syrien änderten sich die Aufgaben der UNTSO. Seitdem sind die Beobachter in die UNDOF auf den Golan-Höhen, in Ismailia (Ägypten) und in die UNIFIL im Libanon integriert. Die Büros befinden sich in Jerusalem, Beirut und Damaskus.

UNO-Resolution 242, November 1967⁴⁹³

Die UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 fordert den Rückzug Israels „aus (den) besetzten Gebieten, die während des jüngsten Konfliktes besetzt wurden“ im Gegenzug für eine Anerkennung Israels und die Respektierung seiner Sicherheit „frei von Bedrohung und Gewalt.“ Die Resolution lautet: Der Sicherheitsrat, mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Besorgnis über die ernste Situation im Nahen Osten, unter Betonung der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg und der Notwendigkeit, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in dem jeder Staat der Region in Sicherheit leben kann, ferner unter Betonung dessen, dass alle Mitgliedstaaten mit der Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln, erklärt, dass die Verwirklichung der Grundsätze der Charta die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte: Rückzug der israelischen Streitkräfte aus (den)* Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden; Beendigung jeder Geltendmachung des Kriegszustands beziehungsweise jedes Kriegszustands sowie Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen

⁴⁹² http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Truce_Supervision_Organization

⁴⁹³ http://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels#UN-Resolution_242

Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben; erklärt ferner, dass es notwendig ist, die Freiheit der Schifffahrt auf den internationalen Wasserwegen in der Region zu garantieren; eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen; die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, die auch die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen; ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich in den Nahen Osten begeben soll, um mit den beteiligten Staaten Verbindung aufzunehmen und zu unterhalten, mit dem Ziel, eine Einigung zu fördern und die Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen und akzeptierten Regelung im Einklang mit den Bestimmungen und Grundsätzen dieser Resolution zu unterstützen; ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat baldmöglichst über den Stand der Bemühungen des Sonderbeauftragten Bericht zu erstatten. Auf der 1382. Sitzung des Sicherheitsrats einstimmig verabschiedet.

UNO-Resolution 1701, August 2006⁴⁹⁴

Der Sicherheitsrat fordert die vollständige Einstellung der Feindseligkeiten, fordert den Rückzug aller israelischen Truppen aus dem südlichen Libanon, fordert die uneingeschränkte Achtung der Blauen Linie durch beide Parteien, fordert alleinige Autorität der regulären libanesischen Armee sowie der UNIFIL-Truppen im Libanon, fordert, dass es keine bewaffneten Gruppen außer der libanesischen Armee im Libanon geben darf, und daher die Entwaffnung aller anderen Gruppen, bekundet außerdem erneut seine in allen seinen früheren einschlägigen Resolutionen zum Ausdruck gebrachte nachdrückliche Unterstützung der territorialen Unversehrtheit, der Souveränität und der politischen Unabhängigkeit Libanons innerhalb seiner international anerkannten Grenzen, wie im israelisch-libanesischen Allgemeinen Waffenstillstandsabkommen vom 23. März 1949 vorgesehen, fordert Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, namentlich die Schaffung eines Gebiets zwischen der Blauen Linie und dem Litani-Fluss, das frei von bewaffnetem Personal, Material und Waffen ist, es sei denn, diese wurden von der Regierung Libanons und der UNIFIL in dieses Gebiet disloziert, appelliert an die internationale Gemeinschaft, unverzüglich Schritte zur finanziellen und humanitären Unterstützung des libanesischen Volkes sowie zur Rückkehr der Flüchtlinge, zur Wiedereröffnung der Flug- und Seehäfen und zum Wiederaufbau des Landes einzuleiten, fordert Umsetzung der UN-Resolutionen 1559 und 1680, fordert keine Verkäufe oder Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an Libanon zuzulassen,

⁴⁹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1701 des UN-Sicherheitsrates,

soweit diese nicht von dessen Regierung genehmigt sind, fordert von Israel Übergabe aller verbleibenden Karten von Landminen im Libanon an die UN. Auf seiner 5511. Sitzung am 11. August 2006 einstimmig angenommen.

UNIFIL⁴⁹⁵, United Nations Interim Force in Lebanon, deutsch: *Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon* ist eine Beobachtermission der [UNO](#) im Libanon. Die UNIFIL-Mission wurde 1978 ins Leben gerufen und ist eine der ältesten aktiven Beobachtermissionen der Vereinten Nationen. Das Hauptquartier ist seit 1978 in Naqura stationiert, die Truppen sind bis heute im Einsatz.

UNO-Resolution 1546, Juni 2004⁴⁹⁶

Laut der Resolution läuft das Mandat für den Einsatz der multinationalen Streitkräfte aus, sobald spätestens 2006 eine demokratisch gewählte Regierung im Amt ist. Die Machtübergabe von der Koalitions-Übergangsverwaltung an die irakische Übergangsregierung erfolgt unter deren Mitbestimmung bei Einsätzen der Besatzungstruppe (derzeit 160.000 Mann) ausländischen Soldaten. Die letzte Ergänzung kam den Kritikern (Frankreich und Deutschland) nochmals durch Verankerung einer Sicherheitspartnerschaft entgegen: Die US-geführte Koalition bildet mit der neuen Bagdader Übergangsregierung ein Sonderkomitee für alle sicherheitsrelevanten Fragen und Angriffsoperationen mit der Bagdader Regierung in einem zusammenarbeiten. Ein mehrfach (aber nicht vom Irak) gefordertes Vetorecht wurde nicht vereinbart. Die Regierung erhält auch größeren Einfluss auf die Erdöl-Industrie und finanzielle Ressourcen und kann die fremden Truppen zum Abzug auffordern, wenn es die Sicherheit erlaubt. Das Mandat der Truppen hätte spätestens im Januar 2006 auslaufen sollen, wenn eine gewählte irakische Regierung die damalige Übergangsregierung abgelöst hat, es wurde aber verlängert und dauert noch an. Am 8. Juni 2004 wurde die Irak-Resolution Nachkriegsordnung einstimmig beschlossen.

⁴⁹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Interim_Force_in_Lebanon

⁴⁹⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1546_des_UN-Sicherheitsrates

B: Entscheidender Briefwechsel im Zuge des Oslo-Abkommens 9. September 1993**a) Aus dem Brief des PLO-Vorsitzenden Arafat an Ministerpräsident Rabin:⁴⁹⁷**

9. September 1993

*Herr Ministerpräsident,**die Unterzeichnung der Prinzipienerklärung kennzeichnet eine neue Ära in der Geschichte des Nahen Ostens. Fest überzeugt vom Inhalt dieser Erklärung bestätige ich hiermit wie folgt:**Die PLO erkennt das Recht des Staates Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit an. Die PLO verpflichtet sich auf den Nahost-Friedensprozess und auf eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen den beiden Parteien und erklärt, dass alle ausstehenden Fragen über den dauerhaften Status durch Verhandlungen geregelt werden.**Die PLO betrachtet die Unterzeichnung der Prinzipienerklärung als historisches Ereignis, das eine neue Epoche friedlicher Koexistenz, ohne Terror und alle Art von Gewalt, die Frieden und Stabilität gefährden, einleitet. Die PLO verzichtet entsprechend auf Terror und jede andere Art von Gewalt.**Hochachtungsvoll
Yasser Arafat**Vorsitzender
Palästinensische Befreiungsorganisation.***b) Aus dem Brief von Ministerpräsident Rabin an den PLO-Vorsitzenden Arafat⁴⁹⁸**

9. September 1993

*Herr Vorsitzender,**in Beantwortung Ihres Schreibens vom 9. September 1993 möchte ich hiermit bestätigen, dass die Israelische Regierung beschlossen hat, die PLO als die Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und Verhandlungen mit der PLO im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses aufzunehmen.**Hochachtungsvoll**Yitzhak Rabin
Ministerpräsident des Staates Israel*

⁴⁹⁷ Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Springer Science+Business Media 2009, S. 45, Zitiert nach: Botschaft des Staates Israel (Hrgb.), in: Die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO. September 1993, Bonn 1993, S. 46

⁴⁹⁸ Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Springer Science+Business Media 2009, S. 45, Zitiert nach: Botschaft des Staates Israel (Hrgb.), in: Die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO. September 1993, Bonn 1993, S. 46

C: Schalom 5767: Anfang der Berliner Erklärung⁴⁹⁹

Seit Jahrzehnten leben das israelische und das palästinensische Volk als Nachbarn. Es gebe viele Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Entwicklung. Stattdessen wird ihr Leben vergiftet durch Krieg und Gewalt, durch Bedrohung und Terror, durch gegenseitigen Hass, Verachtung und Respektlosigkeit. Das Grundübel ist die seit 1967 andauernde israelische Besetzung palästinensischen Gebiets. Die Besetzung bedeutet Entwürdigung und Entrechtung der Palästinenser. Sie lähmt ihr wirtschaftliches, politisches und soziales Leben. Darüber hinaus verhindert dieses täglich neu erlebte Unrecht einen friedlichen Ausgleich des alten Unrechts, das den Palästinensern mit der Vertreibung 1948 angetan wurde. All diese treibt die Spirale der Gewalt an. Es ist an der Zeit, diese Spirale zu durchbrechen und einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten, die den palästinensischen Volk ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht; beiden Nationen die Existenz in international anerkannten Grenzen sichert; die gesamte Region befriedet und dadurch die ganze Erde friedlicher und sicherer werden lässt.

D: Juden und Araber in Palästina/Israel (in 1.000), 1882-2005⁵⁰⁰

Jahr	Juden	Araber ⁻	Summe
1882	24**	426**	450**
1914	85**	600**	685**
1918	56**	600**	656**
1922	84	668	752*
1931	175	859	1.033
1935	355	953	1.308
1940	464	1.081	1.545
1945	554	1.256	1.810
(15.5.)1948	650	156	806
1952	1.450	179	1.629
1956	1.668	204	1.872
1960	1.911	239	2.150
1964	2.239	286	2.525
1968	2.435	406	2.841
1972	2.753	472	3.225
1976	3.020	555	3.575
1980	3.283	639	3.922
1984	3.472	728	4.200
1988	3.659	818	4.477
1990	3.947	875	4.822
1996	4.616	1.058	5.758
1998	4.758	1.154	6.041
2000	5.150**	1.150**	6.300**
2005	5.614	1.377	6.991

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Israel/Palästina

⁴⁹⁹ Verleger, Rolf (2008): „Israels Irrweg, eine jüdische Sicht.“ Papy Rossa Verlags GmbH & Co KG, Köln, S. 98 f.

⁵⁰⁰ Bevölkerungsstatistik Wolffsohn, Michael (2007): Israel, Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft S. 260

E: Fischer Weltalmanach 2011⁵⁰¹

Abbildung 3: Der Fischer Weltalmanach 2011

⁵⁰¹ Der Fischer Weltalmanach 2011 (2010): Zahlen, Daten, Fakten: Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt am Main

F: Berthold Meyer (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien

GRIT	Sozialpsychologische Prinzipien
1. Allgemeine Erklärung, die Spannung verringern zu wollen	<i>Es ist notwendig, die geplanten Schritte in einem konsistenten Rahmen aufeinander aufbauen zu lassen, um dem Gegenüber ihre Interpretation zu erleichtern; die öffentliche (Selbst-)Verpflichtung bewirkt, dass ein Abweichen von ihr für das internationale Ansehen kostspielig wird, dritte Parteien werden aktiviert, die Freiwilligkeit der Initiative wird sichtbar.</i>
2. Klare Ankündigung der einzelnen Initiativen	<i>Vermeidung jeder Fehlinterpretation durch Vagheit, Zweideutigkeit oder Ungenauigkeit; Herstellen der Verbindung der einzelnen Initiativen zu der allgemeinen Erklärung, die Spannung verringern zu wollen, um die Konsistenz des Programms deutlich zu machen.</i>
3. Durchführung der Initiative wie angekündigt	<i>Schaffung objektiver Glaubwürdigkeit.</i>
4. Einladung zur Erwidern durch die andere Seite, aber keine Forderung nach einer positiven Reaktion	<i>Keine Freiheitseinschränkung für die andere Seite: Verstärkerprinzip durch das Risiko der eigenen Verwundbarkeit; es ist wichtig, eine Ablehnung durch die andere Seite zu vermeiden.</i>
5. Fortführung einseitiger Initiativen auch im Falle ausbleibender Reaktionen	<i>Beweis des konsistenten Verhaltens; Bewahrung der objektiven Glaubwürdigkeit entsprechend der allgemeinen Erklärung (1); Verstärkerprinzip</i>
6. Verifikationsmöglichkeiten der Maßnahmen durch die andere Seite	<i>Kann die objektive Glaubwürdigkeit erhöhen, jedoch besteht die Gefahr, dass zuviel demonstrative Offenheit Vertrauen zerstört, da es Anlass zu Misstrauen gibt.</i>
7. Aufrechterhaltung der Vergeltungsfähigkeit	<i>Interessenausgleich sollte eine Wahlmöglichkeit sein, nicht – wie im Falle einseitiger, vollständiger Abrüstung – die einzige Strategie; die andere Seite kann das Verhalten als wohlmeinend wahrnehmen, weil sie erkennt, dass vorhandene Druckmittel nicht angewandt wurden.</i>
8. Präzise Erwiderung im Fall der Eskalation durch die andere Seite	<i>Vermeidung von Überreaktion, die die Eskalationsspirale in Gang setzen und den Eindruck von Feindseligkeit erwecken würde; günstig ist, dass der Gegner die Adäquatheit der Reaktion wahrnehmen kann.</i>
9. Vielgestaltigkeit der Initiativen	<i>Wichtig ist die Konsistenz der Maßnahmen und ihr längerer Zeithorizont.</i>
10. Erwiderung jeder positiven Reaktion der anderen Seite durch weitere Initiativen	<i>Eine Unterlassung würde als Verletzung der selbstgesetzten Normen angesehen und zu Unglaubwürdigkeit führen, weil das Verstärkerprinzip verletzt würde.</i>

Abbildung 4: Die Beziehungen zwischen GRIT und Vertrauensbildung

(nach Lindsold 1978, vgl. Meyer, Berthold 1985:107)⁵⁰²⁵⁰² Abgebildet als Tabelle 2, in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktreg. und Friedensstrat. S. 88 f.

Prioritätenspiel „Frieden in Palästina – was tun?“

Um auf dem Boden des ehemals britischen Mandatsgebiets Palästina Frieden einkehren zu lassen, sind vor allem folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Hamas ist eine Terrororganisation und muss aufgelöst werden.	Israel sollte dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und seine Atomwaffen abrüsten.	Die Islamisten müssen damit aufhören, in Israel Selbstmordattentate durchzuführen.
Iran strebt nach Atomwaffen und will Israel von der Landkarte tilgen. Deshalb braucht Israel ein eigenes atomares Abschreckungspotenzial.	Die radikalen Palästinenserorganisationen im Gazastreifen müssen daran gehindert werden, sich durch Tunnel Waffen zu beschaffen.	Israel muss den Zaun bzw. die Mauer, den/die es um das Westjordanland gebaut hat, wieder abreißen.
Hamas hat bei den Wahlen zum palästinensischen Parlament auf demokratischem Wege die Mehrheit bekommen. Das muss akzeptiert werden.	Israel muss alle seine Siedlungen in den Palästinensergebieten räumen.	Die zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten errichteten Grenzanlagen müssen von beiden Seiten undurchdringlich sein.
Israel darf seine nichtjüdischen (arabischen) Staatsbürger nicht als Bürger zweiter Klasse behandeln.	Solange Hamas das Existenzrecht Israels nicht anerkennt, kann die Regierung in Gaza selbst nicht anerkannt werden.	Israel muss den palästinensischen Staat auf dem Boden des Gazastreifens und der Westbank anerkennen.
Israel sollte seinen arabischen Staatsbürgern eine Prämie dafür zahlen, wenn sie bereit sind, sich im künftigen Palästina anzusiedeln.	Israel sollte nur einige kleinere Siedlungen im Westjordanland aufgeben und für die übrigen den Palästinensern einen Gebietstausch anbieten.	Die Altstadt von Jerusalem sollte internationaler Kontrolle unterstellt werden.
Israel muss eine ausreichende Trinkwasserversorgung für die Palästinenser sicherstellen.	Die Palästinenser sollten sich damit begnügen, dass aus Drittländern zurückkehrende Flüchtlinge künftig im Staat Palästina siedeln können.	Die Vereinten Nationen sollten eine Blauhelmtruppe an die Grenze zwischen Israel und dem künftigen Palästina schicken.
Alle Menschen die 1948 bzw. 1967 aus Palästina geflohen oder vertrieben worden sind, sollten in ihre Heimatorte zurückkehren können.	Die USA sollten damit aufhören, einseitig Partei für Israel zu ergreifen.	Außerdem sollte...

Abbildung 5: Prioritätenspiel „Frieden in Palästina – was tun?“⁵⁰³

⁵⁰³ Abgebildet in: Meyer, Berthold (2011): Konfliktregelung und Friedensstrategien, S. 385 f.

G: Entwicklung 2011: Chronologischer Rückblick⁵⁰⁴

17. Dezember 2010 - Tunesien: Der Gemüsehändler Mohammed Bouazizi verbrennt sich aus Verzweiflung über Behördenwillkür selbst. Empörung bricht aus, zwei Tage nach der Verzweiflungstat fordern Tausende auf einer Kundgebung Reformen und bilden den Keim zur tunesischen „Jasminrevolution“ mit mehr als 200 Toten.

14. Jänner 2011 - Tunesien: Präsident Zine el-Abidine Ben Ali⁵⁰⁵ flieht nach 23 Jahren an der Macht ins saudische Exil.

25. Jänner - Ägypten: Nach tunesischem Vorbild demonstrieren im ganzen Land Zehntausende. Die Proteste auf dem Tahir-Platz in Kairo und in anderen Städten dehnen sich immer weiter aus.

11. Februar - Ägypten: Machthaber Hosni Mubarak⁵⁰⁶ setzt sich nach 30 Jahren im Präsidentenamt in den Badeort Sharm el-Sheikh ab, das Militär übernimmt die Macht. Der Ex-Herrscher landet in Untersuchungshaft.

15. Februar - Libyen: In Bengasi kommt es zu ersten Zusammenstößen zwischen Aufständischen, Polizei und Anhängern von Machthaber Muammar al-Gaddafi⁵⁰⁷. Blutige Kämpfe folgen, die zum Bürgerkrieg eskalieren.

16. März - Bahrain: Das Militär beendet gewaltsam den Dauerprotest der Reformbewegung. Bei Zusammenstößen werden mehrere Menschen getötet. Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate schicken Soldaten und Polizisten zur Unterstützung von König Hamad bin Issa al-Chalifa.

18. März - Jemen: Am „Tag der Würde“ gehen in der Hauptstadt Sanaa Hunderttausende auf die Straße und fordern den Rücktritt von Staatschef Ali Abdullah Saleh⁵⁰⁸. Sicherheitskräfte schießen gezielt auf Demonstranten und töten 53 Menschen.

⁵⁰⁴ ORF-Nachrichtendienst, publiziert am 31.12.2011

⁵⁰⁵ Ben Ali, Zine el-Abidine Ali (*1936), Präsident von Tunesien (1987-2011)

⁵⁰⁶ Mubarak, Muhammad Husni (*1928), Staatspräsident von Ägypten (1981-2011)

⁵⁰⁷ Al-Gaddafi, Muammar Abu (*1942-2011), Revolutionsführer Libyen (1969-2011)

⁵⁰⁸ Salih, Ali Abdullah (*1942), Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (1990-2011)

18. März - Syrien: Auch im Polizeistaat des Präsidenten Baschar al-Assad⁵⁰⁹ gehen Tausende auf die Straße und fordern Reformen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei werden mehrere Demonstranten getötet.

19. März - Libyen: Die USA, Frankreich und Großbritannien fliegen erste Luftangriffe gegen libysche Militäreinrichtungen, um die Zivilbevölkerung vor Übergriffen des Gaddafi-Regimes zu schützen.

22. April - Syrien: Im ganzen Land fordern 100.000 Menschen ein Ende der Gewaltherrschaft Assads. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen töten Heckenschützen mindestens 112 Demonstranten.

2. Juni - Jemen: Staatschef Saleh wird bei einem Attentat schwer verletzt und erholt sich wochenlang in Saudi-Arabien von den Folgen des Anschlags.

21. Juni - Tunesien: In einem Prozess ohne Angeklagten verurteilt ein Gericht Ben Ali wegen Veruntreuung von Staatsvermögen zu 35 Jahren Haft sowie einer Geldstrafe und Schadenersatz von umgerechnet 46 Milliarden Euro.

3. August - Ägypten: In Kairo beginnt ein Prozess gegen Mubarak wegen Amtsmissbrauchs und Korruption.

20. Oktober - Libyen: Gaddafi wird nach wochenlanger Flucht in seiner Heimatstadt Sirte von Rebellen getötet.

23. Oktober - Tunesien: Die unter Ben Ali als extremistisch verbotene Ennahdha-Bewegung um Rachid Ghannouchi gewinnt die Parlamentswahl.

23. November - Jemen: Saleh erklärt in Saudi-Arabien schriftlich seinen Verzicht auf die Macht. Im Gegenzug wird ihm Straffreiheit gewährt. Vier Tage später kehrt er allerdings in die Heimat zurück. Am 21. Februar soll ein neuer Präsident gewählt werden.

28. November - Ägypten: In einigen Provinzen beginnt die erste Runde der Parlamentswahlen.

⁵⁰⁹ Al-Assad, Baschar (*1965), syrischer Präsident seit 2000

13. Dezember - Syrien: Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, schätzt, dass bereits mehr als 5.000 Zivilisten beim brutalen Vorgehen des Assad-Regimes gegen die Opposition getötet wurden.

H: Neue Beratungen zwischen Israelis und Palästinensern im Jänner 2012⁵¹⁰

Vor den ersten direkten Gesprächen zwischen Israelis und Palästinensern seit mehr als 15 Monaten herrscht wenig Optimismus. Unterhändler beider Seiten wollten heute Nachmittag in der jordanischen Hauptstadt Amman bei einem Treffen mit Vertretern des Nahost-Quartetts die Bedingungen für eine Wiederaufnahme von Friedensgesprächen erörtern. Der israelische Rundfunk zitierte in der Früh Regierungskreise in Jerusalem mit der Einschätzung, das Treffen an sich sei wichtig. Man rechne jedoch nicht mit einer Einigung auf neue Verhandlungen. Auch der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat hatte vor den neuen Gesprächen vor zu hohen Erwartungen gewarnt. Er betonte gestern, die Palästinenser forderten weiterhin einen Siedlungsbaustopp Israels sowie eine Anerkennung der Grenzen von 1967 als Gesprächsbasis. Israel will jedoch nur ohne Vorbedingungen verhandeln. An dem Gespräch in Amman nehmen auch der israelische Gesandte Jizchak Molcho sowie der jordanische Außenminister Nasser Dschude teil. Die Palästinenser hatten im September 2010 die direkten Gespräche mit Israel kurz nach deren Wiederaufnahme unterbrochen. Auslöser war die Weigerung der israelischen Regierung, einen zehnmonatigen Baustopp in den Siedlungen zu verlängern.

⁵¹⁰ ORF-Nachrichtendienst, publiziert am 05.01.2012

ABSTRACT der DIPLOMARBEIT

Zukunftsvorstellungen für den Nahen Osten

Planungsstrategie und Realisierungschancen
zentraler Akteure im Nah-Ost-Konflikt

Der Nah-Ost-Konflikt, der viele Bereiche der Weltpolitik und der Weltwirtschaft seit über sechs Jahrzehnten belastet und jederzeit die Gefahr eines größeren Krieges (Mittelfristige Gefahr von Atomwaffeneinsatz) birgt, harrt einer dringenden Lösung. Der Verfasser dieser Arbeit kennt diese Region persönlich in vielen Bereichen seit fünfzig Jahren und vertritt den Standpunkt, dass die Zwei-Staaten-Lösung der Roadmap, für die das Nahost-Quartett (USA, EU, Russland und die UNO) verantwortlich zeichnet, der richtige Weg ist. Nicht außer Acht bleiben darf die demographische Entwicklung, die als Zeitbombe zugunsten der Palästinenser spricht und der Umstand, dass zwischen den drei monotheistischen Weltreligionen jederzeit durch fundamentalistische Ansätze permanente Gewaltbereitschaft vorhanden ist. Sowohl die Israelis als auch die Palästinenser sind überzeugt, im Recht zu sein. Nur wenn beide ihren Fokus nach vorne richten und kompromissbereit – trotz Rückschlägen – den gemeinsamen Weg einer Friedenslösung suchen, besteht die Chance für Bevölkerungen beider Nachbarn auf Prosperität in der Zukunft. Die Forschungsfrage 1 lautet: Kann in dieser Konfliktzone nachhaltig Wohlstand in Freiheit und Frieden für beide Bevölkerungsseiten geschaffen werden? Diese Frage wird vom Verfasser trotz aller Rückschläge mit ja beantwortet, da die arabische Fertilitätsfrage (Forschungsfrage 2) den Prozess immer stärker beeinflussen wird. Methodisch wurde empirisch-analytisch vorgegangen und zur Recherche dienten Bücher, Magazine, Internetartikel, Vorträge Fachseminare und viele Diskussionen mit Muslimen und Juden aus vielen Ländern. Als theoretischen Ansatz wird auf die Friedensforschung und den Konstruktivismus aufgebaut, wobei Berthold Meyer mit seinem jüngsten Buch (2011) „Konfliktregelung und Friedensstrategie“ die entscheidende Grundlage bildet. Abschließend das Ergebnis der vier Hypothesen. Erstens, zwar ist der Frieden noch nicht realisiert, doch das Nahost-Quartett wird unter dem Druck der iranischen Atomaufrüstung dieses Ziel erreichen. Zweitens wird die Schaffung eines selbstständigen Staates Palästina diesen Prozess begünstigen. Die Staatsgründung ist trotz des USA-Vetos in der UNO nicht mehr zu verhindern. Drittens, mit der Zeit werden die Palästinenser jüdisches Leben akzeptieren und respektieren. Viertens wird diese Annäherung zwischen den beiden Konfliktparteien bald auch die wirtschaftliche Kooperation fördern, die schlussendlich zu einer Freihandelszone führen kann.

ABSTRACT

A vision for the Middle East

Planning strategy and possibilities for its implementation by key actors in the Middle East conflict

An urgent solution is required to resolve the conflict in the Middle East, which has had a negative impact on many aspects of world politics and on the global economy for more than 60 years. It perpetuates the risk of major armed conflicts in the region and even in the medium term, the use of nuclear weapons. The author of this Master's thesis, who has been familiar with the geographical area for 50 years, maintains that the two-state solution, proposed by the Middle East Quartet (the United States of America, the European Union, Russia and the United Nations) under its Roadmap, will lead to a peaceful settlement of the ongoing conflict. A key element in the scenario is the demographic growth which works in favour of the Palestinian people. Another factor is the possibility of the three monotheistic world religions turning towards fundamentalism and, perhaps, violence. Both the Israelis and the Palestinians are convinced of their rights. Only when the two groups focus on the future and reach compromises for a peaceful settlement of their disputes can the chance exist, for both of them, to enjoy prosperity in the future. Research question No. 1 focuses on the issue of whether prosperity in freedom and peace can be attained by both population groups. Despite disappointments and setbacks that are to be expected, the author of this thesis is convinced that a positive outcome to negotiations is possible, in particular as the fertility rate of the Arab population will increasingly influence further developments (the topic of research question No. 2). In his research, the author of this thesis adopted an empirical/analytical approach and his findings are based on books, magazine and Internet articles, lectures, seminars and numerous discussions with Muslim and Jewish people from many countries. Theories linked to conflict research and constructivism were used, in particular those included in the most recent publication by Berthold Meyer, "Konfliktregelung und Friedensstrategie" (2011). The results of the examination of four hypotheses are then presented: 1. Although a peace settlement has not yet been concluded by the Middle East Quartet, this result will eventually be reached under the pressure of the nuclear armament of Iran. 2. The negotiation process will be favorably influenced by the creation of an independent Palestinian State, which will inevitably emerge despite the veto of the United States in the United Nations Security Council. 3. As time goes by, the Palestinians will accept and respect the Jewish way of life. 4. The necessary rapprochement between the two conflicting parties may eventually lead to economic cooperation and could culminate in the establishment of a free-trade zone.

LEBENS LAUF

Name:	Dkfm. Helmut WALSER
Geburtsdatum:	23. Dezember 1941
Geburtsort:	Wien
Staatsbürgerschaft:	österreichisch
Stand:	verheiratet mit Maja, geb. Heller 3 Kinder: Manuela (1969), Martin (1971), Mathias (1976), 4 Enkelkinder
Vater:	Otto WALSER, Geschäftsführer
Mutter:	Gabriele WALSER, Unternehmerin
Geschwister:	Adolf, Karin, Manfred
Schule:	VS, HS, Gymnasium, HAK
Universität:	HS für Welthandel Uni Wien: Politologie A 300 Matrikel-Nummer 6150218
Beruf:	Einzelprokurist Geschäftsführer Unternehmer LM-Branche Obmann in 2 Industrie-Verbänden Präsident der FIVS, Paris 1991-93
Hobbys:	Kultur, Sport, Reisen

Wien, 20. Jänner 2012